

Deutschland: Wi(e)der die Großmacht



Inhalt

Deutschlands (neue) Großmachtambitionen	3
<i>Jürgen Wagner</i>	
Rüstungsprojekt der Bundeswehr	10
<i>Arno Neuber</i>	
Die Standorte der Armee im Einsatz	17
<i>Christoph Marischka</i>	
Frontalangriff auf die Parlamentskontrolle	22
<i>Tobias Pflüger</i>	
Geheimdienste unter sich: NSA-BND und die deutsche Großmacht .	25
<i>Rainer Rehak</i>	
Bundeswehr: Der attraktive Konzern von nebenan?	28
<i>Thomas Mickan</i>	
Mediale Kriegstrommeln: Ideologieproduktion an der Heimatfront . .	33
<i>Claudia Haydt</i>	
Die Ukraine und EUropas Nachbarschaftspolitik	38
<i>Jürgen Wagner</i>	
Militärische „Lehren“ aus Afghanistan?	47
<i>Lühr Henken</i>	
Die „neue“ Afrika-Politik der BRD	51
<i>Christin Bernhold</i>	
Der Celler Dialog: Ideologieproduktion und Elitenkonsens	56
<i>Martin Kirsch</i>	
Die NATO-Sicherheitskonferenz und die Proteste 2001 bis jetzt	62
<i>Franz Iberl</i>	
Protest gegen die Königsbronner Gespräche	66
<i>Marcel Kalwass</i>	



Herausgeber: Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

Redaktionsschluss: März 2015

Vorwort

Die Motivation, diese Broschüre zu erstellen, liegt auf der Hand: Nach dem von langer Hand geplanten und umgesetzten Umbau der Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“ (Weißbuch) läutete der Auftritt von Bundespräsident Joachim Gauck bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2014 eine neue Etappe deutscher Großmachtspolitik ein. In bis dahin nicht gekannter Offenheit drängen seither große Teile aus Politik, Wirtschaft, Militär und Medien auf einen weltpolitischen Aufstieg Deutschlands. Gleichzeitig benennen sie auch offen die hierfür notwendige Bedingung: Die Bereitschaft, sich künftig häufiger militärisch-machtpolitisch in Szene zu setzen. Schnell hat sich die Informationsstelle Militarisation (IMI) darum bemüht, sich mit den einzelnen Facetten dieses Themenbereiches intensiv zu beschäftigen. Auf dem IMI-Kongress im November 2014 wurden dann weitere Aspekte vertiefend analysiert und das Ergebnis dieser Arbeit liegt nun in Form dieser Broschüre vor. Sie hat einmal zum Ziel, diese neue deutsche Großmachtpolitik inhaltlich umfassend aufzuarbeiten. Vor allem aber geht es natürlich darum, Widerstand gegen diese Politik anzuregen, wozu diese Broschüre hoffentlich einen kleinen Beitrag leistet.

Deutschlands (neue) Großmachtambitionen

Von der „Kultur der (militärischen) Zurückhaltung“ zur „Kultur der Kriegsfähigkeit“

von Jürgen Wagner

Spätestens seit dem Auftritt von Bundespräsident Joachim Gauck bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2014 ist in der öffentlichen Debatte über Deutschlands Rolle in der Welt unüberhörbar ein neuer Ton zu vernehmen. Im Zentrum steht dabei die Forderung, Deutschland müsse seine – zumindest idealtypisch – bislang an den Tag gelegte „Kultur der (militärischen) Zurückhaltung“ zugunsten einer offensiver ausgerichteten Außenpolitik ad acta legen. Das hinter dem „Gauckismus“ (Pfeifer/Spandler¹) stehende Gedankengebäude entstand allerdings nicht im luftleeren Raum. Es spiegelt vielmehr einen Elitenkonsens wider, der auf einen größeren weltpolitischen Einfluss Deutschlands abzielt. Hierfür wird wiederum die Fähigkeit und die Bereitschaft zur Teilnahme an Militärinterventionen für zwingend erforderlich erachtet.

Nicht von ungefähr setzte der diesbezügliche Diskussionsprozess deshalb unmittelbar nach der deutschen Weigerung ein, sich im Jahr 2011 am Krieg gegen Libyen zu beteiligen.² Systematisiert wurde er daraufhin über ein Jahr lang im Projekt ‚Neue Macht – Neue Verantwortung‘, dessen gleichnamiger Abschlussbericht bereits alle wesentlichen Kerngedanken bis hin zu wortgleichen Formulierungen der späteren Rede des Bundespräsidenten enthielt. Weil aber die Bevölkerung solchen Plänen mehrheitlich überaus skeptisch gegenübersteht, wurde in den letzten Monaten eine regelrechte Propagandaoffensive gestartet, um die Menschen in diesem Land mit Projekten wie etwa ‚Review 2014‘ des Auswärtigen Amtes buchstäblich sturmreif zu schießen.

Eine weitere wesentliche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die parallel zur Gauck-Debatte geführte Auseinandersetzung um die deutsche Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg. Im Kern geht es reaktionären Protagonisten dieser Diskussion wie Herfried Münkler dabei nur vordergründig primär darum, die deutsche Hauptverantwortung für diese Katastrophe abzustreiten. Dahinter versteckt sich das eigentliche Ziel, nämlich das Argument zu etablieren, es mache keinen Sinn, sich auf Basis der deutschen Geschichte positiv auf eine ‚Kultur der (militärischen) Zurückhaltung‘ zu beziehen.

So besehen handelt es sich bei all dem demnach um nicht weniger als um den Besorgnis erregenden Versuch großer Teile des außen- und sicherheitspolitischen Establishments, einem grundlegenden Kurswechsel den Weg zu ebnen – und der Bundespräsident verlieh diesem Bestreben lediglich eine prominente Stimme: „Was Gaucks Rede [...] so problematisch macht, ist die Tatsache, dass sie sich einfügt in den konzertierten Versuch, einen Paradigmenwechsel in der deutschen Außenpolitik herbeizuführen. Und zwar in zweierlei Hinsicht: erstens den Wechsel von einer Kultur der Zurückhaltung zu einer ‚Kultur der Kriegsfähigkeit‘ (Josef Joffe), und zweitens den Wechsel von einer Kultur der Werte zu einer Kultur der Interessen.“³

1. Zurückhaltung vs. Intervention

Vor noch nicht einmal allzu langer Zeit war jegliche deutsche Beteiligung an Militärinterventionen im Ausland noch undenk-

bar gewesen. Insofern verwundert es nicht, dass der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die deutsche Beteiligung am Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 und die damit einhergehende „Enttabuisierung des Militärischen“ rückblickend als die größte Errungenschaft seiner Amtszeit würdigte.⁴ Besonders als aber der seit 2001 auch mit deutschen Soldaten geführte Afghanistan-Krieg ab Mitte des Jahrzehnts immer weiter eskalierte, nahm sowohl in der Bevölkerung als auch in Teilen der politischen Entscheidungsträger die Skepsis gegenüber Auslandseinsätzen der Bundeswehr wieder zu. Sichtbarster Ausdruck dessen war ein in der Folge hochgradig umstrittener Passus im Schwarz-Gelben Koalitionsvertrag des Jahres 2009: „Wir handeln militärisch nur dann, wenn wir dies im Rahmen der VN, der NATO oder der EU sowie aufgrund einer völkerrechtlichen Legitimation tun können. Unberührt davon bleibt das Recht auf Selbstverteidigung. Von unserer Kultur der Zurückhaltung werden wir uns weiterhin leiten lassen.“⁵

Dementsprechend entschied die Bundesregierung im Jahr 2011, sich bei der Abstimmung über UN-Resolution 1973 zu enthalten⁶ und damit faktisch einer Teilnahme an einem Krieg gegen Libyen eine Absage zu erteilen: „Die anschließende heftige Debatte in Deutschland und in der NATO zeigte, wie sehr diese Entscheidung einen Nerv getroffen hat. Während zwei Drittel der deutschen Bevölkerung die Enthaltung begrüßten, hagelte es Kritik von Verbündeten und auch aus den eigenen Reihen.“⁷ Für große Teile der Entscheidungsträger war mit dieser Entscheidung, für die primär der damalige Außenminister Guido Westerwelle verantwortlich gemacht wurde, „der Gipfel des Zumutbaren überschritten.“⁸ In den Chor der zahlreichen Kritiker stimmte auch der ehemalige Außenminister Joschka Fischer ein, der dabei folgendermaßen argumentierte: „Mir bleibt da nur die Scham für das Versagen unserer Regierung und – leider! – auch jener roten und grünen Oppositionsführer, die diesem skandalösen Fehler anfänglich auch noch Beifall spendeten. [...] Die deutsche Politik hat in den Vereinten Nationen und im Nahen Osten ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt, der Anspruch der Bundesrepublik auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat wurde soeben endgültig in die Tonne getreten, und um Europa muss einem angst und bange werden.“⁹

Auch der damalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière schaltete sich in diese Debatte ein. In seiner im Mai 2011 inmitten des Libyen-Krieges gehaltenen Regierungserklärung zur Neuausrichtung der Bundeswehr erklärte er, der „Einsatz von Soldaten“ könne auch dann erforderlich sein, „wenn keine unmittelbaren Interessen Deutschlands erkennbar sind. Für andere demokratische Nationen ist so etwas längst als Teil internationaler Verantwortung selbstverständlich. Wohlstand erfordert Verantwortung.“¹⁰ Mit dieser Passage ging der Verteidigungsminister mehr oder weniger offen gegen Westerwelles Zurückhaltungspolitik auf die Barrikade: „De Maizière sagt kein einziges Wort zu der Libyen-Entscheidung, aber die [Verteidigungspolitischen] Richtlinien und seine Rede sind nach meinem Eindruck eine scharfe Kurskorrektur – oder sagen wir: der Versuch deutlich zu



Joachim Gauck spricht auf der Münchner Sicherheitskonferenz, Bild: Zwez, MSC

machen, dass Deutschland sich nicht dauerhaft auf den Kurs des Raushaltens um jeden Preis festlegt, für den der Außenminister steht.“¹¹

Doch allen Bemühungen zum Trotz sollte sich das Libyen-Debakel kurze Zeit später bei der Frage, ob sich Deutschland an einem möglichen Krieg gegen Syrien beteiligen würde, wiederholen. Auch hier verlief der Frontverlauf ähnlich: „Außenminister Guido Westerwelle (FDP) setzt trotz des massiven Vorgehens syrischer Truppen gegen Regimegegner auf eine politische Lösung für den Konflikt in dem Land. Es bleibe in der deutschen Außenpolitik bei einer ‚Kultur der militärischen Zurückhaltung‘, sagte Westerwelle im ZDF-„Morgenmagazin“. Deutschland könne nicht jedes Mal, wenn Unrecht geschehe, mit der Armee eingreifen, „selbst, wenn es uns das Herz zerreißt in Anbetracht von Bildern, die wir sehen“.¹²

Bekanntlich hat der Westen bis heute (noch) nicht direkt militärisch in Syrien interveniert, die Tatsache aber, dass zumindest die Schwarz-Gelbe Bundesregierung ohnehin wenig Enthusiasmus an den Tag legte, den Verbündeten im Zweifelsfall beispringen zu wollen, stieß erneut in weiten Teilen des außen- und sicherheitspolitischen Establishments auf großes Unverständnis. Hier tat sich unter anderem Markus Kaim von der ‚Stiftung Wissenschaft und Politik‘ als einer der schärfsten Kritiker hervor: „Bundestag und Bundesregierung sollten sich darauf vorbereiten, dass die Frage einer deutschen Beteiligung an einem internationalen Militäringagement in Syrien von Partnerländern innerhalb wie außerhalb der NATO an sie herangetragen werden könnte, und bereits frühzeitig die deutsche Rolle dabei konkret festlegen. Ein schlichtes ‚Ohne uns‘ würde die moralische Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik massiv unterminieren und die Partner der Bundesrepublik (erneut) fragen lassen, welche Lasten Deutschland denn in der internationalen Politik zu schultern bereit sei.“¹³ Aus Kaims Sicht war das Kernproblem schnell identifiziert: „In der Bezugnahme auf eine Kultur der Zurückhaltung spiegelt sich das außenpolitische Selbstverständnis der alten Bundesrepublik

bis 1990 wider. [...] Aber die Rahmenbedingungen haben sich geändert: Wir haben es heute nicht mehr mit Konflikten wie während des Kalten Krieges zu tun, sondern in der Regel mit ganz unterschiedlichen innerstaatlichen Konflikten.“¹⁴

Auch wenn der allseits erhobene Vorwurf, Deutschland sei unter Schwarz-Gelb zu einer Art ‚Pazifistischem Abstinenzler‘ mutiert, angesichts der Außen- und Sicherheitspolitik dieser Jahre reichlich abwegig ist, so lässt sich dennoch unzweifelhaft festhalten, dass vor allem Guido Westerwelle sich als Hindernis für ein deutlich umfänglicheres Militäringagement erwiesen hatte. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass ihm der geballte Zorn großer Teile des Establishments entgegenschlug. Er sei der „schlechteste aller zwölf deutschen Außenminister“¹⁵ und habe einen „diplomatischen Scherbenhaufen“¹⁶ hinterlassen, so oder so ähnlich lautete mehrheitlich das über Westerwelle gefällte Urteil. Mit Blick auf die anstehenden Wahlen lag es also nahe auf eine Kursbegradigung zu drängen – und genau zu diesem Zweck wurde das Projekt ‚Neue Macht – Neue Verantwortung‘ ins Leben gerufen, dessen Leitung wohl nicht von ungefähr Markus Kaim (zusammen mit Constanze Stelzenmüller) übertragen wurde.

2. Neue Macht – Neue Verantwortung

Das Projekt ‚Neue Macht – Neue Verantwortung‘ wurde von der ‚Stiftung Wissenschaft und Politik‘ (SWP) sowie vom ‚German Marshall Fund‘ (GMF) geleitet und durch den Planungsstab des Auswärtigen Amtes finanziert. Es versammelte zwischen November 2012 und September 2013 etwa 50 „außen- und sicherheitspolitische Fachleute aus Bundestag, Bundesregierung, Wissenschaft, Wirtschaft, Stiftungen, Denkfabriken, Medien und Nichtregierungsorganisationen.“¹⁷ Sie erarbeiteten ein gleichnamiges im September 2013 veröffentlichtes Dokument, dessen Bedeutung nur schwer überschätzt werden kann: „Organisation, Finanzierung und Zusammensetzung dieses Kreises machen die Stellungnahme zu einem hochoffiziellen Papier, mit dem sichtbar ein parteienübergreifender Konsens in den außenpolitischen Vorstellungen der politischen Klasse hergestellt und dokumentiert werden sollte.“¹⁸

Leitend ist zunächst die Einschätzung, dass die engen Grenzen, die dem deutschen Agieren auf der Weltbühne in früheren Jahrzehnten gesetzt waren, heute in dieser Form nicht mehr existieren: „Der Bonner Republik fehlten sowohl das Gewicht als auch die Freiheit für eigenständige Politik gegenüber Partnern außerhalb des europäischen und transatlantischen Rahmens. Deutschlands gewachsene Kraft verleiht ihm heute neue Einflussmöglichkeiten. Auch das ist Anlass für eine Neuvermessung seiner internationalen Beziehungen.“ (S. 30) Außerdem wird bemängelt, dass diese sich bietende Gelegenheit bislang in keiner Weise nutzbringend ergriffen wurde: „Bisher hat Deutschland jedoch, zumindest im Verhältnis zu seiner Wirtschaftskraft, seinem geopolitischen Gewicht und seinem internationalen Ansehen, eher selektiv und zögerlich Gestaltungsangebote gemacht oder Initiativen ergriffen. Noch ist Deutschland eine Gestaltungsmacht im Wartestand.“ (S. 9)

Um dieses Potenzial realisieren zu können, dürfe aber außen- und sicherheitspolitisch kein Stein auf dem anderen bleiben, wie aus folgender Passage überdeutlich wird: „Die Umwälzungen in Deutschlands strategischem Umfeld – in der Europa- und der Sicherheitspolitik, im Umgang mit neuen Mächten und bei der Erneuerung der globalen Ordnung – verlangen eine neue Definition deutscher Staatsziele.“ (S. 5) Als Begründung, weshalb ein derart tiefgreifender Kurswechsel geboten sei, wird auf eine

Floskel verwiesen, die verdächtig an das Spiderman-Motto ‚Aus großer Macht erwächst große Verantwortung‘ erinnert: „Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Es hat – keineswegs nur durch eigenes Zutun – mehr Macht und Einfluss als jedes demokratische Deutschland vor ihm. Damit wächst ihm auch neue Verantwortung zu.“ (S. 2)

Unmissverständlich formuliert wird der Anspruch, künftig in der allerersten Riege der „Gestaltungsmächte“ mitspielen zu wollen: „Gefragt sind mehr Gestaltungswillen, Ideen und Initiativen. Deutschland wird künftig öfter und entschiedener führen müssen.“ (S. 3) Dies betreffe einerseits die Rolle in der Europäischen Union: „Seine Geschichte, seine Lage, aber noch mehr seine gegenwärtige wirtschaftliche Stärke und sein neues geopolitisches Gewicht geben ihm zugleich eine besondere Verantwortung für den Erhalt und die Fortentwicklung der Europäischen Union. Deutschland wird hier öfter und entschiedener führen müssen; aber für gemeinsame europäische Ziele, und nur für und mit den anderen Mitgliedstaaten.“ (S. 20) Aber auch die Vereinten Nationen sollen künftig stärker in den Genuss deutscher Führung kommen: „Im Sicherheitsrat sollten die führenden neuen Gestaltungsmächte vertreten sein, die bereit und willens sind, Verantwortung für die internationale Ordnung zu übernehmen. Dazu gehört auch Deutschland;“ (S. 14f.)

Generell werde Deutschland künftig „eigene Interessen und Werte deutlich(er) artikulieren müssen.“ (S. 44) Was darunter konkret verstanden wird, verdeutlicht folgende Passage: „Wenn Deutschland die eigene Lebensweise erhalten und schützen will, muss es sich folglich für eine friedliche und regelbasierte Weltordnung einsetzen; mit allen legitimen Mitteln, die Deutschland zur Verfügung stehen, einschließlich, wo und wenn nötig, den militärischen. [...] Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung und der friedlichen, offenen und freien Weltordnung, die sie möglich macht. Gleichzeitig ist Deutschland aber auch besonders abhängig vom Funktionieren dieser Ordnung. Es ist damit auf besondere Weise verwundbar und anfällig für die Folgen von Störungen im System.“ (S. 38 und 3) Neben solch allgemeinen Absichtserklärungen zur Absicherung der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung mitsamt ihren Hierarchie- und Ausbeutungsstrukturen wird aber auch vor Forderungen nach direkter militärischer Rohstoffsicherung nicht zurückgeschreckt: „Deutschlands Streitkräfte [...] bleiben notwendig für die Landes- und Bündnisverteidigung; sie helfen, Krisen vorzubeugen sowie Konflikte einzudämmen und zu beenden; sie beteiligen sich an der Sicherung von Versorgungswegen; und sie retten notfalls deutsche Staatsbürger im Ausland.“ (S. 40)

Für diese ambitionierten Bestrebungen gelten die USA als unverzichtbarer Partner und die EU als elementarer Kräftermultiplikator deutscher Außenpolitik. Andererseits werden „Herausforderer“ und „Störer“ identifiziert. Zu den Erstgenannten zählen etwa Russland und China, mit denen es womöglich zu zunehmenden Konflikten kommen könnte: „Deshalb wird es in Deutschlands Beziehungen zu den neuen wirtschaftlichen und politischen Kraftzentren der Welt unweigerlich auch zu Konkurrenz und Konflikten kommen: um Einfluss, um den Zugang zu Ressourcen, aber auch um die Architektur der internationalen Ordnung sowie um die Geltung der Normen, die ihr zugrunde liegen. [...] Manche Herausfordererstaaten könnten in diesem Prozess zu echten Partnern für Deutschland werden; vorstellbar ist aber auch, dass manche sich für die Konfrontation entscheiden.“ (S. 33)

Die andere ‚Gegnerkategorie‘ stellen die „Störer“ dar, Länder wie der Iran oder Venezuela, aber auch zerfallen(d)e Staaten wie

Gauckistischer Militärchauvinismus

Am 12. Juni 2012 fand der [Antrittsbesuch](#) von Bundespräsident Joachim Gauck bei der Bundeswehr statt: „Die Rede, auf die die Bundeswehr gewartet hat“ (Die Zeit)

„[M]ilitärische Gewalt [...] kann – solange wir in der Welt leben, in der wir leben – eben nicht einer geheilten, sondern in einer tief gespaltenen Welt, [...] sinnvoll sein, um ihrerseits Gewalt zu überwinden oder zu unterbinden. [...] Deshalb: ‚Ohne uns‘ als purer Reflex kann keine Haltung sein, wenn wir unsere Geschichte ernst nehmen.“

„Manche verwechseln dabei aber Freiheit mit Gedankenlosigkeit, Gleichgültigkeit oder auch Hedonismus.“

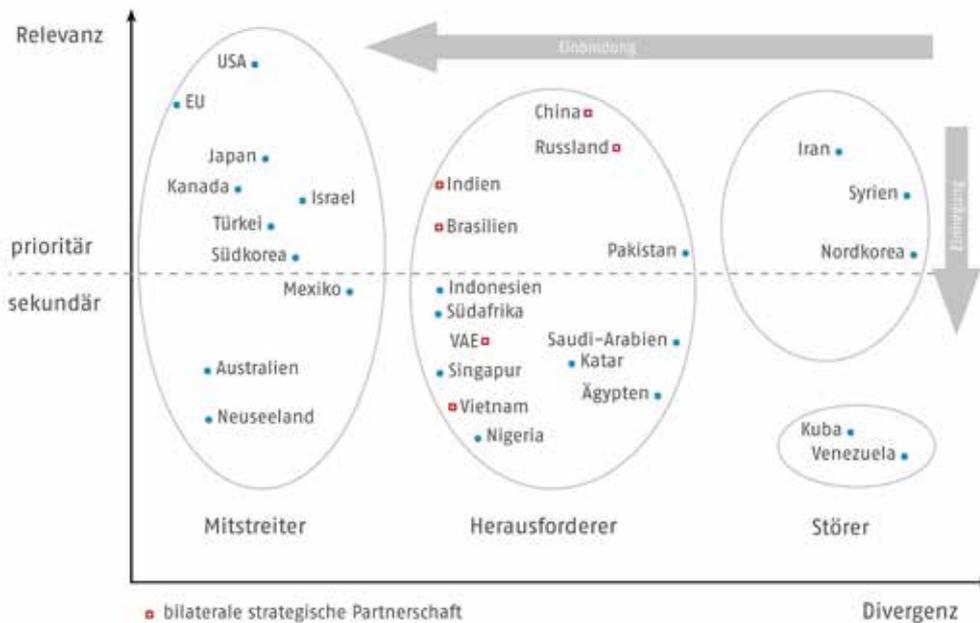
„Diese Bereitschaft zur Hingabe ist selten geworden in Zeiten, da jeder für sich selbst Verantwortung zu übernehmen hat – und zu viele meinen, damit schon genug Verantwortung zu tragen. Hier, in der Bundeswehr, treffe ich überall auf Menschen mit der Bereitschaft, sich für etwas einzusetzen – gewissermaßen treffe ich auf ‚Mut-Bürger in Uniform‘!“

„Ihr Werbespruch ‚Wir. Dienen. Deutschland.‘ trifft es auf den Punkt [...]. Er trifft, nicht allein, was das „dienen“ betrifft. Er lässt eben auch einen Patriotismus aufscheinen, der sich – frei nach Johannes Rau – darin zeigt, dass man sein Heimatland liebt, die Heimatländer der anderen darum aber nicht verachten muss.“

Mali werden hier einsortiert. Sie soll, so erforderlich, die volle Wucht deutscher und internationaler Verantwortungspolitik treffen: „Da aber, wo Störer die internationale Ordnung in Frage stellen; wo sie internationale Grundnormen [...] verletzen; wo sie Herrschaftsansprüche über Gemeinschaftsräume oder die kritische Infrastruktur der Globalisierung geltend machen oder gar diese angreifen; wo mit anderen Worten Kompromissangebote oder Streitschlichtung vergeblich sind: Da muss Deutschland bereit und instande sein, zum Schutz dieser Güter, Normen und Gemeinschaftsinteressen im Rahmen völkerrechtsgemäßer kollektiver Maßnahmen auch militärische Gewalt anzuwenden oder zumindest glaubwürdig damit drohen zu können.“ (S. 17)

Allerdings scheinen es nicht alle Teilnehmer für notwendig zu erachten, sich ausschließlich „völkerrechtsgemäßer kollektiver Maßnahmen“ zu bedienen. Was die Haltung bezüglich der Frage angeht, ob ein Mandat des UN-Sicherheitsrates bei Militäreinsätzen – und damit die Einhaltung von elementaren Grundpfeilern des Völkerrechts – zwingend erforderlich sei, heißt es lapidar: „Bei dieser Frage blieben die Positionen innerhalb des Projekts unvereinbar.“ (S. 41) Hierbei handelte es sich allerdings um den einzigen ausgewiesenen Dissens unter den Teilnehmern. Einig war man sich dagegen darin, dass der wichtigste unmittelbare Aktionsraum zunächst die EU-Nachbarländer sind, wo man sich als regionaler Hegemon etablieren will, indem dort eine breite Palette ziviler und militärischer Instrumente zum Einsatz gebracht wird: „In Europas südlicher und östlicher Nachbarschaft muss die EU als regionale Ordnungsmacht Stabilität und gute Regierungsführung anstreben – und dabei nicht nur auf Regierungen zielen, sondern auf Zivilgesellschaften. Hierzu sollten wirtschaftliche, diplomatische und auch sicherheitspolitische Instrumente konsequent eingesetzt werden.“ (S. 26)

Von Deutschland sei vor diesem Hintergrund vor allem folgendes gefordert: „Das verlangt mehr militärischen Einsatz und mehr politische Führung.“ (S. 43) Hierfür benötige man u.a.



Partner, Herausforderer und Störer im Papier Neue Macht – Neue Verantwortung, S. 31, wobei seltsamerweise im Text zerfallen(d)e Staaten wie „Syrien, Somalia, Afghanistan oder Mali“ als „Störer“ eingestuft werden, in der Grafik jedoch nicht auftauchen.

„eine international wettbewerbsfähige europäische Rüstungsindustrie“. (S. 43) Darüber hinaus sei es erforderlich, der Bevölkerung dieses ambitionierte Gesamtpaket effektiv zu vermitteln: „Schließlich wird in Deutschland von Gestaltern wie Experten gern beklagt, es fehle der Gesellschaft an außenpolitischem Verständnis. [...] Staatliche Außenpolitik muss deshalb lernen, ihre Ziele und Anliegen effektiver zu kommunizieren, um zu überzeugen – die eigenen Bürger ebenso wie die internationale Öffentlichkeit.“ (S. 8)

Hiermit waren die wesentlichen „Elemente einer außenpolitischen Strategie für Deutschland“ zusammengetragen, die zunächst im Koalitionsvertrag und in der Folge von Gauck aufgegriffen werden sollten.

3. Gauckismus als Elitenprojekt

Die ‚Macher‘ von ‚Neue Macht – Neue Verantwortung‘ waren sich augenscheinlich sicher, ‚erfolgreich‘ einen parteiübergreifenden Konsens etabliert zu haben, sodass sie überhaupt keine Notwendigkeit empfanden, auf die Debatten im Vorfeld der Bundestagswahlen Einfluss nehmen zu wollen. „Wir haben das bewusst nicht im Wahlkampf, sondern zu den Koalitionsverhandlungen hin veröffentlicht“, erläutert Projektleiterin Constanze Stelzenmüller.¹⁹ Und in der Tat, betrachtet man die betreffenden Passagen im Schwarz-Roten Koalitionsvertrag, so hat es den Anschein, als seien sie teils direkt aus ‚Neue Macht – Neue Verantwortung‘ abgepinselt worden zu sein: „Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwortung. Wir wollen die globale Ordnung aktiv mitgestalten. Dabei lassen wir uns von den Interessen und Werten unseres Landes leiten.“²⁰ Wie die *Welt* berichtet, scheint es bei den Regierungsparteien vollkommen unstrittig gewesen zu sein, mit der ‚Kultur der Zurückhaltung‘ ein für allemal aufzuräumen: „Einig waren sich Union und SPD aber tatsächlich immer dann, wenn es darum ging, die Doktrin des amtierenden Außenministers Guido Westerwelle (FDP) zu beerdigen. So ist die von Westerwelle am häufigsten zitierte Formulierung des alten Koalitionsvertrages, man lasse sich bei militärischen Interventionen von einer ‚Kultur der Zurückhaltung‘ leiten, im neuen Vertrag nicht mehr enthalten.“²¹

Eigentlich war damit der Fisch geputzt, es brauchte nun aber noch jemandem, der diesen Paradigmenwechsel der Öffentlich-

keit verkaufen konnte. Diese Person war mit dem ohnehin extrem militärraffinen Bundespräsidenten Joachim Gauck auch schnell gefunden (siehe Kasten). Darüber hinaus existierte mit Thomas Kleine-Brockhoff, dem vormaligen Leiter des ‚German Marshall Fund‘, eine direkte personelle Verbindung zwischen dem Projekt ‚Neue Macht – Neue Verantwortung‘ und dem Bundespräsidenten, der ihn im Sommer 2013 als neuen Leiter seiner Stabsstelle Planung und Reden verpflichtete.²² Es liegt demzufolge mehr als nahe, hierin den Grund zu vermuten, dass der Projektbericht faktisch als Blaupause für Gaucks Rede fungierte,²³ für die er dann die Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2014 als Bühne nutzte.²⁴

Um dies zu belegen, seien an dieser Stelle einige Passagen aus der Rede des Bundespräsidenten etwas ausführlicher zitiert: „Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert und profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung – einer Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden. [...] Die Beschwörung des Altbekanntens wird künftig nicht ausreichen! Die Kernfrage lautet doch: Hat Deutschland die neuen Gefahren und die Veränderungen im Gefüge der internationalen Ordnung schon angemessen wahrgenommen? Reagiert es seinem Gewicht entsprechend? [...] Ich meine: Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen. [...] Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein. [...] Auch wer nicht handelt, übernimmt Verantwortung. Es ist trügerisch sich vorzustellen, Deutschland sei geschützt vor den Verwerfungen unserer Zeit – wie eine Insel. Denn Deutschland ist so tief verwoben mit der Welt wie wenige andere Staaten. Somit profitiert Deutschland besonders von der offenen Ordnung der Welt. Und es ist anfällig für Störungen im System. Eben deshalb können die Folgen des Unterlassens ebenso gravierend wie die Folgen des Eingreifens sein – manchmal sogar gravierender.“²⁵

Augenscheinlich übernahm Gauck hier teils sogar wortgleich Kernaussagen aus ‚Neue Macht – Neue Verantwortung‘. In der ihm eigenen Art mischte der Bundespräsident seiner Rede aber auch eine gehörige moralische Prise bei. Unter Berufung auf das Konzept der Schutzverantwortung argumentiert Gauck, im Falle schwerer Menschenrechtsverletzungen sei ein militärisches Eingreifen der ‚internationalen Gemeinschaft‘ unerlässlich: „Das Prinzip der staatlichen Souveränität und der Grundsatz der

Gauck, von der Leyen, Steinmeier: Kriegstrio infernale

Laut Informationen der *Welt* (31.1.2014) soll sich Gauck für seine Rede auf der Sicherheitskonferenz eng mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen abgestimmt haben. Insofern überrascht es nicht weiter, dass beide in ihren dortigen Reden in exakt dasselbe Horn bließen. Ursula von der Leyen stimmte denselben Zweiklang aus moralischer und sicherheitspolitischer Verantwortungsrhetorik an wie der Bundespräsident: „[D]iese Krisen und Konflikte appellieren an unser humanitäres Gewissen, nicht diejenigen im Stich zu lassen, die am meisten leiden. Daher ist Abwarten keine Option. Wenn wir über die Mittel und Fähigkeiten verfügen, dann haben wir auch eine Verantwortung, uns zu engagieren. Verstehen Sie mich nicht falsch: Dies bedeutet nicht, dass wir dazu tendieren sollten, unser ganzes militärisches Spektrum einzusetzen – auf keinen Fall. Und dies bedeutet genauso wenig, dass wir kurzfristige Erfolge erwarten dürfen. Aber es bedeutet, dass wir die Verpflichtung und die Verantwort-

ung haben, unseren Beitrag zu einer schrittweisen Lösung der aktuellen Krisen und Konflikte erbringen. Gleichgültigkeit ist für ein Land wie Deutschland keine Option, weder aus sicherheitspolitischer noch aus humanitärer Sicht. Als eine bedeutende Volkswirtschaft und als ein Land von erheblicher Größe haben wir ein starkes Interesse an internationalem Frieden und Stabilität.“ (Rede von Ursula von der Leyen, Münchner Sicherheitskonferenz, 31.1.2014) Frank-Walter Steinmeier zog folgendermaßen nach: „Deutschland muss bereit sein, sich außen- und sicherheitspolitisch früher, entschiedener und substanzieller einzubringen. [...] Der Einsatz von Militär ist ein äußerstes Mittel. Bei seinem Einsatz bleibt Zurückhaltung geboten. Allerdings darf eine Kultur der Zurückhaltung für Deutschland nicht zu einer Kultur des Heraushaltens werden. Deutschland ist zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren.“ (Rede von Frank-Walter Steinmeier, Münchner Sicherheitskonferenz, 1.2.2014)

Nichteinmischung dürfen gewalttätige Regime nicht unantastbar machen.“²⁶ Die vielfältigen Bedenken demgegenüber, insbesondere dass mit der Aushöhlung des staatlichen Souveränitätsrechts willkürlicher Gewaltanwendung seitens der Großmächte noch weiter Tür und Tor geöffnet wird,²⁷ streift Gauck indes nur am Rande mit der lapidaren Bemerkung, das dürfe eben nicht geschehen: „[E]s gilt, den potentiellen Missbrauch des Schutzkonzepts zu expansionistischen oder gar imperialen Zwecken auszuschließen.“²⁸

Hieraus ergibt sich eine überaus brisante ‚Militarismus-Mixtur‘: „In der Tat weist der ‚Gauckismus‘, dieses Amalgam aus geopolitischen Prämissen und protestantisch geprägter Moral, kaum zu verleugnende Parallelen zum Sendungsbewusstsein der neokonservativen Bush-Ära in den USA auf. [D]er Bundespräsident [bemühte] sogar die abgeschmackte Metapher einer Weltpolizei, die überall auf der Welt die eigenen Ordnungsvorstellungen durchsetzen soll. Die zunehmend chaotischen Zustände im Nahen Osten sind vor diesem Hintergrund flott mit dem Mangel der Übernahme von Verantwortung erklärt. Ein beherztes Eingreifen in Syrien zum richtigen Moment, das hätte die Katastrophen im Nahen Osten doch verhindert, so mehren sich nun die Stimmen. Aber was, wenn das nicht stimmt? Welche Art von Verantwortung ist es dann, der wir gerecht werden? Die Pathologien liberaler Hybris sind derzeit im Irak und in Afghanistan, aber auch in Libyen zu beobachten.“²⁹

4. Ignorierte Verantwortung

Spätestens seit Gaucks ‚Großmacht-Rede‘ ist die Forderung, Deutschland müsse mehr internationale Verantwortung übernehmen, mehr oder weniger gleichbedeutend mit dem Ruf nach einem größeren militärischen Engagement geworden. Auch erste ‚Pilotprojekte‘ der neuen deutschen Weltmachtspolitik wurden bereits begonnen. Namentlich etwa die Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak, also mitten in einen Bürgerkrieg hinein und unter klarer Verletzung der deutschen Rüstungsexportrichtlinien.

Wie relevant in diesem Zusammenhang der Auftritt des Bundespräsidenten bei der Münchner Sicherheitskonferenz war, daran lässt deren Leiter, Wolfgang Ischinger, keine Zweifel aufkommen: „Ohne die Gauck-Rede wären die Waffenlieferungen an die Peschmerga nicht möglich gewesen.“³⁰ Vor allem aber die deut-

sche Rolle im Ukraine-Konflikt wurde allenthalben als erfolgreicher „Testfall“ des Gauckismus gelobt – trotz der katastrophalen Situation in dem Land, für die Deutschland eine wesentliche Mitverantwortung trägt.³¹

Gerade angesichts der aktuellen Militärfixiertheit fallen einem zahlreiche andere Bereiche ein, in denen es überaus wünschenswert wäre, wenn Deutschland dort künftig mehr Verantwortung an den Tag legen würde. Zuvorderst sind hier die verheerenden Auswirkungen der Welt(wirtschafts)ordnung zu nennen, von der zwar tatsächlich einige Länder profitieren, die aber auch unzählige Verlierer im Globalen Süden hinterlässt.³² Dabei würde die Umsetzung der im Jahr 2000 verabschiedeten Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs), die u.a. vorsahen, den Anteil extrem armer und hungernder Menschen bis 2015 zu halbieren, laut Berechnungen der Weltbank lediglich eine jährliche Erhöhung der westlichen Entwicklungshilfe um \$50 Mrd. erfordern.³³

Doch nicht zuletzt Deutschland bleibt seit fast 45 Jahren weit hinter der damaligen Zusage zurück, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe auszugeben (2013: 0,38 Prozent). Gleichzeitig ist es in der Konfliktforschung weitgehend unumstritten, dass Armut zu einer der wesentlichsten Ursachen für die Entstehung von Bürgerkriegen zählt. Eine radikale Kürzung des Rüstungshaushaltes und eine Umwidmung der freiwerdenden Gelder in Richtung einer sinnvollen Entwicklungshilfe wären deshalb erste wichtige Schritte auf dem Weg zu einer gerechteren und auch friedfertigeren Welt. Stattdessen legitimiert die „Notwendigkeit“, „Störungen“ im Weltwirtschaftssystem militärisch notdürftig unter Kontrolle bringen zu wollen wiederum die Existenz großer Militärapparate und die in sie investierten Ressourcen.

Ohnehin lassen die wiederholten Aussagen, es gehe primär darum, die „eigene Lebensweise erhalten und schützen“ zu wollen, indem man die gegenwärtige Weltordnung militärisch absichert, von der Deutschland „profitiert wie kaum ein anderes Land“, erhebliche Zweifel an den hehren Motiven der Propagandisten einer militarisierten Verantwortungspolitik aufkommen. Augenscheinlich dient die ganze Verantwortungsrhetorik lediglich dem Zweck, das dahinterstehende Machtstreben mühsam zu kaschieren: „Deutschland, so heißt es, hat ‚Führungsverantwortung‘ zu übernehmen. Eine ‚Kultur der Zurückhaltung‘, wie sie in Bonner Zeiten verstanden wurde, ist mit einer derart gewach-

senen außenpolitischen ‚Verantwortung‘ nicht mehr vereinbar. [...] Berlin sagt ‚Verantwortung übernehmen‘, meint aber ‚Macht ausüben‘.“³⁴

Doch selbst wenn der ‚Gauckismus‘ gänzlich altruistisch motiviert wäre, sicherheitspolitisch ist er ohnehin eine Bankrotterklärung, wie die Resultate der jüngsten Militärinterventionen mehr als deutlich untermauern. Dem ehemaligen Außenminister Guido Westerwelle ist deshalb vorbehaltlos zuzustimmen, wenn er die scharfen Attacken gegen seine Politik der militärischen Zurückhaltung mit folgenden Worten konterte: „Ich bin in meinem politischen Leben oft dafür kritisiert worden, dass ich mich mehrmals gegen eine deutsche Beteiligung an militärischen Interventionen gestellt habe. Aber wie ist denn heute die Lage im Irak? Oder in Libyen? Ich kann nicht sehen, warum eine politische Reifung des wiedervereinigten Deutschlands mit mehr militärischen Interventionen einhergehen muss. Politische und diplomatische Lösungen haben für mich Vorrang. Wir sollten bei der Kultur der militärischen Zurückhaltung bleiben. Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik. Die Pickelhaube steht uns nicht.“³⁵

5. Propagandaoffensive und die Entsorgung der Geschichte

Mit aller Macht wird versucht, die Elitenvorstellungen von Deutschlands neuer Rolle in der Welt in der Bevölkerung zu verankern – und genau dies war und ist das zentrale Anliegen von ‚Neue Macht – Neue Verantwortung‘, der Gauck-Rede und den vielen weiteren aktuellen Initiativen, die in diese Richtung zielen: „Inzwischen ist das Thema der außenpolitischen Wende und der Führungsrolle Deutschlands zum zentralen Thema des öffentlichen Diskurses geworden. Dessen Initiatoren versprechen sich davon die Lösung eines Dilemmas, das sie immer wieder beklagten: die Kluft zwischen Elitendiskurs, der schon lange das Bekenntnis zu einer ‚realistischen Machtpolitik‘ (unter Einschluss der notwendigen militärischen Maßnahmen) fordert, und der Ablehnung einer solchen Politik bei der Mehrheit des Volkes.“³⁶

Doch die deutsche Bevölkerung ist weiterhin alles andere als überzeugt vom ‚Gauckismus‘, wie klar aus den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage vom April und Mai 2014 hervorgeht: „Verglichen mit den Ergebnissen einer ähnlichen Untersuchung der amerikanischen Rand-Corporation aus dem Jahr 1994 haben sich die Verhältnisse umgekehrt. Damals plädierten 62 Prozent für ein größeres deutsches Engagement. Heute sind es noch 37 Prozent. Damit wird klar: Eine deutliche Mehrheit steht den Plädoyers von Bundespräsident Joachim Gauck, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Steinmeier, Deutschland möge sich weltweit mehr engagieren, erst mal skeptisch gegenüber.“³⁷ Die Kluft zwischen öffentlicher Meinung und den ‚Gauckisten‘ könnte also größer kaum sein – wohl genau aus diesem Grund setzte, insbesondere seit Ausbruch der Ukraine-Krise, eine Propagandaoffensive ein, die zum Ziel hat, die deutsche Bevölkerung buchstäblich sturmreif zu schießen.

Eine wichtige Rolle spielte dabei das Projekt „Review 2014“ des Auswärtigen Amtes, bei dem zahlreiche Autoren eingeladen wurden, ihre Forderungen an die deutsche Außenpolitik schriftlich zu formulieren, wobei gleichzeitig auch zahlreiche regionale Veranstaltungen zum Thema abgehalten wurden. Auch wenn durchaus die ein oder andere (halbwegs) kritische Stimme zu Wort kam, so war die Stoßrichtung des Projekts eindeutig darauf angelegt, dem Verantwortungsinterventionismus Gauck-scher Prägung zusätzlichen Rückenwind zu verleihen. Das Fazit im führenden außenpolitischen Magazin Deutschlands fiel dann

auch unter dem Titel „Abschied von der Juniorpartnerschaft. Für mehr deutsche Führung in und durch Europa“ dementsprechend aus: „Die Diskussionen über deutsche Außenpolitik im Rahmen der Review 2014 haben bestätigt: Deutschland soll eine stärkere globale Rolle spielen.“³⁸

Einer, der ebenfalls im Rahmen von ‚Review 2014‘ seine Ansichten zum Besten geben durfte, war der Politikprofessor Herfried Münkler, einer der wohl einflussreichsten Militärhardliner Deutschlands³⁹: „Deutsche Außenpolitik ist in Wahrheit an den Interessen Deutschlands, weniger an seinen Werten orientiert. Die Politik muss sich ehrlich machen, damit die Diskrepanz zwischen öffentlicher Darstellung und tatsächlicher Ausrichtung deutscher Außenpolitik nicht die öffentliche Unterstützung gefährdet und ihre demokratische wie strategische Glaubwürdigkeit infrage stellt.“⁴⁰

Münkler ist unter anderem auch aus dem Grund von besonderem Interesse, weil er eine zentrale Rolle in einem weiteren wesentlichen Debattenstrang um Deutschlands Rolle in der Welt spielt. Neben Christopher Clarks „Schlafwandler“ leistete sein Buch „Der große Krieg“ den wichtigsten Beitrag, um die – eigentlich seit vielen Jahren beendete – Auseinandersetzung um die deutsche Hauptverantwortung am Ersten Weltkrieg erneut zu eröffnen. Sein fast 1000seitiger Wälzer, in dem er diese Hauptschuld abstreitet, ist allerdings alles andere als ein Selbstzweck, sondern Münkler versteht ihn als wichtigen Beitrag für ein neues deutsches Weltmachtverständnis: „Es lässt sich kaum eine verantwortliche Politik in Europa betreiben, wenn man die Vorstellung hat: Wir sind an allem Schuld gewesen. [...] Weil wir historisch schuldig sind, müssen, ja dürfen wir außenpolitisch nirgendwo mitmachen; also kaufen wir uns lieber frei, wenn es darum geht, Europa an den Krisenrändern zu stabilisieren.“⁴¹

Von dieser geschichtsrevisionistischen Debatte ließ sich augenscheinlich auch Gauck in seiner Rede bei der Sicherheitskonferenz inspirieren: „Eines gleich vorweg: Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir kennen. Das auszusprechen, ist keine Schönfärberei. [...] Ich muss wohl sehen, dass es bei uns – neben aufrichtigen Pazifisten – jene gibt, die Deutschlands historische Schuld benutzen, um dahinter Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken. [...] So kann dann aus Zurückhaltung so etwas wie Selbstprivilegierung entstehen, und wenn das so ist, werde ich es immer kritisieren.“⁴² Und genau so wie es gemeint war, wurde diese Passage auch aufgenommen: „[Gauck] erkannte an, dass militärische Beiträge von Deutschland wegen seiner historischen Schuld aus der Zeit des Nationalsozialismus lange nicht verlangt worden seien. Doch nun dürfe Pazifismus kein Deckmantel für Bequemlichkeit werden. Er bestritt, dass Deutschland wegen seiner Geschichte dauerhaft ein ‚Recht auf Wegsehen‘ erworben habe. Dies führe zu ‚so etwas wie Selbstprivilegierung‘.“⁴³

Augenscheinlich sind Gauck und Konsorten bereit, mit zentralen Lehren aus der deutschen Vergangenheit endgültig aufzuräumen – insofern ist es kein Wunder, wenn sie sich hier auf einer Linie etwa mit der rechtsnationalen Jungen Freiheit bewegen: „[M]it der Entlarvung der das deutsche Verhängnis auslösenden Alleinschuldthese als perfides Propagandakonstrukt ist zumindest ein Anfang gemacht. Vielleicht unterziehen ja mutige Historiker auch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs einer sachlichen Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Rolle des chauvinistischen Polens der Zwischenkriegszeit und der doppelzüngigen Diplomatie der damaligen westlichen Demokratien. [D]as Jahr 2014 [könnte] später einmal als Wendepunkt in der deutschen Geschichtspolitik gelten. Historiker werden das Jahr

vielleicht als jenen Zeitpunkt einordnen, an dem das fast fünfzig Jahre währende linke und linksliberale Deutungsmonopol zu erodieren begann und die Gesundung der nationalen Psyche einsetzte, die durch einen permanenten Schuldmoralismus pathologisiert worden ist.“⁴⁴

So erschreckend diese Entwicklungen sind, gibt es doch einen Lichtblick, denn das geballte militaristische Trommelfeuer verlief bislang augenscheinlich weitgehend im Sande. Eine neuerliche Befragung Anfang 2015 ergab, dass die Skepsis gegenüber dem Gauckismus in der deutschen Bevölkerung sogar weiter angestiegen ist.⁴⁵

Anmerkungen

- 1 Pfeifer, Hanna/Spandler, Kilian: The Responsibility to be Responsible, in: *Wissenschaft & Frieden* 4/2014, S. 36-39.
- 2 „Die Reden von Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar dieses Jahres waren für viele eine Überraschung. Dabei zeichnete sich die Entstehung der ‚neuen deutschen Außenpolitik‘ spätestens seit 2011 ab – und sie ist weniger geheimnisvoll als oft gedacht.“ Siehe Rinke, Andreas: Raus ins Rampenlicht. Die Genese der „neuen deutschen Außenpolitik“, in: *Internationale Politik*, Juli/August 2014, S. 8-13, S. 8.
- 3 Lucke, Albrecht von: Der nützliche Herr Gauck, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2014, S. 5-8, S. 6.
- 4 Geis, Anna: Die Zivilmacht Deutschland und die Enttabuisierung des Militärischen, *HSFK-Standpunkte*, Nr. 2/2005, S. 2.
- 5 WACHSTUM. BILDUNG. ZUSAMMENHALT., Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, 26.10.2009, S. 123.
- 6 Berichten zufolge plädierte Außenminister Guido Westerwelle scheinbar sogar für eine Ablehnung der Resolution 1973. Siehe Libyen-Enthaltung in der Uno: Wie es zu dem deutschen Jein kam, *Spiegel Online*, 23.3.2014.
- 7 Rinke, Andreas: Eingreifen oder nicht? in: *Internationale Politik*, Juli/August 2011, S. 44-52, S. 44.
- 8 Hellmann, Gunther: Berlins Große Politik im Fall Libyen, in: *WeltTrends*, September/Okttober 2011, S. 19-22, S. 22.
- 9 Fischer, Joschka: Deutsche Außenpolitik – eine Farce, *Süddeutsche Zeitung*, 24.3.2011.
- 10 Regierungserklärung des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, zur Neuausrichtung der Bundeswehr vor dem Deutschen Bundestag am 27. Mai 2011 in Berlin.
- 11 Lau, Jörg: De Maizières Bundeswehrreform und die deutschen Interessen, *Zeit Online*, 18.5.2011.
- 12 Assads Panzer ersticken den Widerstand, *Handelsblatt*, 14.6.2011.
- 13 Kaim, Markus: Interventionsoptionen, in: *Internationale Politik*, Mai/Juni 2012, S. 72-77, S. 77.
- 14 Deutschlands Politik der Zurückhaltung, *Deutsche Welle*, 5.3.2013.
- 15 Seidler, Felix: Strategisch handeln andere: Merkels außenpolitische Bilanz, *Seidlers Sicherheitspolitik*, 31.8.2013.
- 16 Nünlist, Christian: Mehr Verantwortung? Deutsche Aussenpolitik 2014, *CSS Analysen zur Sicherheitspolitik*, Nr. 149, März 2014, S. 2.
- 17 *Neue Macht – Neue Verantwortung*. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, SWP/GMF, September 2013. Alle Zitate in diesem Kapitel entstammen sofern nicht anders ausgewiesen diesem Dokument.
- 18 Paech, Norman: *Für Frieden und Kooperation*. Zum SWP/GMF-Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“, 14.1.2014.
- 19 Journalisten beraten Politiker, *taz online*, 20.2.2014.
- 20 Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 117.
- 21 Union und SPD beerdigen Westerwelles Doktrin, *Die Welt*, 19.11.2013.
- 22 Politik: Kleine-Brockhoff wird Gaucks Planungschef, *Süddeutsche Zeitung*, 18.7.2013. Dank an Clemens Ronnefeldt, der zuerst auf diese Verbindung hingewiesen hat.
- 23 Die von Rinke 2014 aaO, S. 11 geäußerte Kritik an der Friedensbewegung geht dabei in die Irre, da niemand, wie von ihm insinuiert, argumentiert, Kleine-Brockhoff habe Gauck ‚umgebogen‘. Seine Ernennung spiegelt vielmehr die weitgehende Überschneidung im Denken der beiden wieder und signalisiert damit auch eine Verbindung zum Projekt ‚Neue Macht – Neue Verantwortung‘ und zwar unabhängig davon, in welchem Ausmaß Kleine-Brockhoff direkt in die Abfassung der Rede schlussendlich involviert war. Faktisch argumentiert Rinke sogar ganz ähnlich: „Die von einigen Vertretern der Friedensbewegung geäußerte Behauptung, wonach die Wende im Denken Gaucks damit zu tun habe, dass der Präsident seit Sommer 2013 durch den früheren GMF-Direktor Thomas Kleine-Brockhoff als Redenschreiber unterstützt wurde, scheint also ein Mythos. Wenn diese Personalie eine Auswirkung hatte, dann allenfalls die, dass sich Gauck noch intensiver mit der deutschen Rolle in der Welt auseinandersetzte.“
- 24 Schon in Gaucks *Rede zum Tag der deutschen Einheit* am 3. Oktober 2013 wurde der programmatische Boden bereitet: „Ich mag mir nicht vorstellen, dass Deutschland sich groß macht, um andere zu bevorzugen. Aber ich mag mir genauso wenig vorstellen, dass Deutschland sich klein macht, um Risiken und Solidarität zu umgehen.“
- 25 Gauck, Joachim: „*Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen*“, München, 31.1.2014.
- 26 Ebd.
- 27 Haid, Michael: Die „Responsibility to Protect“. Kriegslegitimation unter Missbrauch der Menschenrechte?, *IMI-Analyse* 2011/32.
- 28 Gauck 2014 aaO.
- 29 Spandler, Kilian/Pfeifer, Hanna: *Komplexität aufbauen statt abbauen – Wider eine Politik der neuen deutschen Verantwortung*, Auswärtiges Amt, Review 2014.
- 30 „Sind es die Amerikaner leid, sich um die Welt zu kümmern?“, Wolfgang Ischinger über Terror, Krisen und mangelnde politische Weitsicht, *Die Welt*, 19.1.2015.
- 31 Vgl. Wagner, Jürgen: Ukraine: Ringen um die Machtgeometrie. Neoliberales Assoziationsabkommen und europäisch-russische Machtkonflikte, *IMI-Studie* 2014/2c.
- 32 „Die Kluft zwischen den Reichsten und dem Rest der Welt wird schnell breiter, beklagt die britische Wohlfahrtsorganisation Oxfam [...]. Im Jahr 2009 gehörten noch 44 Prozent des Wohlstands einem Prozent der Weltbevölkerung. Vorgangenes Jahr lag der Anteil bereits bei 48 Prozent. 2016 werde er erstmals auf mehr als die Hälfte anwachsen.“ Siehe Ein Prozent der Weltbevölkerung hat mehr als alle anderen, *Zeit Online*, 19.1.2014.
- 33 Archer, Colin/Willi, Annette: Opportunity Costs: Military Spending and the UN’s Development Agenda, *International Peace Bureau* 2012, S. 26.
- 34 Hellmann, Gunther: Normativ nachrüsten, in: *Internationale Politik* (online), Oktober 2010, S. 4 und 1.
- 35 „Die Pickelhaube steht uns Deutschen nicht“, *Die Welt*, 10.11.2013.
- 36 Deppe, Frank: Imperialer Realismus: Deutsche Außenpolitik: Führungsmacht in „Neuer Verantwortung“, Hamburg 2014, S. 9.
- 37 Deutschland soll sich weniger einmischen, *Süddeutsche Zeitung*, 20.5.2014.
- 38 Bendiek, Annegret: Abschied von der Juniorpartnerschaft. Für mehr deutsche Führung in und durch Europa, *Internationale Politik*, September/Okttober 2014, S.60-66, S. 60.
- 39 Vgl. zur Rolle und dem Einfluss Herfried Münklers Zelik, Raul: „State Failure“ und „asymmetrische Kriege“ als Paradigmen von Weltordnungspolitik“, in: *PROKLA* 147 (Juni 2007).
- 40 Münkler, Herfried: Die gefährliche Kluft zwischen Schein und Tun, *Auswärtiges Amt*, Review 2014.
- 41 Münkler zit. nach Deppe 2014.
- 42 Gauck 2014 aaO.
- 43 Gauck fordert neue deutsche Außenpolitik, *FAZ*, 31.1.2014.
- 44 Kuntze, Peter: Aus dem Schatten treten: 2014 als Wendejahr der Geschichtspolitik, *junge Freiheit*, 21.2.2014.
- 45 „Eine [...] Umfrage von TNS Infratest zeigt, dass die Deutschen eine aktivere Rolle deutscher Außenpolitik in internationalen Krisen weiterhin skeptisch beurteilen. Nur 34% (2014: 37%) befürworten ein stärkeres Engagement, 62% lehnen es ab (2014: 60%).“ Munich Security Report: <https://www.securityconference.de/debatte/munich-security-report/>

Rüstungsprojekte der Bundeswehr

Kritische Bestandsaufnahme und Ausblick

von Arno Neuber

Derzeit laufen bei der Bundeswehr rund 2.300 Rüstungsvorhaben, darunter 700 Forschungsprojekte. „Die Bundeswehr investiert jedes Jahr rund 0,8 Mrd. Euro in Forschung & Entwicklung – soviel wie ein mittlerer Pharma-Konzern“¹, heißt es stolz im Verteidigungsministerium.

Die großen Rüstungsprojekte im aktuellen Beschaffungshaushalt der Bundeswehr sind dabei dieselben, die seit Jahren die Öffentlichkeit beschäftigen: die Hubschrauber NH 90 und Tiger, das Transportflugzeug A400M und der Schützenpanzer Puma, die Fregatten F125, dazu der Eurofighter.

Es sind auch die Rüstungsvorhaben, die von der Unternehmensberatungsgruppe KPMG im Auftrag von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen unmittelbar nach ihrem Amtsantritt einer Bestandsaufnahme und Risikoanalyse unterzogen worden sind. Das vernichtende Gesamturteil: „Waffensysteme kommen um Jahre zu spät, Milliarden teurer als geplant – und dann funktionieren sie oft nicht richtig oder haben Mängel.“²

So richtig diese Einschätzung auch ist, so darf aber eben gleichzeitig nicht vergessen werden, dass all diese Rüstungsprojekte (bis auf den Eurofighter) wichtige Bausteine für den Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee darstellen, wie im ersten Teil des folgenden Artikels ausgeführt wird. Im Anschluss daran wird auf die neuen Rüstungspläne aus dem Verteidigungsministerium eingegangen, die auch in diesem Bereich einen Besorgnis erregenden Militarisierungsschub bringen könnten.

Teil I: Interventionsequipment trotz Pleiten, Pech & Pannen

Wie bereits angedeutet, fällt die Bilanz der aktuellen Rüstungsprojekte der Bundeswehr gemischt aus: Trotz teils grotesker Pannenserien und drastischer Kostenüberschreitungen liefern die Projekte die Hardware für die neue „Armee im Einsatz“ (Weißbuch), ohne die der neue deutsche Militärinterventionismus undenkbar wäre.

Der Eurofighter

Zu Projektbeginn 1987 wurden die Entwicklungs- und Beschaffungskosten des Eurofighters ohne Bewaffnung auf umgerechnet rund 14 Mrd. EUR geschätzt. Heute sind hierfür rund 26 Mrd. EUR veranschlagt, obgleich die Anzahl der bestellten Flugzeuge von 250 auf 143 reduziert wurde. Der Stückpreis stieg damit von 56 auf 181,8 Mio. EUR.

Der Kampfjet galt schon in den 80er Jahren als „eine auf Jahrzehnte angelegte gigantische ‚Umwegfinanzierung‘ (Scholz), um die deutsche Rüstungsindustrie am Leben zu erhalten.“³ Der Spiegel polemisierte in einer Titelstory gegen ein Parlament, das mit seiner Zustimmung zum neuen Kampfflugzeug „seine Ohnmacht zur Schau stellt, und gegen einen militärisch-industriellen Komplex, der selbst objektiv sinnlose Polit-Entscheidungen durchzusetzen vermag.“⁴

Die Methode, die der Spiegel 1987 beschrieb, hat auch fast drei Jahrzehnte später nichts von seiner Aktualität verloren: „Die Industrie, an hohen Rüstungsausgaben interessiert, breitet in bunten Broschüren fabelhafte Vorschläge für ein Kampfflugzeug der ‚nächsten Generation‘ aus. Kurz darauf entdecken die Militärs quasi wunschgemäß eine neue Bedrohung aus dem Osten und entwickeln prompt ‚Bedarf‘ für neues Kriegsgerät. Danach schwatzen Rüstungslobbyisten und Beschaffer Regierung, Parlament und Publikum das jeweils raffinierteste und mithin kostspieligste Waffensystem auf, denn billigere Alternativen gelten als nicht bedrohungsgerecht.“⁵

Eng verzahnt war das Eurofighter-Projekt mit dem Vorhaben, Airbus zur Konkurrenz für die US-amerikanischen Luftfahrtkonzerne aufzubauen. Die staatlichen Gelder für den Kampfjet sollten als Quersubventionierung für die zivile Luftfahrtindustrie dienen. „Kein europäischer Airbus würde heute mit einer amerikanischen Boeing um die Wette fliegen, wenn die technischen Strukturen dieses europäischen Gemeinschaftsunternehmens nicht durch große Beschaffungsaufträge der Bundeswehr aufgebaut worden wäre.“⁶

Die militärischen Begründungen für das neue Kampfflugzeug mussten mehrfach angepasst werden. War es bis Ende 1988 eine angeblich wachsende „Bedrohung Deutschlands durch eine zahlenmäßig überlegene, hochmoderne Luftangriffsflotte der Warschauer-Pakt-Staaten“, so musste ab Ende 1991 „die Notwendigkeit des Schutzes deutscher Truppen bei out-of-area-Einsätzen“⁷ als Argument herhalten.

Im Oktober 1997 beschloss die Bundesregierung die Beschaffung von 180 Eurofightern in drei Tranchen. Als 2009 die Teiltranche 3A bestellt wurde, stellte sich heraus, dass durch Kostensteigerungen die bewilligten Haushaltsgelder praktisch aufgebraucht waren. In der Folge erklärte das Verteidigungsministerium im Herbst 2011, die ausstehenden 37 Flugzeuge nicht mehr zu ordern.

In einem „Bericht zum Stand der Neuausrichtung der Bundeswehr“ vom Mai 2013 nennt das Verteidigungsministerium als Obergrenze die Beschaffung von 140 Eurofightern.⁸ Die Industrie will für die Reduzierung der Stückzahlen vom Ministerium Ausgleichszahlungen in Höhe von rund 514 Millionen Euro. Airbus will darüber hinaus noch fast 221 Millionen Euro von der NATO-Agentur Netma haben, die offensichtlich am Ende auch von Berlin gezahlt werden müssten.⁹

Ende Oktober 2013 waren 103 Eurofighter an die Truppe ausgeliefert. In den Folgejahren sollen 8-10 Maschinen pro Jahr ausgeliefert werden. In Pressemeldungen war davon die Rede, teilweise seien nur die Hälfte der Eurofighter bei der Luftwaffe einsatzbereit.

Im September 2014 hat Deutschland vier Eurofighter mit 160 Soldaten nach Estland verlegt. Berlin hat so die Gelegenheit genutzt, innerhalb der NATO seinen Kurs der verstärkten internationalen Einsatzbereitschaft zu demonstrieren und „deutsche Kampfjets in Putins Vorgarten“¹⁰ operieren zu lassen.



Großprojekt mit Kostenproblemen: A 400 M, Foto: Julian Herzog, CC-Lizenz über Wikipedia

Der Militärtransporter Airbus A 400 M

Am 19. Dezember 2014 landete der erste von der Bundeswehr übernommene Militär-Airbus auf dem niedersächsischen Luftwaffenstützpunkt Wunstorf. Ursprünglich war die Auslieferung bereits für September 2010 geplant.

Der erste A400M ist lediglich zur Ausbildung gedacht. Und er hat offensichtlich noch beträchtliche Mängel. Ursula von der Leyen sprach deshalb beim Empfang für die Airbus-Besatzung in Wunstorf von einem „Tag der gemischten Gefühle“.¹¹ Bislang kann der Airbus weder Waffen und Material noch Soldaten aus der Luft absetzen und es fehlt ein Selbstschutzsystem für Einsätze in Kampfzonen. Alle geforderten militärischen Fähigkeiten soll der Transporter erst bis 2020 besitzen.

Auch die Auslieferung soll sich weiter verzögern. Statt der geplanten fünf zusätzlichen Maschinen, bekommt die Bundeswehr 2015 voraussichtlich nur zwei. Wegen der ausufernden Kosten wurden die Beschaffungspläne von 60 Stück auf 53 reduziert. 40 sollen in der Bundeswehr genutzt und 13 weiterverkauft werden.

Allerdings scheinen diese Zahlen nicht in Stein gemeißelt zu sein. Der Ukraine-Konflikt könnte auch beim Militärtransporter zum Glücksfall für die Industrie werden. Jedenfalls hat die Herstellerfirma Airbus Ende 2014 verlauten lassen, dass sie wegen der neuen Ausrichtung der NATO gegen Russland die Abnahme aller Exemplare durch die Bundeswehr erwartet.

Der A400M ist ein zentrales Projekt für eine Bundeswehr im weltweiten Einsatz. Der Militärtransporter soll über eine Kurz-Start und -Landefähigkeit auf unbefestigten Pisten verfügen und den Schützenpanzer Puma in die Einsatzregionen transportieren können. Die Maschine kann in der Luft betankt werden und damit ihren Einsatzradius entscheidend vergrößern und sie kann auch selber zum Tankflugzeug umgerüstet werden.

Schützenpanzer Puma

Der Schützenpanzer Puma soll das künftige Hauptwaffensystem der Panzergrenadiertruppe der Bundeswehr werden. Er ist ein rein deutsches Rüstungsprojekt, entwickelt und produziert wird er von den Rüstungsfirmen Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall.

Der Puma soll bei Einsätzen der Bundeswehr weltweit verfügbar sein und mit dem A400M in das Kampfgebiet geflogen werden. Bei seiner Entwicklung war ausdrücklich die Einsatzfähigkeit in Polarregionen und Heißklimazonen gefordert. Er soll über eine hohe Beweglichkeit in unwegsamem Gelände verfügen und auch gegen Kampfpanzer und verbunkerte Ziele eingesetzt werden können. Als Gefechtsfahrzeug für Einsätze in asymmetrischen Kriegen wurde Wert auf den Schutz vor Minen und Sprengfallen und den Beschuss mit Panzerabwehrwaffen gelegt.

Entwicklung und Auslieferung des Puma verzögerten sich aufgrund technischer Probleme immer wieder. Trotz offensichtlicher Mängel und Bedenken des Bundesrechnungshofes genehmigte der Haushaltsausschuss des Bundestages 2009 die Beschaffung von 405 Panzern zum Preis von 3,1 Mrd. Euro. Mitte 2012 einigte sich das Verteidigungsministerium mit den Herstellern auf eine Reduzierung der Stückzahl. Nun sollten nur noch 350 Schützenpanzer abgenommen werden.

Der Preis ist dennoch noch weiter angestiegen – der Puma gilt inzwischen als der teuerste Schützenpanzer der Welt: „Der neue Schützenpanzer Puma kostet zusätzlich 666 Millionen Euro. [...] Die Bundeswehr hat 350 Puma bestellt, die den Schützenpanzer Marder ersetzen sollen. Die Gesamtkosten summieren sich laut Experten nunmehr auf rund 3,7 Milliarden Euro. Das Vorzeigeprojekt der Rüstungsfirmen Krauss Maffei Wegmann und Rheinmetall ist wegen gravierender technischer Probleme mehrere Jahre im Verzug. So kann der Puma nach Hersteller-Angaben mit dem Mells-System zwei Jahre verspätet erst ab 2018 ausgestattet werden.“¹²

Das von Verteidigungsministerin von der Leyen in Auftrag gegebene Gutachten der Unternehmensberatungsgruppe KPMG zeigt am Beispiel des Puma auf, wie bei der Rüstungsbeschaffung getrickst wird und wie Rüstungsproduktion zum Selbstbedienungsladen für die beteiligten Konzerne geworden ist: „Nach Sichtung und Würdigung der vorliegenden Informationen ergibt sich im Nachhinein, dass für die Planungsphase zu optimistische, nicht validierte Annahmen getroffen wurden [...] Vielmehr entsteht der Eindruck, dass kontinuierlich versucht wurde, die Zielsetzungen der maximalen politisch-militärischen Fähigkeitsforderung (z.B. weltweites Operationsgebiet bis in polare Klimazonen, Lufttransportfähigkeit), der extrem straffen Zeitvorgabe und der technischen Realisierbarkeit gleichgewichtig nebeneinander auch nach ersten Zeitverzögerungen aufrecht zu erhalten.“¹³

Mit anderen Worten: Zunächst werden die Kosten schön gerechnet, um den Auftrag zu bekommen und dann wird mit immer neuen Begründungen der Preis in die Höhe getrieben.

German Deal mit Hubschraubern

Der Tiger ist wie der Eurofighter ein Waffenprojekt aus der Zeit der Systemkonkurrenz mit den Staaten des Warschauer Vertrages. Ursprünglich war er als Panzerabwehrhubschrauber vorgesehen und sollte, in hoher Stückzahl produziert, die angenommene Unterlegenheit des Westens bei Kampfpanzern ausgleichen.

Nach Auflösung des Warschauer Paktes wurde aus dem PAH-2 (Panzerabwehrhubschrauber 2) der Unterstützungshubschrauber Tiger (UHT). Er sollte jetzt auch als Kampfunterstützung und zur Aufklärung bei weltweiten Bundeswehreinsetzungen fungieren und mit dem Airbus A400M transportiert werden können.

Ende 2009 wurden die ersten vier Tiger im hessischen Fritzlar stationiert, bis zum Herbst 2014 sind 35 UHT an die Bundeswehr ausgeliefert worden.

Im Dezember 2012 wurden vier Tiger nach Afghanistan verlegt. Öffentlich bekannt wurde ein Kampfeinsatz im Mai 2012, bei dem zwei Tiger zur Unterstützung des Kommandos Spezialkräfte (KSK) angefordert wurden und mit Raketen Aufständische angriffen.

Ursprünglich vereinbart war die Lieferung von 80 Tigern für die Bundeswehr. Wegen technischer Probleme verzögerten sich vereinbarte Liefertermine immer wieder, während die Kosten explodierten.

Im Frühjahr 2013 haben der damalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière und sein Staatssekretär Stéphane Beemelmans deshalb mit der Herstellerfirma Eurocopter den sogenannten „German Deal“ ausgehandelt. Die Bundeswehr sollte statt 80 Tigern nur noch 57 abnehmen. Inzwischen hat man sich wieder auf 68 Tiger geeinigt. 45 Exemplare sollen bei der Truppe eingesetzt werden und 23 lediglich als „Ersatzteillager“ dienen.

Verquickt wird der Deal mit dem zweiten Hubschrauberprojekt, dem NH90. Der Nato Helicopter ist als Material-, Waffen- und Truppentransporter vorgesehen. Außerdem soll er für Einsätze von Spezialkräften und den Verwundetentransport genutzt werden.

Von ursprünglich vereinbarten 122 Exemplaren will die Bundeswehr nun nur noch 82 abnehmen. Weitere 22 NH90 bleiben aber „optional“ weiter auf dem Bestellschein. Die sollen in einen multinationalen europäischen Hubschrauberverband eingebracht werden, der in Deutschland stationiert wird. Weitere „Ausgleichsmaßnahme“ für den Hersteller: Die Bundeswehr gibt 18 Hubschrauber einer Marineversion des NH90 zusätzlich in Auftrag.

Eurocopter heißt jetzt Airbus Helicopter, de Maizière ist nicht

mehr Verteidigungsminister und Beemelmans wurde wegen seiner Industriebhörigkeit von Ursula von der Leyen gefeuert. Der Stückpreis aber steigt und steigt.

Beim NH 90 sollten bei der Bestellung im Jahr 1999 die 134 Stück 2,4 Mrd. Euro kosten. Heute wird mit 4,4 Mrd. Euro gerechnet – bei wesentlich kleinerer Stückzahl. Ende nicht in Sicht.

Fregatte F125

Derzeit befinden sich zwei Fregatten des Typs F125 bei Blohm+Voss in Hamburg im fortgeschrittenen Baustadium. Die „Baden-Württemberg“ soll 2016 an die Marine ausgeliefert werden, die „Nordrhein-Westfalen“ im Jahr darauf. Zwei weitere Schiffe sollen 2018 und 2019 folgen.

Die F125 wird nicht nur der größte bisher für die Marine gebaute Fregattentyp sein und mit Kosten von mehr als zwei Milliarden Euro für vier Schiffe eines der größten Rüstungsprojekte der Bundeswehr. Sie soll mit ihren Fähigkeiten auch eine neue Etappe in der Geschichte der Bundesmarine einläuten: „Im Zuge der Neuausrichtung der Bundeswehr soll sich „die Marine bis Ende 2015 zu einer Flotte entwickeln, die in der Lage ist, dauerhaft auch in großer Entfernung vom Heimatland im streitkräftegemeinsamen, multinationalen Rahmen auch unter Bedrohung vor fremden Küsten zu operieren und humanitäre Hilfe zu leisten. So können dem politischen Willen Deutschlands besonderer Ausdruck verliehen und Krisen bzw. Konflikte bereits am Ort des Entstehens bewältigt oder eingedämmt werden.“¹⁴

Die F125 soll im Rahmen einer „Expeditionary Navy“ die dauerhafte Überwachung und Beherrschung von Räumen und Verbindungslinien auf See sicherstellen, Embargomaßnahmen durchsetzen, Spezialkräfte unterstützen, von See aus Ziele an Land beschießen und gleichzeitig als Führungsschiff für multinationale Verbände dienen.

Dabei wird auf intensivste Nutzung gesetzt. Die Schiffe sollen bis zu zwei Jahren auf See bleiben, ohne den Heimathafen anzulaufen und unter extremsten Klimabedingungen operieren.

II. Von der Leyen und die Rüstungsindustrie

Die Beauftragung einer Unternehmensberatung zur Durchleuchtung aktueller Rüstungsprojekte hat der Verteidigungsministerin Schlagzeilen gebracht wie „Von der Leyen legt sich mit der Rüstungsindustrie an“.¹⁵ Anzunehmen, dass es sich dabei um den Anfang vom Ende des Machtkomplexes aus Militär, Industrie und politischem Establishment handelt, wäre aber naiv. Gleichwohl geht es um mehr als billigen Theaterdonner für eine Ministerin mit politischen Ambitionen.

(K)ein neues Phänomen?

Interessenkonflikte zwischen Industrie, Militär und Politik sind so alt wie die Rüstungsindustrie. Ende des 19. Jahrhunderts beschwerte sich der preußische Kriegsminister Julius von Verdy bei seinem Kaiser Wilhelm II. über die Machtfülle des Kanonenkönigs Krupp: „Finanzielle Erleichterungen, wie sie keiner anderen ‚Privatfabrik‘ zuteil geworden waren, Millionenvorschüsse und unverzinsliche Darlehen, Verzicht auf die Heranziehung einer leistungsfähigen Konkurrenz [...] Die Kruppsche Fabrik verdankt ihren Weltruf in der Geschützfabrikation großenteils nicht nur der direkten und indirekten finanziellen Unterstützung seitens des Staates, sondern wesentlich auch dem Umstande, dass durch rückhaltlose Überlassung reicher Versuchsergebnisse der



500 Millionen für ein Schiff: die „Baden-Württemberg“ im Dock in Hamburg, Foto: Bundesstefan, CC-Lizenz über Wikipedia

Artillerieprüfungskommission das Etablisement seit Jahren in den Stand gesetzt worden ist, in alle Welt ein Geschützmaterial zu verkaufen, dem diese Erfahrungen zugutegekommen sind.“¹⁶

Erinnert sei auch an die Antrittsrede des damaligen Verteidigungsministers Volker Rühle bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr im Mai 1992 in Leipzig. Rühle hatte dort erklärt: „Wir können nicht so weitermachen wie bisher [...] Irgendwo müssen wir Abstriche vornehmen.“ Er kündigte an, „alle Ausgaben ebenso sorgfältig wie rigoros“ überprüfen zu wollen.¹⁷

Geholfen hat es so wenig, dass in die Verteidigungspolitischen Richtlinien im Mai 2011 eigens der Satz eingefügt wurde: „Es wird beschafft, was erforderlich und finanzierbar ist, und nicht, was man gerne hätte oder was angeboten wird.“¹⁸

Die Industrie will maximalen Profit machen. Die Militärs wollen die modernsten Waffen. Die Politik will schnelle Ergebnisse zu finanzier- und vermittelbaren Preisen.

Bleibt trotzdem die Frage, warum der aktuelle Krach?

Wir stehen faktisch an der Schwelle einer neuen Rüstungs-etappe: Die alten Projekte laufen aus. Die Bundeswehr wird seit einem Vierteljahrhundert zu weltweiten Einsätzen abkommandiert, ihr Umbau zur Interventionsstreitmacht ist weit vorangekommen.

Es geht jetzt um die Waffen der nächsten Etappe – für die Armee einer Großmacht Deutschland. Auf die Frage „Is Germany ready to lead?“ antwortet die Verteidigungsministerin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2015: „Ja, wir sind bereit“.¹⁹ Ihr Konzept „Führung aus der Mitte“ ist das Konzept einer Wirtschaftsmacht, die ökonomische Stärke zunehmend in militärische Macht ummünzen möchte. Es beinhaltet eine Bundeswehr, die in westlichen Militärbündnissen mehr Einfluss ausübt und Gestaltungsmacht gewinnt, indem sie „das Beste an Ressourcen und Fähigkeiten in die Bündnisse und Partnerschaften“²⁰ einbringt. Weil „Handlungswille und Handlungsfähigkeit“ zusammen kommen müssen, muss auch die Rüstungsindustrie liefern, nicht nur kassieren.

Bestandsschutz für Waffenproduzenten

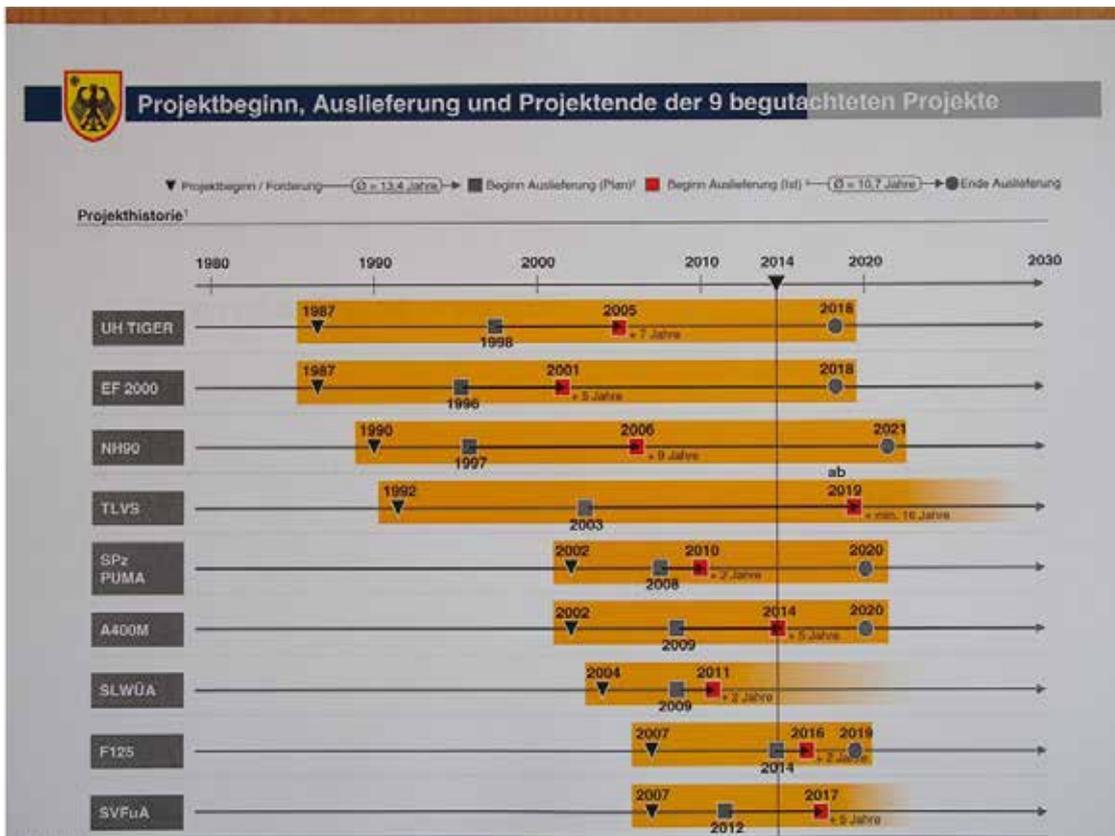
Seit Jahrzehnten gibt es einen zwischen Industrie und Verteidigungsministerium vereinbarten Kanon sogenannter „wehrtechnischer Kernfähigkeiten“, eine Art Bestandsschutz für die Rüstungsindustrie und für Waffen *Made in Germany*. Das Verteidigungsministerium garantiert Forschungsgelder, Aufträge und bevorzugte Exportgenehmigungen für die Hersteller von Kampfflugzeugen, Hubschraubern, Panzern, U-Booten usw.

Im Oktober 2014 brachte Ursula von der Leyen ein Papier in Umlauf, in dem als künftige nationale militärische Schlüsseltechnologien nur noch die Bereiche Sensorik, Verschlüsselung, vernetzte Führung und Schutzausrüstung definiert waren: „Zur Diskussion gestellt werden hingegen U-Boote, Handfeuerwaffen und gepanzerte Fahrzeuge: Hier sei Deutschland zwar Weltmarktführer, hieß es aus Ministeriumskreisen – doch man brauche diese Technologien nicht zwingend, um wehrtechnisch unabhängig vom Ausland zu bleiben.“²¹

Das Flügelschlagen bei den Rüstungslobbyisten war heftig. Dabei ging es der Verteidigungsministerin vor allem darum, das Wirtschaftsministerium bei der Unterstützung der Rüstungsindustrie in die Pflicht zu nehmen. Für deren Profite und internationale Position reichen die Bestellungen aus dem Rüstungsetat nicht. Rüstungsexport muss für die Auslastung der Industrie sorgen und das Wirtschaftsministerium für die entsprechende Unterstützung und Genehmigungen. Möglicherweise könnten bei künftigen Rüstungsprojekten auch Kosten auf das Wirtschaftsministerium („Industrieförderung“) abgewälzt werden.

Agenda Rüstung

Als Konsequenz aus dem KPMG-Bericht präsentierte von der Leyen die sogenannte „Agenda Rüstung“. Ziel soll mehr Transparenz bei der Rüstungsbeschaffung sein, vor allem gegenüber



Links und rechts: Ausschnitte aus einer Präsentation beim BMVG. „Umfassende Bestandsaufnahme und Risikoanalyse zentraler Rüstungsprojekte“
Quelle:

<http://augengeradeaus.net/>

Verzögerungen bei den neun untersuchten Beschaffungsprojekten - das graue Quadrat markiert den geplanten Beginn der Auslieferung, das rote, den tatsächlichen.

dem Ministerium, „aber auch gegenüber dem Parlament“²² und ein besseres Projekt-Management. Daneben und nicht zuletzt geht es um das rasche „Schließen von Fähigkeitslücken“ bei der Bundeswehr, also die weitere Aufrüstung der Truppe.

Die weitreichenden Ambitionen der Ministerin und der Berliner Außenpolitik sind mit dem bisherigen Rüstungshaushalt nicht zu finanzieren. Das dürfte der Hintergrund sein für die kampagnenhafte Berichterstattung in den Medien über die scheinbar mangelnde Einsatzfähigkeit der Bundeswehr, veraltetes Material, fehlende Ersatzteile, bei der eine Truppe gezeichnet wird, die eher Mitleid als Furcht verbreitet.

Die Teilstreitkräfte der Bundeswehr, das Planungsamt, der Bundeswehrverband, die CSU, der Wehrbeauftragte, deutsche „Topmanager“, die von Roland Berger befragt werden,²³ alle machen Druck für eine Erhöhung des Rüstungsetats und erhalten die nötige Schützenhilfe durch die Medien. Die hessische CDU brachte auf dem Bundesparteitag im Dezember 2014 einen Antrag ein, in dem sie die Erhöhung des Wehretats auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes forderte. Die Realisierung dieser Marke (die auf dem NATO-Gipfel in Newport verkündet wurde) würde den Rüstungshaushalt auf rund 56 Mrd. Euro hochtreiben. Für 2015 stehen der Bundeswehr aus dem Einzelplan 14 rund 33 Mrd. Euro zur Verfügung. Bei all dem Gejammer sollte zudem nicht vergessen werden, dass der Rüstungshaushalt 2015 rund 43% über dem des Jahres 2000 (umgerechnet 23,18 Mrd. Euro) und ca. 4,5 Mrd. über dem im Jahr 2010 für die Bundeswehr vereinbarten Sparziel liegt.²⁴

Mehr Panzer

Kampfpanzer gelten bei vielen Militärexperten als Waffen von gestern, als die NATO sich noch weitgehend exklusiv für die große Panzerschlacht mit den Truppen des Warschauer Paktes rüstete. Für die geplanten Kriegsszenarien der Zukunft, zumal im urbanen Umfeld, sind sie eigentlich ungeeignet. Vorbei die

Zeiten, als die Bundeswehr in den 90er Jahren 2.800 Kampf- und weitere rund 1.000 Jagdpanzer unterhielt.

Für die Panzerindustrie eine existenzbedrohende Situation. Entsprechend intensiv sind ihre Versuche, Einfluss auf Militärs und Politiker zu nehmen. Nach eigener Einschätzung der Panzerbauer gibt es in Europa „beträchtliche Überkapazitäten“. In dieser Situation geben die deutschen Panzerhersteller die Parole aus: „Sichern bestehender und Erschließen neuer Auslandsmärkte“.²⁵

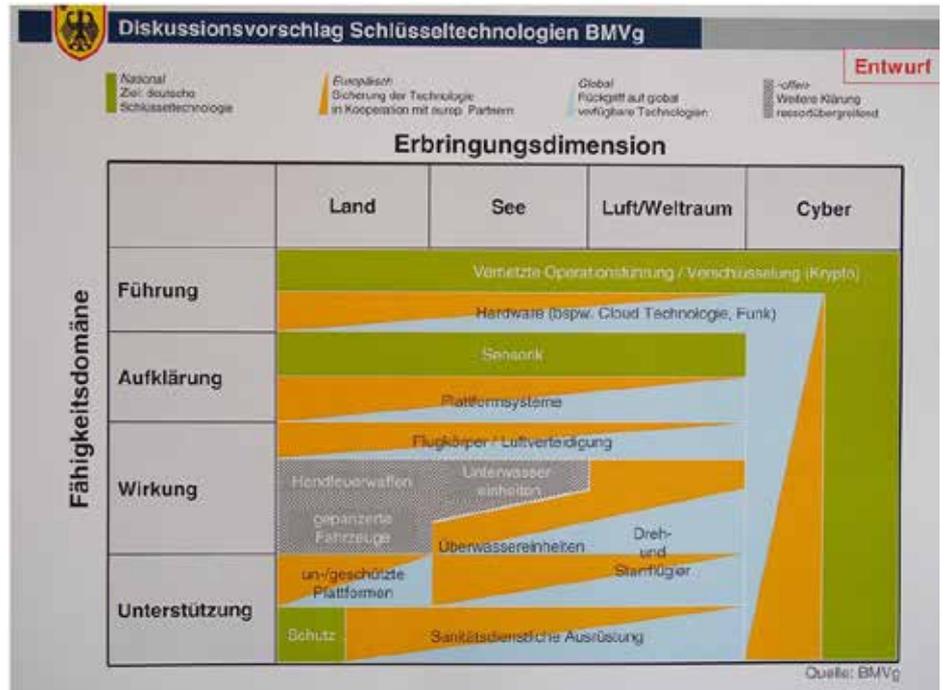
Auf ihre Lobbyisten in CDU/CSU und SPD („Verteidigungsexperten“) können sie sich offensichtlich verlassen. In einer parteiübergreifenden Initiative forderten diese Mitte Oktober 2014 die Zahl der Kampfpanzer in der Bundeswehr zu erhöhen. Zuletzt gingen die Planungen von einer Obergrenze bei 225 Stück aus, SPD-Verteidigungsexperte Arnold bringt nun die Zahl 310 ins Spiel. Außerdem wird gefordert, die Entwicklung eines zukünftigen Kampfpanzers (Leopard 3) in Auftrag zu geben und zusätzlich zu den geplanten 190 gepanzerten Transportfahrzeugen GTK Boxer weitere 131 Stück zu beschaffen.

Nicht nur die geforderten Anschaffungen, auch die Begründung des Antrages hat es in sich. „Die weltweite Sicherheitslage erfordert ein grundsätzliches Umdenken, was den Stellenwert der Bundeswehr angeht, auch finanziell“²⁶, heißt es dort.

Diesem neuen Stellenwert trägt auch die Lieferung von 20 Kampfpanzern des Typs Leopard 2A7 Rechnung, die im Dezember 2014 begonnen hat. Der neue Panzer wurde speziell für Kampfaufträge in urbanen Gebieten optimiert.

Weitere Rüstungsprojekte

Die Entscheidung für die Nachfolge des gescheiterten Groß-Drohnen-Projektes Global/EuroHawk steht derzeit an. In der Bundeswehr läuft das Projekt unter dem Kürzel SLWÜA – Signalverarbeitende Luftgestützte Weitreichende Überwachung und Aufklärung. Es geht dabei um eine nationale Fähigkeit zur Überwachung von Einsatzgebieten und zur Steuerung von



Vorschlag zur Zuordnung zukünftiger Technologiebeschaffung nach Herkunft: grün – national; orange – europäisch; blau – global; schraffiert – noch unklar

Waffen, die von Luftfahrzeugen oder Schiffen eingesetzt werden.

Das Rüstungs-Bundesamt hat nach Presseberichten vier Varianten zum EuroHawk vorgelegt, die Generalinspekteur Volker Wieker Ende Januar 2015 zur Entscheidung präsentiert werden sollten. Ziel ist es, das Spionagesystem Isis weiterzuverwenden, für dessen Entwicklung bereits 288 Mio. Euro investiert wurden. Als Alternativen werden das Passagierflugzeug Airbus A319, ein kleineres Geschäftsflugzeug und Drohnen für mittlere Flughöhen genannt.

Vor der Entscheidung steht auch das Projekt „Taktisches Luftverteidigungssystem (TLVS)“, auch bekannt unter der Bezeichnung „Meads“. Es geht hier um 3,3 Mrd. Euro für Beschaffung und weitere 1,7 Mrd. für den Betrieb.

Kaum öffentlich debattiert wurde und wird das satellitengestützte Radar-Aufklärungssystem SARah. Im Juli 2013 wurde der Auftrag für Entwicklung und Bau an die Bremer Firma OHB Systems erteilt – Volumen: 816 Mio Euro. Bei dem Großprojekt geht es um die Nachfolge und weitere Verbesserung des Systems SAR-Lupe, das die Bundeswehr seit 2007 betreibt. Deutschland hat sich beim Einsatz von Radarsatelliten im Weltraum, die Tag und Nacht Überwachungsdaten liefern können, eine führende Position in der Welt verschafft. 2017 läuft SAR-Lupe aus. Danach wird die Weiterentwicklung SARah übernehmen, mit zwei statt einer Bodenstation, um Daten noch schneller zu übertragen. Der Vollbetrieb ist für 2019 vorgesehen.

Forderungen aus den Teilstreitkräften

Für die Teilstreitkräfte der Bundeswehr liegen umfangreiche Positionspapiere zur zukünftigen Ausrichtung und Ausrüstung von Heer, Luftwaffe und Marine vor.

In „Luftmacht 2030 – Die Luftwaffe im Dienste Deutschlands“²⁷ wird der Ausbau der „Weltraumkompetenz“ als Beitrag zur „nationalen Urteils- und Handlungsfähigkeit“ gefordert. Das Papier bildet, laut Vorwort des Inspektors der Luftwaffe, „eine auf das Wesentliche verdichtete, gemeinsame, einheitliche Richtschnur des Handelns für alle an der Zukunftsgestaltung von Luftmacht Beteiligten, auch über die Streitkräfte hinaus. Es stellt das Orientierungssystem und Ableitungen für die Ausrichtung und

Ausgestaltung der Luftwaffe in den nächsten Dekaden dar.“

Als die vier entscheidenden Zukunftsfelder für die Luftwaffe nennt das Papier die „Air Surface Integration, Flugkörperabwehr, Militärische Weltraumnutzung und Unbemannte Luftfahrzeugsysteme.“

In den Strategiepapieren „Basis See“, „Marine 2025plus“ und „Dimension See 2030plus“ finden sich zahlreiche Forderungen nach weiteren Waffensystemen für die Marine. Sie fußen auf der Einschätzung, dass die „Basis See“ für militärische Interventionen besondere Vorteile bietet.

„Der spezifische Zugewinn von Basis See liegt in der Erweiterung der politischen und militärischen Handlungsfähigkeit durch die Optionen

- bereits vor Ausbruch von Feindseligkeiten eigene und verbündete Kräfte frühzeitig zu verlegen, durchhaltefähig aufzuklären und präsent zu sein, um politische Maßnahmen zu flankieren,
- auch in den Fällen militärisch handlungsfähig zu sein, in denen ein massierter Einsatz bodengebundener Truppen entweder nicht möglich oder nur in erheblich eingeschränktem Maße vertretbar ist,
- den landgestützten Footprint bei Bedarf und lageabhängig zu begrenzen,
- nicht auf Host Nation Support angewiesen zu sein.“²⁸

Gefordert werden daher sechs neue Einsatzgruppenversorger oder Flottentanker, zusätzliche U-Boote, drei neue Spionageschiffe („Flottendienstbote“) ab 2025, der Bau eines neuen Mehrzweckkampfschiffes (MKS 180), Bewaffnung mit Hochenergielasern und die Beschaffung von sogenannten Joint Support Ships (JSS), die als schwimmende Kommandozentralen auch für internationale Militär-Operationen dienen können. Als Vorlage eines JSS könnte der französische Hubschrauberträger „Mistral“ dienen, der bis zu 30 Hubschrauber der Typen Tiger oder NH90 mit sich führen und im Laderaum ein ganzes Panzerbataillon aufnehmen kann.

„Auch für die Bundeswehr ist langfristig die Beschaffung von zwei JSS anerkannt und vorgesehen“, heißt es in einem Artikel des Marine Forums. „Um Bedrohungen von Europa fernzuhalten oder vorzubeugen bzw. ihnen rechtzeitig dort zu begegnen, wo sie entstehen, müssen meist kurzfristig Koalitionen (NATO, EU,

UN) für Missionen zusammengestellt werden, die mit geeigneten militärischen Mitteln über See an die Krisen- und Konflikttherde verlegen, um von See an Land entsprechend einwirken zu können. Insbesondere in den Anfangs- und Endphasen von Joint-Operationen, wenn die eigenen Kräfte/Fähigkeiten an Land noch nicht oder nicht mehr einsatzbereit sind, bietet das JSS als schwimmende Unterstützungsplattform vielfältige operative Vorteile. Es kann als Führungsschiff einer EU-Battle-Group bzw. zur Vorausstationierung von Truppen (Personal, Material, Ausrüstung und Munition) in internationalen Gewässern dienen, ermöglicht beispielsweise die Nutzung moderner Führungsmittel für die Führung der Truppen an Land, bildet einen Umschlagplatz für Transport-Hubschrauber und Landungsboote, übernimmt den Kranken- und Verwundetentransport, einschließlich Behandlung im Schiffslazarett an Bord oder führt Evakuierungsoperationen durch.“²⁹

Der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Bruno Kasdorf, geht davon aus, dass seine Truppe auch bei künftigen Bundeswehreinätzen den Hauptanteil übernehmen muss. Insbesondere „die Fähigkeit zur Kontrolle urbaner Räume“³⁰ sei dabei unabdingbar notwendig. Das Heer wurde in den letzten Jahren, insbesondere im Zuge des Krieges in Afghanistan, umfangreich mit Panzern und gepanzerten Fahrzeugen diverser Typen ausgerüstet. Dennoch meldet man dort weiteren Bedarf für gepanzerte Transporter wie den Boxer an. Außerdem soll die Panzerhaubitze 2000 mit Präzisionsmunition ausgerüstet werden. Kampf im bebauten Gelände bedeutet die Notwendigkeit umfassender Aufklärung des Terrains. Neben Aufklärungsdrohnen aller bekannten Typen will die Truppe daher schnellstmöglich Mikrodrohnen zum Einsatz bringen.

Eine Broschüre des Heeresinspektors bringt es auf den Punkt: „Kern der Ausrüstungsplanung im Heer ist die Ausrichtung auf den Kampf.“³¹

Fazit

Die militärische Wunschliste ist lang und dementsprechend vehement wird auch von allen möglichen Seiten derzeit auf eine Erhöhung des Rüstungshaushaltes gedrängt. Flankiert wird dies durch die Strategie zur Stärkung der Rüstungsindustrie, die Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in einer Grundsatzrede am 8. Oktober 2014 verkündete. Darin gab er tatsächlich an, deutsche Rüstungsexporte einschränken zu wollen – allerdings nur äußerst moderat. Um dies zu kompensieren, legte Gabriel gleichzeitig einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vor, um der deutschen Rüstungsindustrie unter die Arme zu greifen.³²

Der Grund hierfür liegt allein in der machtpolitischen Bedeutung einer starken einheimischen Industrie – denn die viel beschworenen positiven Effekte der Rüstungsindustrie auf Konjunktur und Arbeitsmarkt sind nahezu nicht existent. So heißt es in einer Publikation der gewöhnlich alles andere als rüstungskritischen „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP): „Volkswirtschaftlich betrachtet hat die Rüstungsindustrie nur geringes Gewicht. [...] In der klassischen Rüstungsindustrie (Waffensysteme, Waffen und Munition) [arbeiten] sogar weniger als 20 000 direkt Beschäftigte. Dem stehen etwa in der Automobilindustrie 740 000 Beschäftigte gegenüber [...] Der Anteil der Verteidigungs- und Sicherheitsbranche am Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt, großzügig berechnet, bei 1 Prozent (22 Mrd. 2011).“³³

Es wäre also durchaus möglich, mittels einer Konversionsoffensive die Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Herstellung ziviler Güter voranzutreiben – doch leider fehlt dafür der politische Wille.

Anmerkungen

- 1 Dr. Katrin Suder, Staatssekretärin im BMVg: Die Bundeswehr beschafft, was sie benötigt – und nicht, was ihr angeboten wird. In: Europäische Sicherheit & Technik, Februar 2015.
- 2 dto.
- 3 100 Milliarden in den Wind. Wie Militärs und Lobbyisten den unsinnigen „Jäger 90“ durchsetzten, Der Spiegel, Nr. 37/1988, Seite 46ff.
- 4 Spiegel, Nr. 37/1988.
- 5 Spiegel, Nr. 37/1988.
- 6 Kurt Lauk: Ein Lob der Rüstung, Handelsblatt Nr. 215, 7.11.2014.
- 7 Jörg Huffschnid: Ein zweifelhaftes industriepolitisches Projekt. Das deutsche Eurofighter-Programm. In: Brzoska/Voß: Auswirkungen und Alternativen des Eurofighter 2000. Eine Vier-Länder-Studie für das Internationale Konversionszentrum Bonn, Baden-Baden, 1996.
- 8 Bundesministerium der Verteidigung: Bericht zum Stand der Neuausrichtung der Bundeswehr, 8. Mai 2013.
- 9 Eurofighter-Abbestellung kostet über 500 Millionen Euro, Spiegel-online, 30.11.2014.
- 10 Spiegel-online, 11.09.2014
- 11 Statement der Verteidigungsministerin nach der Überführung des ersten A400M.
- 12 Schützenpanzer Puma wird 666 Millionen Euro teurer, FAZ, 25.10.2014.
- 13 KPMG/P3 Group/TaylorWessing: Umfassende Bestandsaufnahme und Risikoanalyse zentraler Rüstungsprojekte. Exzerpt, Stand: 30.09.2014.
- 14 Marinekommando Presse- und Informationszentrum: Die deutsche Marine – Zahlen und Fakten. 12. Auflage, 21.02.2013.
- 15 Süddeutsche Zeitung, 6.10.2014.
- 16 Manfred Messerschmidt: Die politische Geschichte der preußisch-deutschen Armee. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, München 1979.
- 17 Wilfried Karl: Die Bundesrepublik als integrationspolitischer Musterschüler? In: Wilfried Karl (Hrsg.): Rüstungskoooperation und Technologiepolitik als Problem der westeuropäischen Integration. Seite 251. Opladen 1994.
- 18 Bundesminister der Verteidigung: Verteidigungspolitische Richtlinien. Berlin, 27.05.2011.
- 19 Ursula von der Leyen: Manuskript der Rede der Verteidigungsministerin anlässlich der 51. Münchner Sicherheitskonferenz, 6.2.2015.
- 20 dto.
- 21 Süddeutsche Zeitung vom 6.10.2014
- 22 Dr. Katrin Suder a.a.O.
- 23 <http://www.welt.de/wirtschaft/article133132856/Manager-fordern-mehr-Geld-fuer-die-Bundeswehr.html>
- 24 Rüstung, IMI-Fact-Sheet, November 2014.
- 25 Dieter Hanel: Unternehmensstrategien der globalen Panzerindustrie. In: Europäische Sicherheit & Technik, Januar 2015.
- 26 Bundeswehr soll deutlich mehr Panzer kaufen. Berliner Zeitung vom 15.10.2014. <http://www.berliner-zeitung.de/politik/ruetzung-bundeswehr-soll-deutlich-mehr-panzer-kaufen,10808018,28745286.html>
- 27 Deutsche Luftwaffe: Luftmacht 2030. Die Luftwaffe im Dienste Deutschlands. Mit einem Vorwort von Generalleutnant Müllner, ohne Impressum und Jahresangabe.
- 28 Flottillenadmiral Klaus von Dambrowski (Stabsabteilungsleiter Fü M III im Bundesministerium der Verteidigung): Ein maritimes Konzept für das gesamte Einsatzspektrum. In: Basis See. Das Zukunftskonzept der Deutschen Marine, Frühjahr 2008.
- 29 Dieter Stockfisch: Joint Support Ship. Ein Schiffstyp für streitkräftegemeinsame (Joint) Operationen, Marine Forum 12-2013.
- 30 Die Inspektoren der Bundeswehr tragen vor. Vortragsreihe der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Berlin, 20.02.2014.
- 31 Inspekteur des Heeres: Die Neuausrichtung des Heeres. Kämpfen – Schützen – Helfen – Vermitteln. Juli 2014.
- 32 Jürgen Wagner: Gabriels Strategie zur Stärkung der Rüstungsindustrie, IMI-Standpunkt 2014/056.
- 33 Hilmar Linnenkamp / Christian Mölling: Rüstung und Kernfähigkeiten. Alternativen deutscher Rüstungspolitik, SWP-Aktuell 45, Juni 2014.

Die Standorte der Armee im Einsatz

von Christoph Marischka

Die hier behandelte Tendenz, Deutschland weltpolitisch als Großmacht zu verstehen und auftreten zu lassen, findet sich militärisch, strategisch in der Neuausrichtung der Bundeswehr wieder und zwar in deren Umbau von einer Verteidigungsarmee zu einer Armee im Einsatz. Damit wird auch klar, dass der Großmachtanspruch selbst keine Eigenheit der aktuellen Bundesregierung ist, sondern allenfalls dessen offensive Formulierung, wie auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 geschehen. „Die Struktur der Bundeswehr wird konsequent auf Einsätze ausgerichtet“, erklärte schon das Verteidigungsweißbuch von 2006 und dieser Prozess wird seitdem konsequent umgesetzt. Insofern ist es auch nicht möglich, jene Standorte herauszugreifen, an denen Einsatzorientierung und Machtanspruch am deutlichsten hervortreten, weil sie eben mittlerweile der Gesamtstruktur eingeschrieben sind. Ich werde mich deshalb in einem ersten Schritt räumlich auf Baden-Württemberg fokussieren anhand eines Dokuments, das es möglich macht, entsprechende Analysen auch für andere Bundesländer durchzuführen. Es handelt sich dabei um das neue Stationierungskonzept der Bundeswehr vom Oktober 2011, das eine wichtige Wegmarke bei der Transformation der Bundeswehr zur Armee im Einsatz darstellt. Darin sind, nach Bundesländern sortiert, alle offiziellen Standorte mit aktueller und zukünftiger Sollstärke – der Anzahl der Dienstposten – aufgeführt. Das Papier wurde seinerzeit v.a. unter den Aspekten der Standort-schließungen und Truppenreduzierungen diskutiert, es liefert aber neben der tatsächlich stattfindenden quantitativen Abrüstung auch Hinweise auf die damit angestrebte qualitative Aufrüstung und andere Transformationen. Hierfür bietet Baden-Württemberg durchaus typische Beispiele, obwohl es eine im Vergleich unterdurchschnittliche Präsenz der Bundeswehr aufweist: Die Zahl der Dienstposten pro 1.000 Einwohner_innen lag vor der Reduzierung im Bundesdurchschnitt bei 3,4 und in Baden-Württemberg bei 2,4, nach der Reduzierung bundesweit bei 2,4 und in Baden-Württemberg bei 1,5.

Militärische Handlungsfähigkeit als Voraussetzung für politische?

Das Stationierungskonzept hält fest: „Wir haben uns zum Ziel gesetzt, durchhaltefähig bis zu 10.000 Soldatinnen und Soldaten in zwei Einsatzgebieten bereitstellen zu können.“ Hiermit sind also auch langanhaltende Einsätze höherer Intensität wie beispielsweise in Afghanistan gemeint und die Zahl der Soldaten, die für solche Einsätze bereitgehalten werden, muss etwa dreifach werden, da die Einsatzkräfte rotieren. Weiter heißt es: „Darüber hinaus soll die Beteiligung an einem maritimen Einsatz möglich sein. Die Bundeswehr wird Deutschlands militärische Verpflichtungen als Mitglied der Allianz, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen verantwortungsvoll wahrnehmen.“ Tatsächlich ist die Bundeswehr bereits jetzt dauerhaft am EU-Marineinsatz Atalanta, der UN-Mission UNIFIL und die meiste Zeit auch an weiteren Marineeinsätzen im NATO-Rahmen, etwa

Active Endeavour im Mittelmeer, beteiligt. Der Hinweis auf die „militärische[n] Verpflichtungen“ gegenüber NATO, EU und UN steht etwas verklausuliert dafür, dass neben den Einsätzen höherer Intensität und der Marine noch eine Beteiligung mit kleineren Kontingenten an etwa einem Dutzend weiterer Einsätze wie den Ausbildungsmissionen in Mali und Somalia, der Verstärkung der NATO-Luftverteidigung in der Türkei und der Stationierung von Kampfflugzeugen im Baltikum möglich sein soll.

Aufschlussreich ist, womit die Notwendigkeit begründet wird, sich an mehreren Kriegen gleichzeitig beteiligen zu können: „Die Bundeswehr muss im gesamten Aufgabenspektrum wirkungsvoll einsetzbar sein. Dazu gehören unter anderem rein stabilisierende Einsätze, Einsätze in bewaffneten Konflikten bis hin zu Kampfeinsätzen hoher Intensität. Nur ein solch breites Fähigkeitsspektrum eröffnet Deutschland die benötigten Handlungsoptionen und ermöglicht flexibles und abgestimmtes politisches Handeln zur Sicherung von Frieden und Freiheit.“ Bereitschaft und Fähigkeit zum Führen von „Kampfeinsätzen hoher Intensität“ – wohlgemerkt ohne jeden Aspekt der Verteidigung – werden somit geradezu zur Voraussetzung für außenpolitisches Handeln gemacht. Jede deutsche Außenpolitik erscheint demnach abgestützt auf militärische Fähigkeiten. Alleine darin kommt eine Vorstellung internationaler Politik zum Ausdruck, die Deutschland als Großmacht denkt.

Eingreifkräfte des Heeres

Die etwa 30 offiziellen Bundeswehrstandorte in Baden-Württemberg lassen sich hinsichtlich ihrer Entwicklung im Zuge der Transformation überwiegend in drei Kategorien fassen. Es gibt erstens die Standorte, die eine klare qualitative Aufwertung erfahren, manchmal sogar verbunden auch mit einer quantitativen Zunahme der vorgesehenen Dienstposten. Es ist bezeichnend, dass die Karten im Stationierungskonzept zwar ein eigenes Symbol für Standorte mit „signifikanter Reduzierung“ einführen, die Vergrößerung von Standorten oder ihre qualitative Aufwertung in diesen jedoch nicht abgebildet wird. Eine zweite Kategorie bilden jene Standorte, die tatsächlich deutlich verkleinert werden und in diesem Zuge teilweise auch ihr militärisches Gepräge verlustig gehen – ohne damit zwangsläufig an Bedeutung zu verlieren. Unter der dritten Kategorie werden tatsächliche Schließungen von Standorten verstanden.

Für Baden-Württemberg ist auffällig, dass insbesondere jene Standorte aufgewertet und teilweise auch zusammengelegt werden, die mit den Eingreifkräften des Heeres in Zusammenhang stehen und neben den Spezialkräften jene Einheiten umfassen, die am häufigsten sowohl im Ausland eingesetzt werden, als auch für die Krisenreaktionskräfte von EU und NATO vorgesehen sind. Diese Einheiten sind einerseits in der neu aufgestellten Division Schnelle Kräfte und andererseits in der Deutsch-Französischen Brigade eingegliedert.

Die Division Schnelle Kräfte ging aus der Zusammenfassung



„Im engen Sinne juristisch nicht verboten, aber Sie könnten erschossen werden“ - Truppenübungsplatz Immendingen
Alle Fotos zu diesem Beitrag stammen vom Dauerworkshop „militärische Landschaften“ im Rahmen des Sommerateliers, Tübingen 2014

der Division Luftbewegliche Operationen und der Division Spezielle Operationen, zu der u.a. das Kommando Spezialkräfte zuvor gehörte, hervor. Wir haben es hier gewissermaßen mit einer Verallgemeinerung des Einsatzprofils von Spezialkräften auf einen ganzen Großverband des Heeres – vergleichbar vielleicht mit den US Marine Corps – zu tun, der u.a. durch seine Aufstellung im Kontext des Afghanistankrieges stark auf die asymmetrische Kriegführung ausgerichtet ist. Bezeichnend ist hierbei u.a. die enge Verbindung zwischen Heeresfliegern und Spezialkräften und damit eine taktische Schwerpunktsetzung auf in Hubschrauberreichweite hochmobile Eliteeinheiten. Deren Speerspitze bleibt weiterhin das Kommando Spezialkräfte, das in Calw (Schwarzwald) stationiert ist. Dieser Standort wurde auch quantitativ aufgewertet, von 1.330 Dienstposten auf 1.540. Für die Spezialkräfte des Heeres wird außerdem in Pfullendorf (bei Sigmaringen, Schwäbische Alb) ein Ausbildungs- und Übungszentrum mit über 300 ständigen Dienstposten bereitgehalten. Durch die Auflösung der dortigen Fernspählehrkompanie erfährt dieser Standort jedoch insgesamt eine Reduzierung. Ebenfalls zur Division Schnelle Kräfte gehört das Transporthubschrauberregiment 30 in Niederstetten. Nicht zur Division Schnelle Kräfte und auch nicht zum Heer gehört das (einzige) Hubschraubergeschwader der Luftwaffe in Laupheim bei Ulm. Aufgabenschwerpunkte des Geschwaders sind die Unterstützung von Spezialkräften mit den neuen (und von außen eher harmlos anmutenden) Hubschraubern des Typs Eurocopter 654 sowie die Evakuierung aus unsicherem oder feindlichem Gebiet. Die ebenfalls zum Geschwader gehörenden, deutlich auffälligeren Hubschrauber vom Typ CH-53 sind sowohl in den Auslandseinsätzen (Bosnien, Kosovo, Afghanistan, Irak), als auch in Deutschland sehr präsent – Tübingen beispielsweise überfliegen diese am sehr flachen Unterbau gut erkennbaren Hubschrauber häufig einzeln oder in kleinen Gruppen in nordwestlicher Richtung (also womöglich von Sigmaringen nach Calw).

Eine weitere Speerspitze des Heeres innerhalb der „Armee im Einsatz“ ist die Deutsch-Französische Brigade, deren Stab am südwestlichen Ende des Schwarzwalds in Müllheim stationiert ist. Die übrigen Einheiten des deutschen Anteils der Brigade waren zuvor über Donaueschingen, Immendingen, Sigmaringen und Stetten am kalten Markt verteilt und werden jetzt überwiegend an letztgenanntem Standort konzentriert. Entsprechend wächst der Standort in Stetten von 1.640 auf 2.330 Dienstposten. Hier wird künftig auch das zuvor in Immendingen ansässige Artilleriebataillon 295 mit etwa 850 schwer bewaffneten Soldaten stationiert sein, das bereits in Bosnien, Kosovo und Afghanistan stationiert war, mehrere Verluste in Auslandseinsätzen zählt und regelmäßig für die NATO Response Force (NRF) und die EU-Battlegroups bereitgestellt wird. Auch die Panzerpionierkompanie 550, die gegenwärtig u.a. an der Ausbildung und Beratung malischer Soldaten für den „Krieg gegen den Terror“ im Norden des Landes beteiligt ist, wird von Immendingen nach Stetten verlegt. Weitere Teile der Deutsch-Französischen Brigade sind das am (leicht anwachsenden) Standort Donaueschingen verbleibende Jägerbataillon 292 sowie das in Müllheim und Donaueschingen stationierte Versorgungsbataillon. Der Standort in Immendingen soll nach dem Stationierungskonzept geschlossen werden, 2014 jedoch herrschte hier noch militärischer Sicherheitsbereich und reger Betrieb.

Weitere zentrale Standorte im „Ländle“

Daneben existieren in Baden-Württemberg weitere Standorte, die unterschiedliche zentrale Funktionen in der Bundeswehr aufweisen. Am augenfälligsten sind Einsatzorientierung und Geltungsanspruch beim Kommando Operative Führung Eingreifkräfte (heute nur noch „Kommando Operative Führung“) in Ulm. Es ist regelmäßig für die Führung von Einsätzen der EU Battlegroups vorgesehen, bietet aber die Fähigkeit zur Füh-

rung multinationaler Streitkräfte aus Heer, Luftwaffe, Marine und spezialisierten Kräften mit einer Stärke von bis zu 60.000 Soldat_innen. Deutschland ist damit einer der wenigen Staaten innerhalb der Europäischen Union, welche die Führung solcher großer gemeinsamer Einsätze übernehmen könnten. 2014 zertifizierte sich das Kommando in Ulm mit der Übung „United Endeavour“ erstmals auch für die Führung solcher Einsätze im NATO-Rahmen, ein für Deutschlands Rolle und Anspruch innerhalb der NATO bedeutender Schritt. Durch die Auflösung einiger Gliederungen der Wehrverwaltung und des zentralen Sanitätsdienstes verkleinert sich der Standort Ulm zugleich um 1.000 Dienstposten auf 2.220.

Ebenfalls von bundesweiter Bedeutung sind der Standort des Logistikbataillons 461 in Walldürn und das Kraftfahrausbildungszentrum in Dornstadt bei Ulm mit jeweils etwa 1.000 Dienstposten. In Dornstadt machen jährlich hunderte von Soldaten – oft unmittelbar vor ihrem Einsatz in Afghanistan – ihren Führerschein für die dort jeweils eingesetzten (Schützen-)Panzer vom Typ Wiesel, Boxer und Eagle. Vom ABC-Abwehrbataillon 750 in Bruchsal, dem eine zentrale Rolle bei der ABC-Abwehr bundesweit zukommt, könnte man zunächst annehmen, dass es eher auf die Verteidigung und den Bevölkerungsschutz ausgerichtet ist, tatsächlich waren dessen Kräfte jedoch in jüngster Zeit u.a. im Kosovo im Einsatz.

Verkleinerung und „Zivilisierung“

Eine „signifikante Reduzierung“ weist die Karte des Stationierungskonzeptes für die Standorte Karlsruhe, Ellwangen, Stuttgart, Ulm und Meßstetten aus; hinzu kommen Liegenschaften in Freiburg, Heidelberg, Pforzheim, Ravensburg und Schwäbisch Gmünd, die auf unter 15 Dienstposten schrumpfen und zukünftig nicht mehr als Standorte bezeichnet werden. In Freiburg, Ravensburg und Schwäbisch Gmünd ergibt sich die Reduzierung schlicht aus der Schließung der Kreiswehrrersatzämter, wobei jeweils zwischen sechs und zehn Dienststellen verbleiben. Was sich hinter diesen „verbleibende[n] Dienststellen“ verbirgt, die für fast jeden Standort angegeben, aber nie näher beziffert oder spezifiziert werden, bleibt unklar. In Freiburg etwa liegt wegen der Nähe zum Rüstungsforschung betreibenden Ernst-Mach-Institut nahe, dass es sich um eine sog. „Güteprüfstelle“ handeln könnte. Solche in unmittelbarer Nähe zu oder in den Rüstungsbetrieben selbst angesiedelten Prüfstellen des früheren Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung wurden in älteren Stationierungskonzepten mit jeweils zwei bis sieben Dienststellen noch für Baden Baden/Freiburg, Dunningen, Friedrichshafen, Immenstaad, Kirchheim u.T./Ulm, Konstanz, Oberkochen, Oberndorf a.N., Stockach, Überlingen und Weinheim/Heidelberg angegeben, tauchen jedoch im aktuellen Stationierungskonzept, das sich auf Standorte mit (bisher) über 15 Dienststellen beschränkt, gar nicht mehr auf.

Allgemein ist zu beobachten und auch für die weitere Zukunft anzunehmen, dass im Zuge der Transformation viele Standorte ihr offensichtliches militärisches Gepräge verlieren, dabei jedoch tatsächlich eher mit ziviler Infrastruktur verschmelzen, als tatsächlich im Sinne der Konversion einer rein zivilen Nachnutzung überlassen werden. Ein gutes Beispiel hierfür ist Ellwangen an der Jagst, wo bislang gut 1.300 Soldaten eines Kraftfahrausbildungszentrums, des Transportbataillons 465 und einer Sanitätsstaffel kaserniert waren, die allesamt aufgelöst werden. Ein Teil der ehemaligen Kaserne soll ab Februar 2015 kurzfristig als „Landeserstaufnahmestelle“ für 500 bis 1.000 Flüchtlinge dienen und mittelfristig werden sich auf dem Gelände absehbar kleine



Wirkt ganz zivil: MAD-Gebäude in Bad Cannstatt

und mittelständische Unternehmen ansiedeln. Darunter wird dann das dem Verteidigungsministerium unterstehende Bundessprachenamt mit 40 überwiegend zivilen Dienstposten und hunderten Lehrgangsteilnehmer_innen kaum noch auffallen – obwohl es geradezu symbolisch für die Einsatzorientierung der Bundeswehr und den globalen Geltungsanspruch Deutschlands steht. Neben der Ausbildung Angehöriger „befreundeter“ Streitkräfte und Staaten sowie ziviler deutscher Institutionen ist das Amt mit unverfänglichem Namen auch für die einsatzvorbereitende Sprachausbildung von Bundeswehrangehörigen zuständig und seine Tätigkeiten reichen auch in den Bereich der „interkulturellen Einsatzberatung“ und Tätigkeiten, die nach populärem Verständnis eher in die Sphäre der Geheimdienste eingeordnet würden.

Der Militärische Abschirmdienst residiert demgegenüber in der Theodor-Heuss-Kaserne in Stuttgart-Bad Cannstatt. Die zu diesem Standort gezählte Wehrbereichsverwaltung und das in der Stuttgarter Heilbronnerstrasse gelegene Kreiswehrrersatzamt wurden zwar aufgelöst, wodurch sich die Zahl der Dienstposten auf 440 mehr als halbiert, die Kaserne in Bad Cannstatt bleibt jedoch vollständig bestehen. Bereits jetzt wirkt dieser Standort, in den auch ein Schaltwerk der Stuttgarter Straßenbahnen AG integriert ist, nach außen hin recht zivil. Selbst Anwohner wissen teilweise nicht, dass in dem vollständig umzäunten Gebäudekomplex mit privaten Sicherheitskräften an der Pforte das Militär und dessen Geheimdienst aktiv sind, Fahrzeuge und Personen, die auf das Gelände gehen, wirken zivil, die Schilder, die den „militärischen Sicherheitsbereich“ markieren und das Parken nur „BW-Angehörige[n]“ gestatten, sind ziemlich unauffällig. Ähnlich unauffällig mögen auf den ersten Blick die Standorte der Luftwaffe in Meßstetten und Lauda-Königshofen wirken. Dabei handelt es sich um Radarstellungen mit je 20 Dienstposten, die bis in eine Höhe von 20km und bis in tschechisches Territorium hinein den Luftraum überwachen. War der Luftraum zuvor selbst



Kein militärischer Standort, aber das Schild wurde zur Sicherheit drangelassen - NATO-Tanklager bei Bodelshausen

innerhalb Deutschlands in drei Gebiete aufgeteilt, ermöglichte die verbesserte Leistungsfähigkeit moderner IT- und Kommunikationsnetzwerke auch hier eine Zentralisierung. Mittlerweile wird der gesamte nordeuropäische Luftraum bis nach Russland mittels Radarstellungen wie in Meßstetten von den Luftlagezentren der NATO und der Bundeswehr in Uedem und Kalkar am Niederrhein (NRW) überwacht und von dort aus werden im Ernstfall die Alarmrotten der Luftwaffe aktiviert.

Schließung und Umnutzung

Vollständig aufgelöst werden nach dem Stationierungskonzept von 2011 die vier Standorte in Hardthelm, Hohentengen, Immendingen und Sigmaringen. Grund sind auch hier die Auflösung von Rekrutenkompanien und anderen mit der Wehrpflicht zusammenhängenden Einrichtungen, die Zentralisierung und Privatisierung von Depots und Logistik sowie die bereits dargestellte Zusammenfassung der Einsatzverbände des Heeres insbesondere aus Sigmaringen und Immendingen in Stetten am kalten Markt. Der Standort Sigmaringen soll im Laufe des Jahres 2015 von der Bundeswehr geräumt werden. Teile des Geländes stehen bereits jetzt leer und wurden – mit Bauzäunen abgetrennt von den noch militärisch genutzten Teilen – kurz vor Weihnachten 2014 vom Deutschen Roten Kreuz unter Aufsicht der Bundeswehr als Notunterkünfte für Flüchtlinge eingerichtet. Die zwischenzeitlich diskutierte Nutzung als Landeserstaufnahmeeinrichtung wurde mit „Rücksicht auf die Konversionsplanungen der Stadtverwaltung Sigmaringen“ (bei gleichzeitiger rassistischer Mobilmachung) abgelehnt. Der Truppenübungsplatz Immendingen steht seit 2014 dem Daimler-Konzern als Teststrecke zur Verfügung, obgleich ihn Schilder weiterhin als militärischen Sicherheitsbereich ausweisen, vor Schusswaffengebrauch warnen und vom Schießplatz häufig noch Gewehrsalven zu hören sind. Dieser und die eigentliche Kaserne werden voraussichtlich noch bis 2016

von der Bundeswehr genutzt werden, dann erfolgt der Umbau des gesamten Areals in ein Prüf- und Technologiezentrum der Daimler AG, die das Gelände erworben hat. Zukünftig sollen hier u.a. autonome Fahrzeuge getestet werden.

Spaziergängern wurde der Status des Übungsplatzes in der Zwischenzeit von einem Wachsoldaten an der Pforte folgendermaßen beschrieben: „Es ist zwar im engeren Sinne juristisch nicht verboten, das Gelände zu betreten, Sie könnten aber erschossen werden“. Diese Aussage verdeutlicht (womöglich etwas überdeutlich), dass die Grenzziehungen zwischen Militärischem und Zivilen auch räumlich nie klar und eindeutig waren und im Zuge der Transformation weiter verwischen: Nicht alles, was militärisch genutzt wird, ist tatsächlich militärischer Sicherheitsbereich oder auch nur entsprechend markiert. Dasselbe gilt auch andersherum, wie sich auch in der näheren Umgebung Tübingens feststellen lässt: Gute zwölf Kilometer südwestlich befindet sich hier ein ehemaliges Militärgelände, das von Anwohnenden bis heute als solches wahrgenommen wird, jedoch nirgends mehr als Standort Erwähnung findet. Das Gelände ist weiterhin umzäunt und an den Zäunen befinden sich nach wie vor die charakteristischen Schilder, die im Namen des Standortältesten vor einem militärischen Sicherheitsbereich und Schusswaffengebrauch warnen. Diese Schilder, die nicht besonders alt sind und leicht hätten abgeschraubt werden können, wurden stattdessen mit schwacher weiser Farbe so übermalt, sodass ihre warnende Aufschrift noch deutlich zu lesen ist. An der nicht (sichtbar) bewachten Pforte finden sich hingegen keine Hinweise auf militärische Nutzung oder Status, sondern lediglich der Schriftzug einer privaten Firma, der „Fernleitungs Betriebsgesellschaft mbH“. Diese betreibt im Auftrag der NATO das Pipeline-Netzwerk CEPS (Central European Pipeline System) und das dazugehörige Tanklager in Bodelshausen, über das im Krisenfall sowohl zivile, als auch insbesondere militärische Flughäfen mit Treibstoff versorgt werden sollen.

Exkurs: Privatisierung

In einer Bundeswehr, die sich selbst und ihre Gliederungen zunehmend als Dienstleister versteht, der durch die Bereitstellung eines „breiten Fähigkeitsspektrums“, der Politik „die benötigten Handlungsoptionen“ eröffnen möchte, zeigen sich auch unbestimmte Übergänge zwischen öffentlichen und privaten Institutionen und Interessen. Deshalb ist es notwendig, hinsichtlich der Standorte der Armee im Einsatz zumindest kurz auch auf jene Nicht-Standorte einzugehen, die sich durch Privatisierung und andere Verflechtungen mit der privaten Wirtschaft ergeben. So wurden etwa das Uniform- und Bekleidungswesen sowie die Verwaltung des zivilen Fuhrparks – letztere auch mit einer Öffnung für zivile Kunden – vollständig an extra hierfür geschaffene Konsortien großer Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung ausgelagert. Angesiedelt sind diese Betriebe oft noch innerhalb aktiver Kasernen, auf Bundeswehrliegenschaften oder auf Konversionsflächen. Ein eigens hierfür gegründeter Dienstleister der NATO und ihrer Mitgliedsstaaten für den strategischen Lufttransport, die SALIS GmbH (Strategic Airlift Interim Solution, so auch der Titel des zugrundeliegenden Abkommens der beteiligten NATO-Staaten), ist hingegen auf dem rein zivilen Flughafen Halle-Leipzig angesiedelt und transportiert von hier aus Material für die Bundeswehr (und ihre Verbündeten) in die Einsatzgebiete weltweit. Ebenfalls nur das Militär bzw. die Bundeswehr zu ihren Kunden zählen die verschiedenen Tochterunternehmen der Rüstungsindustrie, die mit oder ohne öffentliche Beteiligung und Dienststellen der Bundeswehr die Wartung und Instandhaltung der zuvor an die Bundeswehr gelieferten Systeme gewährleisten. Die entsprechenden Niederlassungen sind in Deutschland oft in der Provinz (mit einer Konzentration im Großraum München) verteilt und rein zivile, private Liegenschaften. Demgegenüber findet die privatwirtschaftlich gewährleistete Wartung und Instandhaltung in den Einsatzgebieten überwiegend durch Personal statt, das unmittelbar auf den Stützpunkten untergebracht ist.

Die Tendenz zur Auslagerung und Privatisierung verschärft sich deutlich mit der aktuellen Technisierung und Digitalisierung auch der Kriegführung. Die Innovationszyklen verkürzen sich und die Ausbildungskosten steigen derart, dass etwa beim Einsatz von größeren Drohnen – z.B. der Bundeswehr in Afghanistan oder der UN-Truppen in der DR Congo – stets Techniker der Herstellerfirmen (bzw. deren Vertriebsfirmen) anwesend sind und auch steuernde Funktionen wahrnehmen. Vergleichbares gilt für die IT- und Kommunikationsinfrastruktur der Stützpunkte in Deutschland. Jedenfalls fallen an den Standorten neben Fahrzeugen ziviler Bauunternehmen insbesondere jene von IT-Dienstleistern auf. In Baden-Württemberg gibt es darüber hinaus Spekulationen über zentrale Einrichtungen im Bereich der C3I (Command, Control, Communication & Intelligence) der US-Armee, der NATO und der Bundeswehr, die an formal zivile Unternehmen ausgelagert sind. Die Präsenz der Kommandozentralen der US-Streitkräfte für Afrika und Eurasien legen das jedenfalls nahe. Unbestritten ist mittlerweile, dass zwischenzeitlich die Piloten von Kampfdrohnen, die in Afghanistan und Pakistan im Einsatz waren, von der US-Luftwaffenbasis in Ramstein aus gesteuert wurden, das AfriCom in Stuttgart-Möhringen ist in Drohneneinsätze auf dem afrikanischen Kontinent eingebunden. Der hierfür nötige Datenstrom läuft überwiegend über Kabel privater Anbieter von den USA über Großbritannien, Deutschland, Italien nach Ägypten und Dschibuti. Aber auch für (verschlüsselte) Bandbreite über Satelliten wird vom Militär in großem Maßstab auf teilweise eigens hierauf spezialisierte Unternehmen zurückgegriffen.

Einer solchen Firma – Horizon Teleports – wurde deshalb vom Gemeinderat der kleinen Stadt Moosburg an der Isar mit Verweis auf seine mögliche Rolle bei gezielten Tötungen mit Drohnen der Ausbau ihrer Satellitenanlage verweigert.

Militarisierte Landschaften und Geheimer Krieg

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass im Zuge von Transformation und Einsatzorientierung die sichtbare Präsenz des Militärischen – zuvor ja auch als Abschreckung gegen einen möglichen Angriff gedacht – eher abgenommen hat. Dazu hat auch die Aussetzung der Wehrpflicht beigetragen. Große, gemeinsam agierende Kampfverbände wurden aufgelöst und durch kleine, spezialisierte und mobile Einheiten ersetzt. Anstatt in Deutschland beständig für den womöglich nie stattfindenden Ernstfall zu üben, befinden sich diese tatsächlich laufend im Einsatz, um „Deutschland die benötigten Handlungsoptionen [zu eröffnen] und ... flexibles und abgestimmtes politisches Handeln [zu ermöglichen]“. Gestützt werden sie dabei von sich als Dienstleister verstehenden, über Deutschland verteilten Abteilungen, die zentralisiert Spezialaufgaben wahrnehmen und dabei nach außen hin oft kaum als militärische Einrichtungen erkennbar sind. Um sie herum entstehen neben der Rüstungsindustrie insbesondere in den Bereichen Logistik, Kommunikations- und IT-Dienstleistungen ganze Wirtschaftszweige, die von der Armee im Einsatz leben. Insofern hat das Rechercheprojekt von NDR und Süddeutscher Zeitung mit dem Titel „Geheimer Krieg“ einen guten Beitrag dazu geleistet, die Aufmerksamkeit auf jene Tendenzen und Erscheinungsformen moderner Kriegführung und Einsatzorientierung zu lenken, die bei oberflächlicher Betrachtung als „Abrüstung“ missverstanden und im Zuge einer verstärkten Digitalisierung und Cyberkriegführung an Bedeutung weiter zunehmen werden. Als wichtige Quelle haben sich dabei die öffentlich einsehbaren Ausschreibungen von US-Regierungsstellen erwiesen, entsprechende Recherchen lassen sich auch über das Beschaffungswesen der NATO, der EU und der Bundesregierung durchführen. Unerlässlich ist jedoch die Erkundung tatsächlicher und mutmaßlicher militärischer Liegenschaften und ihrer privatwirtschaftlichen Dienstleister vor Ort sowie der Austausch mit der ansässigen Bevölkerung. Eine solche Erkundung militärischer Landschaften kann dazu beitragen, den (geheimen) Krieg besser zu verstehen und zu beleuchten – und nach Möglichkeit auch eines Tages zu beenden.



Eigentlich auch längst von der Bundeswehr verlassen und teilweise zivil genutzt - der ehemalige Standort in Horb.

Frontalangriff auf die Parlamentskontrolle

von Tobias Pflüger

Ich freue mich, dass wir uns auf diesem IMI-Kongress inhaltlich mit einem neuen Schub der Militarisierung auseinandersetzen, der mit der Rede des Bundespräsidenten Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 eingeleitet wurde. Wir sehen daran, dass dieses Deutschland außenpolitisch äußerst gefährlich sein kann. Deshalb gab es auch einige Schranken, die dieser Außenpolitik aufgelegt wurden. Wir dürfen nicht vergessen, dass das Grundgesetz zunächst gar keine Armee vorgesehen hat. Dann wurde gegen breiten Widerstand in der Gesellschaft die Wiederbewaffnung durchgesetzt und seitdem gibt es die Formulierung in Grundgesetz, Artikel 87a: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf... (2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“ Dieser Wortlaut war der Stand bis 1994, als die AWACS-Aufklärungsflugzeuge der NATO mit deutscher Besatzung im Rahmen des Krieges in Bosnien eingesetzt wurden. Damals haben die Bundestagsfraktionen von SPD und FDP hiergegen geklagt, weil sie vom Bundesverfassungsgericht eine Klärung wollten, wie in solchen Fällen die Rechte des Parlaments aussehen.

Eigentlich klare Bedingungen

Daraufhin urteilte das höchste deutsche Gericht am 12. Juli 1994, indem zwei klare Voraussetzungen formuliert wurden, unter denen Auslandseinsätze der Bundeswehr stattfinden dürfen. Die erste Voraussetzung besteht darin, dass der Einsatz im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit stattfinden muss. Die NATO wurde dabei als ein solches System verstanden, obwohl sie das – sowohl politikwissenschaftlich als auch juristisch betrachtet – nicht ist. Die UN und die OSZE sind kollektive Sicherheitssysteme, die NATO ist schlicht ein Militärbündnis mit einer – wie sich immer deutlicher zeigt – offensiven Ausrichtung und destabilisierenden Wirkung.

Die zweite Voraussetzung bestand darin, dass der Bundestag hierzu grundsätzlich, in der Regel im Vorhinein, abstimmen und seine Zustimmung geben muss. Das heißt, dass alle Auslandseinsätze, die es seither gegeben hat, theoretisch vom Bundestag hätten beschlossen werden müssen. Das ist aber Stück für Stück in der Praxis ausgehebelt worden, sodass wir heute eine ganze Reihe von Einsätzen haben, über die der Bundestag weder informiert ist, noch jemals über sie abgestimmt hat. Das ist aber den Hauptakteuren der deutschen Militärpolitik noch nicht genug, da sie vor folgendem Problem stehen: Sie stellen sowohl innerhalb wie außerhalb der NATO-Strukturen Soldaten zur Verfügung, die regelmäßig in Auslandseinsätzen sind, über die der Bundestag nicht abgestimmt hat. Deshalb gibt es aktuell die Idee, über eine Kommission diesen Parlamentsvorbehalt abzuschaffen. Das ist aus Sicht der Regierung die zwingende Konsequenz aus dem militärischen Konzept des Pooling und Sharing, auf das sich EU und NATO verständigt haben und das vorsieht, gemeinsam dauerhafte militärische Strukturen mit deutscher Beteiligung für den Einsatz aufzustellen und zu unterhalten.

Pooling und Sharing

Beispielgebend hierbei sind wiederum die AWACS, die der NATO selbst gehören und multinational besetzt sind. Dieses Prinzip soll nun auch auf andere Funktionen und Truppenteile angewendet werden, wobei die gemeinsamen Einheiten dann auch tatsächlich für den gemeinsamen Einsatz bereitstehen sollen, ohne dass ihm die Parlamente der einzelnen beteiligten Länder noch jeweils zustimmen müssen. Deshalb soll es künftig nur noch eine einmalige Zustimmung des Bundestages zur Aufstellung und Beteiligung an diesen Strukturen, nicht aber im Vorfeld ihres jeweiligen Einsatzes geben.

Die Kommission, die zur Ausarbeitung entsprechender Gesetzentwürfe (und ihrer diskursiven Vorbereitung) eingesetzt wurde, wird vom ehemaligen Kriegsminister Volker Rühle geführt, sein Stellvertreter ist Walter Kolbow von der SPD, von 1998 bis 2005 Staatssekretär im sog. „Verteidigungsministerium“. Beide benennen sehr klar, worum es dabei geht. Rühle etwa forderte offen ein, dass es „noch einen Raum für Regierungshandeln geben“ müsse, also Handlungsspielraum der Regierung jenseits parlamentarischer Mitbestimmung.¹ Gegenüber dem Deutschlandfunk argumentierte er folgendermaßen: „Die Arbeitsteilung wird immer stärker, und das ist auch notwendig, um zu vermeiden, dass es zu einer Renationalisierung kommt, die einmal gar nicht bezahlbar wäre und zum anderen auch den europäischen Geist zerstören würde... Der Abzug unserer Soldaten aus den AWACS-Flugzeugen, was andere handlungsunfähig macht – das sind Aufklärungsflugzeuge –, so was darf nicht wieder passieren.“ Dabei betonte er auch, dass die Zeit, die für eine solche Entscheidung benötigt wird, nicht das Problem sei. „Wir haben schon zu meiner Zeit einmal an einem Tag eine Entscheidung getroffen. Oder sonst kann auch der Bundestag in zwei oder drei Tagen mit den entsprechenden Lesungen von Mittwoch bis Freitag die Entscheidungen treffen.“ Tatsächlich sind Eilentscheidungen vom Verfassungsgericht gedeckt. Es soll im Grunde tatsächlich verhindert werden, dass Einsätze gemeinsam aufgestellter Einheiten vom Parlament verhindert werden. „Das Entscheidende ist, dass unsere Freunde und Nachbarn in Europa sich verlassen können auf uns“, so Rühle und verweist auf den neuen Schnellen Eingreifverband der NATO unter Beteiligung der Bundeswehr, der innerhalb von 48 Stunden einsatzbereit sein kann. Zukünftig sollte die Bundesregierung „wenn das in der NATO abschließend geregelt ist, ins Parlament geh[en] und dem Parlament bericht[en], in welche Abhängigkeiten wir uns begeben haben und was von uns erwartet wird, wenn wir die anderen nicht lahmlegen wollen. Das sollte das Parlament zustimmend zur Kenntnis nehmen.“

Gemeinsame Stäbe in NATO und EU

Ein weiteres Problem mit dem Parlamentsvorbehalt aus Sicht der NATO, der EU und der Bundesregierung ist, dass bereits jetzt in den ständigen Lagezentren und Kommandos der EU und NATO



Krieg ohne Parlament, Foto: Wikipedia, gemeinfrei

ständig Soldaten der Bundeswehr beteiligt sind. Wenn es dann zu einem Einsatz kommt – und wir wissen, dass insbesondere die EU laufend Einsätze beschließt, um die es so gut wie keine öffentliche Diskussion gibt –, dann würde das nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eine Abstimmung im Bundestag voraussetzen, die jedoch in diesen Fällen nie stattfand. Auch hierzu nennt Rühle ein Beispiel: „[W]ir haben schon jetzt etwa in Brunssum ... ein Hauptquartier der NATO. 30 Prozent werden von deutschen Soldaten gestellt, auch der Chef, und der müsste zu Hause bleiben, wenn dieses Hauptquartier verlegt wird, bis der Bundestag entscheidet.“ Deshalb komme es zukünftig „darauf an, das Parlament frühzeitig zu informieren, frühzeitig in Mitverantwortung zu nehmen, wenn die Regierung solche internationalen Bindungen eingeht“, so Rühle. Eine Abstimmung soll also erfolgen, wenn deutsche Soldaten sich an solchen Stäben beteiligen, aber nicht mehr, wenn diese Stäbe dann einen Einsatz durchführen. Die Relevanz dieses Sachverhaltes zeigt sich deutlich am Fall des Libyen-Krieges. Hier hat sich Deutschland ja offiziell nicht beteiligt, sich sogar bei der Abstimmung über das Mandat des UN-Sicherheitsrates enthalten. Tatsächlich war Deutschland jedoch einerseits durch die Nutzung der gesamten US-amerikanischen, britischen und NATO-Infrastruktur in Deutschland beteiligt, sowie durch elf Bundeswehrsoldaten, die in den NATO-Stäben u.a. an der Zielplanung mitgewirkt haben – wozu ein Mandat des Bundestages zwingend gewesen wäre, aber ausblieb. Neben der Linksfraktion hat sich hierüber bezeichnenderweise nur der Grüne Hans-Christian Ströbele beschwert. Es gibt eine ganze Reihe solcher gemeinsamen Stäbe und Verbände – auf Ebene der EU wäre hier u.a. das kürzlich eingerichtete European Transport Command in Eindhoven zu nennen – und es werden zukünftig durch Pooling und Sharing immer mehr werden. Und deshalb soll der Parlamentsvorbehalt de facto abgeschafft werden, weshalb es richtig ist, dass sich beide Oppositionsparteien im Bundestag nicht an der Kommission unter Rühle beteiligen.

Aktuelle Rechtslage und Praxis

Doch nehmen wir zunächst noch einmal das aktuelle Parlamentsbeteiligungsgesetz in den Blick. Im Urteil von 1994 forderte das Bundesverfassungsgericht, dass der Gesetzgeber tätig wird und die parlamentarische Kontrolle von Auslandseinsätzen, die ja zuvor gar nicht vorgesehen waren, regelt. Das hat elf Jahre gedauert, bis 2005 das recht übersichtliche Parlamentsbeteiligungsgesetz mit insgesamt neun Paragraphen verabschiedet wurde. Der §5 etwa ermöglicht die „Nachträgliche Zustimmung“ und lautet folgendermaßen: „Einsätze bei Gefahr im Verzug, die keinen Aufschub dulden, bedürfen keiner vorherigen Zustimmung des Bundestages. Gleiches gilt für Einsätze zur Rettung von Menschen aus besonderen Gefahrenlagen, solange durch die öffentliche Befassung des Bundestages das Leben der zu rettenden Menschen gefährdet würde. (2) Der Bundestag ist vor Beginn und während des Einsatzes in geeigneter Weise zu unterrichten. (3) Der Antrag auf Zustimmung zum Einsatz ist unverzüglich nachzuholen. Lehnt der Bundestag den Antrag ab, ist der Einsatz zu beenden.“ Das heißt zwar einerseits, dass die Regierung durchaus Spielräume hat, kurzfristig zu entscheiden und damit ggf. auch das Parlament unter Druck zu setzen, dass das Parlament aber auch solche Einsätze jederzeit beenden kann. Dass das für alle Auslandseinsätze gilt, unterstreicht §8, der in aller Knappheit festschreibt: „Der Bundestag kann die Zustimmung zu einem Einsatz bewaffneter Streitkräfte widerrufen“. Das ist u.a. relevant für Diskussionen innerhalb der Fraktion Die Linke, weil einige dort behaupten, man könne im Falle einer Regierungsbeteiligung gar nicht sofort alle Auslandseinsätze beenden eine Mehrheit im Parlament kann dies aber nach geltendem Recht sehr wohl. Für die laufende Praxis ist auch noch auf §7 hinzuweisen, der die Verlängerung von Einsätzen betrifft und regelt, dass diese – nach Unterrichtung aller Fraktionen – auch ohne Abstimmung im Bundestag erfolgen kann, falls keine Fraktion eine solche innerhalb

von sieben Tagen einfordert. Hier muss man bereits jetzt besonders in den Sommermonaten darauf achten, dass eine solche Abstimmung in jedem Fall eingefordert wird und Einsätze nicht einfach stillschweigend und ohne jede Debatte immer wieder verlängert werden.

Gegenwärtig (Stand 10.11.2014) sind 3.162 Soldaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz. Das sind deutlich weniger als in den Vorjahren, weil die Bundeswehr ihr Engagement in Afghanistan ja deutlich heruntergefahren hat. Diese Soldaten im Auslandseinsatz – es kommen natürlich noch einzelne Berater und Beratergruppen sowie diejenigen in gemeinsamen Stäben hinzu – fächern sich auf in 14 Einsätze, die der Bundestag mandatiert hat und nach meiner Zählung sieben Einsätze, die nicht vom Bundestag genehmigt wurden. Der jüngste dieser Einsätze ist der Aufbau eines Ausbildungszentrums in Erbil, Nordirak, wo die kurdischen, nichtstaatlichen Milizen an jenen Waffen ausgebildet werden, die die Bundesregierung ihnen geschickt hat. Dieser Einsatz findet auch nicht im Rahmen eines UN- oder NATO-Einsatzes statt und ist damit weder nach dem Grundgesetz, noch nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zulässig.

Ausblick und Forderungen

Von der Großen Koalition ist noch in dieser Legislaturperiode zu erwarten, dass dieses bestehende Parlamentsbeteiligungsgesetz gekippt bzw. aufgeweicht wird. Vermutlich wird eine Regelung hinzugefügt, wonach der Einsatz von Soldaten, der im Rahmen der EU und der NATO eingesetzt werden, nur noch ein einmaliges Mandat erfordert. Das heißt der Bundestag soll ihrem eventuellen Einsatz zustimmen – oft wird es sogar um mehrfache Einsätze gehen –, ohne dessen Ziel, Ort und Kontext überhaupt zu kennen.

Dieser Punkt ist jedoch auch bereits jetzt problematisch, denn zur parlamentarischen Kontrolle gehören nicht nur die Abstimmung und die vorangehende Debatte, sondern die Art und Weise, wie das Parlament überhaupt unterrichtet wird und auf Grundlage welcher Informationen es überhaupt debattiert und entscheidet. Hier ist festzuhalten, dass die vergangenen Regierungen immer zurückhaltender wurden und die Informationslage – auch wegen der beständig wachsenden Zahl von Einsätzen – für die Parlamentarier_innen immer schlechter wird. Über Einsätze des Kommandos Spezialkräfte (KSK), die Elitekampftruppe der Bundeswehr, wird ja ohnehin prinzipiell Stillschweigen bewahrt; es wird auch beispielsweise nicht darüber informiert, wie viele von ihnen im Einsatz getötet wurden. Es gab jedoch die ersten Jahre ein eigenes Mandat für die Aktivitäten des KSK im Rahmen des „Krieg gegen den Terror“, v.a. in Afghanistan. Daraus ließen sich zumindest begründete Vermutungen ableiten. Heute werden die Einsätze des KSK jedoch im Rahmen des allgemeinen ISAF-Einsatzes mandatiert, wodurch die konkreten Aktivitäten des KSK deutlich undurchschaubarer werden. Mittlerweile wird auch das Parlament nicht mehr, wie zuvor unter der schwarz-gelben Bundesregierung, im Nachhinein über die Aktivitäten des KSK informiert. 2011 wurden die Abgeordneten noch informiert, durften diese Informationen jedoch nicht weitergeben. Eine schriftliche Frage im Rahmen des Parlamentarischen Fragerechts der Abgeordneten Inge Höger danach, „[a]n welchen Orten außerhalb Deutschlands ... Angehörige des Kommandos Spezialkräfte (KSK) und der Kampfschwimmerkompanie der Spezialisierten Einsatzkräfte Marine/SEK (M) (Verwendungsgruppe 3402) in den letzten zwei Jahren im Einsatz (bitte aufgeschlüsselt nach Einsatzort, Einsatzstärke und Auftrag)“ waren, beantwortete die

Bundesregierung 2011 noch: „Das Bundesministerium der Verteidigung hat die Antwort ... als ‚VS – Nur für den Dienstgebrauch‘ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.“ 2014 wurde dieselbe Frage nur noch mit dem Hinweis beantwortet, dass „Einsätze der Spezialkräfte ... grundsätzlich der Geheimhaltung“ unterliegen.²

Viele der genannten Vorgänge sind rechts- und verfassungswidrig und es gab natürlich Diskussionen, ob man hier nicht vor dem Bundesverfassungsgericht klagen sollte. Hiergegen gibt es jedoch gewichtige Einwände und Empfehlungen, da das Verfassungsgericht in den letzten Jahren meist Urteile gefällt hat, welche die offensive Ausrichtung der NATO und der Bundeswehr unterstützt haben. Das gilt auch für das Urteil von 1994, das zwar die Rechte des Parlaments gestärkt hat, aber zugleich grundsätzlich den Weg für Auslandseinsätze der Bundeswehr – entgegen dem Wortlaut des Grundgesetzes – frei gemacht und die NATO zu einem „System kollektiver Sicherheit“ erklärt hat. Insofern würde eine Klage hinsichtlich des unmittelbaren Falles und der Parlamentsbeteiligung vielleicht sogar die Rechtswidrigkeit bestätigen, zugleich aber neue Einsatz- oder Mandatierungsformen und auch Ausnahmetatbestände eröffnen, die dann die Regierung zur Unterlaufung des Parlamentsvorbehalts ausnutzen kann. Es besteht also die Gefahr, dass sich selbst bei Erfolg der eigentlichen Klage die Rechtslage insgesamt verschlechtert.

Das hat auch mit der öffentlichen Stimmung und Debatte zu tun, in der über die Mehrzahl der Auslandseinsätze so gut wie gar nicht gesprochen und der Parlamentsvorbehalt fast ausschließlich von denen thematisiert wird, die ihn als hinderlich erachten und abschaffen möchten. Die schleichende Aushöhlung des Parlamentsvorbehalts muss deshalb von unserer Seite viel deutlicher herausgearbeitet und kritisiert werden. Wir sollten für einen sehr strikten Parlamentsvorbehalt eintreten, der letztlich jeden einzelnen Soldaten im Auslandseinsatz betrifft und zukünftig eigentlich auch die Auslandsverwendung von Polizeivollzugsbeamten umfassen müsste. Das genügt aber nicht, denn es sollte v.a. auch die Öffentlichkeit über Auslandseinsätze diskutieren und sie muss dazu auch durch umfassende Information – nicht nur über den Einsatz in Afghanistan, sondern auch über jene im Libanon, Kosovo, dem Irak und Mali – in die Lage versetzt werden.

Anmerkungen

- 1 Alle Zitate von Volker Rühle entstammen dem Interview mit dem Deutschlandfunk vom 10.9.2014: Auslandseinsätze der Bundeswehr – „Das Parlament frühzeitig informieren“, Volker Rühle im Gespräch mit Silvia Engels, www.deutschlandfunk.de/auslandseinsaetze-der-bundeswehr-das-parlament-fruehzeitig.694.de.html?dram:article_id=297063
- 2 Bundestags-Drucksachen 17/6589 (2011) und 18/3215 (2014).

Geheimdienste unter sich

NSA, BND und die deutsche Großmacht

von Rainer Rehak

In diesem Text soll es um die planetare Totalüberwachung durch die Intelligence Community – also die Geheimdienste – gehen, sowie um die Rolle und Zukunft Deutschlands dabei.

Um den Stand der globalen Überwachung zu beschreiben, sind ein paar Grundlagen zum Verständnis der „digitalen Gesellschaft“ vonnöten; zuerst wird jedoch kurz der Haupthinweisgeber Edward Snowden beleuchtet. Es folgen eine Beschreibung und Einordnung der vergangenen deutschen Aktivitäten, die aktuelle Reaktion des BND auf die Enthüllungen und abschließend ein kurzes Fazit.

Die Quelle: Edward Snowden

Für die aktuellen politisch-gesellschaftlichen Überwachungsdiskussionen ist im Wesentlichen Edward Snowden verantwortlich, denn er gab einen Schatz an brisanten Informationen über geheimdienstliche Tätigkeiten der US-Dienste an Journalisten wie Glenn Greenwald oder Laura Poitras weiter. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Snowden selbst keine Dokumente veröffentlicht hat, sondern dies und die nötige Schwärzungs- sowie Selektionsarbeit den Journalisten überlassen hat.¹

Wie zu erwarten war, folgte eine Strategie der persönlichen und fachlichen Diskreditierung Edward Snowdens, die aber wenig erfolgreich war und nicht darüber hinwegtäuschen konnte, dass der Inhalt der Dokumente zu keiner Zeit bestritten worden ist, weder vom Präsidenten der USA noch von US-Behörden oder anderen involvierten Personen. Es wurden nur Begründungen formuliert, warum solche Vorgehensweisen für die „nationale Sicherheit“ – wenig später dann „nationalen Interessen“ – der USA alternativlos nötig sind.

Interessant ist außerdem, dass Snowden laut US-Gesetzen kein Whistleblower ist, denn er wird wegen Spionagetätigkeit (Espionage Act) gesucht, einem Gesetz von 1917, das sich ursprünglich gegen ausländische Spione richtete und keine Ausnahmen kennt. Chelsea Manning ist das jüngste Beispiel für diese Art von „Verfahren“.² Laut gewordene Forderungen, Snowden solle sich in den USA einem fairen, offenen Verfahren stellen, zielen also tatsächlich auf härteste Bestrafung ab.

Um auch die letzten beiden vom Inhalt der Dokumente ablenkenden Angriffe anzusprechen: Es gibt zwar eine Vielzahl von Versuchen, Edward Snowden eine Zusammenarbeit mit Russland oder China anzudichten oder echte Gefährdungen für Geheimdienstpersonen aufgrund der Veröffentlichungen zu konstruieren, aber für beides gibt es bislang keinerlei Belege.³

Allgemeine Grundlagen der vernetzten, digitalisierten Gesellschaft

Unsere Gesellschaft befindet sich gerade in einem langsamen, aber tiefgreifenden Wandel was den Einsatz vernetzter Computer angeht. Dabei sind die Verweise auf die Privatsphärenproblematik zwar richtig, aber gänzlich unzureichend.⁴ Das wird

deutlicher, wenn man betrachtet, welche Daten wo anfallen. Unsere sozialen Daten liegen beim Email-/Telefonanbieter, die Postadressdaten bei Versandhändlern und den Meldeämtern, die Bonitätsinformationen bei den Banken, die Lohn- und Steuerdaten beim Finanzamt, die Krankendaten bei den Krankenkassen und möglicherweise dank elektronischer Gesundheitskarte (eGK) bald auf staatlichen Servern, Rentendaten sind bei den Rentenkassen, Bewegungsdaten liegen beim Mautbetreiber oder Mobilfunkanbieter und Betreibern von Videoüberwachungssystemen, Daten über den Medienkonsum entstehen in meinem Browser, Fernseher und eBook-Reader und (Ess-)Gewohnheiten liegen auf den Servern der Payback- und Kreditkartenanbieter. All diese Daten werden elektronisch gespeichert, verarbeitet und über Netze ausgetauscht. Von Dropbox, Facebook, Apple, Google oder Microsoft – also dort, wo Kalender, Emails bis hin zu Dokumenten liegen – ist hier noch nicht einmal die Rede, denn die obige Aufzählung macht klar: Das Datenaufkommen erzeugt komplexe Profile von Personen auch dann, wenn man selbst das Internet gar nicht verwendet.

Man denke nur daran, dass beispielsweise die Positionsdaten von Mobiltelefonen mit den Daten öffentlich angemeldeter Demonstrationen verknüpft werden könnten, und schon hätte man Listen der Personen, die an den jeweiligen Demonstrationen teilgenommen haben. Daran erkennt man auch, dass die Informationen nicht nur einzelne Personen betreffen, sondern das gesellschaftliche Gefüge insgesamt.

Ein weiteres Beispiel: Die individuelle Entscheidung für einen bestimmten E-Mailanbieter betrifft natürlich jeden Kommunikationspartner gleichermaßen, obwohl diese nicht in eine wie auch immer geartete Datenhandhabung eingewilligt haben. Gleiches gilt für Fotos und mittlerweile auch für moderne Fernseher, deren Sprachbefehlssoftware auch alle Umgebungsgespräche zur Analyse an die Server der Hersteller schickt.

Somit wird klar, dass es mitnichten (nur) um die Privatsphäre geht, sondern insgesamt um die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit aller Menschen im digitalen Zeitalter, denn mit Informationen hat man auch Macht über den Menschen und – wie oben angedeutet – über ganze Gesellschaften.⁵

Die NSA am Werk

Um eines voranzustellen: Das Ziel der NSA ist es, den Datenverkehr des gesamten Planeten für 100 Jahre zu speichern, dazu ist kürzlich das „Utah Data Center“ (Bluffdale, USA) in Betrieb genommen worden. Der ehemalige Direktor der NSA, Keith B. Alexander, meinte dazu: „Um die Nadel im Heuhaufen zu finden, brauchen wir zunächst den gesamten Heuhaufen.“⁶

Wie kommt die NSA aber an all diese Daten? Dafür hat sie sich mit ihrem Budget von mindestens 10 Mrd. USD pro Jahr viele Methoden geschaffen. Das wohl nach wie vor bekannteste Programm dafür ist PRISM, also der Direktzugriff auf die Serverfarmen von Unternehmen. Darunter fallen mindestens Microsoft,



NSA-Hauptquartier in Fort Meade Foto: Trevor Paglen 2013 über Wikipedia

Yahoo!, Google, Facebook, YouTube, AOL, Skype und Apple.⁷ Auch Metadaten (wer wann wo mit wem kommuniziert) und Inhaltsdaten werden direkt von Telekommunikationsanbietern wie Verizon oder Orange abgezogen.

Darüber hinaus werden auch direkt Internetkabel und andere Verbindungswege angezapft, um durchfließende Daten auszuleiten. Weiterhin wurde auch direkt die Internetinfrastruktur (Provider, Netzknoten etc.) angegriffen, infiltriert und so für die eigenen Zwecke nutzbar gemacht. Auf diese Weise kam und kommt die NSA z. B. an die Daten von Institutionen der EU, der UN, der IAEA, des französischen Außenministeriums, der G7/8-Gipfel, der G20-Gipfel, der COP15 (UN Climate Change Conference in Kopenhagen), der deutschen Bundeskanzlerin sowie ihres Kabinetts, der türkischen und brasilianischen Regierung, von südamerikanischen Ölfirmen, den Betreibern von Visa und Mastercard, der Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT), der Chinesischen Führung, von US-Anwälten und Journalisten.

Dies ist bei weitem keine vollständige Liste, aber die Aufzählung soll andeuten, was das NSA-Motto „Wir wollen alles sammeln, alles wissen und alles nutzen“ wirklich meint und welche Macht in diesen Daten und dem daraus ableitbaren Wissen steckt. Was das ganze mit „Terrorabwehr“ zu tun hat, bleibt an dieser Stelle offensichtlich geheim, denn sogar die Untersuchungskommissionen des Weißen Hauses bescheinigten den Überwachungsprogrammen gänzlich fehlende Effektivität bei der Terrorabwehr.⁸

Doch nicht nur auf der rein technischen Ebene ist die NSA aktiv, technische Standardisierungsgremien wie das NIST (das DIN-Pendant in den USA) wurden unterwandert, damit bestimmte, global genutzte Verschlüsselungsstandards unsicher definiert werden.⁹ So kann ausgesuchte verschlüsselte Kommunikation zumindest teilweise geknackt werden, leider nicht nur von der NSA. Aber auch das Abfangen von Postpaketen, um die verschickten Waren zu verwanzen, wird von der NSA schon praktiziert.¹⁰

Alle so erlangten Daten werden sauber sortiert, gefiltert, verknüpft und kategorisiert, sodass sie durch ein Werkzeug namens XKeyscore von Analysten durchsucht werden können.

Natürlich gibt es bei der NSA auch Programme, wie man die gehorteten Daten nutzen kann, um missliebige Personen psychisch zu zerstören oder zumindest geschäftlich und privat zu diskreditieren.¹¹ Passend ist hierfür zweifelsohne der alte DDR-Stasibegriff „Zersetzung“, doch um diesen Aspekt soll es hier nicht weiter gehen.

Die Rolle Deutschlands und des BND

In den Enthüllungen von Edward Snowden ist zu finden, dass Deutschland innerhalb der EU das am meisten überwachte Land ist. Doch bevor die Deutschen sich als Opfer verstehen und entrüstet über den Atlantik – zumindest aber in Richtung Großbritannien – zeigen, muss der ganze Zusammenhang analysiert werden. Sucht man nämlich in den Enthüllungen nach Informationen darüber und zieht man die mageren, aber dennoch erhellenden Ergebnisse des NSA-Untersuchungsausschusses des Bundestages hinzu und vervollständigt das Bild mit den Aussagen von Geheimdienstexperten, so ergibt sich ein ganz anderes Bild:

Die Ausspähungen wurden und werden mit komplettem Wissen der jeweiligen Regierungen und des Bundeskanzleramtes aktiv vom BND unterstützt, wobei es regelmäßige Koordinationsbesuche des BND bei der NSA gibt. Bemerkenswert ist auch der Umstand, dass der BND und der Verfassungsschutz Zugriff auf das oben angesprochene Suchwerkzeug XKeyscore haben.¹² Snowden selbst formuliert es so, dass der BND mit der NSA „zusammen im Bett“ sei. Deutschland ist also mitnichten passives Opfer der Überwachung.

Beispielhaft für die Zusammenarbeit der Dienste kann konkret die Operation Eikon herangezogen werden, die der BND von sich aus an die NSA herantrug. Im Rahmen dieser Operation

wurden zwischen 2004 und 2008 alle Telefon- und Internetdaten, die über den weltgrößten Glasfaser-Netzknötchen DE-CIX in Frankfurt liefen, ausgeleitet und der NSA zugeführt.¹³ Die Daten von Deutschen sollten zwar ausgefiltert werden, aber der Filter funktionierte nachweislich von Anfang an nicht korrekt. Im Jahre 2008 wurde die Operation dann von der NSA aufgekündigt, vermutlich weil sie anders und einfacher an die gleichen Daten kamen. Zudem kann der BND seit 2009 mit Hilfe eines großen deutschen Internet-Providers den kompletten Datenstrom ausleiten. Dass der BND seit rund zehn Jahren die Mobilfunkdaten von Terrorverdächtigen an internationale Partnerdienste, auch an den US-Geheimdienst NSA weitergibt, der damit extralegale Drohnenmorde durchführt, soll hier nur am Rande erwähnt werden; denn die Bundesregierung zeigt auch nach den Enthüllungen weiterhin großes Interesse an einem engen Austausch mit den US-Diensten.

Ohne näher auf die Details eingehen zu wollen, sollte man trotzdem auf das einhellige Ergebnis der sachverständigen Rechtswissenschaftler im NSA-Untersuchungsausschuss und später auf der FIFF-Konferenz 2014 bezüglich der BND-Aktivitäten hinweisen: „die gesamte Auslandsaufklärung ist rechtswidrig“, und im Inland darf der BND nicht aktiv werden.¹⁴ Auch der moralische Vorsprung („Ausspähen unter Freunden - das geht gar nicht“) der „Merkelabhöraffäre“ hat sich nun in Luft aufgelöst, da der BND selbst u.a. Hillary Clinton und John Kerry während seiner Zeit als US-Außenminister abgehört hatte.

Reaktion der deutschen Dienste

Was ist nun aber die Reaktion auf die Enthüllungen, die langjährigen Verwicklungen von BND und NSA und das Mitwissen der deutschen Regierung(en) in diesen Belangen? Personell gibt es keine Konsequenzen, aber der BND – und somit Deutschland – will nun auch ganz groß mitmischen, vermutlich gerade jetzt, wo man um die technischen Möglichkeiten weiß. Beantragt sind also 300 Mio. € für die SIT (Strategische Initiative Technik) mit insgesamt 26 Projekten, um „im Cyberbereich auf Augenhöhe mit den Partnern“¹⁵ zu kommen. Dabei geht es unter anderem um:

- SWOP (Operative Unterstützung von Switch-Operationen): Die Netze „fremder“ Internetanbieter infiltrieren
- EASD (Echtzeitanalyse von Streamingdaten): Allgemein zugängliche Informationen von Social Media abgreifen, zusammenführen und strategisch analysieren
- ZEUS (Zentrales Entwicklungs- und Unterstützungsprojekt SSCD [sigint suport to cyber defense]): Daten angezapfter Glasfaserkabel analysieren
- SSL-verschlüsselte Verbindungen knacken (4,5 Mio.): Auf „graue[m] Markt Informationen über Software-Schwachstellen ein[z]ukaufen“, um sie später nutzen zu können

Dass diese Mittel auch in den USA offensichtlich keinen Terror verhindern konnten, wurde schon angesprochen. Und auch hier werden wieder die gesellschaftlichen Folgen verkannt: Mit jeder neuen Nachfrage wächst z.B. der globale Markt für Sicherheitslücken, obwohl man diese Lücken eigentlich vom Hersteller schließen lassen müsste. In der Folge wird/bleibt Software unsicher.

Leider soll die gnadenlos unterbesetzte und ineffektive parlamentarische Kontrolle im Rahmen der SIT nicht entsprechend aufgestockt (oder überhaupt komplett reformiert) werden. Die Prioritäten sind somit leider klar und eindeutig.

Fazit

Abschließend kann man also ein positives und ein negatives Fazit ziehen: Es ist schön, dass die deutschen Geheimdienste nicht außer Kontrolle geraten sind und somit nur genau das tun, was Regierung und Bundeskanzleramt anweisen oder gestatten.¹⁶ Das negative Fazit über den Zustand der Welt und Deutschlands Rolle dabei soll dem Leser in Anbetracht der obigen Ausführungen selbst überlassen bleiben. Doch es regt sich großflächig Widerstand, sowohl in Deutschland als auch in den USA, denn faktisch ist mit Snowden der Super-GAU für Geheimdienste und Regierungen eingetreten:

Sie müssen ihre geheimen Praktiken rechtfertigen... und das können sie nicht.

Weiterführende Links

- FIFF-Konferenz 2014 zur Rolle deutscher Geheimdienste <https://www.fiffkon.de>
- Investigatives Nachrichtenportal „The Intercept“ u. a. von Glenn Greenwald <https://firstlook.org/theintercept>
- Eine Einstiegsdiskussion: Beckmann: „Informiert oder manipuliert – wie die digitale Welt unser Leben verändert“, ARD <http://www.daserste.de/unterhaltung/talk/beckmann/sendung/17042014-informiert-oder-manipuliert-100.html>
- Informationen zum digitalen Computergrundschutz <http://berlin.fiff.de/workshop2204.html>
- Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF) e. V. <http://www.fiff.de>

Anmerkungen

- 1 Poitras, Laura: Citizenfour, 2014
- 2 Greenwald, Glenn: „CNN’s The Lead“, 2.1.2014
- 3 Sledge, Matt: One Year After Edward Snowden’s Leaks, Government Claims Of Damage Leave Public In Dark, Huffington Post, 2014
- 4 Rost, Martin: Zur Soziologie des Datenschutzes, in: Datenschutz und Datensicherheit – DuD, Volume 37, Issue 2, S. 85-91, 21.2.2013
- 5 Knaut, Andrea und Pohle, Jörg (Hrsg.): Fundationes I: Geschichte und Theorie des Datenschutzes, 2014
- 6 Alexander, Keith: Aspen Security Forum, 18.7.2013
- 7 Greenwald, Glenn und MacAskill, Ewen: NSA Prism program taps in to user data of Apple, Google and others, The Guardian, 7.6.2013
- 8 Privacy and Civil Liberties Oversight Board: Report on the Surveillance Program Operated Pursuant to Section 702 of the Foreign Intelligence Surveillance Act, 2.7.2014
- 9 Siehe die Programme „Bullrun“ und „Edgehill“
- 10 Holland, Martin: NSA manipuliert per Post versandte US-Netzwerktechnik, Heise.de, 13.5.2014
- 11 Greenwald, Glenn: How Covert Agents Infiltrate the Internet to Manipulate, Deceive and Destroy Reputations, The Intercept, 25.2.2014
- 12 dpa: BND nutzt NSA-Spähsoftware für Auslandsaufklärung, via Zeit Online, 9.8.2013
- 13 Mascolo, Georg und Goetz, John sowie Von Osten, Demian: Code-name „Eikon“, Tagesschau, 3.10.2014
- 14 Bäcker, Matthias: Strategische Telekommunikationsüberwachung auf dem Prüfstand, FIFF-Konferenz 2014, 7.11.2014
- 15 Biermann, Kai: Die geheime Überwachungswunschliste des BND, Zeit Online, 13.11.2014
- 16 Schmidt-Eenboom, Erich: Gleiche Brüder, gleiche Kappen? – Die angelsächsischen Geheimdienste und der BND im Vergleich, FIFF-Konferenz 2014, 8.11.2014

Bundeswehr – der attraktive Konzern von nebenan?

von Thomas Mickan

„Die Bundeswehr ist heute nicht nur eine Armee im weltweiten Einsatz, sondern ein hochmoderner, global agierender Konzern.“¹

Konzerne haben gemeinhin einen schlechten Ruf: sie beuten Menschen aus, scheren sich nicht um Umweltstandards, begehen Menschenrechtsverletzungen oder expandieren unentwegt auf Kosten anderer. Sie sind neben den Banken der Kristallisationspunkt jeder Kapitalismuskritik und erwecken bei manchem den Eindruck, nicht die Politik, sondern sie würden die eigentlichen Entscheidungen treffen. Es ist dabei – je nach Betrachtungsweise – verwunderlich oder nur konsequent, dass das Verteidigungsministerium die Bundeswehr gerne als „Konzern“ verstehen möchte. Ursula von der Leyen präzisierte in einer Bundestagsrede Anfang 2014, warum sie dies so verstanden wissen wolle und welche Konsequenzen sich daraus ergeben:

„Ja, die Bundeswehr hat einen besonderen Auftrag. Aber sie ist auch ein global agierender Konzern. Sie hat im Zielbetrieb round about 250 000 Beschäftigte an 400 Standorten im In- und Ausland. Sie hat ein Luftfahrtunternehmen. Sie hat eine Reederei. Sie hat einen Krankenhausverbund par excellence; das kann ich als Ärztin beurteilen, das ist vom Feinsten. Sie hat ein Logistikunternehmen, das seinesgleichen sucht. Sie hat eine Qualifizierungssparte mit Schulen, mit Ausbildungsbetrieben, mit Akademien und Hochschulen. All das erfordert eine hervorragende Verwaltung. Wir verlangen viel. Deshalb brauchen wir den fähigsten Nachwuchs, und wir brauchen die besten Bedingungen für die, die schon heute bei uns sind. (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)“²

Die Attraktivitätssteigerung des deutschen Militärs für etwaigen Nachwuchs ist damit in dieser Semantik eng mit der Idee verbunden, die Bundeswehr sei ein Konzern wie jeder andere, der, mit gewissen Eigenheiten, eben auch als solcher geführt werden müsse und der gleichen Logik des Marktes unterliege wie jedes andere Unternehmen.³ Die Zeiten jedoch, wo die Bundeswehr sich lediglich als „Unternehmen“ verstanden wissen wollte,⁴ sind im Zuge der vermeintlich neuen, gewachsenen deutschen Verantwortung passé. Konzern betont eben gerade ein globales Agieren, ein Wachsen und Expandieren der verschiedenen Sparten als eine Einheit. Noch vor 25 Jahren abwegig, wurde so die Idee des „Konzerns Bundeswehr“ bereits nach dem ersten großen Kriegseinsatz der Bundesrepublik gegen das ehemalige Jugoslawien in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert.⁵ Mittlerweile haben sich diese Sprachregelung und die damit einhergehenden Konsequenzen sowohl im verteidigungspolitischen Alltagsgeschäft als auch in den unteren militärischen Ebenen begonnen zu verfestigen. So argumentierte die Verteidigungsministerin etwa, als es darum ging, die körperlichen Einstellungsvoraussetzungen für die Bundeswehr zu senken: „Es stellt sich die Frage, ob jeder einzelne Soldat und jede einzelne Soldatin, gleich welche Aufgabe sie im Konzern Bundeswehr ausfüllt, tatsächlich einen langen Marsch mit schwerem Gepäck bewältigen können muss.“⁶ Und der Standortälteste der Bundeswehrkaserne in der Provinzstadt Roding in der Oberpfalz begrüßt dessen Einwohner_innen:

„Die Bundesverteidigungsministerin, Frau Dr. Ursula von der

Leyen, will die Bundeswehr zukünftig zu einem der attraktivsten Arbeitgebern [sic] in Deutschland entwickeln und vergleicht dabei die Bundeswehr mit einem global agierenden Konzern, mit einer hochmodernen Unternehmensführung. Allein am Standort Roding haben wir die Konzernsparten Logistik, Medizin, Sicherheitsdienst, Ausbildung/Qualifizierung und natürlich eine hervorragende Unternehmensverwaltung.“⁷

Attraktivitätsagenda – oder wer ist die Schönste im ganzen Land?

Um mit all ihren Konzernsparten auf den „Markt“ bestehen zu können, gilt es, gerade dort, wo ein Mangel an Fachkräften besteht, besondere Anstrengungen zu unternehmen. Die Engpässe der Bundeswehr liegen bei der – gerade für das Familienleben hoch unattraktiven – Marine sowie dem auch im zivilen Bereich gefragten Medizinischen und IT-Personal. Aber auch in vielen anderen Sparten tut sich die „Rumpeltruppe“ spätestens seit Aussetzung der Wehrpflicht schwer, genügend und kriegswilliges Personal zu rekrutieren. Laut Ministerin braucht die Bundeswehr mit Blick in die Zukunft bald 60.000 Bewerbungen jährlich, das heißt 10 Prozent eines Jahrganges müssten sich in absehbarer Zeit potenziell bei der Bundeswehr bewerben.⁸ Vor dem Hintergrund der neuen deutschen Verantwortungsübernahme wird also die bereits heute schon in knapp 20 Ländern mandatierte Bundeswehr noch mehr Anstrengungen unternehmen müssen, um etwa Ärztinnen/Ärzte dem zivilen Sektor zu entziehen.

Kräftige Unterstützung hat das Verteidigungsministerium auf seinem Weg zu einem der globalen Marktführer im Bereich Sicherheit durch den Bundeswehrverband bekommen. Dieser legte sich beispielsweise mit dem Lobby-Papier „Schlagkräftige Bundeswehr 2020“ mächtig ins Zeug, um eine weitere Militarisierung des öffentlichen Lebens voranzutreiben und allerhand Zuschläge und Extras für die Soldat_innen herauszuschlagen.⁹ Verbandschef André Wüstner begrüßte in dem Papier eine verstärkte militärische Präsenz nach außen wie innen und versucht, die milliardenschweren Kosten auf die Gemeinschaft umzulegen: „Alle Menschen der Bundeswehr haben Anspruch auf ein gutes Einkommen. Dafür müssen alle Stellenzulagen um 40 Prozent steigen“; „Die Leistungen für die Angehörigen der Reserve müssen an das Niveau der Soldaten auf Zeit und der Berufssoldaten angeglichen werden“; „dauerhafte Regelung der Möglichkeiten vorzeitiger Zuruhesetzung“; „ohne Grenzen beim Hinzuverdienst“. Für Zeitsoldat_innen soll es eine „generelle Übernahme in die Bundeswehrverwaltung oder in den übrigen öffentlichen Dienst“¹⁰ geben und die Bundesregierung soll Vereinbarungen mit der Wirtschaft treffen, mit dem Ziel, den Soldat_innen einen privilegierten Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen (wie beispielsweise 2014 mit der Deutschen Bahn).¹¹ Zudem forderte Wüstner einen Staatsvertrag für die Bundeswehr mit dem Titel: „Keine Angst vor Uniformen!“ und ganz unverhohlen eine Militarisierung des öffentlichen Lebens: „Die Bundesregierung, die



Die Ministerin eröffnet den Showroom der Bundeswehr in Berlin und verkündet zukünftig attraktive Arbeitsbedingungen, Foto: Uwe Hicks über Flickr

Bundesländer und alle Teile der deutschen Gesellschaft sollten einen Staatsvertrag abschließen, um die Soldatinnen und Soldaten im öffentlichen Leben präsent zu halten.“ [...] „Der Titel ‚Keine Angst vor Uniformen‘ soll gerade diejenigen ansprechen, die nicht nur Desinteresse gegenüber der Bundeswehr hegen, sondern Streitkräfte und alles Militärische rundheraus ablehnen. Den Vertragspartnern muss zweierlei gelingen: die Scheu vor den Menschen in Soldatenuniform zu nehmen und dabei das ‚freundliche Desinteresse‘ in Anteilnahme umzuwandeln.“¹²

Dass der Einfluss der BundeswehrVerbandes, der rund 200.000 Mitglieder vertritt, nicht unterschätzt werden darf, berichtete der FAZ-Journalist Eckard Lohse in seinem Ende 2013 erschienenen äußerst lesenswerten Artikel zum Wirken der Lobbygruppe: „Kaum ein Interessenvertreter im politischen Berlin betreibt seine Arbeit derart offensiv und öffentlich wie der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes. Das gilt nicht nur für Kirsch [Vorgänger von Wüstner; Anmerkung T.M.], auch sein Vorgänger Bernhard Gertz verhielt sich so. Ein erfahrener Sicherheitspolitiker erinnert sich an Auftritte von Gertz, in denen die Worte fielen ‚Der Minister und ich haben beschlossen...‘“¹³ Lob über die hervorragende Zusammenarbeit mit dem BundeswehrVerband für das Gesetzesvorhaben zum aktuellen Attraktivitätsgesetz gab es so auch dieses Mal sowohl von der Ministerin als auch von weiteren Abgeordneten.¹⁴ Es bleibt jedoch zu hoffen, dass sich der BundeswehrVerband nicht mit seiner wiederholten maßlosen Forderung nach einem deutlichen Aufschlag des Verteidigungshaushaltes – anfangs um 1 Milliarde, später bis auf 2 % der Höhe des Bruttoinlandsproduktes – durchsetzt.¹⁵ Nach den zahllosen Meldungen – wie erst jüngst (wieder einmal) beim Schützenpanzer Puma¹⁶ oder dem Seeaufklärer Orion P-3C¹⁷ – über das Missmanagement bei der Bundeswehr steht es außer Frage, dass eine solche Erhöhung nur weiteres Steuergeld sinnlos verschwenden würde, ganz abgesehen davon, dass jeder Euro außerhalb des Militärs besser angelegt wäre.

Zum Zeitpunkt des Verfassens des Textes wurde bereits die

erste Lesung im Bundestag (30.1.2015) über das Bundeswehr-Attraktivitätssteigerungsgesetz abgehalten. Neben dem Dank an den BundeswehrVerband, stieß dies bei fast allen Parteien außer der Linkspartei auf große Zustimmung. Das Gesetz beinhaltet eine verbesserte Bezahlung, flexiblere Arbeitszeiten und Dienstgestaltung, bessere soziale Absicherung etwa mit Rentenregelungen, und viele Detailregelungen,¹⁸ die im Einzelnen bewertet werden müssten. Beispielsweise ist vorgesehen, den Paragraphen 31 des Soldatengesetzes um einen Absatz 8 zu ergänzen: „In einer Rechtsverordnung kann vorgesehen werden, Soldaten mit Familienpflichten [...] diejenigen Kosten für eine Familien- und Haushaltshilfe zu erstatten, die durch besondere Verwendungen im Ausland [...], durch die einsatzvorbereitende Ausbildung dazu, durch einsatzgleiche Verpflichtungen oder durch Dauereinsatzaufgaben entstehen.“¹⁹ Bis zu 50 Euro sollen dann pro Tag unter bestimmten Bedingungen ersetzt werden, wenn etwa der „Soldat mit Familienpflichten“ in Afghanistan kämpft oder zur „nuklearen Teilhabe“²⁰ beiträgt. Auch wenn dieses Beispiel nur einen Ausnahmecharakter haben soll, werden jährlich 2,3 Millionen Euro dafür veranschlagt. Insgesamt sieht das Artikelgesetz im Gesetzentwurf für die erste Lesung 22 solcher Maßnahmen vor, die die Steuerzahlenden in den nächsten vier Jahren etwa eine Milliarde Euro kosten werden. Besonders kostenintensiv sind dabei die „Verbesserung der Nachversicherung“ (270 Millionen Euro), die „Besoldungsrechtliche Folgeänderung der Dienstzeitregelung“ (208 Millionen Euro), die „Aufhebung der Hinzuverdienstgrenzen“ bei Zuruhesetzung (101,2 Millionen Euro), die „Einführung eines Personalbindungszuschlages“ (88 Millionen Euro) sowie die Erhöhung zahlreicher Erschwerniszulagen (119,7 Millionen Euro) – jeweils für den Vierjahreszeitraum bis 2018.²¹ Auch die Wehrsoldtagessätze werden um je 2 Euro pro Tag angehoben, was sowohl Reservist_innen betrifft als auch Freiwillig Wehrdienstleistende (FWDL). Dies entspricht 60 Euro mehr im Monat, bei einer Auslandsverwendung das Doppelte (Kosten voraussichtlich 28,5 Millionen Euro bis 2018).²²



Showroom der Bundeswehr in Berlin, Foto: Uwe Hixsch über Flickr.

Allein für diese 28,5 Millionen Euro für die 2 Euro Tagessolderrhöhung könnte die Bundesregierung – nur zum Vergleich – beispielsweise vier Jahre lang über 140 Streetworker einstellen.

Der Gesetzentwurf lehnt sich so insgesamt stark an die Forderungen des Bundeswehrverband an oder übernimmt diese zum Teil. Auch wenn das Artikelgesetz keinen Staatsvertrag „Keine Angst vor Uniformen!“ beinhaltet, setzt Ursula von der Leyen ihren Militarisierungskurs weiter fort:

„Natürlich ist Soldat oder Soldatin zu sein kein Beruf wie jeder andere; denn diese Menschen sind bereit, im Ernstfall im Auslandseinsatz ihr Leben für Freiheit und Demokratie einzusetzen, weil die Parlamentsarmee diesen Auftrag bekommen hat. Ist das denn ein Grund, weil sie mehr einzusetzen bereit sind als jeder andere und das eben kein Beruf wie jeder andere ist, sie hier zu Hause schlechter zu behandeln als andere? Nein, im Gegenteil, wir müssen sie besser behandeln, und deshalb ist es jetzt auch allerhöchste Zeit, aufzuholen. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)“²³

Zusätzlich zu dem Bundeswehr-Attraktivitätssteigerungsgesetz existiert eine zweite Säule zur Attraktivitätssteigerung des Konzerns Bundeswehr mit 29 Maßnahmen, bei der jedoch keine Gesetze geändert werden müssen: die sogenannte Agenda „Bundeswehr in Führung. Aktiv. Attraktiv. Anders.“²⁴ In bester Marketing-Sprache wird dort beispielsweise das „Coaching des Spitzenpersonals“, die Balance von Arbeit und Dienst oder das „Mobilisieren von Potenzialen“ gefordert. Inwiefern dies mit der Verpflichtung von McKinsey-Beraterin Katrin Suder als neuer Staatssekretärin zu tun hat,²⁵ die in Interviews immer wieder den Managementaspekt der Bundeswehr betont,²⁶ sei hier einmal dahingestellt. Die Agenda der 29 Maßnahmen sieht auch weitere Kita-Belegrechte für die Bundeswehr,²⁷ einen „Tag der Bundeswehr“ sowie einen Preis „Bundeswehr und Gesellschaft“ vor. Der erste „Tag der Bundeswehr“ wird im Jahr des 60-jährigen Bundeswehrbestehens am 13. Juni 2015 an zahlreichen Standorten stattfinden.

Flankiert werden die Attraktivitätsagenda der Bundeswehr und das Artikelgesetz mit einer sehr stark auf persönliche und private Geschichten von Bundeswehrbeschäftigten zugeschnittenen Werbekampagne,²⁸ die neben dem globalen Einsatz auch ein „menschliches“ Militär darstellen will, eben den netten Konzern von nebenan, bei dem jede und jeder einen Platz findet. Dies unterscheidet sich von der vorangegangenen Werbekampagne „Wir. Dienen. Deutschland.“ (ab 2011) unter Thomas de Mazière, die gerade eingestellt wird.²⁹ Sie betonte stark das Wir der Kameradschaft und das Dienen im Arbeitsalltag, jedoch nie das Private.³⁰ In der neuen Kampagnen-Werbewebsite „Karriere beim Bund“ unter Ursula von der Leyen hingegen „[gewähren d]rei Mitarbeiter einen Einblick in ihr Leben als Bundeswehrangehörige. Eine Ingenieurin (zivil), eine Personaloffizierin (militärisch) und ein Hauptmann (militärisch) erzählen über Privates wie Berufliches und was das Besondere am Job bei der Bundeswehr ist.“³¹ Ganz im neoliberalen Marketing-Zeitgeist gefangen, verschmelzen dann Arbeit und Privatleben, die Arbeit durchdringt das Private, das Private wird kapitalisiert. Allen voran steht nur der Gewinn des Konzerns an „Humankapital“, für das sich bereits vorhandenes Personal entsubjektiviert und zur Werbepattform wird. Schmutziger und tödlicher Krieg, gähnende Langeweile sowie Drill und Gehorsam kommen darin nicht mehr vor. Im offiziellen Werbespot zu „Aktiv. Attraktiv. Anders.“ werden vielmehr die Generaltugenden des Neoliberalismus beschrieben: Individualität, Kreativität, Verschmelzung von Privatem und Arbeit, fit, jung, verfügbar und mobil, optimiertes Leben, das an Leistungsgrenzen geht und dabei genießt – für Schwäche und Zweifel ist sowohl im Neoliberalismus als auch beim Militär kein Platz.³²

Der Kunde, das empfindsame Wesen

Die zur Ware und Werbeartikel gewordenen Soldat_innen locken dann im attraktiven Konzern Bundeswehr die Kund-



Werbetruck der Bundeswehr in Münster 2008, Foto: Michael Schulze von Glaßer

schaft, allen voran neue Bewerber_innen, in den Kriegseinsatz. Treffliches Beispiel für die Kundenwerbung ist der neue „Showroom“ der Bundeswehr am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin. Seit Eröffnung am 18. November 2014 sind nach Angaben des Leiters, Hauptmann Jürgen Klau, täglich 50-60 Leute „hineingeströmt“ – was in Anbetracht der 14.705,89 Euro monatliche Gesamtmiete, der Personal- und Materialkosten und der einmaligen Einrichtungskosten in Höhe von 68.115,16 Euro keine überragende Zahl darstellt.³³ Der indirekte Werbeeffekt dürfte jedoch ungleich höher ausfallen. Der Showroom erfüllt nach Leiter Klau eine weitere Aufgabe: „Viele Passanten laufen vorbei und können sich auf Wunsch direkt über die Marke Bundeswehr informieren – ein Aushängeschild in zentraler Lage in Berlin.“³⁴ Ausgebaut wurde dabei die Marke Bundeswehr bereits unter de Maizière mit einem neuen Corporate Design,³⁵ dem Claim „Wir.Dienen. Deutschland.“ und einem eigenen Audiologo durch den Komponisten Simon Theisen.³⁶ Die Kosten für die Bundeswehr sind nicht bekannt, laut FAZ kostet aber allein ein solches Audiologo marktüblich zwischen 60.000-200.000 Euro.³⁷ Fabian Hartjes schreibt so in der Zeitung Die Welt ganz zu Recht „Von ‚Wir. Dienen. Deutschland.‘, wie es über dem Eingang der neuen Militärfiliale heißt, ist es nicht allzu weit zu ‚Wir lieben Lebensmittel.‘“³⁸ Und selbst die Bundeswehr wird im Etablierungskonzept des Showrooms über dessen am „Kunden“ orientierten Zugang eindeutig: „Die Geschäftszeiten richten sich an den Gewohnheiten der Kunden aus. [...] Im Showroom findet der Kunde Ansprechpartner und Informationsmaterial zu allgemeinen Bundeswehrthemen.“³⁹

Falls der Nachwuchs dann doch als Kunde bei der Bundeswehr anbeißt, ändern sich für die Jugendlichen die Perspektive bei der militärischen Konzernphilosophie wahrscheinlich spätestens dann, wenn sie in Afghanistan oder anderswo eingesetzt werden. Ein spannendes Beispiel dafür, wie sich dabei militärische Praxis mit Marktmechanismen verschränken, lieferte ein Anfang 2015

in der Zeit geführtes Interview mit zwei Heron I-Drohnenoperatoren der Bundeswehr in Afghanistan:

„ZEIT ONLINE: Herr Wegmann, Herr Kühl, bitte erklären Sie einmal einem Nichtsoldaten: Was machen Sie da eigentlich? Was ist ein typischer Missionsauftrag für eine Heron-I-Drohne?“

Moritz Wegmann, Pilot: Es gibt verschiedene Einsatzarten. Grob umrissen würde ich sagen: reine Überwachung, sei es von Gebäuden, Straßen, Komplexen. Es gibt verschiedene Anforderungsprofile, was auch immer der Kunde von uns möchte.

ZEIT ONLINE: Der Kunde – wer ist das?

Wegmann, Pilot: Das sind die Einheiten, die uns angefordert haben. Die sagen: Wir müssen wissen, wie viele Personen halten sich in diesem Gebäude auf, wo sind Zufahrtswege und Zufahrtsräume? Oft überwachen beziehungsweise kontrollieren wir Straßen oder Streckenabschnitte auf Gangbarkeit.“⁴⁰

Dass die Sicherheit, die die Bundeswehr meint, in Afghanistan auch noch andere „Kunden“ mit tödlicher Ware versorgt,⁴¹ wird im Interview nur oberflächlich besprochen, „geheim“ sei es sogar, so ein Operator. Vielmehr scheinen sich die Journalisten dafür zu interessieren, ob „die Aufgabe Spaß mache“, oder „ob es nicht mal langweilig werde“ oder ob es „nicht ein komischer Beruf [sei], den ganzen Tag Leuten aus der Luft zuzugucken?“⁴² Sie verkennen dabei leider den entscheidenden Punkt: Soldat_in ist kein Beruf, die Bundeswehr auch kein Konzern, sondern institutionalisierte militärische Gewalt und Soldat_innen deren Befehlsempfangende und Ausführende. Selbst eine politisch konservative Kritik muss zudem erkennen, dass der Staat eben kein fairer Konkurrent sein kann im Konkurrenzkampf mit Konzernen, die er zwar selbst versucht zu regulieren, aber bei seiner eigenen Wettbewerbsfähigkeit keine Abstriche in Kauf zu nehmen bereit ist.

Die dunkle Seite vom Hochglanz: Nachts sind alle Katzen grau, selbst die Hunde

Abseits vom Hochglanz der Bundeswehrwerbung, Geld- und Karriereversprechungen und mit Pathos aufgeladenen Parolen vom Dienen, ist es sehr bedenklich, welchen Weg eine nicht nur sprachlich immer weiter vorangetriebene Marketingmaschine Bundeswehr, die die Kategorien von Markt und Kundschaft, von Konzern und Kommerz immer stärker in ihre Strukturen einfließen lässt, sowohl für die demokratische Kontrolle als auch für den Frieden bedeutet. Vermarktet sich etwa immer weiter der Mensch im Soldaten für das Militär wie in der aktuellen Werbekampagne, oder muss der Staat über Show und Effekt, über Laptops und Geldversprechungen und millionenschwere Werbeetats auf Nachwuchssuche gehen, kann das Ergebnis nur eine fortschreitende Militarisierung nach innen wie nach außen bedeuten. Vermengt mit dem jedem staatlichen Militär eigenen übersteigerten Nationalbewusstsein bei dessen Angehörigen, die ja im Zweifel ihr Leben für den Staat zu geben bereit sein sollen, entsteht eine Dynamik, die dem Militär immer größeren Einfluss, immer mehr Ressourcen und darin eine immer weitreichendere Privilegierung gegenüber dem zivilen Leben zukommen lassen wird. Verbindet und dynamisiert sich so eine Marktlogik mit einer Militärlogik in der Institution Bundeswehr, ist einer weiteren zur-Ware-Werdung von „Sicherheit/Gewalt“ Tür und Tor geöffnet. Im Zuge der Münchner Sicherheitskonferenz darf es so dann auch nicht mehr verwundern, wenn Ursula von der Leyen in vertraulichen Gesprächen mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg gesagt haben soll: „It's payback time“,⁴³ und damit darauf anspielte, dass Deutschland als angeblicher Kreditschuldiger des „Friedens dank der NATO“ sich nun stärker militärisch engagieren werde.

Anmerkungen

- 1 BMVg (2014): Aktiv. Attraktiv. Anders., [Broschüre](#), S. 3.
- 2 von der Leyen, Ursula (16.1.2014): Eine zukunftsfähige Bundeswehr im umfassenden Sinne. Rede im Bundestag zum Bericht des Wehrbeauftragten, [via CDU/CSU](#). Vgl. auch BMVg (2014): Aktiv. Attraktiv. Anders., [Broschüre](#), S. 3: „Durch die neutrale Brille betrachtet, ist sie [die Bundeswehr; T.M.] ein Sicherheitsunternehmen, eine Reederei, eine Fluglinie, ein Logistikkonzern, ein medizinischer Dienstleister – alles auf Top-Niveau und weltweit vernetzt: mehr als 240.000 Menschen, mehr als 1.000 Berufe an mehr als 300 Standorten.“
- 3 BMVg (2014): Aktiv. Attraktiv. Anders., [Broschüre](#), S. 4.
- 4 Bericht des Wehrbeauftragten 2012, [Bundestagsdrucksache 17/12050](#), S. 26.
- 5 Weiss, Heinz-Jürgen ([Welt](#), 13.12.2000): Defense Value Added - Die Bundeswehr als effizienter Konzern.
- 6 Von der Leyen zitiert in [Tagesschau](#) (25.3.2014): Auf die inneren Werte kommt es an.
- 7 Grußwort des Standortältesten des Standortes Roding Oberstleutnant Andreas Schramm 2014, [via Onlineauftritt der Stadt Roding](#). Hervorhebung T.M.
- 8 von der Leyen, Ursula (30.1.2015): Ohne moderne Ausrüstung ist die Bundeswehr weder attraktiv noch einsatzfähig. Rede zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr, [via CDU/CSU](#).
- 9 Mickan, Thomas (8.5.2014): „Schlagkräftige Uniform!“ Zum Papier des Bundeswehrverbandes zur weiteren Militarisierung des öffentlichen Lebens, in: [AUSDRUCK 6/2014](#), S. 1f.
- 10 Hervorhebung im Original.
- 11 [Deutsche Bahn](#) (9.6.2014): Presseinformation Deutsche Bahn und Bundeswehr verstärken Kooperation.
- 12 Bundeswehrverband (5/2014): Tiefenagenda „Bundeswehr 2020“ - „Schlagkräftige Bundeswehr 2020“, S. 62.
- 13 Lohse, Eckard ([FAZ](#), 5.11.2013): „Der Minister und ich haben beschlossen...“.
- 14 Plenarprotokoll Deutscher Bundestag 18/83, S. 7897, 7908, 7912
- 15 Etwa in „Schlagkräftige Bundeswehr 2020“, S. 75 oder [FAZ](#), 8.2.2015: Bundeswehrverband: „Deutschland muss auf Krieg vorbereitet sein“.
- 16 Friese, Ulrich ([FAZ](#), 6.2.2015): Schwangerenschutz beim Panzerfahren.
- 17 Böcking, David ([SPON](#), 14.2.2015): Deutsche Seeaufklärer kosten viel und fliegen wenig.
- 18 Stache, Christian ([W&F](#), 4/2014): Die Bundeswehr in Führung. Die Reklamekampagne der Bundeswehr, S. 17f.
- 19 Gesetzentwurf der Bundesregierung (7.1.2015): Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr (Bundeswehr-Attraktivitätssteigerungsgesetz – BwAttraktStG), Drucksache 18/3697, S. 18, 55.
- 20 Ebd., S. 55
- 21 Ebd., S. 35.
- 22 Ebd.
- 23 von der Leyen, Ursula (30.1.2015): Ohne moderne Ausrüstung ist die Bundeswehr weder attraktiv noch einsatzfähig. Rede zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr, [via CDU/CSU](#). Hervorhebung T.M.
- 24 [Bundesministerium der Verteidigung Presse- und Informationsstab](#) (2014): Handout Agenda „Bundeswehr in Führung. Aktiv. Attraktiv. Anders.“
- 25 Dausend, Peter ([Zeit](#), 19.5.2014): Die Ursula von McKinsey.
- 26 [Bundeswehr](#) (2.2.2015): Interview mit Staatssekretärin Suder: Die Truppe ist der zentrale Kompass.
- 27 Mickan, Thomas (2013): Motivationsfaktor Kita. Über Belegrechte und die Privilegierung der Bundeswehr, in: [AUSDRUCK 6/2013](#), S. 11f. Ders./Fuchslocher, Kolja (2014): Bundeswehr und Kita: Militarisierung im Kleinen, in: [AUSDRUCK 8/2014](#), S. 23f.
- 28 Beispielsweise die Oberfähnrich Inga-Britt Gläßmann wird als ehrliche Haut und Flutretterin porträtiert. Siehe: YouTubeKanal der Bundeswehr (21.10.2014): [Ein Tag mit Oberfähnrich Inga-Britt Gläßmann](#).
- 29 Website Wir.Dienen.Deutschland: [Selbstverständnis](#) (in der Einstellung begriffen).
- 30 U.a. YouTubeKanal der Bundeswehr: [Mit Drill zur Perfektion](#) (6.10.2011); [Brothers in arms](#) (28.8.2013); [Teamwork auf hoher See - Spezialisten der Fregatte Brandenburg im Einsatz](#) (10.10.2014).
- 31 Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw) (2014): [Bundeswehr startet neue Werbewebsite der Bundeswehr: www.Karriere-beim-Bund.de](#)
- 32 YouTubeKanal der Bundeswehr (26.6.2014): [Bundeswehr in Führung - Aktiv. Attraktiv. Anders.](#)
- 33 Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr (12.12.2014), [via fragenstaat.de](#).
- 34 Bundeswehr/Sebastian Wanninger (5.12.2014): [Als Leiter des Showrooms der Bundeswehr mitten in Berlin](#). Interview mit Jürgen Klau. Hervorhebung T.M.
- 35 BMVg (2011): Wir. Dienen.Deutschland. Ergänzung zum Corporate Design: Gestaltungsrichtlinien und Anwendungsbeispiele
- 36 Bundeswehr/Frank Bötzel (2.10.2014): [Musik und Morse-Code: Neues Markenzeichen der Bundeswehr](#).
- 37 Lenz, Natascha/Thielen, Johannes ([FAZ](#), 29.7.2013): Klang-Marken. Wie klingt Fairness?
- 38 Hartjes, Fabian ([Zeit](#), 2.12.2014): Machen wir uns nichts vor.
- 39 Karrierecenter der Bundeswehr Berlin, Ulrich Karsch: Konzept zur Etablierung eines Showrooms in Berlin, S. 3, [via fragenstaat.de](#).
- 40 [Zeit](#) (9.1.2015): Drohnen-Piloten: „Ich bin kein Computerspieler“, Interview von Kai Biermann und Thomas Wiegold mit zwei Bundeswehdrohnenoperatoren.
- 41 Mickan, Thomas ([AUSDRUCK](#), 1/2015): Wie viele Menschen hat die Bundeswehr in Afghanistan getötet?, S. 12f.
- 42 [Zeit](#) (9.1.2015): Drohnen-Piloten: „Ich bin kein Computerspieler“, Interview von Kai Biermann und Thomas Wiegold mit zwei Bundeswehdrohnenoperatoren. Hervorhebung T.M.
- 43 Gutschker, Thomas ([FAZ](#), 5.2.2015): Die Deutschen an die Front!

Mediale Kriegstrommeln

Ideologieproduktion an der Heimatfront

von Claudia Haydt

Krieg und Kriegsvorbereitung finden selten die ungeteilte Unterstützung der Bevölkerung, zumindest nicht ohne parallele ideologische Aufrüstung. Wer die Bevölkerung davon überzeugen will, dass Krieg ein notwendiges Mittel der Politik ist, der muss dafür Überzeugungsarbeit leisten. Im Folgenden werden einige Mechanismen der medialen Kriegspropaganda vorgestellt, die gleichsam eine Art Standardrepertoire darstellen. Es fällt auf, dass mediale Kriegstrommeln nicht nur in Diktaturen, sondern auch in demokratisch verfassten Gesellschaften sowohl eingesetzt werden als auch Wirkung entfalten können. Wird die Frage gestellt, warum Politik und Medien auch in Deutschland nicht selten nahezu im Gleichklang über sicherheitspolitische Fragen diskutieren, lohnt es sich besonders, die Rolle von Elitennetzwerken bei der Produktion eines „Elitenkonsenses“ näher zu beleuchten.

Aufmerksamkeit steuern, inszenierte Bedrohung und notwendige Kampfbereitschaft

Die Menschheit steht global vor massiven Herausforderungen und Bedrohungen. Millionen von Menschen sterben an Hunger, obwohl Lebensmittel im Überfluss produziert werden, sie sterben an Krankheiten, die mit einfachen Mitteln geheilt werden könnten und die Menschheit befindet sich so dicht am Risiko eines Atomkrieges wie seit Anfang der 1980er Jahre nicht mehr. Besonders auf letztere Gefahr weist regelmäßig das „Bulletin of Atomic Scientists“ hin. Zuletzt stellte es Anfang des Jahres 2015 fest: „Ungebremster Klimawandel, die globale Modernisierung der Atomwaffen und übergroße Atomwaffenarsenale stellen eine außergewöhnliche und unbestreitbare Gefahr für die fortgesetzte Existenz der Menschheit dar und die führenden Politiker haben dabei versagt, mit der Schnelligkeit und dem Umfang zu agieren, die nötig wären, um die Bürger vor der möglichen Katastrophe zu schützen. Dieses Versagen bei der politischen Führung gefährdet jede Person auf dieser Erde.“¹ Was hier Atomwissenschaftler zusammen mit 17 Nobelpreisträgern feststellen, ist an Dramatik kaum zu überbieten. Es spiegelt sich aber dennoch weder in der Berichterstattung, der politischen Debatte noch in der gesellschaftlichen Stimmung der Menschen in Deutschland wider. In langfristigen Studien² über die Ängste der Menschen in Deutschland stehen regelmäßig die Furcht vor wirtschaftlichen Krisen oder die Angst um die eigene Gesundheit auf den Spitzenpositionen. Globale Gefährdungslagen halten eher peripher als Angst vor Naturkatastrophen Einzug in die Riege der größten Ängste.

Medial spielen nur einzelne zugespitzt und verkürzt dargestellte Konflikte eine größere Rolle. Die Berichterstattung schafft es selten sich von einem medialen Tunnelblick zu verabschieden, der auch als CNN-Effekt³ bekannt ist. Anstatt die globale Bedrohungssituation und damit auch die globalen Aufgaben ernsthaft zu bearbeiten werden einzelne Konfliktkonstellationen herausgegriffen und sowohl politisch als auch medial eine Handlungsnotwendigkeit inszeniert. Im Bezug auf die Ukraine Krise titelten

während des Jahres mehrere deutschen Printmedien mit dramatischen Schlagzeilen wie etwa die Bildzeitung „Wann stoppt die Welt Putin?“ (21.07.2014) oder der Spiegel „Stoppt Putin jetzt!“ (29.7.2014). Dieser Art der Berichterstattung liegt sowohl eine massiv verkürzte und verfälschte Konfliktanalyse zu Grunde und sie legt zudem nahe, dass ein militärisches Agieren umgehend eingeleitet werden müsse, da sonst die Bedrohung wachse. Krieg kann so moralisch gerechtfertigt erscheinen. Bei dem NATO-Gipfel in Wales am 4. und 5. September 2014 spielte in der Folge die Frage der globalen (atomaren) Abrüstung nahezu keine Rolle. Im Zentrum stand die Mobilisierung gegen Russland. Die faktische Niederlage der NATO in Afghanistan oder zumindest ihr weitgehendes Scheitern bei nahezu allen ursprünglich formulierten Kriegszielen wurde genauso wie die Vorbereitung des nächsten Irakkrieges – diesmal gegen den sogenannten Islamischen Staat – ebenfalls eher am Rande abgehandelt. Die meisten Medienberichte konzentrierten sich besonders auf die Kampfansage an Russland, wie etwa die FAZ „Einig in Wales“ (5.9.2014), die Bildzeitung „Grünes Licht für Schnelle Eingreiftruppe“ (5.9.2014) und die Süddeutsche Zeitung „So wappnet sich die NATO gegen Russland“ (1.9.2014).

Allmachtsphantasien: Glaube an die Machbarkeit militärischer Lösungen

Wer zu Kriegen (oder Intervention, Missionen etc.) aufruft, verknüpft damit nahezu immer die Botschaft des möglichen, ja wahrscheinlichen und schnellen Sieges. Es ist nicht notwendig, an den Beginn des Ersten Weltkrieges zur erinnern, als 1914 auf vielen Bahnwaggons, in denen die Soldaten an die Front fuhren, mit Kreide geschrieben stand: „An Weihnachten wieder zuhause“. Es gibt deutlich jüngere mahnende Beispiele für solche militärischen Allmachtsphantasien: die deutsche Beteiligung am Afghanistankrieg begann 2011 kurz vor Weihnachten mit einer Entscheidung des Bundestags, bei der der damalige SPD-Kanzler Gerhard Schröder stolz erklärte, dass die deutsche Forderung nach einer Begrenzung des Mandates auf sechs Monate erfüllt worden sei und er ergänzte siegesicher, dass die Zahl von 1.200 Soldaten voraussichtlich nicht ausgeschöpft werde⁴. Sein damaliger Vizekanzler und Außenminister Josef Fischer war in der Debatte am 21. Dezember 2001 noch optimistischer, er kündigte an: „es besteht jetzt die große Chance, diesen Krieg bzw. Bürgerkrieg dauerhaft zu beenden.“⁵ Anfang 2015 gehören Krieg und Bürgerkrieg immer noch nicht der Vergangenheit an. Der ISAF-Einsatz wurde zwar offiziell am 31. Dezember 2014 für beendet erklärt, dennoch bleibend Tausende von internationalen Soldaten im Land und der Krieg geht weiter. Die UN Unterstützungsmission UNAMA⁶ berichtet, dass 2014 – bei einer hohen Dunkelziffer! – mehr als 10.000 Zivilistinnen und Zivilisten bei den Kämpfen in Afghanistan getötet oder verwundet wurden, das ist die höchste Zahl, seit die UNAMA 2009 mit der Berichterstattung über zivile Opfer begonnen hat.



Mediale Inszenierungen: Spiegel-Cover, Bush: „Mission Accomplished“ nach dem „erfolgreichen“ Irakkrieg, Foto: US-Regierung

Um wenigstens gelegentlich militärische Stärke und damit verbundene politische Erfolge vorzeigen zu können, bemüht sich die Politik – häufig eng flankiert von den Medien – darum, siegreiche Momente in Szene zu setzen. So erklärte George W. Bush am 1. Mai 2003 auf dem Flugzeugträger USS Abraham Lincoln in einer prominent ausgestrahlten Rede, dass nun alle wesentlichen Militäroperationen im Irak beenden seien. Auf dem Kriegsschiff wurde ein Banner mit dem Motto „Mission accomplished“ (Mission erfüllt) gehisst. Die meisten zivilen und militärischen Opfer, des Irakkrieges waren jedoch erst nach dieser Erfolgsinszenierung zu verzeichnen.

Ein weiteres Beispiel: Als im Oktober 2011 libysche Aufständische mit massiver Unterstützung von NATO-Staaten die Hauptstadt Tripolis eroberten, da titelten im Gleichklang zahlreiche Zeitungen ähnlich wie die TAZ „Es war ein rauschendes Fest“ (24.10.2011). Die darauf folgende Desintegration des Staates Libyen, der bis heute andauernde Bürgerkrieg, das Leid der Bevölkerung seit diesem Zeitpunkt ist bestenfalls auf den hinteren Seiten der Tageszeitungen zu finden – wenn überhaupt.

Trotz des wiederholten Scheiterns von NATO- und EU-Militäreinsätzen hält die deutsche außenpolitische Elite an der Überzeugung fest, Bundeswehreinsetze in aller Welt wären nötig und sinnvoll. Der Auftrag, den Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen für die Erstellung des neuen Weißbuchs der Bundeswehr gegeben hat, illustriert dies deutlich. Wenn sich die Ankündigung erfüllen sollte, dass es zukünftig bei der Durchsetzung von Interessen „keine Tabus“⁷ mehr geben soll, dann ist wohl eher mit mehr als mit weniger Bundeswehreinsetzen zu rechnen.

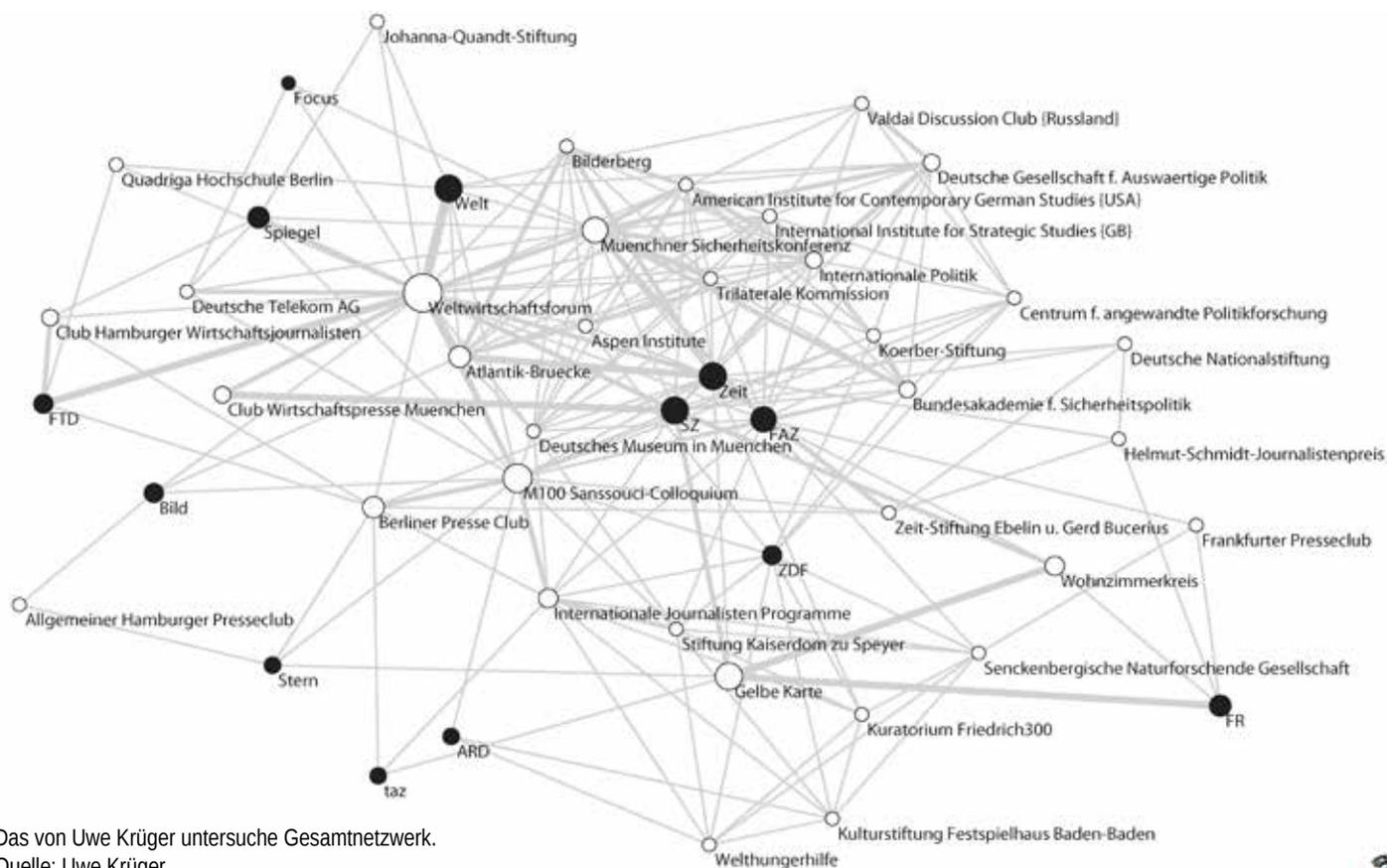
Warum gibt es dennoch kaum kritische Rückblicke auf diese Kriegsentscheidungen? Wo bleiben die politischen Konsequenzen aus den Fehleinschätzungen? Warum herrscht nach wie vor der Glaube vor, mit militärischem Interventionismus wären Lösungen von Konflikten möglich. Warum wurde obendrein aus dieser verheerenden Militärpolitik hierzulande in den letzten

Jahren auch noch ein (neues?) Großmachtkonzept entwickelt – unter aktiver Beteiligung von wesentlichen Teilen der politischen und der Journalisten Eliten in Deutschland.

Sprachliche Verzerrung und Formatierung von Konflikten

Nicht nur in Kriegs- und Vorkriegszeiten arbeiten Medien mit Verkürzungen, mit Zuspitzungen und mit Etikettierungen. Im Kontext von kriegerischen Auseinandersetzungen können solche sprachlichen Verzerrungen jedoch besonders verheerende Auswirkungen haben. Worte werden dabei zu Symbolen, sie funktionieren als Marker, die weitere Erklärungen unnötig machen. So können die gleichen Aufständischen einerseits als Freiheitskämpfer auf Unterstützung hoffen oder als Terroristen im wahrsten Sinne des Wortes zum Abschuss freigegeben werden. Abhängig ist eine solche Etikettierung nicht in erster Linie von den Handlungen der jeweiligen Gruppierungen, sondern von der politischen Opportunität. Deswegen konnten in Afghanistan die gleichen Gruppen mit westlichen Waffen ausgerüstet, vom Westen für den Kampf gegen die Sowjetunion trainiert und teils auch finanziert werden, die dann einige Jahre später als Terroristen von den NATO-Militärs mit allen Mitteln bekämpft wurden.

Sprachliche Marker, die den Medienkonsumenten klar signalisieren, auf welcher Seite sie zu stehen haben, sind Worte wie „Demokratie“, „Frauenrechte“, „Sicherheit“ und ganz besonders die Vokabel „Freiheit“. Nicht erst seit Bundespräsident Joachim Gauck Freiheit zu seinem Mantra erklärte, ist sie im wahrsten Sinn des Wortes zum Kampfbegriff geworden, ganz besonders in Verbindung mit Sicherheitspolitik. Wobei die „Gefährdung des freien und ungehinderten Welthandels“⁸ in den meisten westlichen Sicherheitsstrategien zu einer allgemeinen Gefährdung der Sicherheit und damit zu einem Kriegsgrund erklärt wird. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2014 hat Gauck diesen



Das von Uwe Krüger untersuchte Gesamtnetzwerk.
Quelle: Uwe Krüger

Zusammenhang von Freiheit, Freihandel, Kapitalismus und Krieg zur einer Art Glaubensbekenntnis zusammengefügt. „Im außenpolitischen Vokabular reimt sich Freihandel auf Frieden und Warenaustausch auf Wohlstand.“⁹

Nicht nur Gauck blendet aus, dass freier Handel gerade ökonomische schwächere Regionen noch tiefer in Armut stürzen und globale Ausbeutungsverhältnisse zementieren kann.

In einem politischen und medialen Diskurs, in dem „wir“ die Verteidiger der Freiheit und der Demokratie sind, ist es kein Wunder, dass die Barbaren immer die anderen sind. Dass auch „unser“ Handeln von den Betroffenen der westlichen Militärschläge als Barbarei wahrgenommen werden kann, das wird nur zu häufig ausgeblendet. Die unzweifelhaft auf Schrecken, Folter und Brutalität ausgerichtete militärische Strategie des sogenannten Islamischen Staates baut gleichzeitig die Erfahrungen, die die eigene Bevölkerung mit der Barbarei des Westens hat, in ihre Öffentlichkeitsstrategie mit ein und versucht so in ihrem „Hinterland“ die Unterstützung oder wenigstens Akzeptanz für ihr Vorgehen zu verstärken. Nicht zufällig kleidet der IS die Gefangenen in seinen Propagandavideos in orangefarbige Overalls, die Assoziationen mit Guantanamo und Abu Ghraib nahelegen sollen. Jedes westliche Bombardement, bei dem Zivilisten, Kinder, Frauen, alte Menschen ums Leben kommen, festigt dann dieses Feindbild.

Militärische Konfrontationen, Kriege und Bürgerkriege sind nahezu immer zugleich auch mediale Schlachten, in denen die Barbarei der Gegner herausgestellt wird und die barbarische Fratze, die jede Kriegshandlung mit sich bringt, dort weitgehend ausgeblendet wird, wo es um das eigene Handeln geht. Es geht hier nicht darum, Brutalität zu relativieren, sondern darauf hinzuweisen, dass eine Überwindung von Konflikten immer die Fähigkeit voraussetzt, die Lebenslagen, die Wahrnehmungsmuster und die Interessen der jeweiligen anderen Seite nachvollziehen zu können.

Journalistische Berichte könnten hier helfen, leider findet die Kriegsberichterstattung in der Regel durch eingebettete Journalisten oder durch Reportagen in besetzten beziehungsweise „befreiten“ Gebieten statt und spiegelt so fast zwangsweise die Lage aus Sicht der Besatzer. Unabhängige Berichterstattung findet kaum statt, ist mit hohen Gefahren verbunden und wenn sie tatsächlich doch gelingt, so ist sie schnell mit dem Vorwurf der Parteilichkeit konfrontiert.

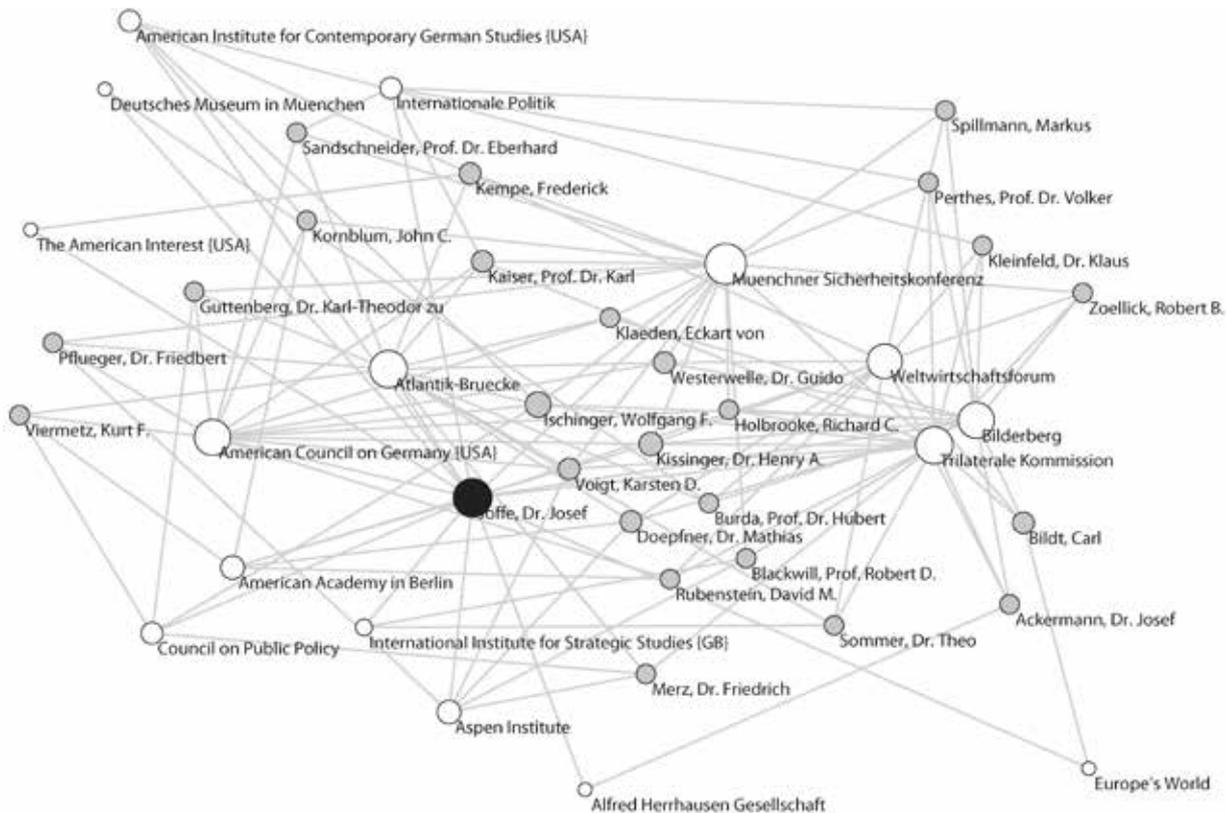
Kriegsgegner diskreditieren und demotivieren

Dem Vorwurf der Parteilichkeit, der Unterstützung des jeweiligen Gegners, sehen sich in der Regel all diejenigen ausgesetzt, die sich gegen Kriege aussprechen. Wer sich weigert, den Krieg als notwendig zu akzeptieren und die vorgebliche moralische Überlegenheit der jeweiligen eigenen Seite ungefragt zu akzeptieren, der wird schnell als fünfte Kolonne stigmatisiert.

Eine Bevölkerung, die nicht kriegsbegeistert ist, ja sich aktiv gegen Kriege organisiert, ist für ihre jeweiligen Regierungen ausgesprochen bedrohlich. Richard Nixon bezeichnete während des Vietnamkriegs in einer Ansprache vor Kriegsveteranen die Opposition gegen den Krieg als die „die stärkste Waffe gegen die Vereinigten Staaten.“¹⁰ Kriegsgegner werden deswegen nicht selten im Gleichklang von Medien und Politik als „wenige“ oder „Spinner“ marginalisiert. Sie werden moralisch ins Abseits gedrängt, als Feiglinge oder Drückeberger stigmatisiert oder sie werden bestenfalls zu naiven Gutmenschen erklärt.

Durch die argumentative Verknüpfung des Begriffs „Verantwortung“ mit militärischen Interventionen sind Kriegsgegner schnell dem Vorwurf ausgesetzt, verantwortungslos zu handeln und sie müssen – in einer Umkehr der Beweislast – begründen, warum sie nicht schießen (lassen) wollen.

Dabei sind wesentliche Schritte zu Deeskalation und ein Einstieg in diplomatische Lösungsversuche genau von den Bot-



Kontakte von Josef Joffe. Quelle: Uwe Krüger

schaften abhängig, die Kriegsgegner aussenden. Niemand darf die eigene Verantwortung für die Entstehung von Konflikten ausblenden, egal ob dies Waffenlieferungen, massive Einmischung in die Innenpolitik in Konfliktregionen oder ungerechte Handelsbeziehungen sind. Das Verständnis, nicht die Akzeptanz, für die Interessen des jeweiligen Gegners ist die Voraussetzung für Friedenslösungen. Dieser rein rationale Ansatz zur Konfliktanalyse wird jedoch immer wieder durch Kampfbegriffe wie „Putin-Versteher“ diskreditiert. Ein Begriff, der seine Karriere mit einem Zeitartikel im Februar 2014¹¹ begann und dann wohl von nahezu allen Mainstream-Medien aufgegriffen wurde. Diese Zuschreibung hinderte 64 Prominente, überwiegend ehemalige Politiker, dennoch nicht daran, in einem offenen Brief ihre „brennende Sorge“ bezüglich der Gefahr der verfehlten Ostpolitik zum Ausdruck zu bringen und „weiterhin zum Dialog mit Moskau“ aufzurufen.¹²

Wer hat die Meinungsmacht?

Mit Ausnahme einer etwas umfangreicheren Würdigung in der Süddeutschen Zeitung wurde der oben zitierte offene Brief zur Kritik an der aktuellen Ukraine-Politik in den Medien weitgehend ignoriert. Dies ist insofern bemerkenswert, da Meinungsumfragen nahelegen, dass diese Positionierung von ehemaligen Spitzenpolitikern auch in der Bevölkerung breite Zustimmung findet. Gerade bei umstrittenen Themen sind deswegen viele Menschen dazu übergegangen, wenn sich ihre Fragestellungen nicht in der Berichterstattung wiederfinden, sich in Leserforen darüber zu informieren, ob sie mit ihren kritischen Positionen allein stehen. Doch besonders bei den Themen, die in Leserforen (teils heftige) Debatten auslösen, oder in denen die Kommentare eine fast vollständig andere Ausrichtung haben als der eigentliche Beitrag, werden die Kommentarfunktionen¹³ immer häufiger ausgeschaltet (z.B. bei spiegel-online oder der FAZ). Die Süddeut-

sche Zeitung ging sogar so weit, die Kommentarfunktion unter den Artikeln vollständig abzuschalten und stattdessen vereinzelte Leserforen einzurichten, bei denen die Leser dann lediglich zu von der Redaktion ausgewählten Themen diskutieren dürfen.

Der Anspruch, dass gesellschaftlich kontrovers debattierte Themen auch medial kontrovers aufbereitet werden, wird augenscheinlich häufig nicht eingelöst. Der Medienwissenschaftler Uwe Krüger geht deswegen in seinem Buch „Meinungsmacht!“ (Köln 2013) der Frage nach, ob Journalisten von politischen Eliten kognitiv vereinnahmt sind. Er untersucht dabei besonders die Rolle von Elitennetzwerken, da diese häufig so genannte Spitzenjournalisten mit integrieren. Führt ein enger Umgang dazu, dass sowohl die Perspektiven, die Problemanalysen und die blinden Flecken der Politik in die Berichterstattung über diese übernommen werden?

Krüger konzentriert sich dabei auf das Thema Auslandseinsätze, da hier die Kluft zwischen Bevölkerungsmeinung und veröffentlichter Meinung besonders augenfällig ist. Mithilfe einer umfangreichen Netzwerkanalyse identifiziert er vier „Spitzenjournalisten“, die besonders eng mit anderen politischen und wirtschaftlichen Eliten vernetzt sind und die ihrerseits häufig von anderen Journalisten zitiert werden. In einer gut dokumentierten und seriös aufbereiteten induktiv-qualitativen Analyse untersucht Krüger außenpolitische Leitartikel und Kommentare von Josef Joffe (Die Zeit), Stefan Kornelius (Süddeutsche Zeitung), Klaus-Dieter Frankenberger (FAZ) und Michael Stürmer (Die Welt) daraufhin, mit welchen Argumentationsmustern (Frames) sie über Außenpolitik berichten.

Gemeinsam gelingt es den Journalisten, das politische Konzept des „erweiterten Sicherheitsbegriffs“ zu etablieren. Mit diesem Konzept wird nahezu alles zu einer sicherheitspolitischen Bedrohung, der (auch) mit militärischen Mitteln begegnet werden kann. Beispielhaft sei hier nur Frankenberger zitiert: „Und nach den neuen verteidigungspolitischen Richtlinien wird die Sicherheit

Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt, der traditionelle geographische Sicherheitsbegriff also globalisiert und ausgeweitet. Dass die traditionellen Beschränkungen aufgegeben wurden, ist richtig.“ (FAZ, 24.5.2003)

Damit wurde medial unterstützt, was der damalige Verteidigungsminister Peter Struck¹⁴ und andere verbal und praktisch längst eingeleitet hatten. Zu den journalistischen Frames oder Argumentationsmustern gehört ebenso der sicherheitspolitisch bereits postulierte umfangreiche Bedrohungskatalog, für den es immer (auch) eine militärische Antwort gibt. So schrieb Kornelius: „Die letzten Jahre haben das Bedrohungsspektrum dramatisch erweitert, mit dem dschihadistischen Terrorismus und all seinen Spielarten an der Spitze der Liste, gefolgt von anderen religiös motivierten Bedrohungen, aber auch von den Ängsten, die der Klimawandel, die Energieversorgung oder selbst Flüchtlingsströme auslösen.“ (SZ, 10./11.7.2007) Frankenberger erinnerte einige Jahre später ebenfalls an das, was in den Verteidigungspolitischen Richtlinien und dem letzten Weißbuch längst postuliert wurde: „Diese Gefahren und Herausforderungen reichen vom Terrorismus über die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen über Energie und Klimawandel bis zu Cyberangriffen, wirtschaftlicher Instabilität und Pandemien.“ (FAZ, 8.2.2010)

Die US-Außenpolitik wird in der deutschen Öffentlichkeit häufig besonders kritisch – aus Sicht der Spitzenjournalisten, zu kritisch – gesehen. Deswegen versuchen sie wiederholt, die große Bedeutung des Bündnisses mit den USA herauszustreichen. Joffe versucht den offenbar von ihm vermuteten nationalistischen Motiven hinter der Kritik an der US-Politik durch die Betonung der deutschen Interessen zu begegnen, die mit Unterstützung der USA besser verfolgt werden könnten als ohne diese: „Wer Amerika nicht mag, möge die Machtverhältnisse nicht vergessen. [...] Nüchterne Interessenpolitik gebietet es, den ‚Draht nach Washington‘ nie abreißen zu lassen. Umso mehr, als die Interessenkongruenz viel breiter ist, als es Schröder und Bush je wahrhaben wollten.“ (Zeit, 15.9.2005) Frankenberger sekundiert mit einer ähnlichen Stoßrichtung: „Als atlantische Gemeinschaft lassen sich die Turbulenzen der neuen multipolaren Welt allemal besser aushalten. Nur in dieser Kombination können die vielfältigen Herausforderungen gemeistert werden.“ (FAZ, 5.11.2006) Außerhalb des Untersuchungszeitraums, aber mit der gleichen Stoßrichtung erklärte Michael Stürmer: „Entscheidend bleibt zuletzt immer das amerikanische Bündnis“ (Die Welt, 22.9.2013), das nach seiner Interpretation „Kern deutscher Staatsräson“ ist.

Da die Bevölkerung jedoch trotz aller Argumente nicht dauerhaft von Kriegspolitik und Kriegsbündnissen überzeugbar ist, appellieren verschiedene Journalisten an die Politiker, dass diese den „Meinungskampf an der Heimatfront“ (Frankenberger, FAZ, 7.1.2008) nicht scheuen und sie für „das außenpolitisch Gebotene“ (Joffe, Zeit, 7.2.2008) offensiv werben sollten.

Krüger kommt zu dem Ergebnis¹⁵, dass die meisten Journalisten in deutschen Leitmedien auf der Linie der US-Außenpolitik, der NATO und der Bundesregierung liegen und dass sowohl deren Bedrohungskatalog als auch deren Sicherheitsdefinition weitgehend unkritisch übernommen wurde. Wenn Kritik an der Bundesregierung formuliert wurde, dann nicht aus der Perspektive der kriegskritischen Bevölkerung, sondern der der NATO oder der US-Regierung.

Krüger¹⁶ betont, dass die ähnlichen Argumentationsmuster von Journalisten und Politikern, die sich in den selben Netzwerken bewegen, kein simpler Kausalzusammenhang ist. Vieles deutet darauf hin, dass schon die Einladungspraxis in diese Netzwerke dazu führt, dass dort Menschen aufeinandertreffen, die – eventuell mit ähnlichen Biographien – zu ähnlichen Positionen neigen.

Die gemeinsamen Netzwerke bestärken dann jedoch die ähnlichen Positionen und verleiten dazu, abweichende Meinungen als irrelevant zu betrachten.

Kriegstrommeln zum Schweigen bringen

Wenn wir die Kriegstrommeln zum Schweigen bringen wollen oder wenigstens den Friedensstimmen auch Gehör verschaffen wollen, dann ist dies eine Aufgabe sowohl für die kritische Öffentlichkeit als auch für die journalistische Ethik.

Krüger¹⁷ fordert dazu auf, die Frage eines „Sicherheitsabstandes“ zwischen Journalismus und Politik als Teil der journalistischen Ethik-Kodizes zu diskutieren. Wer sich in Elitennetzwerken trifft, sollte auch Treffen mit Vertretern von Gegenpositionen suchen. Dort wo Journalisten außerdem Funktionen in Organisationen und Netzwerken übernehmen, sollte sich eine Berichterstattung darüber von selbst verbieten.

In jedem Fall gilt es Feindbilder und Fremdbilder genauso kritisch zu reflektieren, wie die jeweilige „eigene“ Position, die einer Berichterstattung zugrunde liegt. Gute Berichterstattung bezieht die Interessen und Beweggründe aller Konfliktparteien mit ein. Asymmetrische Kräfteverhältnisse sollten in Analysen nicht ausgeblendet und die geschichtlichen Hintergründe berücksichtigt werden. Gleichzeitig ist es immer auch Aufgabe einer kritischen Öffentlichkeit, die Frage zu stellen, die Medien und Politik ausblenden. Die wichtigsten sind: Welche Auswirkungen haben welche Entscheidungen auf die jeweils betroffene Bevölkerung? Welche Interessen, welcher Akteure sind im Spiel? Wer baut mit welchen Interessen Hindernisse für eine Friedenslösung auf? Welche Schritte zum Frieden sind nötig und möglich? Wie können wir genügend Druck aufbauen, dass diese Schritte auch ernsthaft verfolgt werden?

Anmerkungen

- 1 <http://thebulletin.org/timeline>
- 2 Vergleiche z.B.: [Die Ängste der Deutschen 2014](#), Presse-Informationen, Berlin, 4. September 2014.
- 3 Vgl.: Marcinkowski, Frank; Pfetsch, Barbara u.a. (2009): Politik in der Mediendemokratie, Medien im Krieg. Das Verhältnis von Medien und Politik im Zeitalter transnationaler Konfliktkommunikation, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- 4 FAZ, 23.12.2001.
- 5 Protokoll Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, 210. Sitzung, Berlin, Sonnabend, den 22. Dezember 2001.
- 6 [UNAMA Newsupdate](#), 18.12.2014.
- 7 [Rede der Verteidigungsministerin anlässlich der Auftaktveranstaltung Weißbuch 2016](#), Berlin, 17.02.2015.
- 8 Vergl. u.a.: Weißbuch der Bundeswehr 2006; Nationale Sicherheitsstrategie der USA 2002
- 9 [Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen](#), Rede von Bundespräsident Joachim Gauck, München, 31.1.2015.
- 10 „greatest single weapon working against the United States“. Simon und Garfunkel bauten diese Ansprache in den Antikriegssong „Silent night“ ein.
- 11 Der Machtwechsel in der Ukraine lässt zu viele Fragen offen, Die Zeit, 24.2.2014.
- 12 Brennende Sorge, Süddeutsche Zeitung, 7.12.2014.
- 13 Leserkommentare abschalten? [Telepolis](#), 14.11.2014.
- 14 ["Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt"](#), [Telepolis](#), 13.12.2002.
- 15 Vergleiche: Uwe Krüger: [Eliten-Netzwerke deutscher Journalisten und ihre Auswirkungen am Beispiel der Außen- und Sicherheitspolitik](#); ppt Präsentation veröffentlicht 4.1.2013.
- 16 Krüger, Meinungsmacht, 2013, S. 258ff.
- 17 Krüger, Meinungsmacht, 2013, S. 262 ff.

Die Ukraine und EUropas Nachbarschaftspolitik

Testfall für Deutschlands neue Großmachtambitionen

von Jürgen Wagner

Lautstark forderte Bundespräsident Joachim Gauck, flankiert von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Außenminister Frank-Walter Steinmeier bei der Sicherheitskonferenz Anfang 2014, der angeblich in Deutschland gepflegten „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ zugunsten einer offensiven Weltmachtrolle den Rücken zuzukehren. Dieser aufsehenerregende Auftritt war allerdings von langer Hand vorbereitet und zwar insbesondere in dem vom Planungsausschuss des Auswärtigen Amtes finanzierten Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“. Unter Leitung der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) und des „German Marshall Funds“ (GMF) wurde dabei zwischen November 2012 und September 2013 von etwa 50 Mitgliedern des außen- und militärpolitischen Establishments ein gleichnamiger Bericht erarbeitet, der bereits alle wesentlichen Gedanken der Gauck-Rede bis hin zu teils wortgleichen Formulierungen enthielt. Gauck wurde also lediglich zum Sprecher eines Elitenkonsenses auserkoren, der nun vehement auf die militärisch unterfütterte Realisierung deutscher Großmachtphantasien drängt.¹

Was die deutschen Präferenzen bzgl. der Europäischen Union und ihrer Ostpolitik anbelangt, lassen sich im Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“ unter anderem folgende Passagen finden: „Erst die wirtschaftliche und politische Integration hat den Staaten Europas im Verbund das internationale Gewicht verliehen, das auch die Großen des Kontinents allein nicht mehr auf die Waagschale bringen. [...] Deutschland wird hier [in der EU] öfter und entschiedener führen müssen. [...] Bei Ländern in unmittelbarer EU-Nachbarschaft, sei es im Osten oder im Süden, ist das Interesse Deutschlands an deren innerer Entwicklung naturgemäß stärker ausgeprägt als im Fall ferner Staaten. [...] In Europas südlicher und östlicher Nachbarschaft muss die EU als Ordnungsmacht Stabilität und gute regionale Regierungsführung anstreben – und dabei nicht nur auf Regierungen zielen, sondern auf Zivilgesellschaften. [...] Deutsche Außenpolitik wird sich weiterhin der gesamten Palette der außenpolitischen Instrumente bedienen, von der Diplomatie über die Entwicklungs- und Kulturpolitik bis hin zum Einsatz militärischer Gewalt.“²

Im Klartext lassen sich aus dieser Sicht also *erstens* machtpolitische Ambitionen Deutschlands nur im EU-Verbund durchsetzen; dabei muss Deutschland aber *zweitens* die Führungsrolle zukommen; *drittens* hat die Expansion des EU-Einflussgebietes in den Nachbarschaftsraum Priorität, wo es gilt, die Vorherrschaft zu erlangen; und schließlich kommt hier bei der Umsetzung dieser Begehrlichkeiten *viertens* ein breites zivil-militärisches Instrumentarium auf staatlicher oder zivilgesellschaftlicher Ebene zum Einsatz, was auch immer in der jeweiligen Situation opportun erscheint. Damit ist bündig die Praxis der sogenannten „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (ENP) beschrieben, mit der die EU-Länder und hier allen voran Deutschland versuchen, möglichst viele Anrainer fest in die eigene Einflussosphäre zu integrieren.

Das wohl wichtigste Instrument zur Umsetzung deutsch-europäischer Expansionspläne stellt der Abschluss eines Assoziati-

onsabkommens mit einem Nachbarland dar, wie im Folgenden ganz allgemein, besonders aber mit Blick auf die Ukraine ausgeführt werden soll. Aus diesem Grund ist es auch kein Zufall, dass die Eskalation in der geostrategisch überaus bedeutsamen Ukraine unmittelbar nach der Entscheidung des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch einsetzte, die Verhandlungen mit der Europäischen Union im November 2013 auf Eis zu legen.

Dies bedeutet umgekehrt nicht, dass Russland nicht ebenfalls versuchen würde, in der Ukraine mit harten Bandagen seine Interessen durchzusetzen. Aber durch die hierzulande zumeist übliche Ausblendung der westlichen und besonders auch der deutschen Mitverantwortung an der Ukraine-Krise ist das Bild, das von dem Konflikt gezeichnet wird, grob unvollständig.

1. Assoziationsabkommen als geopolitische Richtungsentscheidung

Zweifelloos war es vor allem die bereits unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges einsetzende NATO-Expansionspolitik, die maßgeblichen Stadion zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland beitrug und somit auch die jüngste Eskalation in der Ukraine maßgeblich befeuerte. Aufgrund ihres Bevölkerungs- und Rohstoffreichtums, besonders aber auch wegen ihrer geostrategischen Lage stellt die Ukraine in diesem Zusammenhang eine Art geostrategisches Filetstück dar. Unmissverständlich beschrieb etwa Zbigniew Brzezinski, einer der wohl wichtigsten Geopolitiker der USA, die Bedeutung des Landes folgendermaßen: „Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. [...] Da die EU und die NATO sich nach Osten ausdehnen, wird die Ukraine schließlich vor der Wahl stehen, ob sie Teil einer dieser Organisationen werden möchte. [...] Obwohl dies Zeit brauchen wird, kann der Westen [...] schon jetzt das Jahrzehnt zwischen 2005 und 2015 als Zeitrahmen für eine sukzessive Eingliederung der Ukraine ins Auge fassen.“³

Vor diesem Hintergrund waren (und sind) beide Blöcke, der Westen, aber auch die von Russland angeführte „Eurasische Wirtschaftsunion“, der noch Kasachstan, Weißrussland, Armenien und Kirgisien angehören, seit Jahren darum bemüht, die Ukraine in ihre jeweilige Einflussosphäre zu integrieren. In diesem Zusammenhang ist es deshalb von essentieller Bedeutung, dass die Unterzeichnung eines Assoziationsabkommens mit der EU einen Beitritt der Ukraine zur Eurasischen Wirtschaftsunion unmöglich macht (und umgekehrt). Bei der Unterzeichnung eines solchen Dokuments, zumal durch die überaus bedeutende Ukraine, handelt es sich also um eine geopolitische Richtungsentscheidung, deren Tragweite nur schwer überschätzt werden kann. Wie ein Artikel der Ukraine-Analysen aus dem Jahr 2012 betont, lag hierin auch ein wesentlicher Grund, weshalb die EU darauf

Russland ist an allem schuld?

Der landläufigen Meinung, Russland sei für die Eskalation in der Ukraine und im Verhältnis zum Westen verantwortlich zu machen, widerspricht u.a. John J. Mearsheimer, einer der bekanntesten US-Politikwissenschaftler: „Im Westen gilt es als gesicherte Erkenntnis, dass an der Ukraine-Krise maßgeblich die aggressive Haltung der Russen schuld ist. [...] Doch diese Darstellung ist falsch: Die Hauptschuld an der Krise tragen die USA und ihre europäischen Verbündeten. An der Wurzel des Konflikts liegt die NATO-Osterweiterung, Kernpunkt einer umfassenden Strategie, die Ukraine aus der russischen Einfluss-sphäre zu holen und in den Westen einzubinden. Dazu kamen die EU-Osterweiterung und die Unterstützung der Demokratie-bewegung in der Ukraine durch den Westen, beginnend mit der Orangen Revolution 2004. Seit Mitte der 1990er Jahre lehnen russische Staatschefs eine NATO-Osterweiterung entschieden ab, und in den vergangenen Jahren haben sie unmissverständlich klargemacht, dass sie einer Umwandlung ihres strategisch wichtigen Nachbarn in eine Bastion des Westens nicht untätig zusehen würden. Das Fass zum Überlaufen brachte der unrechtmäßige Sturz des demokratisch gewählten pro-russischen Präsidenten der Ukraine; Putin sprach zu Recht von einem ‚Staatsstreich‘.“ (Mearsheimer, John J.: Putin reagiert. Warum der Westen an der Ukraine-Krise schuld ist, [Internationale Politik und Gesellschaft](#), 1.9.2014)

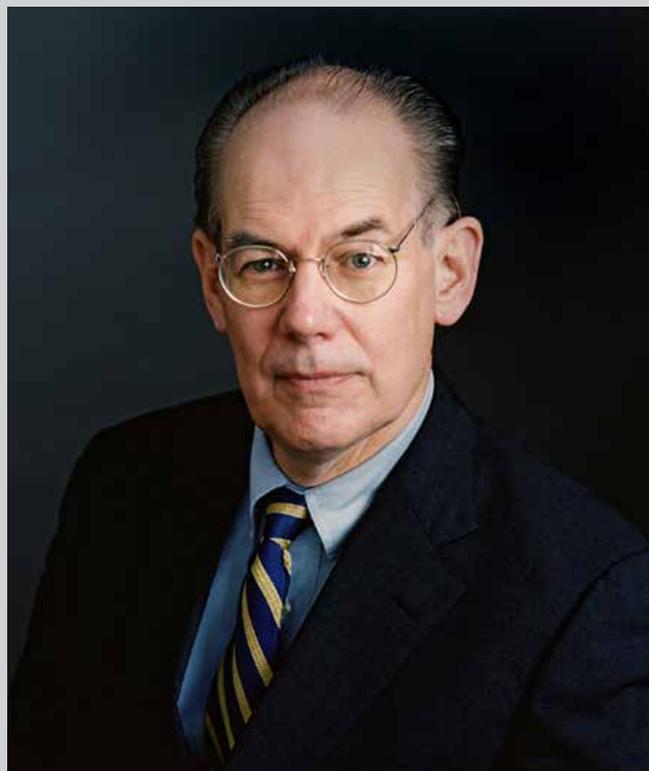


Foto: John Mearsheimer, CC über Wikipedia

drängte, möglichst rasch Nägel mit Köpfen zu machen: „Trotz aller scheinbaren Gegensätze und scharfer Rhetorik gegenüber Kiew weiß die Europäische Union um die wichtige Rolle der Ukraine, nicht nur für die Östliche Partnerschaft, sondern für das geostrategische Verhältnis zwischen der EU und Russland. Wenn es der EU nicht gelingt, die Ukraine stärker politisch und wirtschaftlich an sich zu binden, wird sie sich unweigerlich mehr auf Moskau zubewegen, lautet eines der schwerwiegendsten Argumente für eine schnelle Assoziierung.“⁴

Hinzu kommt noch, dass im Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine Passagen enthalten sind, die eine weitreichende Integration in die EU-Militärstrukturen und Auslandseinsätze vorsehen. Hierdurch wird der russische Verdacht, es handele sich hierbei letztlich um den faktischen Beitritt zum westlichen Bündnis, weiter erhärtet: „Die Parteien sollten [...] die schrittweise Annäherung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) fördern. [...] Die Vertragsparteien intensivieren die praktische Zusammenarbeit bei Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, insbesondere im Hinblick auf eine Verstärkung der Beteiligung der Ukraine an von der EU geleiteten zivilen und militärischen Krisenbewältigungsoperationen sowie an entsprechenden Übungen und Ausbildungsmaßnahmen, einschließlich derer, die im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) durchgeführt werden.“⁵

Doch die Bedeutung der Assoziationsabkommen reicht über die im antagonistischen westlich-russischen Verhältnis liegende Dimension weit hinaus, da diese Vertragswerke im Zentrum der aktuellen EU-Expansionsstrategie stehen: „Die Assoziationsabkommen, welche die EU im postsowjetischen Raum vorantreibt, sind ein Schlüsselement bei der Ausweitung der EU-Einfluss-sphäre nach Osten“, urteilt etwa Joachim Becker, Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien.⁶

2. Europäischer Weltmachtanspruch und imperiale Raumkonzepte

Immer unverhohlener artikulieren einflussreiche Protagonisten der europäischen Politik den Anspruch, im globalen Gerangel um Macht und Einfluss an vorderster Front mitspielen zu wollen. So schreibt etwa das sozialdemokratische EU-Aushängeschild Martin Schulz: „Europa ist, ob es will oder nicht, ein „global player“. Die EU ist der größte und reichste Binnenmarkt der Welt, unsere Wirtschaftskraft macht ein Viertel des globalen Bruttosozialproduktes aus. Die EU ist der weltweit größte Handelsblock, der weltweit größte Geber von Entwicklungshilfe – die EU ist ein Wirtschaftsriese. Globale wirtschaftliche Macht geht Hand in Hand mit weltpolitischer Verantwortung – diesem Auftrag kann sich Europa nicht entziehen. Europas Partner erwarten – zu Recht – dass Europa sich dieser Verantwortung stellt und aus der Wirtschaftssupermacht auch eine weltpolitische Supermacht wird.“⁷

Für eine ernst zu nehmende „Weltmacht EUropa“ ist allerdings aus Sicht der politischen Eliten die Kontrolle des europäischen Nachbarschaftsraums zwingend erforderlich. Etwaige Konflikte mit anderen Ländern, die diesen Expansionsbestrebungen gegebenenfalls nicht gewillt sind, tatenlos zuzusehen, werden dabei billigend in Kauf genommen, wie etwa der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer betont: „Die EU wird begreifen müssen, dass sie in ihrer östlichen und südlichen Nachbarschaft nicht in einem interessensfreien Raum handelt, sondern dass sie dort mit widerstreitenden Interessen anderer Mächte, ja mit Rivalen konfrontiert wird [...] Die Erweiterungspolitik der EU [...] ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheit der Europäischen Union, ja ihre entscheidende Machtprojektion nach außen in ihre geopolitische Nachbarschaft.“⁸

Exemplarisch formulierte Radek Sikorski, bis 2014 Außenminister Polens, den Zusammenhang zwischen Europäischen Ambitionen und der Bedeutung des Nachbarschaftsraumes fol-

Quelle: James Rogers: A New Geography of European Power?, Egmont Paper no. 42, January 2011



gendermaßen: „Wenn die EU eine Supermacht werden will – und Polen befürwortet dies –, dann benötigt sie die Kapazitäten, um Einfluss in der Nachbarschaft ausüben zu können.“⁹ Auch Thomas Renard, Beirat der „Group on Grand Strategy“ (GoGS), argumentiert ganz ähnlich: „Selbstverständlich muss die EU sich als Macht in ihrer eigenen Region etablieren, wenn sie eine globale Macht werden will.“¹⁰

Gerade Mitglieder jener „Group on Grand Strategy“, ein zunehmend einflussreicher Zusammenschluss von EU-Geopolitikern,¹¹ fordern seit Jahren, die Europäische Union solle sich endlich offen zu einer Geostrategie bekennen, die auf die Expansion ihrer Einflussosphäre und die Etablierung eines imperialen Großraums abzielt. So schrieb GoGS-Co-Direktor James Rogers im Jahr 2011: „Das ultimative Ziel einer Geostrategie ist es, Geografie und Politik miteinander zu verknüpfen, um die Macht und die Einflussosphäre des heimischen Territoriums zu maximieren. [...] Ein solches Konzept muss von einem subtilen, aber hervorragend aufgestellten Militär unterstützt werden, das darauf abzielt, das Auftauchen möglicher Rivalen zu vereiteln.“¹²

Auf dieser Basis entwickelte Rogers Kriterien, mit denen er die Grenzen eines solchen Großraums – von ihm als „Grand Area“ bezeichnet – absteckt und damit gleichsam eine Art Kartographie eines EU-Imperiums vorlegt. Es umfasst große Teile Afrikas, die ölfreiche kaspische und zentralasiatische Region und den Mittleren Osten, reicht aber auch bis weit nach Ostasien, wo es gilt, die Schifffahrtsrouten zu kontrollieren (siehe Grafik). Konkret sollen Länder und Regionen in die „Grand Area“ integriert werden, die folgendes „Anforderungsprofil“ erfüllen:

„Aus einem geopolitischen Blickwinkel muss diese Zone fünf Kriterien genügen: Sie muss

1. über alle grundlegenden Ressourcen verfügen, die notwendig sind, um die europäische industrielle Produktion und künftige industrielle Bedürfnisse zu decken;
2. alle wesentlichen Handelsrouten, insbesondere Energie-Pipe-

lines und maritime Schifffahrtsrouten aus anderen Regionen ins europäische Heimatland einschließen;

3. so wenig wie möglich geopolitische Problemfälle enthalten, die zu einer Desintegration der Region führen und damit die künftige wirtschaftliche Entwicklung Europas schädigen könnten;
4. die geringste Wahrscheinlichkeit einer relevanten Beanspruchung durch andere mächtige ausländische Akteure im Vergleich zu ihrer Bedeutung für die europäische Wirtschaft und ihre geopolitischen Interessen aufweisen;
5. eine Region sein, die die Europäische Union am kosteneffektivsten durch eine Ausweitung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verteidigen kann.“

Ferner soll die „Grand Area“ mit einem dichtmaschigen Netz aus europäischen Militärbasen überzogen und so unter Kontrolle gebracht werden: „Das Konzept der ‚Grand Area‘ würde versuchen, diese Länder in ein dauerhaftes EU-geführtes System zu integrieren, das durch Militärbasen, bessere Kommunikationslinien und engere Partnerschaften abgesichert wird – eine europäische Vorwärtspräsenz, um die Notwendigkeit sporadischer Interventionen zu reduzieren.“ Mit diesem Militärbasennetz soll vor allem folgenden beiden Zielen Nachdruck verliehen werden: „Erstens, ausländische Mächte davon abzuhalten, sich in Länder in der größeren europäischen Nachbarschaft einzumischen; und zweitens Halsstarrigkeit und Fehlverhalten auf Seiten der lokalen Machthaber vorzubeugen.“ Konkret wird darauf hin die Errichtung einer ganzen Reihe neuer Basen vorgeschlagen: „Neue europäische Militäranlagen könnten im Kaukasus und Zentralasien, der arktischen Region und entlang der Küstenlinie des indischen Ozeans benötigt werden. Das Ziel dieser Einrichtungen wäre es, [...] eine latente aber permanente Macht innerhalb der ‚Grand Area‘ auszuüben.“

Osteuropa und damit zuvorderst auch der Ukraine kommt in diesem Zusammenhang aus der Sicht von Rogers gerade mit

Blick auf Russland eine ganz besondere Bedeutung zu: „Osteuropa ist das Tor zwischen den riesigen Ressourcen Asiens und den dichtbesiedelten und technisch fortgeschrittenen Bevölkerungen Europas. Das bedeutet, dass es entweder vom imperialen Despotismus Russlands oder der demokratischen Zivilisation Europas kontrolliert werden wird. Aufgrund seiner geographischen Lage wird derjenige, der den Zugang zu dieser wesentlichen Zone gewinnt, auch Einfluss über den gesamten eurasischen Superkontinent erhalten. Sollte Osteuropa von Moskau kontrolliert werden, werden die Europäer – und darüber auch die Nord-Amerikaner – Gefangene sein, wie sie es die meiste Zeit des Kalten Krieges waren. Sollte Osteuropa von Brüssel (und ebenso von London, Paris und Berlin) – und darüber auch von Washington – geformt werden, wird Russland geschwächt und relativ harmlos zurückgelassen, so wie es die meiste Zeit in den 1990ern und 2000ern war.“¹³

Es liegt natürlich nahe, die Ausführungen von Rogers als Produkt eines reichlich fehlgeleiteten Irrläufers abzutun, allerdings haben wir es hier keinesfalls mit einem „geopolitischen Hinterbänkler“ zu tun. Dies zeigt sich etwa daran, dass er von der EU-eigenen strategischen Denkfabrik, dem „Institute for Security Studies“ (EUISS), mit der Erstellung eines der zentralen Papiere zur Zukunft der EU-Militärpolitik beauftragt wurde, in das große Teile seines „Grand-Area-Konzeptes“ einfließen.¹⁴ Wichtiger noch ist, dass die praktizierte EU-Erweiterungspolitik in großen Teilen mit Rogers‘ Konzept übereinstimmt. Dabei wird zwar innerhalb der politischen Eliten auch seit einiger Zeit über einen Ausbau der Militärpräsenz bis nach Ostasien debattiert¹⁵ – und die Verabschiedung der „Europäischen Maritimen Sicherheitsstrategie“ im Juni 2014 war hierfür leider ein wichtiger Zwischenschritt.¹⁶ Es liegt aber auf der Hand, dass der Kontrolle des unmittelbaren Nachbarschaftsraums in absehbarer Zeit die größere Bedeutung beigemessen wird – und hiermit ist die Europäische Union in der Tat schon seit vielen Jahren beschäftigt.

3. Osterweiterung als Expansionsstrategie

Einer Einflussweiterung in den Nachbarschaftsraum waren insbesondere durch die Existenz der Sowjetunion lange enge Grenzen gesetzt. Mit deren Untergang Anfang der 1990er öffnete sich der Europäischen Union dann aber ein riesiges Expansionsgebiet, das es zu „erobern“ galt. Dies geschah zunächst in Form der sog. EU-Osterweiterung, die im Wesentlichen bereits mit der Verabschiedung der Kopenhagener Kriterien im Jahr 1993 beschlossen worden war. Um formell in die Europäische Union aufgenommen zu werden, mussten sich die Beitrittskandidaten einer neoliberalen Schocktherapie unterwerfen, die im Kern darauf hinauslief, auf sämtliche Schutzmaßnahmen der eigenen Wirtschaft zu verzichten und in einen „freien und fairen Wettbewerb“ um Märkte und Aufträge mit der übermächtigen westeuropäischen Konkurrenz zu treten: „Die Osterweiterung der Europäischen Union dient vornehmlich dazu, den stärksten Kräften im Westen – den so genannten ‚Global Players‘ – neuen Marktraum zu erschließen und mit Hilfe des Regelwerks des ‚Acquis communautaire‘ abzusichern.“¹⁷

Im Großen und Ganzen war diese Strategie überaus „erfolgreich“: Nachdem den Kandidaten in jahrelangen Verhandlungen weitreichende Zugeständnisse abverlangt worden waren, wurden 2004 und 2007 insgesamt zwölf neue Länder, fast alle in Osteuropa gelegen, als untergeordnete Mitglieder in die EU-Einfluss-sphäre integriert. Die Beitrittskandidaten waren unter anderem deshalb zu schmerzhaften Zugeständnissen bereit gewesen, weil

sie hofften, diese nach ihrem EU-Beitritt durch ihre Mitspracherechte sukzessive rückgängig machen zu können. Doch da hatten sie die Rechnung ohne die EU-Großmächte gemacht, die noch vor dem Vollzug der Osterweiterung mit dem damaligen EU-Verfassungsvertrag des Jahres 2003 sicherstellten, dass künftig bei der Stimmverteilung im wichtigsten EU-Gremium, dem Rat der Staats- und Regierungschefs, die Einwohnerzahl eines EU-Landes eine weitaus größere Rolle als zuvor spielen würde.

Nach nochmaligen heftig umkämpften Verhandlungen trat die neue Regelung schließlich mit dem Vertrag von Lissabon am 1. Dezember 2009 in Kraft und ist nach einer Übergangsfrist seit dem 1. November 2014 gängige Abstimmungspraxis. Die Folge dessen beschreibt Andreas Wehr folgendermaßen: „Dadurch verschieben sich die Gewichte in der EU erheblich, denn durch die Einführung des Kriteriums der Bevölkerungsgröße verlieren nicht weniger als 23 der 28 Mitgliedsländer an Einfluss in der Union. Relativ gewinnen die großen Staaten Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und Rumänien dazu. Der eigentliche Gewinner ist aber das mit Abstand bevölkerungsreichste Land der Union: die Bundesrepublik Deutschland. [...] Das neue Abstimmungsverfahren ist ein weiterer Schritt der EU weg von einer Gemeinschaft souveräner und gleichberechtigter Staaten hin zu einer hierarchisch strukturierten Union mit dem Hegemon Deutschland an der Spitze.“¹⁸

Umgekehrt bedeutet die neue Regelung aber auch, dass die Aufnahme neuer, insbesondere bevölkerungsreicher Staaten die Machtverhältnisse wieder massiv zuungunsten der EU-Großmächte verändern würde, weshalb dies aus genau diesem Grund derzeit auch nicht ernsthaft zur Debatte steht.¹⁹ Vor diesem Hintergrund war und ist die – eigentlich ja erfolgreiche – „Expansion per Erweiterung“ nicht weiter anwendbar: „Schon vor dem Vollzug der Osterweiterung 2004 setzten in der EU-Kommission Überlegungen ein, wie es danach weitergehen sollte. [...] Die EU war an die Grenzen ihrer bisherigen Entwicklungsdynamik, der wechselseitigen Bestärkung von Integration und Erweiterung, gelangt. [...] Klar war aber auch, daß ein abruptes Ende der Expansionsdynamik nicht im Interesse der EU sein konnte. [...] Es mußte also darum gehen, ein Konzept zu entwickeln, welches eine weitere Expansion der EU zuläßt, ohne daß diese Expansion die EU zu weiteren Erweiterungen zwingt. Wie ist Expansion ohne Erweiterung möglich?“²⁰

4. Europas imperiale Nachbarschaftspolitik

Die neue Expansionsstrategie wurde bereits im Jahr 2003 mit der Kommissionsmitteilung „Größeres Europa“ auf den Weg gebracht, die die Einführung der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (ENP) ein Jahr später vorbereitete. Offiziell ist bei der ENP, die sich gegenwärtig auf 15 Staaten rund um die Europäische Union erstreckt²¹, viel die Rede davon, es gehe um die Förderung von Demokratie und Wohlstand, faktisch werden mit ihr aber dieselben Ziele wie mit der Osterweiterung verfolgt. Nur in einem, allerdings wesentlichen Detail besteht ein Unterschied: Aus oben genannten Gründen war man nicht bereit, den ENP-Staaten eine Beitrittsperspektive in Aussicht zu stellen. Im Kommissionspapier „Größeres Europa“ heißt es hierzu lapidar: „Die durch Nähe und Nachbarschaft aufgeworfenen praktischen Fragen sind getrennt von der Frage der Aussicht auf einen EU-Beitritt zu beantworten.“²²

Ansonsten liegt die Priorität der Nachbarschaftspolitik eindeutig auf der Durchsetzung der neoliberalen Wirtschaftsagenda und der Integration weiterer Länder in den EU-Einflussbereich²³:



EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle beim Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft Ende November 2013. Foto: Europäische Union

„Was nicht gesagt wird ist, dass das Hauptmotiv der wirtschaftlichen Integration darin besteht, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken, Ökonomien in die expandierende Wirtschaft des Imperiums (der EU) einzugliedern und Zugang zu natürlichen Ressourcen in der energiereichen Nachbarschaft zu erhalten. Die riesige Ansammlung von Wohlstand und wirtschaftlicher Macht hat der EU einen Hebel gegeben, um marktfreundliche Reformen einschließlich Privatisierung, Handelsliberalisierung und der Übernahme der EU-Regulationsmechanismen aufzuerlegen und gleichzeitig die weiterführenden Debatten in den peripheren Gesellschaften zu umgehen. Dabei riskiert sie allerdings, eher zur Schaffung politischer Destabilisierung denn zu Stabilität beizutragen und die wirtschaftlichen Ungleichheiten in der Nachbarschaft zu vertiefen.“²⁴

Des Lockmittels einer EU-Mitgliedschaft beraubt, sollen vor allem beträchtliche Geldmittel – allein für das „Europäische Nachbarschaftsinstrument“ (ENI) wurden für den Haushalt 2014 bis 2020 fast 15,5 Mrd. Euro eingestellt – Politik und Gesellschaften der Nachbarländer von der Notwendigkeit neoliberaler Reformen „überzeugen“.²⁵ Die wesentlichen Bestimmungen und Regelungen, um sich als peripher eingegliedertes Absatz- und Investitionsgebiet für das EU-Zentrum zu empfehlen, werden in einem im Rahmen der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ ausgehandelten – sprich von der EU oktroyierten – Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union bindend festgelegt.

5. Neoliberales Assoziationsabkommen: Fallbeispiel Ukraine

Die Verhandlungen über das „Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits“²⁶ wurden im Jahr 2007 aufgenommen und mündeten 2012 in ein unterschriftsreif vorliegendes Dokument. Es besteht aus einem etwa 180seitigen Hauptteil sowie weiteren ungefähr 2000 Seiten umfassende Anhängen und Protokollen, die sich überwiegend der Präzisierung der anvisierten Freihandelszone und dem neoliberalen Umbau der Ukraine widmen.

Geht man den Vertragstext der Reihe nach durch, so stößt man zunächst auf das Kernanliegen: „Die Vertragsparteien errichten während einer Übergangszeit von höchstens zehn Jahren [...] schrittweise eine Freihandelszone.“ (Titel IV, Artikel 25) Für die Umsetzung dieses Zieles müssen unter anderem Zölle, mit denen ein Land zum Schutz seiner Wirtschaft Waren eines anderen Landes verteuern kann, nahezu komplett abgeschafft werden: „Jede Vertragspartei senkt oder beseitigt Zölle auf Ursprungswaren der anderen Vertragspartei im Einklang mit den Stufenplänen in Anhang I-A dieses Abkommens (im Folgenden ‚Stufenpläne‘).“ (Titel IV, Artikel 29, Absatz 1) Wer den hochgradig irritierenden Versuch unternimmt, nachzuvollziehen, was sich hinter Anhang I-A verbirgt, sieht sich mit einer etwa 1500 Seiten langen Liste konfrontiert, in der Details zu den künftigen Zöllen für nahezu jedes erdenkliche Produkt festgelegt werden. Dankenswerterweise hat die Europäische Kommission selbst hier zur Klärung beigetragen, indem sie in einem Hintergrundpapier verdeutlichte, dass durch das Assoziationsabkommen die Zölle um 99,1% (Ukraine) bzw. 98,1% (EU) abgesenkt werden.²⁷ Darüber hinaus werden auch so genannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse – etwa Mengenbegrenzungen – faktisch verboten, womit auch diese Option zum Schutz der einheimischen Wirtschaft ausgeschlossen wird.²⁸

Eine weitere Passage mit erheblicher Tragweite verbirgt sich hinter der unscheinbaren Überschrift „Annäherung von technischen Vorschriften, Normen und Konformitätsbewertungen“. Dort wird die Ukraine auf die Übernahme europäischer Produktions- und Zertifizierungsstandards verpflichtet, um überhaupt Waren in der EU verkaufen zu dürfen.²⁹ Dazu dürften aber in nahezu sämtlichen ukrainischen Betrieben derart umfassende Investitionen nötig sein, dass dies eine fast unüberwindliche Handelsbarriere darstellt, die nur dort durchlässig werden dürfte, wo dies seitens der EU explizit gewünscht wird.³⁰

Es liegt auf der Hand, dass sich der „freie und faire Wettbewerb“ mit den produktiveren und technisch deutlich weiter fortgeschrittenen westeuropäischen Unternehmen für die ukrainischen Betriebe unter solchen Bedingungen als hochgradig nachteilig entpuppen dürfte. Erschwerend kommt noch Russlands Drohung

hinzu, seinen Markt nach einer Unterzeichnung eines Assoziationsabkommens gegenüber ukrainischen Produkten stärker abzuschotten: „Die Außenhandelsbeziehungen machen klar, wie sehr die Ukraine Russland als Wirtschaftspartner braucht. Von insgesamt 53 Milliarden Euro, für die Waren exportiert werden, gehen laut WIIW [Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche] 25 Prozent nach Russland und weitere acht Prozent in die mit Moskau verbundenen Zollunionsstaaten Kasachstan und Belarus. Fünf Prozent der ukrainischen Exporte nimmt die Türkei, vier Prozent Ägypten ab, gefolgt vom ersten EU-Land Polen mit 3,5 Prozent. [...] Interessant auch die Struktur des Außenhandels. Während sich der ukrainische Export in die EU in der Hauptsache auf Rohstoffe wie Kohle und Stahl beschränkt, führt Kiew in Richtung Russland Maschinen, Fahrzeuge, Flugzeuge und Lebensmittel aus. Das heißt, die Wertschöpfung der in den Westen gelieferten Waren liegt weit unter jener, die nach Russland gehen.“³¹

Kein Wunder also, dass Kritiker wie der bereits zitierte Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien, Joachim Becker, scharf vor dem Assoziationsabkommen warnen: „Die geo-ökonomische und geo-politische Stoßrichtung der Abkommen wird im Fall der Ukraine besonders augenfällig. Weit über die Handelsliberalisierung hinausgehend soll die Ukraine teilweise in den EU-Binnenmarkt integriert werden. Das würde bedeuten, dass die Ukraine substanzielle Teile der Wirtschaftsgesetzgebung der EU übernimmt. Die Ukraine würde nicht nur Möglichkeiten des Außenschutzes für die nationale Ökonomie verlieren, sondern auch Schlüsseloptionen für die nationalstaatliche Industriepolitik (z.B. über öffentliche Ausschreibungen). [...] Eine ‚tiefe und umfassende‘ Freihandelszone ist Kernbestandteil des Abkommens. Für die Ukraine dürfte ‚vertieferter‘ Freihandel und die Übernahme von Kernbestandteilen der EU-Wirtschaftsgesetzgebung allerdings auf eine Vertiefung der De-Industrialisierung und vertiefte Abhängigkeitsstrukturen hinauslaufen.“³²

Solche Bedenken, besonders aber auch die Sorge, „ihre“ Oligarchen könnten künftig bei der Ausplünderung der Ukraine zu kurz kommen, hatten dann eine wesentliche Rolle gespielt, als die damalige Janukowitsch-Regierung versuchte, diverse Schutzoptionen für heimische Unternehmen in das Abkommen hinein zu verhandeln. Dies wurde jedoch von der EU – ebenso wie eine Einbeziehung Russlands in die Verhandlungen – kategorisch abgelehnt. Als Russland darüber hinaus auch noch beträchtliche Vergünstigungen in Aussicht stellte (einen Preisnachlass auf Gaslieferungen von ca. \$3 Mrd. jährlich und den Aufkauf von Staatsanleihen in Höhe von \$15 Mrd.), war es vollkommen nachvollziehbar, dass die Janukowitsch-Regierung das Abkommen im November 2013 versenkte.

6. Zivilgesellschaftlich bemäntelte Subversionstätigkeit

Angesichts der beschriebenen Interessenskonstellation verwundert es nicht, dass sich der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch mit der Entscheidung, die Verhandlungen um das Assoziationsabkommen auf Eis zu legen, mächtige Feinde im Westen gemacht hatte. So hieß es im Spiegel unmittelbar nach dem Showdown: „Die Tür für die Ukraine bleibt offen“, betonte Merkel nach der Pleite mehrfach. Man sei weiterhin gesprächsbereit. Das klang nach mühsamer Gesichtswahrung, wie sie nach Niederlagen üblich ist. Aber es heißt auch: Die Geschichte ist noch nicht zu Ende. Und die Kanzlerin will vor der nächsten Runde eine neue Figur ins Spiel bringen: Vitali Klitschko.“³³

Ganz grundsätzlich versucht die EU naturgemäß in ihrer Nachbarschaft möglichst wenig dem Zufall zu überlassen und die „Geschicke“ dort in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dies gilt auch und besonders für die Projekte in der Ukraine, die anschaulich demonstrieren, dass imperialistische Politik lange vor der Entsendung von Kanonenbooten ihren Anfang nimmt. Hier spielt einmal das bereits erwähnte „Europäische Nachbarschaftsinstrument“ eine wichtige Rolle, aus dem zwischen 2007 und 2013 fast 1 Mrd. Euro ins Land flossen. Der Großteil davon war dafür bestimmt, die ukrainische Verwaltung „fit“ für die Implementierung des Assoziationsabkommens in nationale Gesetzgebung zu machen und sich einen pro-europäischen Beamtenapparat aufzubauen.³⁴

Dreistellige Millionenbeträge wurden seitens der EU zudem an – pro-westliche – zivilgesellschaftliche Gruppen weitergeleitet, wobei noch einmal deutlich mehr Gelder bilateral von den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten vergeben wurden. Aus einem Artikel der Ukraine-Analysen, der die verschiedenen „Interaktionsmuster“ der EU mit der ukrainischen Zivilgesellschaft beschreibt, wird ersichtlich, wie weit über diese Förderung auf die Innenpolitik Einfluss genommen werden kann (und wohl auch soll): „Erstens hat die EU Vertreter der ukrainischen Zivilgesellschaft in einen Dialog eingebunden. [...] Zweitens dient die EU der ukrainischen Zivilgesellschaft als Orientierungspunkt und Bezugsrahmen. Sie stärkt die Zivilgesellschaft implizit, indem sie Reformen einfordert und Standards setzt. [...] Die Gruppe »Wir sind Europäer« ist dafür ein interessantes Beispiel. Dieser inoffizielle Zusammenschluss umfasst junge Berufsanfänger aus unterschiedlichen Disziplinen, die auf Facebook verschiedene Themen mit EU-Bezug diskutieren und von Zeit zu Zeit öffentliche Anfragen starten und Aktionen durchführen. Als die Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine im Jahr 2011 in eine Sackgasse gerieten und das Abkommen wegen bestehender Demokratiedefizite nicht unterzeichnet werden konnte, setzten mehr und mehr NGOs ihre Kapazitäten dafür ein, dass die Ukraine diese wichtige Chance nicht endgültig verpasst. Zwar geschieht dies bisher meist in Form öffentlicher Anfragen, doch die Anzeichen häufen sich, dass sich eine Form systematischeren Drucks auf politische Entscheidungsträger entwickelt. Drittens schließlich unterstützt die EU die ukrainische Zivilgesellschaft durch direkte finanzielle Mittel. Da in diesem Bereich viele unterschiedliche Instrumente zur Verfügung stehen.“³⁵

Zudem drängt sich der Eindruck auf, dass die EU und die bilateralen Geldgeber die Agenda der ukrainischen Zivilgesellschaft nicht nur beeinflusst haben, sondern dass sie von ihnen faktisch gesetzt wurde: „So können auch Projekte mit politischer Agenda in der Ukraine finanziert werden. Die ausländischen Gelder haben viele Projekte möglich gemacht, die sonst nicht hätten durchgeführt werden können. Allerdings haben sie auch die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft in gewissem Sinne verzerrt. Zahlreiche Beobachter weisen darauf hin, dass viele NGOs, die durch ausländische Quellen finanziert werden, sich mit der Zeit immer stärker auf die Geldgeber orientieren und die Rückkopplung an die ukrainische Gesellschaft verlieren. Außerdem sind einige NGOs hauptsächlich deswegen entstanden, um Zugang zu westlichen Geldern zu erhalten. Im Endeffekt bildet sich eine NGO-Elite, die auf die Hauptstadt fokussiert ist und eine Agenda entwickelt, die weitgehend losgelöst ist von der Problematik in anderen Landesteilen.“³⁶

Ein wesentlicher Akteur in diesem Zusammenhang sind die jeweiligen politischen Stiftungen, wobei in der Ukraine die „Konrad-Adenauer-Stiftung“ der CDU besonders schillernd hervorsteht. So wurde ihr Büroleiter in Kiew, Nico Lange, im Jahr

2010 in den Knast gesteckt, weil er sich aus Sicht der damaligen Regierung subversiv betätigt hatte. Erst nach Intervention höchster deutscher Regierungsstellen wurde er wieder freigelassen. Der damalige Bericht der FAZ beschrieb den Vorgang folgendermaßen: „Nico Lange, Büroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine, wurde unversehens auf dem Kiewer Flughafen Boryspil verhaftet. [...] Lange ist ein profilierter Kritiker der neuen ukrainischen Führung unter dem russlandfreundlichen Präsidenten Janukowitsch. Er hatte [...] versucht, die zersplitterte westlich orientierte Opposition an einen Tisch zu bringen - eine für die Konrad-Adenauer-Stiftung natürliche Aufgabe, da mehrere Parteien dieses Spektrums [...] der Europäischen Volkspartei (EVP), zu der auch die deutschen Unionsparteien gehören, als Beobachter verbunden sind.“³⁷

Verbunden fühlen sich EVP bzw. CDU insbesondere der Partei „Udar“ („Schlag“) des ehemaligen Boxweltmeisters Vitali Klitschko, die faktisch von der „Konrad-Adenauer-Stiftung“ ins Leben gerufen wurde: „Wegen seines Erfolges wurde die Konrad-Adenauer-Stiftung auf ihn aufmerksam; wie der CDU-Politiker Werner Jostmeier berichtet, hat die CDU-nahe Stiftung Klitschko vor geraumer Zeit ‚damit beauftragt‘, ‚in der Ukraine eine christlich-konservative Partei unterstützend mit auf die Beine zu stellen und zu etablieren‘.“³⁸

Als die Janukowitsch-Regierung im November 2013 entschied, das Assoziationsabkommen abzulehnen, war also auf verschiedensten Ebenen der Nährboden für die unmittelbar danach einsetzenden Maidan-Proteste bereitet. Auch wenn es sicher eine Reihe guter Gründe gab, gegen die hochgradig korrupte Janukowitsch-Regierung auf die Straße zu gehen, gelang es so, diese Proteste in relativ kurzer Zeit zu kapern und in die gewünschte pro-europäische Bahn zu lenken (bei gleichzeitiger Kompletterdrängung linker Akteure).

Das rasch gebildete Dreierbündnis, das schließlich die Führung der Proteste übernommen hatte, setzte sich dann neben der faschistischen „Swoboda“ und der den USA zugeneigten „Vaterland“ auch aus „Udar“ zusammen. Ein westlicher Politiker nach dem anderen bereiste den Maidan und forderte zum Sturz des gewählten Präsidenten auf. Aus Deutschland war das neben zahlreichen anderen auch Elmar Brok (CDU/EVP), der einflussreiche Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments. Noch mitten während der Proteste, schrieb er sich frank und frei von der Seele, wie er sich denn die feindliche Übernahme der Ukraine genau vorstellte: „Wir erleben Demonstrationen der Opposition, wie es sie auch schon bei der orangenen Revolution 2004 gegeben hat. Die Bürgerinnen und Bürger protestieren gegen Manipulationen der Regierung Janukowitsch und wollen verhindern, dass das Angebot der Europäischen Union eines Assoziierungs- und Freihandelsabkommens gegen ihren Willen ausgeschlagen wird. [...] Die Ukraine braucht Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Dem Präsidenten fehlt dazu der Mut, er scheut davor zurück, Russland entgegenzutreten. [...] Den besten Dienst würde er seinem Land erweisen, wenn er jetzt den Weg für Neuwahlen freimachen würde. [...] Vitali Klitschko hat das Zeug, bei der nächsten Wahl spätestens 2015 Staatspräsident der Ukraine zu werden.“³⁹

7. Mission Accomplished?

Es kam, wie es kommen musste: Janukowitsch wurde – trotz eines zuvor ausgehandelten Kompromisses – aufgrund massiver Gewaltandrohung Ende Februar 2014 regelrecht aus dem Land gejagt. An der umgehend gebildeten – und vom Westen

anerkannten – Putschregierung wurden zahlreiche faschistische Kräfte beteiligt, ohne die der Umsturz nicht möglich gewesen wäre. Alle Schlüsselstellen wurden allerdings mit Timoschenko-Vertrauten und damit Washington zugeneigten Personen besetzt, während „Udar“ komplett außen vor blieb. Hierbei handelte es sich um einen erheblichen Schönheitsfehler, hatte es doch schon während der Maidan-Proteste heftige Streitereien zwischen den USA und Deutschland über die Zusammensetzung der künftigen Putschregierung gegeben – also um die Frage, wessen Marionette künftig an den Schalthebeln in Kiew wessen Befehle ausführen würde.⁴⁰

Doch mit dieser Niederlage wollten sich Deutschland und Klitschko nicht abfinden. Nachdem es immer klarer wurde, dass er bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 keine Chance haben würde, warf Klitschko seinen Hut, vor allem aber seinen Parteiapparat, hinter den Oligarchen Petro Poroschenko. Der Comeback-Versuch glückte, Poroschenko ging als Sieger und Staatspräsident aus den Wahlen hervor und bildete fortan eine enge Allianz mit Klitschko. Der wiederum war guter Dinge, bei den Parlamentswahlen am 26. Oktober 2014 als Spitzenkandidat des „Block Poroschenko“ zu obsiegen und damit Ministerpräsident zu werden. Dafür gab es auch allen Grund, schließlich verlor Julia Timoschenko immer weiter an Unterstützung und sein Block lag in den Umfragen lange deutlich vorne.

Doch im September 2014 zogen zahlreiche Mitglieder von Timoschenkos Vaterlands-Partei (und mutmaßlich auch die USA) die Notbremse und gründeten die „Volksfront“ („Narodni Front“) unter Führung von Arsenij Jazenjuk, dem Ministerpräsidenten der Putschregierung. Sie setzte sich schließlich knapp mit 22,14% gegenüber 21,81% des „Block Poroschenko“ durch. Verantwortlich hierfür war nicht zuletzt der „erfolgreiche“ Versuch, durch die Integration rechtsradikaler Kräfte Stimmen abzuschöpfen: „Die neue Partei ‚Narodni Front‘ wurde durch eine extrem nationalistische, antirussische Wahlkampagne ganz offensichtlich zum Sammelbecken für die rechtsextremistischen, nationalistischen Wählerschichten (vor allem in der Westukraine) und entzog dadurch den extremen Parteien dieses Spektrums (‚Swoboda‘; ‚Rechter Sektor‘; ‚Graschanska Posizija‘) ein wesentliches Stimmenpotenzial, so dass diese an der Fünf-Prozent-Sperrklausel scheiterten und formal nicht zu einer ‚Belastung‘ für die Regierungsparteien im Parlament werden.“⁴¹

Nachdem sich Klitschko wohl einstweilen mit dem Amt des Bürgermeisters von Kiew begnügen muss, trübt also durchaus die ein oder andere Wolke den europäischen bzw. deutschen Imperialistenhimmel ein. Andererseits eint einen mit dem Kumpfen auf der anderen Seiten des Atlantiks das beiderseitige – und wohl übergeordnete – Interesse an einer Integration der Ukraine in die westliche Einflusszone. Sie hat mit Poroschenkos Unterzeichnung des kompletten Assoziationsabkommens am 27. Juni 2014 eine neue Qualität erreicht und dürfte nun, so hofft man zumindest, durch die jüngsten Parlamentswahlen dauerhaften Charakter haben: „In der neu gewählten Obersten Rada verfügt das Regierungslager nunmehr über eine ausreichende Mehrheit, um den politischen ‚Kurs der europäischen Orientierung‘ und der Abgrenzung von Russland fortzusetzen und verfassungsrechtlich abzusichern.“⁴²

Seither kämpft auch Deutschland in der Ukraine-Frage buchstäblich an vorderster Front – diplomatisch, aber eben auch militärisch. Um nur ein Beispiel zu nennen, übernahm Deutschland die Führung der eigens für Militäreinsätze im unmittelbaren Umfeld Russlands ins Leben gerufenen Schnellen Eingreiftruppe („Speerspitze“): „Deutschland gehört dazu – und steht plötzlich

Ukraine: Braune Revolution

Linke Gruppen oder Parteien spielten bei den Protesten auf dem Maidan so gut wie keine Rolle. Verantwortlich hierfür waren vor allem faschistische Kräfte, die den Protestplatz regelrecht freiprügelten, wie der linke Gewerkschafter Denis Lewin ausführt: „Die Linke ist auf dem Maidan praktisch nicht vertreten. Es gab mehrere Versuche von Linken, sich mit sozialen Forderungen dort zu positionieren, aber sie wurden mit Gewalt von den Rechten verdrängt. Das Programm auf dem Maidan wird von Rechtsradikalen diktiert, die dort für Sicherheitsfragen verantwortlich sind, und die Anführer der Proteste sind ohnehin rechte Politiker und Liberale aus der sogenannten Opposition.“ (*jungle World*, 9.1.2014).

Allein was bei *Wikipedia* zu Swoboda, einer der drei die Proteste anführenden Parteien zu finden ist genügt, um zu verdeutlichen, wes Geistes Kind die Partei von Oleg Tjagnibok ist: „Im Mai 2013 stufte der Jüdische Weltkongress Swoboda als neonazistisch ein und forderte ein Verbot der Partei. Im selben Monat fand ein Besuch von Mandatsträgern der Swoboda bei der Fraktion der NPD im Sächsischen Landtag statt. [...] Im Juli 2013 unterzeichneten 30 israelische Knesset-Abgeordnete einen offenen Brief, der an den EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz (SPD) gerichtet war. Darin warnten sie vor dem Antisemitismus und der Russenfeindlichkeit der Partei und kritisierten, dass die beiden größten Oppositionsparteien in der Ukraine mit ihr zusammenarbeiten. Im August 2013 erklärte die deutsche Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke, Swoboda werde als eine rechtspopulistische und nationalistische Partei, die zum Teil rechtsextreme Positionen vertrete, eingeschätzt.“ Dennoch hofierten Tjagnibok teils regelrecht und trugen so zu dessen Legitimierung und der Stärkung der Faschisten bei. So äußerte sich etwa der EU-Botschafter in der Ukraine, Jan Tombinski, im Dezember 2013 folgendermaßen: „Die Partei Swoboda hat zehn Prozent in den Wahlen gewonnen, sie unterstützt voll die Annäherung an die EU und ist daher ein gleichwertiger Partner.“ (*Focus*, Nr. 52/2013)

Der Grund für die Charmeoffensive gegenüber rechtsradikalen Kräften liegt auf der Hand: Ohne die Faschisten wäre der

Sturz von Janukowitsch nicht möglich gewesen, wie ein Vertreter des „Rechten Sektors“ („Pravy Sektor“) im Interview mit Thilo Jung betont: „Wir sind eine Vereinigung von rechten Organisationen, die sich inmitten der Euromaidan-Revolution zusammengeschlossen haben, um das Janukowitsch-Regime zu bekämpfen, und dabei auch an der Frontlinie waren. Es ist hauptsächlich uns zu verdanken, dass dieses Regime fiel. [...] Das Regime fiel nicht nur wegen uns, sondern auch wegen all dieser Menschen, die an diesen Straßenprotesten teilnahmen. Aber als es zum echten Kampf kam in dieser kriegsähnlichen Situation, in der es zum Waffengebrauch kam, da waren wir die Hauptkämpfer an der Frontlinie.“ (*Jung & Naiv*, 8.3.2014)

Zum Dank für ihre „Verdienste“ wurden die Faschisten anschließend mit mehreren hochrangigen Posten in der ukrainischen „Übergangsregierung“ und im Apparat belohnt. Zu Anfang waren u.a. folgende Personen an der Putschregierung beteiligt: Alexander Sych (Swoboda): Stellvertretender Ministerpräsident; Igor Tenjuk (vermutlich Swoboda): Verteidigungsminister; Andrej Parubiy (Swoboda): Sekretär des nationalen Rates der Sicherheits- und Verteidigungspolitik; Dmitro Jarosch (Rechter Sektor): Stellvertretender Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates; Sergej Kwit (Swoboda): Bildungsminister; Andrej Mokhnyk (Swoboda): Umweltminister; Igor Shwaika (Swoboda): Landwirtschafts- und Ernährungsminister; Oleg Machnizkij (Swoboda): Generalstaatsanwalt (*Voltaire.net.org*, 6.3.2014).

Vor diesem erschreckenden Hintergrund ist der ungewöhnlich scharfen Kritik des ehemaligen EU-Erweiterungskommissars Günter Verheugen nur zuzustimmen: „Was die jetzige Situation so schwierig macht und auch das Gespräch [mit Russland] so schwierig macht, hat ja eine Ursache auch in Kiew selber, nämlich die Tatsache, dass dort ein fataler Tabubruch begangen worden ist, dem wir auch noch applaudieren, der Tabubruch nämlich, zum ersten Mal in diesem Jahrhundert völkische Ideologen, richtige Faschisten in eine Regierung zu lassen, und das ist ein Schritt zu weit.“ (*Deutschlandfunk*, 18.3.2014)

auf dem Gaspedal. Seit Mitte Januar [2015] führt das Deutsch-Niederländische Korps in Münster die Landstreitkräfte der schon länger bestehenden Nato-Eingreiftruppe (Nato Response Force). Sie wird nun zusätzlich das Versuchskaninchen für die schnelle Eingreiftruppe, die ‚Speerspitze‘ der Allianz. [...] Dabei hatte von der Leyen ihre Finger im Spiel. Nach dem Gipfel von Wales erkannte sie eine Chance: Berlin hatte für 2015 ohnehin 4000 Soldaten für die Nato-Eingreiftruppe angemeldet – lange vor der Ukraine-Krise. Gute Voraussetzungen, um ohne viel innenpolitisches Aufsehen die neuen Vorgaben zu testen.“⁴³

So besehen ist es – leider – nachvollziehbar, dass die „Operation-Ukraine“ innerhalb der deutschen Eliten im Großen und Ganzen als überaus erfolgreicher Praxistest der neuen deutschen Weltmachtambitionen gewertet wird: „Besonders die Ukraine-Krise sorgte dafür, dass die Gauck-Rede am 31. Januar 2014 nicht als singuläres Ereignis, sondern als gedanklicher Unterbau eines neuen Politikansatzes empfunden wurde. [...] Spätestens seit dem EU-Gipfel in Vilnius Ende November 2013 hatte Berlin in enger Abstimmung mit der EU eine Führungsrolle bei der Vermittlung zwischen Russland, der Ukraine und den anderen Ländern der östlichen Partnerschaft gespielt.“⁴⁴

Anmerkungen

- 1 Deppe, Frank: Imperialer Realismus. Deutsche Außenpolitik: Führungsmacht in „neuer Verantwortung“, Hamburg 2014.
- 2 Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, SWP/GMF, September 2013.
- 3 Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Berlin 1997.
- 4 Vogel, Thomas: Wie weiter? Das Assoziierungsabkommen der EU im Spannungsfeld von Wirtschaft und Menschenrechten, in: Ukraine-Analysen, Nr. 103/2012, S. 2-6, S. 4.
- 5 Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits, Amtsblatt der Europäischen Union, 57 Jg. 29.5.2014, Artikel 7, Absatz 2.
- 6 Becker, Joachim: Assoziierung Teil des Problems, nicht der Lösung. Die EU-Strategie im Ukraine-Konflikt, in: Weltwirtschaft & Entwicklung 03-04/2014, S. 1-4, S. 1.
- 7 Schulz, Martin: Die Außenpolitik der Europäischen Union im 21. Jahrhundert: Vision, Ambition, Wirklichkeit, Brüssel, 26.2.2013.
- 8 Fischer, Joschka: Scheitert Europa? Köln 2014, S. 122.
- 9 Five EU countries call for new military “structure”, EUobserver, 16.11.2012.
- 10 Renard, Thomas: Libya and the Post-American World: Implications

- for the EU, Egmont Security Policy Brief no. 20, April 2011, S. 5.
- 11 Vgl. zur „Group on Grand Strategy“ ausführlich Wagner, Jürgen: Grand Area. Ein imperiales Raumkonzept für die Weltmacht EUropa, in: Wissenschaft & Frieden, 1/2013, S. 11-14.
 - 12 Die Zitate des folgenden Abschnittes wurden, sofern nicht anders gekennzeichnet, diesem Papier entnommen: Rogers: James: A New Geography of European Power?, Egmont Paper no. 42, January 2011.
 - 13 Rogers, James: A letter from Prof. Sir Halford Mackinder to European leaders on Russia's invasion of Ukraine, European Geostrategy, 9.3.2014.
 - 14 Gilli, Andrea/Rogers, James: Enabling the future: European military capabilities 2013-2025: challenges and avenues, EUISS Report, No. 16, May 2013.
 - 15 Vgl. etwa Casarini, Nicola: The European „pivot“, EUISS Alert, no. 3, März 2013.
 - 16 Was den Anspruch auf globale Militärpräsenz anbelangt, heißt es darin: „Die Seestreitkräfte der Mitgliedsstaaten sollten auf See und von See aus, strategische Aufgaben wahrnehmen und im globalen Maßstab Reichweite, Flexibilität und Zugangsmöglichkeiten bieten [...]. Ihre anhaltende Präsenz muss die Freiheit der Schifffahrt unterstützen und trägt durch Abschreckung, Vorbeugung und Bekämpfung rechtswidriger und illegaler Handlungen im globalen maritimen Bereich zur Good Governance bei [...].“ (Rat der Europäischen Union: Strategie der Europäischen Union für maritime Sicherheit, Brüssel, den 24. Juni 2014, S. 10)
 - 17 Hofbauer, Hannes: EU-Osterweiterung. Historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen, Wien 2007, S. 254.
 - 18 Wehr, Andreas: Verbriefte Hegemonie, junge Welt, 31.10.2014.
 - 19 Denkbar ist nach der Aufnahme Kroatiens allenfalls auch noch ein Beitritt weiterer Balkanstaaten – allerdings nur bei deren Wohlverhalten, versteht sich.
 - 20 Vobruba, Georg: Expansion ohne Erweiterung. Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Dynamik Europas, in: Osteuropa 2-3/2007, S. 7-20, S. 7.
 - 21 Die ENP umfasst zusätzlich die Palästinensische Autonomiebehörde und diese 15 Staaten: Im Süden Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien und Tunesien. Im Osten Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Moldawien und die Ukraine.
 - 22 Größeres Europa - Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Partnern, Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 11.3.2003, S. 5.
 - 23 Vgl. etwa Hinnebusch, Raymond: Europe and the Middle East: From Imperialism to Liberal Peace? in: Review of European Studies Vol. 4, No. 3, July 2012, S. 18-31; Teti, Andrea: The EU's First Response to the 'Arab Spring': A Critical Discourse Analysis of the Partnership for Democracy and Shared Prosperity, in: Mediterranean Politics, Nr. 3/2012, S. 266-284; Reynaert, Vicky; Preoccupied with the Market: The EU as a Promoter of 'Shallow' Democracy in the Mediterranean, in: European Foreign Affairs Review, Nr. 16/2011, S. 623-637; Brand, Martin: Die Europäische Nachbarschaftspolitik – ein neoliberales Projekt?, in: Utopie kreativ, H. 217 (November 2008), S. 988-1006.
 - 24 Dimitrovova, Bohdana: Imperial re-bordering of Europe: the case of the European Neighbourhood, in: Cambridge Review of International Affairs, Nr. 2/2012, S. 249-267, S. 254.
 - 25 Im Zeitraum 2007 bis 2013 waren es ursprünglich 12 Mrd. Euro, wobei dieser Betrag später noch einmal um 1,24 Mrd. Euro aufgestockt wurde.
 - 26 Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits, Amtsblatt der Europäischen Union, 57 Jg. 29.5.2014. Die im Fließtext in Klammern angegebenen Artikel beziehen sich auf dieses Dokument.
 - 27 European Commission: EU-Ukraine Deep and Comprehensive Free Trade Area, Reading Guide, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/april/tradoc_150981.pdf, S. 2. Bemerkenswert ist auch die zeitliche Abfolge der Zollsenkungen: „Die Abschaffung von Zöllen ist fast komplett. Ihr Rhythmus unterscheidet sich allerdings, wie auch die Europäische Kommission darstellt, gravierend. Er tritt für industrielle Erzeugnisse, bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Autoindustrie in der Ukraine), sofort in Kraft, während im Agrarsektor die Zolleliminierung seitens der EU nur graduell und über 10 Jahre verteilt erfolgen wird.“ Becker, Joachim: Untergeordnete Integration. Das Assoziationsabkommen zwischen der EU und Ukraine, in: Kurswechsel, 3/2014, S. 76-82, S. 79.
 - 28 „Die Vertragsparteien dürfen bei der Einfuhr einer Ware aus dem Gebiet der anderen Vertragspartei oder bei der Ausfuhr einer Ware oder dem Verkauf einer Ware zwecks Ausfuhr in das Gebiet der anderen Vertragspartei keine Verbote oder Beschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung erlassen oder beibehalten, es sei denn, dieses Abkommen oder Artikel XI GATT 1994 und die Anmerkungen zu seiner Auslegung sehen etwas anderes vor.“ (Titel IV, Artikel 35)
 - 29 „Die Ukraine trifft die notwendigen Maßnahmen, um ihre Vorschriften schrittweise mit den technischen Vorschriften der EU und den europäischen Normungs-, Mess-, Akkreditierungs- und Konformitätsbewertungsverfahren und dem Marktaufsichtssystem in Einklang zu bringen und den in einschlägigen Beschlüssen und Verordnungen der EU (1) festgelegten Grundsätzen und Verfahren Rechnung zu tragen.“ (Titel IV, Artikel 56, Absatz 1)
 - 30 „Außerdem wird die Ukraine verpflichtet, technische Standards und Regularien der EU weitestgehend zu übernehmen, etwa im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe, bei der Hygiene, bei Herkunftsbezeichnungen oder beim Schutz des geistigen Eigentums. Die Öffnung der Märkte ist vor allem für die exportstarken EU-Länder lukrativ, aber auch die ukrainischen Großunternehmen der Schwer- und Rohstoffindustrie sowie die Landwirtschaft hoffen auf einen großen Absatzmarkt in der EU.“ Vogel 2012, S. 2.
 - 31 Hofbauer, Hannes: Europas Schlusslicht, *Neues Deutschland*, 13.3.2014.
 - 32 Becker 2014, S. 1.
 - 33 Blome, Nikolaus u.a.: Ein Profi für Runde zwei, *Der Spiegel*, 50/2013.
 - 34 European Neighbourhood and Partnership Instrument: Ukraine, National Indicative Programme 2011-2013, URL: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/2011_enpi_nip_ukraine_en.pdf
 - 35 Solonenko, Iryna: Eher Partner als Geber – die EU und die ukrainische Zivilgesellschaft, in: Ukraine-Analysen, Nr. 114, 12.3.2013, S. 6-8, S. 7.
 - 36 Stewart, Susan: Zivilgesellschaft in der Ukraine: Struktur, Umfeld und Entwicklungstendenzen, in: Ukraine-Analysen, Nr. 114, 12.3.2013, S. 2-5, S. 4.
 - 37 Schuller, Konrad: Inszenierung eines Missverständnisses, *FAZ*, 14.7.2010.
 - 38 Protestbündnis für Europa, *German-Foreign-Policy.com*, 26.11.2013. Laut der in der *Tagesschau* (Klitschko internationale Verbindungen, 20.12.2013) zitierten KAS-Leiterin in der Ukraine habe sich die Geschichte genau andersherum zugetragen: „2006, als Klitschko führendes Mitglied der politischen Bewegung ‚Pora‘ war, entstand der erste Kontakt zur CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), erzählt die Leiterin des Stiftungsbüros in Kiew, Gabriele Baumann. Als der Oppositionspolitiker vor drei Jahren die Partei Udar (Schlag) gründete, fragte er Hilfe bei der KAS an: ‚Vitali Klitschko kam auf uns zu. Er bat um informelle Kontakte zur CDU und zur Europäischen Volkspartei sowie um Unterstützung mit Seminaren und Schulungen‘.“
 - 39 Rhein-Neckar-Zeitung, 2.12.2013.
 - 40 Vgl. hierzu ausführlich Wagner, Jürgen: Ukraine: Ringen um die Machtgeometrie, IMI-Studie 2014/2c.
 - 41 Schünemann, Manfred: Zu den Ergebnissen der Parlamentswahlen am 26. Oktober in der Ukraine, RLS Online, November 2014, S. 1.
 - 42 Ebd.
 - 43 Gutschker, Thomas: Die Deutschen an die Front!, *FAZ*, 5.2.2015.
 - 44 Rinke, Andreas: Raus ins Rampenlicht, in: Internationale Politik 4, Juli/August 2014, S. 8-13, S. 13.

Militärische „Lehren“ aus Afghanistan?

von Lühr Henken

Entgegen der weit verbreiteten Auffassung ist der westliche Kriegeinsatz in Afghanistan keineswegs beendet. Weiterhin sind dort etwa 12.000 Soldaten im Rahmen des NATO-Einsatzes „Resolute Support“ stationiert (ca. 800 davon aus Deutschland). Sie sollen nunmehr im Schwerpunkt die afghanischen Sicherheitskräfte ausbilden, ihr Mandat umfasst aber auch die Option, offensiv zu deren Unterstützung und zur Tötung tatsächlicher oder vermeintlicher Terroristen vorgehen zu können. Dennoch stellt sich natürlich die Frage, welche Lehren Militärs oder dem Militär verbundene Leute aus dem bisherigen Krieg in Afghanistan ziehen. Dabei fällt einem zunächst das geflügelte Wort „Lessons learned“ ein, und wenn man nachschaut, was die Suchmaschinen dazu anbieten, dann ist das nicht nur im englischsprachigen Bereich eine ganze Menge, sondern auch auf Deutsch. Hier interessiert uns der Bereich, der mit der Entwicklung der Bundeswehr zu tun hat.

Das Endergebnis vorweggenommen: Es gibt keine zusammengefassten Erkenntnisse, weder in der Bundeswehr noch im Bundestag, die eine Evaluation des deutschen Afghanistaneinsatzes als allgemeingültig qualifizieren würden. Es gibt allerdings einen Diskurs in- und außerhalb der Bundeswehr, der bereits wichtige Aspekte benennt, die sich allesamt mit der Frage beschäftigen, wie derartige Einsätze künftig „besser“ durchgeführt werden können, anstatt sie zu unterlassen.

Ausgeblendete Hinterlassenschaft des Krieges

Ausgeblendet wird in allen Evaluationen die Hinterlassenschaft des ISAF-Einsatzes: Zerstörung als Folge der Invasion in Afghanistan. Es besteht kein Interesse daran herauszufinden, was der Krieg wirklich angerichtet hat: in Afghanistan 180.000 bis 250.000 direkte Tote auf allen Seiten¹. In Pakistan, als direkte Folge der NATO-Intervention in Afghanistan, bisher rund 80.000 Tote. Wie wenig das Menschenleben im Gastland tatsächlich für die Invasoren wert ist, machte Amnesty International (AI) kürzlich deutlich. AI wirft der US-amerikanischen „Militärjustiz vor, die Tötung von Tausenden afghanischen Zivilisten bei Einsätzen der amerikanischen Armee nicht angemessen untersucht zu haben“, berichtet die FAZ. „Es habe sich ‚eine Kultur der Straflosigkeit‘ etabliert.“² Dazu passt auch folgender Skandal: Es besteht von keiner Regierungsseite eines NATO-Staates Interesse daran, die Folgen der US-Kampfdrohneinsätze in Afghanistan zur Kenntnis zu nehmen. Allein von 2009 bis 2012 haben die USA zusammen mit Großbritannien nach eigenen Angaben 1.668 Drohnenangriffen geflogen. Wie viele es davor und danach waren, wird unter Verschluss gehalten. Die Zahl der Getöteten allein in Afghanistan dürfte nur in diesem Vierjahreszeitraum bei 10.000 liegen.

Meine erste Schlussfolgerung: Da gegenüber den zerstörerischen Folgen des Militärinterventionismus Gleichgültigkeit vorherrscht, kann nicht erwartet werden, dass von dieser zerstörerischen Praxis zukünftig Abstand genommen wird. Von

daher bewegen sich die Schlussfolgerungen von Militärs, Wissenschaftlern und Politikern, die dem Militär nahestehen, um die Frage, wie der Militärinterventionismus „erfolgreicher“ für Bundeswehr und NATO gestaltet werden kann. Ausgeblendet wird ganz und gar, dass der Militärinterventionismus von wirtschaftlichen Interessen geleitet ist. Die deutlichen Worte des damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler und die einschlägigen Formulierungen in den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) seit 1992 werden überdeckt vom Gerede über die angebliche Forderung an Deutschland, weltweit mehr Verantwortung zu übernehmen – militärisch versteht sich. In der jetzt gültigen Fassung der VPR von 2011 formulierte der damalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière: „Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehört, [...] einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.“³ Klartext: Bundeswehreinätze sollen Handelswege sichern und Zugänge zu Rohstoffen ermöglichen.

Erfolg im Scheitern

Im Folgenden will ich die mir wesentlich erscheinenden Schlussfolgerungen der militärnahen Fachleute referieren. So den Aufsatz von Carlo Masala in der Zeitschrift Internationale Politik von Ende 2013, der insbesondere einen Überblick gibt über die Dinge, die sich in den mehr als 10 Jahren Afghanistaneinsatz verändert haben. Für Masala, Professor an der Bundeswehr-Uni München, war der Bundeswehreininsatz in Afghanistan ein Erfolg, „obwohl,“ wie er realistisch resümiert, „die Mission an sich als gescheitert gelten kann, das Land alles andere als stabil ist, die Gefahr eines langanhaltenden Bürgerkriegs fortbesteht und man mit einer erneuten Machtübernahme durch die Taliban rechnen muss.“⁴ Die Bundeswehr habe viel gelernt, so Masala, und sich von einer „Armee der Territorialverteidigung und des robusten Peacekeeping zu einer Einsatzarmee weiterentwickelt, die heute das gesamte Spektrum militärischer Aufgaben einschließlich des Gefechts abdecken und ausüben kann.“⁵ Als wichtigste Elemente nennt Masala die Änderung der „Taschenkarte“, die Entwicklung einer Counterinsurgency-Doktrin und die direkte Beteiligung deutscher Soldaten an militärischen Gefechtsoperationen. Im Einzelnen: Die „Taschenkarte“ legt die Regeln zum Einsatz von Schusswaffen und Gewaltmaßnahmen für den einzelnen Soldaten fest. Das zunächst restriktiv gehaltene Dokument sah anfangs nur den Gebrauch von Schusswaffen im Falle eines direkten Angriffs vor. Da sich die Sicherheitslage in Afghanistan änderte, kam es 2009 zu der Erlaubnis, auch „auf fliehende Angreifer zu schießen“ und dazu, dass „der Gebrauch von Schusswaffen nicht mehr angekündigt werden muss, wenn es die Situation nicht mehr ermöglicht.“⁶ Zwar werde der Begriff der Aufstandsbekämpfung vermieden, aber das neue Schieß- und Ausbildungskonzept der Bundeswehr simuliere Einsatzbedingungen, insbesondere das Schießen aus naher Distanz, das Teil der Aufstandsbekämpfung ist. Auch die Stärkung der Infanterie sei Ausdruck der Orientie-



Zerstörtes Land, Kabul 2002, Foto: US-Regierung, über Wikipedia.

zung auf Aufstandsbekämpfung, so Masala. In Afghanistan beteiligte sich die Bundeswehr neben kleineren Feuergefechten „auch an größeren militärischen Offensivoperationen.“ Masala hebt die Operation Harekate Yolo II hervor. Dabei handelt es sich „um die erste offensive Militäroperation unter deutscher Führung seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Bundeswehr brachte den Taliban in den von ihnen gehaltenen zwei Provinzen eine vernichtende Niederlage“⁷ bei, so Masala.

Neu geschaffen sei ansatzweise eine militärische Erinnerungskultur für den einzelnen Soldaten. Stichworte sind Ehrenhain, Trauerfeiern mit Beteiligung hochrangiger Politiker, Ehrenkreuz für Tapferkeit und die Einsatzmedaille „Gefecht“. Sie sollen die politische und gesellschaftliche Anerkennung für den Einsatz der Soldaten in Afghanistan ausdrücken. Für die Bundeswehr sei Afghanistan eine „Training-on-the-job-Erfahrung“. Der Einsatz habe eine „gewaltige Transformation“ ausgelöst, „die dazu führte, dass die Bundeswehr heute eine für alle Einsatzspektren einsetzbare, gut ausgerüstete und hochprofessionelle Armee geworden ist,“ sagt Masala. Die Bundeswehr sei nun in der Lage, „mit Alliierten und Verbündeten auf Augenhöhe in Einsätze zu gehen.“⁸

Konsequente Einsatzausrichtung

Unter der Überschrift „Die Bundeswehr nach Afghanistan – Lessons Learned“ trafen sich im Januar 2013 im Rahmen des „3. Koblenzer Forums Verteidigungspolitik“ Spitzenmilitärs. Ich möchte hier die Schlussfolgerungen des damaligen Verteidigungsministers de Maizière kurz referieren, weil sie von besonderer Relevanz sind. Er sagte laut Zusammenfassung des Bundeswehrverbandes: „Alle Zeitpläne haben sich als zu kurz erwiesen, ISAF darf nicht strukturbestimmend für die Bundeswehr sein. Die Bundeswehr trägt derzeit Lasten für andere Ressorts – vernetzte Sicherheit darf nicht auf dem Rücken der

Soldaten stattfinden. [...] Viele Annahmen über künftige Sicherheitsrisiken sind unklar. Daher müsse die Bw-Planung ein breites Szenario möglicher Einsätze abdecken.“⁹ Der Ansatz „Breite vor Tiefe“ sei notwendig, so de Maizière, um eine Vielzahl von Optionen offen zu halten. Sein Vorredner General a.D. Egon Ramms, ehemaliger Befehlshaber des NATO-Hauptquartiers in Brunssum und Verantwortlicher für den ISAF-Einsatz, hatte sich mit „smart defence“ in der NATO und dem „pooling und sharing“ in der EU auseinandergesetzt und hervorgehoben, dass Deutschland „generell“ dabei „außen vor“ sei, „weil es nach dem Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts in der Wahrnehmung der NATO-Partner – mit Blick auf den Parlamentsvorbehalt – keine wirklich verlässlichen Zusagen tätigen könne“. De Maizière ging darauf ein und sagte, dass „weder in Deutschland noch in den anderen EU-Staaten eine wirkliche Bereitschaft zur Abgabe von Souveränität über Streitkräfte vorhanden sei.“ Und das Bundesverfassungsgericht „habe klar festgestellt,“ so de Maizière, „dass wirkliches ‚sharing‘ mit diesem Grundgesetz nicht zu machen sei, sondern eine komplett neue Verfassung nach Artikel 146 Grundgesetz erfordere.“¹⁰ Das gibt zu denken.

Auch die Rede des stellvertretenden Generalinspektors der Bundeswehr, Generalleutnant Peter Schelzig, vom September 2013 zum Thema „Erkenntnisse aus den Einsätzen der Bundeswehr und das künftige Fähigkeitsspektrum“ gibt Aufschlüsse. Schelzig sieht die Neuausrichtung der Bundeswehr ohne Wehrpflicht seit 2010 als Schlussfolgerung aus den Auslandseinsätzen – vor allem dem Afghanistaneinsatz. Schelzig sagt: „Denn über die Jahre hatten wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass in der Wehrpflichtarmee alter Prägung Verbände nie ganzheitlich in den Einsatz geschickt werden konnten. Stattdessen mussten Fähigkeitsverbände stets mühsam aus Elementen verschiedener Truppenteile zusammengesetzt werden. Gemeinsames Training und Ausbildung, kohärente Ausrüstung und eine inhaltliche Geschlossenheit waren nicht gegeben. Seit 2010 ist deshalb die



Bundeswehr beim Einsatz in einem afghanischen Dorf 2012, Foto: Wir.Dienen.Deutschland.

konsequente Einsatzausrichtung das wesentliche Paradigma dieser Reform geworden. In der Konsequenz wird uns das neue Personalstrukturmodell mit bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten erlauben, ebenso 160.000 für Grundbetrieb und Einsätze einzuplanen, wie die alte Struktur mit 245.000 Soldaten.¹¹ Schelzig erwähnte nicht, dass die neue Struktur darauf angelegt ist, den Dauereinsatz der Soldaten erheblich zu erhöhen, nämlich von 7.000 auf 11.000 Soldaten. Das Grundprinzip „Breite vor Tiefe“ ermögliche es der Bundeswehr wie zwei oder drei anderen großen europäischen Staaten auch, sämtliche Kernfähigkeiten zur Verfügung zu stellen. Anfragen von Staaten, sich anzudocken, würden sich heute „stapeln“, so Schelzig. Als eines von mehreren Beispielen dafür führt er an, dass die Niederlande eine ganze Brigade der deutschen „Division Luftbewegliche Operationen“ unterstelle und so die Durchhaltefähigkeit verstärke. Das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr habe sich durch die Einsatzerfahrungen vor allem auf der taktischen Ebene verändert. Entsprechend wurde neue Ausrüstung beschafft, wie geschützte Fahrzeuge aller Klassen, Technik für Nachtsicht- und Nachtkampffähigkeit, Anti-Sprengfallen-Technik und Feldlagerschutz, Kommunikationstechnik sowie Waffen und Munition.¹² Schelzig weist darauf hin, dass insbesondere wesentliche Erkenntnisse aus dem Einsatz der HERON-Aufklärungsdrohnen in Afghanistan künftige Drohnenfähigkeiten beeinflussen werden. Auch er hebt hervor, dass kein Szenario dem anderen gleiche. Deshalb werde eine Ausbildung benötigt, die „einen guten ausbalancierten Spagat zwischen einer Ausbildung im Grundbetrieb, die die Bandbreite möglicher Szenare abdeckt, und einer einsatzspezifischen Ausbildung nach dem Motto ‚Train as you fight‘“¹³ beinhaltet.

Sehr plastisch schildert der Kommandeur des Regionalkommandos Nord, General Jörg Vollmer, die Veränderungen durch den Afghanistaneinsatz für die Bundeswehr: „Kundus steht für die Veränderung der Bundeswehr, steht für die Veränderung des Heeres, weil Kundus die mentale Veränderung war, wir müssen

auch kämpfen können. Das haben wir getan. Das ist nicht nur mentalitätsmäßig so, das ist bis hin zu dem Material, das wir jetzt wieder nach Hause transportieren. Wenn Sie die Bilder vergleichen von 2002 in Kabul und auch von Kundus in 2006 und heute sehen, mit welchem hochmodernem Gerät wir ausgestattet sind, was vor allem auch zum Schutz unserer Soldaten beiträgt, dann hat sich in diesen zehn Jahren unglaublich viel getan.“¹⁴

Raumbeherrschung: Stadt, Land, Fluss und Cyberspace

Aufschlussreich sind auch Aussagen des damaligen Befehlshabers des Heeresführungskommandos in Koblenz, Generalleutnant Wolfgang Otto, aus dem Jahr 2008. Er sagte in einem Interview unter der Überschrift „Lessons Learned – Das neue Auftragsbuch des Heeres“, dass als Schlussfolgerung aus dem Experiment „Urbane Operationen 2010“ gezogen wurde, dass das Gefechtsübungszentrum des Heeres in der Letzlinger Heide zu einem Ausbildungs- und Übungszentrum für Operationen in urbanem Umfeld ausgebaut¹⁵ werden soll. „Damit wird die Vorbereitung der Kräfte für den Einsatz weiter optimiert werden können“, so Otto. „Gleiches gilt auch für die Weiterentwicklung unserer Ausrüstung und der Waffensysteme. Diese werden stetig an die Erfordernisse des Einsatzes im urbanen Umfeld angepasst, wie die Weiterentwicklung des Kampfpanzers Leopard und seiner Einsatzmöglichkeiten zeigt. Die Verbesserung der Führungsfähigkeit und der Wirkungsmöglichkeiten bei bestmöglichem Schutz sind die Schwerpunkte der Heeresrüstung. Die Fähigkeit zum Kampf gegen irreguläre Kräfte ist in einem Maße erforderlich geworden“, so Otto weiter, „das – abhängig von der geforderten Intensität – verfügbare Spezial- und spezialisierte Kräfte überfordert. Deshalb werden die Grundlagen zum Kampf gegen irreguläre Kräfte im Feldheer auf eine ausbildungsmäßige breite Basis gestellt werden müssen.“¹⁶

Dass man genauso gedenkt weiter zu machen wie bisher, nur eben besser, konsequenter, dafür steht ein Aufsatz von Hans Frank, Vizeadmiral a.D., früher Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Überschriften mit „Lehren aus Afghanistan“¹⁷ konstatiert Frank im November 2013 klar: „Die NATO wird Afghanistan nicht als Sieg an ihre Fahnen heften können.“ Schuld seien allerdings nicht die Militärs, sondern die Politik. Sie habe bei der Umsetzung versagt. Alles wäre zu spät gekommen oder gar nicht: Polizei aufbauen, Drogenhandel einschränken, Justiz fördern, Milizen abbauen sowie afghanische Armee ausbilden. „Vernetzte Sicherheit war es jedenfalls nicht“, resümiert Frank. Taktisch-operative Lehren müssten nicht weiter gezogen werden, die hätte man an Ort und Stelle gemacht. Aber sicherheitspolitisch käme es künftig auf Folgendes an: auf eindeutige Zielsetzung, auf ein strategisches Konzept, nationale Interessen müssten berücksichtigt werden und ein nationaler Beauftragter gehöre an den Kabinetttisch. Frank identifiziert zwei Regionen, die ihm besonders bedrohlich erscheinen: den Nahen Osten und das nördliche Afrika. Hier könnten bezüglich der Türkei und Israels seitens der NATO oder der EU Reaktionen notwendig werden, ja sogar erzwungen werden. Während es bei der Türkei eine klare NATO-Angelegenheit sei, kämen für alle anderen Fälle in der Region „Koalitionen der Willigen“ in Frage, wofür der Mali-Einsatz eine „Blaupause“ darstelle. Denn hier gebe es eine Führungsnation, der sich andere anschließen könnten. Der deutsche Ansatz biete hier einen Vorteil, denn dem Konzept „Breite vor Tiefe“ folgend, könne Deutschland aus einem breiten Spektrum an Möglichkeiten die geeigneten Maßnahmen auswählen. Frank mahnt, dass in der Bundeswehr „das oberste Spektrum des Einsatzes unter den Bedingungen des modernen Krieges nicht außer Acht gelassen werden“¹⁸ dürfe. Dies träfe vor allem auf den Nahen Osten zu. Frank begrüßt es, dass die Bundeswehr „erstmalig“ konzeptionell, die Bedeutung der Informationsüberlegenheit – neben den eingesetzten Mitteln – hervorgehoben hat und schließt mit dem Satz: „So, wie in der Vergangenheit Kriege nur im richtigen Zusammenspiel von Heer, Luftwaffe und Marine gewonnen wurden, werden wir in Zukunft Auseinandersetzungen nur dann erfolgreich bestehen, wenn es gelingt, den Informationsraum [„Cyberspace“, L.H.] sowohl defensiv wie offensiv zu beherrschen.“¹⁹

Kriegsoptimierung im Anmarsch

Die Schlussfolgerung aus all dem stellt sich mir so dar, dass für die Militärs die Orientierung auf weltweite Auslandseinsätze richtig erscheint, dass jedoch das Training für den Kampf in Städten verstärkt werden muss und entsprechende Ausrüstungen zur Verfügung stehen müssen. Der intensiven Beteiligung an Pooling und Sharing steht das Bundesverfassungsgericht im Wege, so dass eine neue Verfassung her muss, die den Parlamentsvorbehalt aushebelt.

Verschwiegen wird, dass der Militärisch-Industrielle Komplex seit Anfang der 90er Jahre damit befasst ist, konkret die materielle Basis für diesen Militärinterventionismus zu schaffen. Seitdem sind in ein ausgeklügeltes Material- und Ausrüstungskonzept über 100 Milliarden Euro geflossen. Herzstück ist die strategische Verlegfähigkeit per Luft. Neue A400 M-Kampfzonentransporter werden passgenau angefertigt für nagelneue Kampf- und Transporthelikopter, für Schützenpanzer und Mannschaftstransportfahrzeuge – und Hightech-Infanteristen, die aus der Ladeluke abspringen können. Das Heer wird für die Aufstandsbekämpfung insbesondere in der Stadt optimiert, die Marine wird mit Korvet-

ten und Fregatten ausgerüstet, mit denen weit in fremdes Land geschossen werden kann. Sämtliche Soldaten der Teilstreitkräfte werden über Drohnendaten digital vernetzt – Stichwort „Vernetzte Operationsführung“ –, um den Zeitaufwand bei Entscheidungsfindungen so sehr zu reduzieren, dass der Sieg im Krieg möglich wird. Diese Techniken werden noch in dieser Legislaturperiode zur Verfügung stehen. Der gescheiterte Kriegseinsatz von NATO und Bundeswehr in Afghanistan führt nicht etwa zur grundsätzlichen Umkehr im Denken, also zu einer Infragestellung des Militärinterventionismus, sondern im Gegenteil, zum Versuch, diesen über ein Mehr an Technik zu perfektionieren. Ich befürchte, dass die Rufe nach noch mehr kriegerischen Bundeswehreinräsen dann zunehmen werden, sobald die in der Herstellung befindlichen Waffen und Ausrüstungen einsatzbereit sind. Das wird spürbar ab 2016 der Fall sein. Das heißt, wir werden unsere Anstrengungen gegen die Militarisierung, gegen Kriege, für Frieden und Abrüstung auf vielfältige Weise verstärken müssen.

Anmerkungen

- 1 IPPNW (Hrsg.), „Body Count“, Opferzahlen nach 10 Jahren „Krieg gegen den Terror“ Irak Afghanistan Pakistan, März 2013, 80 Seiten. Lühr Henken, Vergessene Tote, junge welt, 7.7.2014
- 2 FAZ, 12.8.2014
- 3 [Verteidigungspolitische Richtlinien](#), erlassen am 18.5.2011, 20 Seiten, S. 5
- 4 Carlo Masala, Partner auf Augenhöhe, Internationale Politik (IP), November/Dezember 2013, Seiten 90 bis 95, S. 90, im Weiteren: Masala
- 5 Masala, S. 90
- 6 Masala, S. 92
- 7 Masala, S. 94
- 8 Masala, S. 95
- 9 3. Koblenzer Forum Verteidigungspolitik, „Die Bundeswehr nach Afghanistan: Lessons Learned?“, 19.1.2013
- 10 ebenda
- 11 Generalleutnant Peter Schelzig, [Erkenntnisse aus den Einsätzen der Bundeswehr und das künftige Fähigkeitspektrum](#), Bad Godesberg, 25.9.2013, 8 Seiten, S.2, im Weiteren: Schelzig
- 12 Schelzig, S. 5
- 13 Schelzig, S. 8
- 14 NDR Info Das Forum – Streitkräfte und Strategien, 5.10.13
- 15 Interview mit Generalleutnant Wolfgang Otto, Befehlshaber des Heeresführungskommandos, IMS Heft Nr. 5/2008, [Lessons Learned – Das neue Auftragsbuch des Heeres](#)
- 16 ebenda
- 17 Hans Frank, Lehren aus Afghanistan – Überlegungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr, in: Europäische Sicherheit & Technik, November 2013, S. 10 bis 12, S. 10
- 18 Frank, S. 12
- 19 Frank, S. 12

Die „neue“ Afrika-Politik der BRD

„Chancenkontinent“ deutscher Wirtschafts- und Machtpolitik

von Christin Bernhold

Bei der Wahl zum Unwort des Jahres 2014 hätte neben „Putin-Versteher“ auch „Chancenkontinent Afrika“ Aussichten auf einen der vorderen Plätze. Verstärkte mediale Aufmerksamkeit erlangte diese Bezeichnung für den einst vernachlässigten Erdteil mit der Veröffentlichung des neuen Afrika-Konzepts des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ 2014a) im März und den Afrikapolitischen Leitlinien der Regierungskoalition von Union und SPD im Mai (Bundesregierung 2014). Afrika, heißt es in den Papieren, soll nicht mehr bloß als Kontinent der Armut, Krisen und Kriege, sondern auch der Chancen wahrgenommen werden. Frei nach dem Motto „Wenn’s der BRD gut geht, geht’s allen gut!“ wird die angekündigte Ausweitung des deutschen Imperialismus zu einer Politik kongenialer Möglichkeiten für Akteure dies- und jenseits des Mittelmeeres verkürt. Hiesige Wirtschaftsverbände, Regierungspolitiker und Militärs können sich derweil vor allem auf die Wahrnehmung der eigenen Chancen einigen: Während etwa der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) in seiner neuen „Strategie Sub-Sahara-Afrika: Chancenkontinent Afrika“ mutmaßt, es sei „an der Zeit, Afrika verstärkt als vielversprechenden Wirtschaftspartner und Zukunftsmarkt“ (BDI 2014: 4) zu begreifen, unterstreicht Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) die „wachsende Bedeutung Afrikas für Deutschland“ (BMZ 2014b). Generalleutnant Hans-Werner Fritz, Chef des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr, wagt die Prognose, „dass uns Afrika, insbesondere sein Norden und die Mitte, in den nächsten Jahren beschäftigen werden“ (Jungholt 2014).

Zwar sollen in Bundeswehreinheiten rund um die Sahara weniger Soldaten entsendet werden als etwa nach Afghanistan. Aktuelle Einsätze wie in Mali und Somalia zeigen jedoch, dass geringere Einsatzzahlen nicht auf einen niedrigeren Grad der Einmischung schließen lassen. Vielmehr ist davon auszugehen und bereits zu beobachten, dass die Bedeutung Afrikas für deutsche außenpolitische Interessen zunimmt. Allerdings hat das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) militärstrategische Lehren aus dem Krieg in Afghanistan gezogen: Einsätze in afrikanischen Staaten sollen sich erstens von Beginn an durch eine effektive zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ) auszeichnen. Zweitens soll militärische Gewaltanwendung unter Beibehaltung der eigenen Kontrolle „outsourced“ werden – deutsche Soldaten bilden also zunehmend Kräfte „vor Ort“ für den Kampf aus. So werden nicht nur finanzielle und soziale Kosten von Kriegen (auf Seiten der BRD) minimiert, sondern auch längerfristige Verbindungen und Abhängigkeiten geschaffen. Deutschland, so bringt es der vom Planungsstab des Auswärtigen Amtes finanzierte Bericht „Neue Macht – Neue Verantwortung“ auf den Punkt, soll sich nicht mehr nur „auf das Management akuter Krisen“ konzentrieren, sondern auch strategisch und langfristig handeln. „Deutsche Sicherheitspolitik muss beides gleichzeitig können: schnelle Reaktion und lange Sicht.“ (SWP/GMF 2013: 39) Die Bundesregierung strebt zudem an, zu einer Kraft zu avancieren, die nicht mehr nur den USA oder Frankreich als Juniorpartner zur Seite

steht, sondern zunehmend eigenständig politische, militärische und wirtschaftliche Interessen vertritt.

Im Interesse deutscher Wirtschaftsverbände

Die Annahme, es gebe in Afrika große Potenziale für deutsche Unternehmen, ist dem BDI zufolge nicht einfach aus der Luft gegriffen: Ende 2013 führte der Verband eine Umfrage zum wirtschaftlichen Engagement deutscher Unternehmen durch. Die große Mehrheit der Befragten habe angegeben, „ihr Subsahara-Geschäft in den kommenden Jahren auszuweiten“ (BDI 2014: 8). „Aktuell erschließen wir eine Reihe von Ländern“, äußert sich zum Beispiel Volkmar Denner, Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH, „wir wollen in diesem Jahr Vertriebsniederlassungen in sechs afrikanischen Ländern gründen“ (ebd.: 9).

Seit Jahren arbeitet das BMZ in Abstimmung mit Wirtschaftsverbänden daran, Profite deutscher Unternehmen in Afrika auszubauen. Letztere bringen sich so „aktiv in die Afrikapolitik der deutschen Bundesregierung ein“ (ebd.: 4), dass sich die aktuellen Strategiepapiere aus Wirtschaft und Politik zum Teil bis in die Wortwahl ähneln.

Bereits 2008 veröffentlichte etwa die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK 2008) ihre Vorschläge für eine bessere Verzahnung von Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit unter dem Titel „Chancenkontinent Afrika. Plädoyer für eine wirtschaftsfreundliche Afrikastrategie“. „Deutschlands Wohlstand hängt nicht zuletzt vom Erfolg seiner Firmen auf internationalen Märkten ab“, sekundiert der Afrika-Verein der Deutschen Wirtschaft (AV). Die Leiterin Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik beim AV forderte die Bundesregierung daher direkt auf, „alle Möglichkeiten zu nutzen, um Afrikaengagements im Rahmen des bestehenden Instrumentariums in breiterem Umfang abzusichern“ (Helfmann-Hundsack 2014).

Reinhold Festge, Präsident des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagebau (VDMA), sieht diesbezüglich einigen Nachholbedarf: „Afrika vernachlässigen wir komplett. Das soll und muss sich ändern, wenn wir unsere Weltmarktposition halten wollen.“ Zumal die Konkurrenz nicht schlafte: „Aktuell überlassen wir den Chinesen nahezu kampflos das Feld in Afrika. Das ist gefährlich.“ (SAFRI 2013: 1) Mit einem neidvollen Unterton beklagt auch der BDI, dass „chinesische Staatsunternehmen“ bei ihrem von Erfolg gekrönten Afrikageschäft „auf massive politische und finanzielle Unterstützung ihrer Regierungen zurück[greifen]“. (BDI 2014: 8) Der Verband wünscht sich mehr Rückendeckung von der Bundesregierung, die diese gern zu geben bereit ist.

Neue Regierung, neue alte Strategie

An den Afrika-Leitlinien der großen Koalition ist keineswegs alles neu. Auch die christlich-liberale Vorgängerregierung hatte keinen Hehl daraus gemacht, dass die Afrikapolitik – ungeachtet



Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU). Quelle: Gerd Müller über Wikipedia

der floskelartig aufgeführten wohltätigen Ziele – nicht von humanitärem Altruismus, sondern von Vorhaben zur Intensivierung der politischen Einflussnahme und zur Steigerung der Profite deutscher Unternehmen bestimmt wird.

Seit die SPD mit Frank-Walter Steinmeier den deutschen Außenminister stellt, wird jedoch der zivilen und militärischen Interventionspolitik deutlich mehr Nachdruck verliehen. In Afrika soll zukünftig „früh, schnell, entschieden und substanziell“ gehandelt werden (Bundesregierung 2014: 1). Die neuen Regierungsdokumente liefern eine Blaupause für jene Ambitionen, die Bundespräsident Joachim Gauck, Verteidigungsministerin von der Leyen (CDU) und Steinmeier zu Jahresbeginn mit einem Paukenschlag verkündet hatten: Deutschland müsse seine früher vermeintlich kultivierte Zurückhaltung aufgeben, denn es sei, so Steinmeier in seiner Rede anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz, „zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren“ (Steinmeier 2014).

(Vernetzte) Sicherheit für die eigenen Belange

Aus dem Dilemma, dass man Afrika häufig noch als Krisenkontinent verstehe, dieser jedoch gleichzeitig „erhebliche Chancen“ biete und für „Deutschland“ von wachsender Bedeutung sei, leiten Bundesregierung und BMZ strategische Ziele ab. Zu deren Umsetzung wird das entwicklungspolitische Engagement um jährlich 100 Mio. auf insgesamt 1,3 Mrd. € aufgestockt. Afrika ist mit 50 Prozent der bilateralen Mittel des BMZ „Schwerpunktcontinent“ der „Entwicklungszusammenarbeit“ (BMZ 2014: 12).

1. Ökonomische Ziele:

Zu den ökonomischen Zielen gehört die Schaffung größerer Märkte „mit Freizügigkeit von Arbeit und Kapital“ ebenso wie

der Abbau von Handelshemmnissen – kurzum: Es geht um die verbesserte Erschließung „der afrikanischen Märkte für die deutsche Wirtschaft“. (Bundesregierung: 9). Da deren Erfolg auf dem Nachbarkontinent noch in den Kinderschuhen steckt, setzt sich Vater Staat „für eine schrittweise Erweiterung der Hermes-Dekungen für deutsche Unternehmen in Afrika“ ein (BMZ 2014: 1). Eine „nachhaltige Rohstoffpolitik“ soll zudem „die Versorgungssicherheit für die deutsche Wirtschaft“ erhöhen (Bundesregierung 2014: 8).

2. Zivil-militärische Ziele

Die innen- und sicherheitspolitische Kooperation mit Afrika liege laut Bundesregierung „in unserem nationalen Interesse“. Die „Fragilität afrikanischer Staaten“ sowie Krisen und Konflikte, Terrorismus, Piraterie und Fluchtbewegungen träfen „Europa und Deutschland immer unmittelbarer“. Die Afrikanische Union (AU) und einige afrikanische Regionalorganisationen hätten zwar „große Fortschritte bei der Bewältigung von Herausforderungen gemacht“, dafür sei aber nach wie vor internationale Unterstützung notwendig (ebd.: 2-4). Die Bundesregierung setzt dabei im Wesentlichen auf zwei Mittel: auf den Ausbau der ZMZ einerseits und auf Outsourcing staatlicher Gewaltanwendung andererseits.

Für einen „breiten, die Aktivitäten aller Ressorts einbeziehenden umfassenden und vernetzten Ansatz“ stehen „vor Ort in Afrika das Netz der Auslandsvertretungen, der [...] Experten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, der Auslandshandelskammern, der (grenz-)polizeilichen Verbindungsbeamten sowie der Militärberater und militärischen Beratergruppen zur Verfügung“ (ebd. S. 12). Die Verzahnung ziviler und militärischer Mittel soll zudem in Zukunft auch zwischen Deutschland und Frankreich besser abgestimmt werden – ein Paradebeispiel sei das „Engagement“ in der Zentralafrikanischen Republik, zu dem die BRD vorrangig entwicklungspolitisch und Frankreich vorrangig militärisch beitrage.

Das zweite Mittel – Outsourcing der Gewaltanwendung – wird euphemistisch als Unterstützung der Afrikanischen „Friedens- und Sicherheitsarchitektur“ bezeichnet. Das BMZ unterstützt dazu die AU und afrikanische Regionalorganisationen „z.B. beim Aufbau von Ausbildungszentren für Personal in Friedensmissionen und finanziert zudem afrikanische Friedensmissionen über den Europäischen Entwicklungsfonds“ (BMZ 2014: 4). Offener könnte das BMZ die Verausgabung von Entwicklungshilfegeldern für Militärmissionen kaum benennen. Ziel des Ganzen sei die „Übernahme afrikanischer Eigenverantwortung“ und eine „Verbesserung der afrikanischen Kapazitäten für schnelle Einsätze“ (Bundesregierung 2014: 5).

Im Fokus stehen vor allem die sogenannten Sicherheitssektoren (SSR) sowie Staatsaufbau und „gute Regierungsführung“ nach westlichem Vorbild – oder anders ausgedrückt: der Aufbau von Kontroll- und Repressionsorganen, die Regime an der Macht halten, mit deren Hilfe die Interessen des westlichen Kapitals „meist gegen den Willen der eigenen Bevölkerungen“, wie Jonna Schürkes (2011: 1) betont, durchgesetzt werden. Schlüsselfähigkeiten sollen dabei allerdings in deutscher Hand bleiben.

Nach dem Vorbild der Münchner Sicherheitskonferenz ist zur Planung dieser Vorhaben eine „afrikanische Sicherheitskonferenz“ (BMZ 2014: 4) etabliert worden, die zuletzt am 26. und 27. April 2014 in Bahir (Äthiopien) stattfand. Neben Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien verschiedener afrikanischer Staaten nahmen Regionalbeauftragte des deutschen

Auswärtigen Amtes sowie Vertreter der deutschen Botschaft in Addis Abeba und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) teil. Vor Ort ist man sich bewusst, dass man in diesem Austauschprozess nicht erziehungsberechtigt ist: „Die Münchner Sicherheitskonferenz hat ein Kind, auf das sie stolz sein kann – sie hat eine schöne afrikanische Tochter“, zitiert die GIZ den amtierenden Vorsitzenden des ausrichtenden „Tana-Forums“ und ehemaligen nigerianischen Präsidenten Olusegun Obasanjo (GIZ 2014).

Deutsches Engagement in Mali...

An der afrikanischen „Sicherheitsarchitektur“ wirkt die BRD momentan zum Beispiel in Mali mit. Bereits seit Jahren gibt es im malischen Norden EU-Projekte zum Aufbau polizeilicher und militärischer Infrastruktur, die laut Christoph Marischka (2013: 15) „als einer der Auslöser des Aufstandes der von Tuareg dominierten MNLA Anfang 2012 gesehen werden muss, in deren Zug radikale Islamisten ihre Schreckensherrschaft in den Städten des Nordens errichten konnten und Soldaten in der Hauptstadt Bamako putschten“. Die nach dem Putsch auf Frankreichs Geheiß eingesetzte Übergangsregierung forderte unmittelbar eine Militärintervention – für die das französische Militär bereits in den Startlöchern stand.

Deutschland ist an der Interventionspolitik in Mali mit zwei Bundeswehreinheiten beteiligt. Im Rahmen der United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali (MINUSMA) gewährleisten seit Ende Juni 2013 bis zu 150 Soldaten die logistische Unterstützung der französischen Militärintervention „Opération Serval“. „Deutschland hat neben dem Lufttransport (Truppen und Material) auch bei Führungs-, Verbindungs- und Beratungsaufgaben unterstützt. Zudem wurden auch Luftbetankungsfähigkeiten für die beteiligten französischen Kräfte zur Verfügung gestellt. Unser Beitrag war ein erheblicher, jedoch einer von vielen in einem großen Team“, fasst Oberstleutnant Frank Tismer, Kontingentführer des deutschen Einsatzes, zusammen (Bundeswehr 2014a).

Seit Februar 2013 beteiligt sich die Bundeswehr zudem mit bis zu 250 Soldaten der European Union Training Mission in Mali (EUTM-Mali). Der Einsatzbeschreibung zufolge ist beabsichtigt, das malische Militär zu befähigen, das Land in eigener Verantwortung wieder zu stabilisieren.

Die militärische Kontrolle der Region rund um Mali spielt vor allem für die ehemalige Kolonialmacht Frankreich eine Rolle, u.a. weil der französische Staatskonzern Areva hier eines der größten Uranbergwerke der Welt betreibt. Das Interesse der Bundesrepublik ist vorrangig politischer Natur. Die Einsätze spiegeln erstens die Absicht wider, der deutschen politischen und wirtschaftlichen Vorherrschaft in der EU auch militärisch Ausdruck zu verleihen. Zweitens versucht gleichzeitig die aktuelle Bundesregierung, gegenüber Frankreich durch eine offene Beteiligung an Interventionen militärisch und politisch an Stärke zu gewinnen. Diese neue Strategie ist nicht erfolglos, wie ein Statement des malischen Präsidenten Keita während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Kanzlerin Merkel zeigt: Deutschland sei heute für ihn „auf internationaler Ebene das wichtigste Partnerland“ (Bundesregierung 2013).

Direkte deutsche Kapitalinteressen spielen in Mali zwar derzeit keine große Rolle, doch „die große regionale Sprengkraft der Auseinandersetzung [...] bedroht die Stabilität und das Wachstum der Nachbarländer [...] sowie den Wachstumsmarkt Nigeria“, gibt der AV zu bedenken (AV 2013). Auch die Bundeswehr selbst hat



Übernahme der African-led International Support Mission in Mali (AFISMA) durch die UN Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali (MINUSMA). Quelle UN Photo/Blagoje Grujic

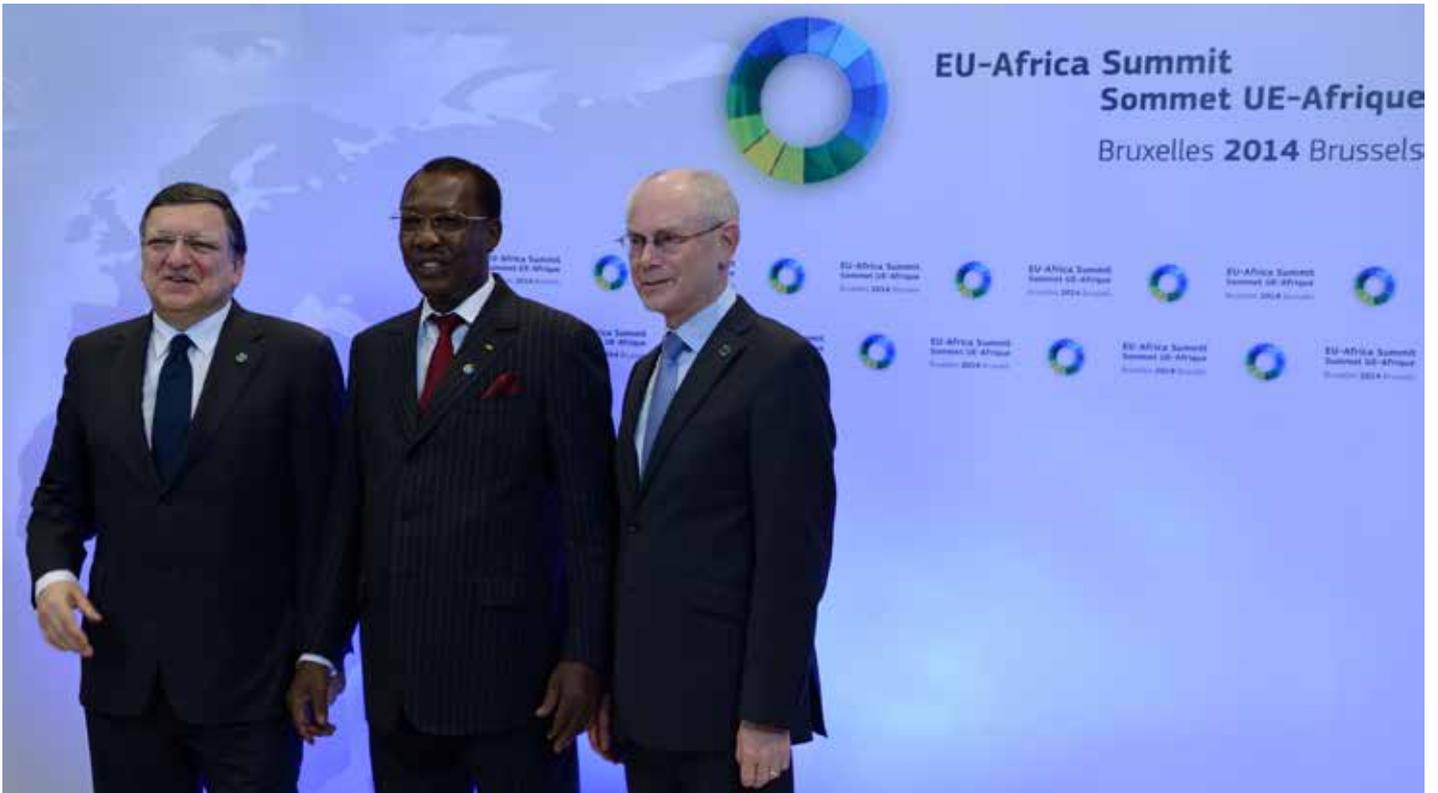
ein Interesse an dem Einsatz: Sie kann in Mali für Militäroperationen in aller Welt – auch in Wüstenregionen – trainieren.

...und am Horn von Afrika

In Somalia trainiert die Bundeswehr ebenfalls Soldaten. Diese sollen eine vom Westen gestützte, aber im eigenen Land machtlose Regierung absichern und Konflikte und Piraterie eindämmen, die es ohne westlich-neoliberale Verarmungspolitik und militärische Einmischung gar nicht erst gegeben hätte.

Im April 2014 wurde die Wiederaufnahme der Ende 2013 ausgesetzten Beteiligung an der Mission EUTM-Somalia vom Bundestag mandatiert. Bis zu 20 deutsche Soldaten bilden im nun von Uganda ins somalische Mogadischu verlegten „Jazeera Training Camp“ somalische Streitkräfte in Minen- und Explosionskörperabwehr, Sanitäts- und Fernmeldewesen und vor allem im Kampf in bebautem Gelände aus. Zu dieser Ausbildungsebene, die das BMVg „Mentor the Tactical Level“ nennt, gehört auch die Weiterbildung von Militärpolizisten und Soldaten in Zivil-Militärischer Zusammenarbeit. Auf der zweiten Ebene, dem, „Advising the Strategic Level“, werden auf höchster Ebene der Verteidigungsminister und der im Aufbau befindliche Generalstab mit dem sogenannten „Mentoring, Advisory and Training Element (MATE)“ beraten und unterstützt (BMVg 2014).

Im Sinne der Vernetzten Sicherheit ergänze, so das BMVg, die Ausbildungsmission ein breites Spektrum von Maßnahmen „zur Stabilisierung Somalias“. Dazu gehört neben dem „EU-Kommissionsprogramm zur Förderung der regionalen Sicherheit im Seeverkehr (MASE)“ der Anti-Piraterie-Einsatz Atalanta und die zivil-militärische Ausbildungsmission EUCAP Nestor (ebd.), an der die Bundesrepublik seit August 2012 mit bis zu fünf Beamten der Bundespolizei/Länderpolizeien, fünf Bundeswehrsoldaten, „zivilen Experten“ und Stabspersonal beteiligt ist. Ziel der



Auch die EU wendet sich verstärkt dem „Chancenkontinent Afrika“ zu. Herman van Rompuy (damals EU-Präsident), Idriss Déby (Präsident des Tschad) und José Manuel Barroso (damals EU-Kommissionspräsident) beim EU-Afrika-Gipfel im April 2014. Quelle: Europäische Union

Mission ist zweierlei: Zum einen werden die Küstenwachen Dschibutis, Kenias, Tansanias, der Seychellen und der somalischen Regionen Somaliland, Puntland und Galmudig ausgebildet und ausgerüstet (und damit Sezessionsbestrebungen in Somalia befeuert). Zum anderen sollen die Ausbildungsteilnehmer die Fähigkeit erlangen, Piraten vor Ort eigenständig zu inhaftieren und zu verurteilen – nach Einschätzung von Jonna Schürkes nicht zuletzt, um Aufmerksamkeit erregende „Piratenprozesse“ zukünftig zu vermeiden, wie jenen, der im Jahr 2012 in Hamburg stattfand (Schürkes 2012).

Neben dem Schutz der Handelswege vor dem Horn von Afrika und der Vermeidung kostspieliger eigener Interventionen an Land geht es auch in Somalia darum, militärische Strategien zu testen. Die deutsche Beteiligung mit Soldaten in zivilen Missionen der EU sei Neuland, so Oberstleutnant Saalow, der acht Monate lang Chef des Stabes von EUCAP Nestor war. Das System Bundeswehr müsse „mit dieser Sonderform der Entsendung von Soldaten noch Erfahrung sammeln“ (Bundeswehr 2014b).

Mit allen Mitteln gen Süden

Die Gründe für den verstärkten außenpolitischen Fokus der Bundesregierung auf Afrika sind vielfältig (und je nach Land spezifisch). Der aktuellen Afrika-Strategie von CDU und SPD ist zu entnehmen, dass das geostrategische Interesse u.a. aus der vermehrten Einflussnahme verschiedener Akteure auf dem Kontinent rührt, gegen die Deutschland teils als Juniorpartner der USA oder Frankreichs, teils als aufstrebende Kraft in der EU die eigene Position zu stärken gedenkt. Der „auffälligste Akteur“, China, sei laut Bundesregierung „bekannt für Konzentration auf Rohstoffbezug, Nutzung von Agrarland und auf Absatzmärkte für die eigene Produktion“ (Bundesregierung 2014: 3) und zeige sich zunehmend interessiert an längerfristigen Investitionen.

Aber auch Indien, die Türkei, Brasilien, Japan und sogar die USA werden als Konkurrenten ausgemacht.

Grundsätzlich geht es den außenpolitisch zuständigen Ressorts darum, die wirtschaftliche, machtpolitische und militärische Rolle der EU und speziell Deutschlands in Afrika zu stärken und darauf ausgerichtet langfristige Strategien zu entwickeln. Aus dem Krieg in Afghanistan wurde die Lehre gezogen, dass direkte militärische Kontrolle nicht zwangsläufig zum gewünschten Ergebnis führt und eine solche Strategie daher mehr beinhalten muss als die Fähigkeit, „Hit and Run“-Kriege zu führen. Bundeswehreinsetze wie in Mali oder Somalia zeigen, dass es der Bundesregierung ergo darum geht, unter Einsatz möglichst weniger eigener Soldaten eine kontinuierlich stabile Einflussnahme zu konstituieren – und zwar unter Rückgriff auf alle außenpolitischen Mittel, die dafür nutzbar gemacht werden können.

Dass also heute in größerem Maße auf ZMZ und polizeiliche und militärische Ausbildungsmissionen gesetzt wird, ist aus friedenspolitischer Sicht kein Fortschritt. Diese Politik bringt nicht nur mit sich, dass Gelder der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt direkten imperialistischen Interessen unterstellt werden und zu einer großflächigen Militarisierung ganzer Regionen beitragen, sondern auch, dass bürgerliche Freiheiten in den Empfängerstaaten zunehmend unter Druck geraten. Selbst die Friedrich-Ebert-Stiftung konstatiert, dass „die Priorisierung sicherheitspolitischer Ziele [...] in vielen Staaten der Region die Zunahme von Repression (durch Gesetze) und die Stärkung der Sicherheitsapparate“ mit sich gebracht habe (Tull 2014: 3). Die Spielräume etwa für kritische Aktivisten oder Medien würden dadurch vielerorts kleiner. Auch hiesige Linke werden mit dem neuen Imperialismus der BRD vor neue Aufgaben gestellt – sie müssen mit einer Politik umgehen, die vermeintlich auf Chancen nicht nur für Deutschland, sondern auch für Afrika ausgerichtet ist, zivile Mittel bevorzugt, zu unmittelbarer militärischer Gewalt



Die mit westlicher Entwicklungshilfe finanzierte African Standby Force soll künftig häufiger – im Sinne westlicher Interessen – zum Einsatz kommen.
Foto: U.S. Air Force / Staff Sgt. Samuel Rogers

angeblich nur im äußersten Notfall greift und sich damit leichter legitimieren lässt als offen geführter Krieg. Imperialismus muss jedoch in all seinen Erscheinungsformen – dazu gehört zunehmend auch die „Entwicklungszusammenarbeit“ – analysiert und bekämpft werden.

Literatur

- AV (2013): Hintergrundgespräch – Mali und Sahel-Region. <http://www.afrikaverein.de/>
- BDI (2014): BDI-Strategie Subsahara-Afrika. Chancenkontinent Afrika. BDI-Publikations-Nr. 0011. Berlin.
- BMVg (2014): Deutsche Beteiligung an EU-Ausbildungsmission für Somalia: Bundestag beschließt Fortsetzung. Online: <http://www.bmv.g.de/>
- BMZ (2014a): Die neue Afrika-Politik des BMZ – Afrika auf dem Weg vom Krisen- zum Chancenkontinent. Berlin.
- BMZ (2014b): Wachsende Bedeutung Afrikas. Bundeskabinett verabschiedet neue Afrika-Leitlinien. Online: <http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/>
- Bundesregierung (2013): Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel und dem Präsidenten der Republik Mali, Keita, am 11. Dezember 2013. Online: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2013/12/2013-12-11-mali.html>
- Bundesregierung (2014): Afrikapolitische Leitlinien der Bundesregierung. Berlin.
- Bundeswehr (2014a): Interview zu MINUSMA: „Deutschland hat einen erheblichen Beitrag geleistet“. Online: <http://www.einsatz.bundeswehr.de/>
- Bundeswehr (2014b): Interview: „EUCAP Nestor ist auf dem richtigen Weg“. Online: <http://www.einsatz.bundeswehr.de/>
- DIHK (2008): Chancenkontinent Afrika – Plädoyer für eine wirtschaftsfreundliche deutsche Afrikastrategie. Berlin.
- GIZ (2014): GIZ unterstützt Sicherheitskonferenz in Afrika. Online: <http://www.giz.de/de/mediathek/23593.html>
- Helfmann-Hundsack, Judith (2014): Heimischer Mittelstand braucht mehr Unterstützung. Online: <http://www.econoafrika.com/kolumnen/heimischer-mittelstand-braucht-mehr-unterstuetzung/>
- Jungholt, Thorsten (2014): Krieg statt Kitas. Die Welt, 20.01.2014.
- Marischka, Christoph (2013): Wie der Terrorismus nach Westafrika kam. In: Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V., Ausdruck 02/2013, S. 15-16.
- SAFRI (2013): Deutsche Maschinenbauer schauen nach Afrika. In: SAFRI news 4/3013.
- Schürkes, Jonna (2011): Staaten bauen heißt die Bevölkerung kontrollieren. Sicherheitssektorreform als Kontroll- und Besatzungstechnik. IMI-Studie 07/2011.
- Schürkes, Jonna (2012): Im Interesse des Nordens. Die Atalanta-Mission führt zur Ausweitung des Kriegs am Horn von Afrika. In: Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V., Ausdruck 04/2012, S. 7.
- Steinmeier, Frank-Walter (2014): Rede anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz. Online: <http://www.auswaertiges-amt.de/>
- SWP/GMF (2013): Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch. Berlin.
- Tull, Denis (2014): Deutsche Afrikapolitik. Ein Beitrag zu einer überfälligen Debatte. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Berlin.

Celler Trialog

Ideologieproduktion und Elitenkonsens als Wegbereiter der Großmacht

von Martin Kirsch

Die Sicherheitskonferenz 2014 in München war geprägt von Gauck, Steinmeier und von der Leyen, die nicht müde wurden, die Verantwortung Deutschlands, sprich die Aufhebung der vermeintlichen militärischen Zurückhaltung, zu betonen. Dabei halten sie sich teilweise fast wörtlich an das Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“¹, das im Vorjahr in einem Diskussionskreis zur Findung eines neuen außenpolitischen Elitenkonsens formuliert wurde. Dieser Schritt in Richtung Großmacht bleibt allerdings eine hohle Phrase, wenn er nur auf der großen außenpolitischen Bühne verkündet wird. Ohne einen größtmöglichen Konsens und eine ideologische Offensive nach innen lässt sich diese Politik nicht lange durchhalten. Die kleinen Schritte zur Verkündung des eigenen Großmachtsanspruches – verkleidet in der Vokabel der Verantwortung – sind allerdings schon seit Jahren Thema auf kleineren Konferenzen und in Diskussionsforen, sowie im Bereich der Think Tanks.

Der Celler Trialog ist eine dieser wenig bekannten, aber deswegen nicht weniger bedeutenden Plattformen, auf denen vor allem der militärische Teil der deutschen Außenpolitik im ausgewählten Kreis verhandelt und weiterentwickelt wird. Mit dem Selbstverständnis als „Diskussionsforum für Außen- und Sicherheitspolitik“ treffen sich seit 2007 SpitzenvertreterInnen des Dreiklangs Militär, Politik und Wirtschaft in der beschaulichen norddeutschen Provinzstadt Celle.

Der 2008 verabschiedete Celler Appell nimmt dabei Teile der neuen Selbstdefinition als Großmacht sowie die Besinnung auf harte, vor allem wirtschaftliche, Interessen vorweg. Bereits 2008, im zweiten Jahr des Trialogs, wurde die Veranstaltung als „nationales Pendant zur Sicherheitskonferenz“ gehandelt. Im Gegensatz zur großen Schwester in München findet der Celler Trialog allerdings weitestgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Während bei der Sicherheitskonferenz die Reden und Podiumsdiskussionen im Fernsehen übertragen und in Sonderausgaben großer Tageszeitungen abgedruckt werden, gibt es zum Trialog in Celle nur dürftige Pressekonferenzen und vereinzelte Redemanuskripte, die an die Öffentlichkeit gelangen. Selbst die Liste der TeilnehmerInnen ist für Außenstehende nicht einsehbar. So hielten sich die überregionalen Medien in der Berichterstattung über den Celler Trialog bis jetzt auch gepflegt zurück.

Initiiert wurde das Treffen im Jahr 2007 von Klaus-Peter Müller, dem Vorstandsvorsitzenden der Commerzbank und der 1. Panzerdivision des Heeres, die sich in diesem Rahmen allerdings als Vertretung des Verteidigungsministeriums und damit als militärische und politische Kraft versteht.

Trotz der Relevanz des Trialogs in den Jahren 2007 bis 2009 wurde die Veranstaltung 2010, im Zuge der Unstimmigkeiten über die laufende Bundeswehrreform, ausgesetzt. Nach dreijähriger Pause fasste sich allerdings der Celler Bundestagsabgeordnete Henning Otte ein Herz und belebte den Celler Trialog 2013 wieder. Dieser Beitrag versucht Diskussionen, Anstöße und Akteure des Trialogs – soweit bekannt – zu benennen und Relevanz und Entwicklung des Trialogs unter wechselnden Vorzeichen zu bewerten.

Der erste Anlauf – 2007 bis 2009

Über den ersten Celler Trialog im Mai 2007 wurde in der Öffentlichkeit nicht viel bekannt. Er wurde wie in den Folgejahren von der Commerzbank, vertreten durch Klaus-Peter Müller und der 1. Panzerdivision, vertreten durch den Kommandeur General Langheld (ab 2008 General Kneip), ausgerichtet. Die Schirmherrschaft für diesen Zeitraum übernahm der damalige Ministerpräsident von Niedersachsen, Christian Wulff. Unter den rund 80 Teilnehmern² befanden sich der Generalinspekteur des Heeres, Hans-Otto Budde, der damalige außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion Eckart von Klæden sowie der ehemalige BND-Chef und Staatssekretär im Innenministerium, August Hanning. Gemeinsam diskutierten sie vor allem über die öffentliche Vermittlung von Themen der Außen- und Verteidigungspolitik, die Unterfinanzierung der Bundeswehr, Islamismus als Bedrohung und die Privatisierung von Teilaufgaben der Streitkräfte unter dem Stichwort „Public Privat Partnership“.

Im Juni 2008 lockte das Motto des Trialogs „Wirtschaft und Politik an der Seite der Bundeswehr“ bereits rund 120 Teilnehmer nach Celle.³ Unter den Vortragenden und Diskutanten fanden sich unter anderen Verteidigungsminister Jung, Generalinspekteur Schneiderhan, der Vize-Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Hans-Ulrich Klose und der Chefredakteur und Herausgeber der Fachzeitschrift *Griphan Global Security*. Zentrales Thema der Zusammenkunft war die „Vernetzte Sicherheit“ und damit einhergehend die Gestaltung der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ).

Commerzbankoffizier Müller begründet seine Forderung nach einem vertieften Schulterchluss zwischen Wirtschaft und Bundeswehr wie folgt:

„In einer vernetzten, globalisierten Welt ist politische und wirtschaftliche Stabilität ein wertvoller und wichtiger Wirtschaftsfaktor, der uns nicht preisgünstig zur Verfügung gestellt wird und den man nicht dauerhaft zu Lasten Dritter in Anspruch nehmen kann.“⁴

Damit versuchte er, den angetretenen Wirtschaftsvertretern ihre Verantwortung für die Unterstützung der Bundeswehr schmackhaft zu machen.

Dass er dabei keinesfalls den Eigennutz außer Acht lässt, macht Müller mehr als deutlich. So berichtet Müller, dass „im Rahmen der militärisch-zivilen Zusammenarbeit einer unserer Mitarbeiter im Range eines Majors d.R. einer von drei Offizieren des Kreis-Verbindungskommandos Frankfurt“ sei.⁵ Die Verbindungskommandos der Bundeswehr sind im Rahmen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit für die lokale Koordination von Bundeswehreinsetzungen im Inneren zuständig und die Commerzbank hat somit im Fall der Fälle einen Fuß in der Tür. Um den Schulterchluss der Politik mit der Bundeswehr blumig zum Besten zu geben, war sich der spätere Bundespräsident Wulff für folgenden Satz nicht zu schade: „Dies Land [Niedersachsen] ist ein ‚Bundeswehrland‘. Wir sehen die Bundeswehr als Friedensinitiative“.

Das Rahmenprogramm bildete ein Dinner im Celler Schloss mit anschließender Serenade des Heeresmusikkorps am Abend des



Blick auf die Altstadt, Foto: Pschemp, CC über Wikipedia

ersten Tages. Am Nachmittag des zweiten Tages ging es auf den Truppenübungsplatz Munster, wo die 1. Panzerdivision in einem Übungsszenario zur Bekämpfung von Demonstrationen und Unruhen (Crowd and Riot Control) und einem Probeschießen mit dem G36-Sturmgewehr für die feinen Herren ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen durfte.⁶ Begleitet wurde der Dialog von einer kleinen Kundgebung vor dem Tagungsort Congressunion, die gegen die Kriegskonferenz protestierte.

Der „Celler Appell“ ist das Abschlussdokument der Konferenz in 2008.⁷ Darin wird sich geschlossen hinter das Konzept der Vernetzten Sicherheit gestellt. Bereits im ersten Absatz spielt die gestiegene Verantwortung Deutschlands in der Welt eine zentrale Rolle. So werden dann auch knallharte Interessen formuliert. Es heißt zum Beispiel: „als rohstoffarmes, exportorientiertes Land ist Deutschland auf Stabilität und Sicherheit angewiesen.“. Um diese Interessen auch nach innen vertreten zu können, soll das „Verständnis für Auslandseinsätze der Bundeswehr“ in der Gesellschaft verbreitert werden.

Über den allgemeinen Text hinaus enthält der Appell drei konkrete Maßnahmen:

- 1) Auf dem Celler Dialog, als jährliches nationales Forum, sollten eine „Bestandsaufnahme vorgenommen und weitere Schritte beschlossen werden.“
- 2) Ziel sei die „Förderung der Reservisten in Industrie und Wirtschaft“, sowie die „Intensivierung der zivil-militärisch Zusammenarbeit“.
- 3) Eine Stärkung des „sicherheitspolitische[n] Dialog[s] auch in Forschung und Lehre“, solle vor allem an den Hochschulen, „z.B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren“ vorangetrieben werden.

Das durchaus noch immer lesenswerte Abschlussdokument enthält, komprimiert auf zwei Seiten, entscheidende Weichenstellungen für die Bundeswehrreform, die Positionierung Deutschlands als Großmacht auch im Bereich der militarisierten Außenpolitik

Warum in einer norddeutschen Provinzstadt?

Celle, der Austragungsort des Dialogs, liegt in Niedersachsen nordöstlich von Hannover und ist eine traditionelle Hochburg der Verteidigungspolitik sowie der Rüstungsindustrie. Neben dem Ex-Verteidigungsminister Struck und weiteren Persönlichkeiten kommt auch der aktuelle verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte, aus der Region.

Als größter Standort der Rüstungsindustrie befindet sich – neben anderen – das selbsternannte „Herzstück“ des Rheinmetall-Konzerns im Landkreis. Bei Unterlüß, nördlich von Celle, macht sich mit 50 Quadratkilometern Ausdehnung das größte private Testgelände für Waffen und Munition in Europa breit.¹ In den angeschlossenen Produktionsstätten werden u.a. die Panzerhaubitze 2000, der Schützenpanzer Puma und die Glattohrkanonen des Leopard 2 Kampfpanzers hergestellt.

Zentrale Standorte der Bundeswehr in der Region sind das Transporthubschrauberregiment 10 der Heeresflieger in Fassberg als Teil der Division Schnelle Kräfte und der NATO-Truppenübungsplatz Bergen. Bergen-Hohne ist die größte militärische Übungsfläche der NATO in Europa.² Die Kasernen von Bergen-Hohne liegen dabei Tür an Tür mit der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Trotz schwindender Präsenz aktiver Truppenteile der Bundeswehr und der britischen Armee ist die konservativ geprägte Lokalpolitik stolz auf die Geschichte Celles als Garnisonsstadt.

Anmerkungen

- 1 „Erprobungszentrum Unterlüß“, rheinmetall-defence.de.
- 2 Reinhard Rohde: Celler Dialog – Analyse einer jährlichen Tagung des militärisch-industriellen Komplexes, Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen, 2009

und das weitere Eindringen eines kriegsbefürwortenden Sicherheitsdiskurses in breite Teile der Gesellschaft.

Für die dritte Auflage der „kleinen Sicherheitskonferenz“ 2009 kamen rund 160 Teilnehmer nach Celle. Damit verdoppelte sich die Besucherzahl innerhalb der ersten drei Jahre. Die Themenpalette reichte von der viel diskutierten Transformation der Bundeswehr über die Dauerbrenner Vernetzte Sicherheit, Zivil-Militärische Zusammenarbeit und Public Privat Partnership bis zur Diskussion über die Scharnierfunktion der Reserve zwischen Bundeswehr und Wirtschaft.

Aus dem Bereich Politik gaben sich Verteidigungsminister Jung, Innenminister Schäuble und diverse Bundestagsmitglieder sowie Mitarbeiter verschiedener Ministerien die Ehre. Die deutsche Wirtschaft war u.a. durch den BDI-Präsidenten Keitel und DIHK-Präsident Driftmann vertreten. Dazu kamen Strategen wie der Ex-NATO-General Naumann, der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz Ischinger und diverse Generäle der Bundeswehr.⁸

Während der BDI-Präsident den Rahmen des Dialogs nutzte, um eine Lockerung von Exportbeschränkungen für die Rüstungsindustrie zu fordern, stellte Jung in seiner Rede, die Bedeutung des Dialogs heraus. Laut Verteidigungsminister lebt der Dialog „von einer praktischen Umsetzung der Ideen, die wir gemeinsam auf dem Treffen hier in Celle entwickeln.“

1. Panzerdivision des Heeres

Die 1. Panzerdivision führt von ihrem Stabssitz in Hannover aus rund 18.500 SoldatInnen, die im gesamten Bundesgebiet stationiert sind. Als „Division Eingreifkräfte“ stellt sie einen großen Teil der Eingreifkräfte des Heeres. Teileinheiten der EU-Battlegroups, der NATO-Quick-Reaction-Force und des deutschen Anteils der Allied Command Rapid Reaction Corps kommen aus den Reihen der 1. Panzerdivision. „Die Division ist vor Allem für einen Einsatz hoher Intensität gegen einen vorwiegend militärisch organisierten Gegner optimiert.“¹ Entsprechend dieser Selbstdarstellung wird die 1. Panzerdivision auch als „Speerspitze der Heeres“ bezeichnet.

Als Leitdivision für alle Auslandseinsätze des Heeres in 2011 und 2012 stellte sie den Großteil der SoldatInnen des Heeres für den eskalierenden Krieg in Afghanistan.

Bereits 2008 stellte sie die erste Quick Reaction Force der Bundeswehr in Afghanistan. Während des G8-Gipfels 2007 wurden aus Hannover kommandierte Spähpanzer zur Überwachung der Proteste eingesetzt.

Generalmajor Markus Kneip war ab 2008 Kommandeur der 1. Panzerdivision und übernahm somit die Ausrichtung des Dialogs von seinem Vorgänger Langheld. 2011/12 war er als Regionalkommandeur Nord der ISAF in Afghanistan tätig. Seit 2013, mittlerweile zum Generalleutnant aufgestiegen, bekleidet er den Posten des Abteilungsleiters für Strategie und Einsatz im Verteidigungsministerium. In dieser Position ist er direkter Berater der Verteidigungsministerin und begleitet sie bei allen Besuchen auf Truppenübungsplätzen und im Ausland. Kneip ist zentraler Teil der von Tagesspiegel und ARD-Magazin FAKT beschriebene „Afghanistan-Connection“², einer Clique von Afghanistan-Offizieren, die zunehmend Spitzenpositionen in der Bundeswehr und im Verteidigungsministerium übernehmen und sich, zusammengeschweißt durch die gemeinsame Kriegserfahrung, gegenseitig Posten zuschieben, um die Bundeswehr nach ihren Vorstellungen zu gestalten. In diesem Zusammenhang wird Kneip als zukünftiger Generalinspekteur gehandelt.

Anmerkungen

- 1 „Selbstdarstellung 1. Panzerdivision“, deutschesheer.de, Stand 2009.
- 2 „afghanistan-connection.de“.

Auch wenn das Jahr 2009 bis jetzt eindeutig als Höhepunkt des Dialogs bezeichnet werden kann, war in überregionalen Medien wie in den Vorjahren kaum Berichterstattung zu finden.

Nachdem der Dialog durch die Berichterstattung in einer Lokalzeitung überhaupt den Weg in die Öffentlichkeit gefunden hatte, wurden 2009 jedoch erstmals größere Proteste organisiert. Das „Bündnis gegen den Celler Dialog, Militarismus und Krieg“ schaffte eine überregionale Mobilisierung zu einer Aktionswoche mit Demonstration am Samstag vor der Konferenz mit 150 TeilnehmerInnen, diversen Veranstaltungen während der Woche und einer Kundgebung sowie vereinzelt Störaktionen am ersten Tag des Dialogs.

Kieler Dialog fällt ins Wasser

Bereits zum Ende des Dialogs 2009 wurde bekannt gemacht, dass die Konferenz im nächsten Jahr unter Mitwirkung der



Foto: Michael Schulze von Glasser

Marine in Kiel stattfinden solle. Grund dafür war die anstehende Einsatzvorbereitung der 1. Panzerdivision, die für 2011/12 als Leitdivision der Auslandseinsätze auserkoren war und damit keine Kapazitäten zur Planung und Durchführung des Dialogs hatte, weil sie sich auf ihr kriegerisches Kerngeschäft konzentrieren musste.

Für das Motto des Dialog 2010 in Schloss Salzac bei Kiel hatte die Marine sich ein passendes Thema gesetzt: „Handel und Wandel – Maritime Herausforderungen und nationale Interessen“.⁹

Damit war klar, dass die seit Dezember 2008 laufende EU-Mission Atalanta zur „Piratenjagd“ am Horn von Afrika, sowie die öffentliche Debatte über Piraterie und Sicherheit der Seewege den Kern der Diskussion ausmachen sollte. Als Rahmenprogramm war bereits eine Leistungsschau der Marine auf See angedacht.

Auch die Protestvorbereitungen schiefen nicht. Eine breite antimilitaristische Mobilisierung zu Protesten in Salzac und Kiel war bereits im Gange. Doch Ende Juni wurde der für September geplante Dialog vom Verteidigungsministerium plötzlich abgesagt. Offizielle Begründung war der radikale Sparzwang im Verteidigungshaushalt, was bei einer Tagung dieser Tragweite und Kosten von 22.000€ für das Verteidigungsministerium in 2009¹⁰ eher lächerlich erscheint. Wahrscheinlicher ist, dass die Entscheidungsträger in Ministerium und Bundeswehr zu diesem Zeitpunkt die Auseinandersetzung über den engsten Kreis hinaus scheuten. Die Transformation war in vollem Gange und über die Aussetzung der Wehrpflicht, Truppenreduzierung und Standortschließungen, über die heftig debattiert wurde, war noch nicht entschieden.

Wieder in Celle – Der Dialog seit 2013

Aus Reihen des BDI gab es bereits 2012 die Forderung nach einer Wiederaufnahme des Celler Dialogs, um offene Fragen

Commerzbank AG

Die Commerzbank AG ist das zweitgrößte deutsche Kreditinstitut nach der Deutschen Bank. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde die Commerzbank 2009 teilverstaatlicht, um sie vor dem Zusammenbruch zu retten. Im Rahmen eines internationalen Bankensyndikats vergibt die Commerzbank Kredite an den US-Rüstungskonzern Alliant Techsystems, der unter anderem Landminen, Splitterbomben und Uranmunition herstellt.¹

Treibende Kraft innerhalb der Commerzbank ist Klaus-Peter Müller. Er war von 2001 bis 2008 Vorstandsvorsitzender und bekleidet seit 2008 den Vorsitz des Aufsichtsrates. Zudem betätigte sich Müller von 2005 bis 2009 auf dem Posten des Präsidenten des Bundesverbandes Deutscher Banken als oberster deutscher Bankenlobbyist.

Müller ist Offizier der Reserve und organisierte ab 2004 die Tagung „Die Wirtschaft an der Seite der Bundeswehr“, eine Kooperation von Commerzbank und dem Heeresamt. Das brachte ihm 2005 das Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold für sein „Engagement für vertiefte Beziehungen zwischen Führungskräften der Bundeswehr und der Wirtschaft“ ein.

Anmerkung

1 Rohde 2009.

Henning Otte

Der Reserveoffizier Otte ist seit 2005 Bundestagesmitglied der CDU aus dem Wahlkreis Celle-Uelzen. Als Verteidigungspolitischer Sprecher der Unionsfraktion ist er Mitglied des Verteidigungsausschusses und stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, sowie Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der Nato.

Sein Wirken als Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik und als Vorstandsmitglied im Förderkreis Deutsches Heer verschwieg Otte dem Bundestag und der Öffentlichkeit bis 2014. Erst bohrende Nachfragen von Journalisten hatten ihn genötigt, seine Nebentätigkeiten offen zu legen.¹ Ottes Ambitionen auf den Posten des Verteidigungsministers nachgesagt.

Anmerkung

1 „Gut Gerüstet“, freitag.de

Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik

Die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. (DWT) wurde 1957 im Zuge einer Initiative der Rüstungsabteilung des jungen Verteidigungsministeriums gegründet. Die DWT betreibt Büros in Bonn und Berlin sowie eine Vertretung in Brüssel.¹

Rund 880 persönliche Mitglieder – Militärs, Rüstungsmanager, Bundestagsmitglieder von CDU, CSU, SPD und FDP – bilden ein Netzwerk und damit die Basis des Vereins. Finanziert wird das Vorhaben von rund 260 Fördermitgliedern, darunter v.a. Unternehmen der Rüstungsbranche und weiterer Industriezweige sowie Beratungsfirmen.

Die DWT versteht sich als Teil der sicherheitspolitischen Community in BRD, EU und NATO und hat laut Satzung das Ziel, die „Kenntnis über zentrale Themen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ sowie die „Wehr- und Sicherheitstechnik und Verteidigungswirtschaft“ zu fördern.² Neben dem Celler Trialog organisiert die DWT auch die „Urban Operations Conference“ in Berlin, auf der über den zukünftigen Krieg in den Städten diskutiert und entsprechendes Kriegsmaterial messeähnlich präsentiert wird.³

Laut Lobbycontrol ist die DWT ein „von der Rüstungsindustrie dominierter Verein, in dem deren Vertreter und Bundestagsabgeordnete sowie Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums Fragen der Rüstungspolitik und Wehrtechnik erörtern. Dies erlaubt der Rüstungsindustrie, bereits im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungsprozesse informell Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen.“ Daraus entsteht „die Gefahr, dass rüstungspolitische und wehrtechnische Entscheidungen [...] in intransparente Gesprächsrunden verlagert werden.“⁴

Anmerkungen

1 „DWT im Profil“, dwt-sgw.de.

2 Ebd.

3 urban-operations-conference.com.

4 „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik“, lobbypedia.de.

zwischen Wirtschaft und Politik im Bereich Verteidigung und Rüstung zu diskutieren. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich Minister de Maizière mit eher polterigen Vorstößen zur bevorzugten Einstellung von ehemaligen Soldaten in der freien Wirtschaft und der Freistellung von ReservistInnen für die Nationale Sicherheit hervorgerufen.

2013 fasste sich also der Celler Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) ein Herz und belebte den Celler Trialog wieder. Abgesehen von Namen und Tagungsort wurde der Rahmen allerdings von Grund auf neu gesteckt. Einladende waren nicht mehr Commerzbank und ein auserwählter Verband der Bundeswehr, sondern Henning Otte persönlich. Dafür kooperierte er mit der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik und der ihr angegliederten Studiengesellschaft. Die Liste der zusätzlich gewonnenen Unterstützer liest sich wie ein Who-is-Who der deutschen Rüstungsindustrie, aufgepeppt mit bundeswehrrahmen Verbänden, der DHL und kleineren Industriepartnern.¹¹

Eingeladen von Henning Otte und der DWT trafen sich im Mai 2013 unter dem Motto: „Politik – Bundeswehr – Wirtschaft: Kooperation oder Konkurrenz?“ 153 TeilnehmerInnen zum Trialog in Celle, darunter erstmals zehn Frauen. Rund die Hälfte der Anwesenden kamen aus den Wirtschaftsbereichen Rüstung, Sicherheit und Kommunikation. Zentrale Akteure waren Verteidigungsminister de Maizière, Generalinspekteur Wieker, Staatssekretär im Verteidigungsministerium Beemelmann, der Vorsitzende des Bundeswehrverbands Kirsch, der Ehrenpräsident des DIHK Driftmann, sowie diverse Spitzenmanager der Rüstungsindustrie.¹²

Entsprechend dem Motto der Veranstaltung wurde vorwiegend über den demographischen Wandel und Fachkräftemangel in den Bereichen Bundeswehr und Verteidigungswirtschaft debattiert.

Die Rede von de Maizière zur Neuausrichtung der Bundeswehr bezog sich vor allem auf den Bereich Personalwesen, sprich die Gewinnung, Aus- und Weiterbildung von SoldatInnen und die



Foto: Indymedia

Vermittlung von ausscheidenden ZeitsoldatInnen in die Wirtschaft. Die unkompliziertere Freistellung von ReservistInnen für die Nationale Sicherheit war eine zentrale Forderung de Maizières an die anwesenden Wirtschaftsvertreter. In vermeintlicher Einigkeit sprach de Maizière von einem „Kreislauf der Talente“¹³, während Rheinmetall-Vorstand Papperger forderte: „Der Austausch des Personals muss erleichtert werden.“ In diesem Rahmen übte er auch Kritik an der verordneten Karenzzeit von ehemaligen Generälen vor einem Wechsel in verteidigungsrelevante Wirtschaftszweige. Weiteres Steckenpferd der Rüstungsindustrie war die Forderung nach Erleichterung von Rüstungsexporten zum Schutz von Arbeitsplätzen in Deutschland und die Erhöhung des Rüstungsetats.

Der Trialog 2013 wurde erst zwei Wochen vorher öffentlich bekannt. Trotzdem kam es bereits im Vorfeld zu Protestaktionen wie einem Großtransparent an einem zentralem Kirchturm in Celle und gesprühten Parolen am Eingang des Tagungsortes, Congress Union, sowie einem blutrot eingefärbten Brunnen auf dem Vorplatz. Am ersten Tag des Trialogs gab es eine Kundgebung mit Transparenten und Sprechchören vor der Congress Union.

Am 17. und 18. September 2014 luden Otte und die DWT erneut nach Celle ein. Diesmal sollte der Leitspruch „Attraktivität nach Innen – Sicherheit nach Außen“ durch den Trialog leiten.

Mit rund 200 geladenen Gästen wurde 2014 ein absoluter Besucherrekord erzielt. Zentrale Figuren waren Generalinspekteur Wickert, Staatssekretäre aus dem Verteidigungs- und Wirtschaftsministerium, diverse Rüstungsmanager und als Vertretung für von der Leyen die neue Staatssekretärin Suder. Diskutiert wurden neben der aktuellen Großwetterlage - Ukraine und Russland, IS in Syrien und Irak und Cyberwar - vor allem die Anforderungen an und der Zustand der Rüstungsindustrie.

Die vorherige McKinsey-Unternehmensberaterin Katrin Suder machte sich bei ihrem ersten „öffentlichen“ Auftritt direkt daran,

eine Kontroverse zu schüren und den Rüstungsmanagern in der erlernten Optimierungsrethorik Feuer unter den Hintern zu machen. Suder sieht zu viele Anbieter für einen sinkenden Bedarf und schließt daraus: „Wir müssen eine größere Effizienz erreichen, bei Erhalt des Wettbewerbs, um gute Ergebnisse zu bekommen. [...] Der Anteil von 80% deutscher Produkte bei der Beschaffung der Bundeswehr ist in meinen Augen zu viel.“¹⁴

Um diese Aussage weiter zu untermauern, bezog sie sich auf Projekte wie Smart-Defence und Pooling and Sharing, die dazu führen würden, dass nicht jede Nation im Bündnis alles können müsse.

Angesichts dieser verbalen Offensive blieb Staatssekretärkollege Hoffe, ebenfalls aus dem Verteidigungsministerium, nur beschwichtigende Worte an die Manager zu richten indem er beteuerte: „Wir sind voneinander abhängig,[...] Und wir sollten uns auch dazu bekennen!“¹⁵

Bereits zwei Tage nach den Trialog ging Rheinmetall-Chef Papperger in der Süddeutschen Zeitung in die Offensive: „Wenn mein Land bei mir nicht kauft und mir gleichzeitig sagt, du darfst nicht exportieren, dann halte ich das nicht lange durch. [...] Wir haben zwei Alternativen: Entweder wir bauen weiter Kapazitäten und damit Arbeitsplätze ab, oder wir gehen ins Ausland.“¹⁶

Angesichts der weiteren Entwicklungen kann der Celler Trialog 2014 als ein Startpunkt der aktuellen Initiative für die Erhöhung des Rüstungsetats gesehen werden, die im Folgemonat Oktober volle Fahrt aufnahm und in Wellen bis heute andauert.¹⁷

2014 gab es wieder eine Mobilisierung zu Protesten durch ein Bündnis aus Celle und Umgebung. Bereits im Vorfeld machte eine gut platzierte Aktion auf den Trialog aufmerksam. Bei einem Brecht-Stück zum Thema Demokratie, aufgeführt mit Bürgern als Statisten auf dem Schlossberg, entpuppte sich eine in der Choreographie vorgesehene Demonstration entgegen jeder Absprache als Protestaktion gegen den bevorstehenden Celler Trialog mit Transparenten, Schildern und Sprechchören. Am 1. Tag des Trialogs fand eine Dauermahnwache in der Nähe des Tagungsortes

tes mit rund 20 TeilnehmerInnen statt. Die Proteste waren eher klein, aber die Bevölkerung kann nicht mehr behaupten, dass sie nicht wisse, was in der Congress Union passiert. Und auch der eine oder andere Besucher des Trialogs wird sich wenigstens kurzfristig im glatten Ambiente gestört fühlen; so zumindest die Einschätzung der linken Zeitung revista aus Celle.¹⁸ Dass die Proteste nicht spurlos an den Gästen des Trialogs vorbeigehen, zeigt dieser O-Ton einer Besucherin in Bezug auf einen Protestierenden, der sich ihr in den Weg stellte: „Das ist kein Gegner, das ist ein Opfer.“¹⁹

Versuch einer Bewertung des Trialogs unter wechselnden Vorzeichen

Der Celler Trialog wurde 2007 ins Leben gerufen, um im Gegensatz zu diversen kleineren nationalen Foren einen jährlichen Austausch zwischen ausgewählten Spitzenvertretern aus Politik, Militär und Wirtschaft herzustellen. Inhaltliche Debatten, konkrete Arbeitsaufträge und die Selbstversicherung über einen Schulterschluss der drei Bereiche standen dabei im Vordergrund. Strategische Grundsatzfragen wie die Ausgestaltung des Paradigmas der Vernetzten Sicherheit, die im Weißbuch 2006 festgeschrieben wurde, und Eckpunkte der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit waren in den ersten drei Jahren zentrale Inhalte.

Mit dem Celler Appell machten die Beteiligten deutlich, dass es bei der Zusammenkunft nicht nur um einen bloßen Austausch, sondern um konkrete Impulse in die Sicherheitspolitische Landschaft der BRD und die breite Gesellschaft gehen sollte. Die Ausrichtung der gemeinsamen Marschrichtung für das nächste Jahr war dabei entscheidender als die öffentliche Wahrnehmung der Veranstaltung in Celle als solche.

Die Tragweite dieser Konferenz wird deutlich, wenn man sich die personelle Zusammensetzung des Trialogs 2009 vor Augen hält. Es kamen nicht nur Abgeordnete und Staatssekretäre, sondern die jeweiligen Minister nach Celle. Aus der Wirtschaft waren neben diversen Firmenlenkern auch die Spitzen der beiden größten deutschen Industrieverbände anwesend und die Bundeswehr schickte neben dem Generalinspekteur auch noch die Inspektoren aller Teilstreitkräfte ins Rennen. Doch auf diesem Höhepunkt verabschiedete sich der Trialog unter nicht geklärten Umständen 2010 aus der Konferenzlandschaft.

Nach der Wiederaufnahme des Celler Trialogs 2013 unter Federführung von Henning Otte haben sich die Inhalte stark verschoben. Während bis 2009 übergeordnete Strategien im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik im Fokus standen und an einem nationalen Elitenkonsens und konkreten Handlungsvorschlägen in den diskutierten Bereichen gearbeitet wurde, scheint der Trialog in der aktuellen Ausrichtung eher unter dem Vorzeichen eines nationalen Rüstungsgipfels zu stehen. Die VertreterInnen der Wirtschaft kommen vor allem aus den Bereichen Rüstung und Sicherheit. Eine grundlegende Debatte über äußere, aber auch über innere Sicherheit scheint nicht mehr statt zu finden. In den Debatten über Rüstung und die Kooperation von Wirtschaft und Bundeswehr ist eine starke Handschrift des Lobbyverbandes Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik zu erkennen, der Otte angehört.

Grundsätzliche Debatten bleiben aber nicht aus. So nimmt z.B. die Bundesakademie für Sicherheitspolitik einen stärker werdenden Platz in diesem Bereich ein. Dort ist Klaus-Peter Müller mittlerweile Beirat und nutzt den Rahmen, um die Relevanz der Einsätze der Bundeswehr für Ressourcensicherheit und Renditen zu betonen.²⁰

Was die Zusammenkunft der nationalen Eliten aus Wirtschaft und Politik in Celle angeht, ist der Verlust der Integrationskraft der Commerzbank und des Verteidigungsministeriums spürbar. Besonders deutlich wird die Verschiebung durch das Fernbleiben von Ideologen und Strategen im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik. Insgesamt kamen seit 2013 trotz weiter steigender Besucherzahlen weniger Spitzenvertreter aus allen drei Bereichen nach Celle. Die einzige Gruppe, die einen massiven Zuwachs verzeichnet, sind die Vertreter der Rüstungsindustrie, die zuvor nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatten.

Der Trialog hat also zum jetzigen Zeitpunkt seine Kraft als Schmiede für grundlegende strategische, ideologische und praktische Impulse verloren. Als Veranstaltung, auf der die Spitzen der deutschen Rüstungsindustrie über grundlegende Fragen mit Vertretern aus Politik und der Spitze der Bundeswehr debattieren, ist der Celler Trialog allerdings nicht unbedingt weniger relevant und bleibt auch in seiner jetzigen Zusammensetzung und Ausrichtung hochgradig kritikwürdig.

Auch 2015 ist davon auszugehen, dass der Celler Trialog wieder stattfinden wird. Ein Termin oder Thematische Schwerpunkte sind allerdings noch nicht bekannt.

Anmerkungen

- 1 Siehe Beitrag von Jürgen Wagner: „Deutschland (neue) Großmachtambitionen...“ in dieser Broschüre.
- 2 Rohde 2009
- 3 Ebd.
- 4 „Celler Trialog 2008 – Wirtschaft und Politik an der Seite der Bundeswehr“, bmv.g.de.
- 5 „Schulterschluss“, german-foreign-policy.com.
- 6 Programm des Celler Trialogs 2008; <http://cellertrialog.blogspot.de/images/Programm2009.pdf>.
- 7 Im Original ist der Celler Appell im Internet leider nicht mehr verfügbar. Er findet sich allerdings im Anhang der Studie von Rohde 2009.
- 8 Programm des Trialogs 2009, cellertrialog.blogspot.de.
- 9 „Rüstungstriumvirat am Pranger“, neues-deutschland.de.
- 10 „Warum das Kriegsministerium den Trialog versenkt“, cellertrialog.blogspot.de.
- 11 Im Programm für 2013 werden folgende Unterstützer genannt: Rheinmetall, Cassadian, Concilius - Strategic Interests, Deutscher Bundeswehr Verband, Diehl, Eurocopter, Förderkreis Deutsches Heer, Interessengemeinschaft Deutsche Luftwaffe, Kraus-Maffei Wegmann, MBDA – Missile Systems, Deutsche Post - DHL, Raytheon, Rohde & Schwarz und der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie.
- 12 Celler Trialog reloaded - „Masters of War“ zu Gast bei Henning Otte, in: revista – linke zeitung für politik und kultur aus celle, Nr. 65, Juni/Juli 2013, revista-online.info.
- 13 „Rede des Verteidigungsministers im Rahmen des Celler Trialogs“, bmv.g.de.
- 14 „Mehr Professionalität im Rüstungsmanagement“, bmv.g.de (19.9.14).
- 15 Ebd.
- 16 „Verbot von Rüstungsexporten – Kampfansage an den Minister“, sueddeutsche.de, 20.9.2014.
- 17 Mehr zur Rüstungsinitiative in der IMI-Analyse 2014/033, „Wohlfühlprogramm für die Rüstungsindustrie“
- 18 Proteste des Bündnisses gegen den Celler Trialog, In: revista – linke zeitung für politik und kultur aus celle, Nr. 72, November/Dezember 2014, revista-online.info.
- 19 Ebd.
- 20 „Führungsmacht Deutschland“, german-foreign-policy.com.

Die NATO-Sicherheitskonferenz und die Proteste 2001 bis jetzt

von Franz Iberl

Die Münchner Sicherheitskonferenz startete bekanntlich als „Wehrkundetagung“, und der Ort war u.a. wohl auch als frühe Referenz an das „Rüstungszentrum München“ zu verstehen. Erwin Essl, Bezirksleiter der IG-Metall in den 1970ern, warnte im schärfsten Kalten Krieg: „Die erste Bombe fällt auf München“, ein Ausspruch, der seinerzeit recht prominent wurde.

1999 wurde die Veranstaltung in „Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik“ umbenannt – engl. „Securityconference“. Damit begann eine neue ideologische Offensive, so kommt es mir zumindest vor. Der Leiter ab diesem Zeitpunkt wurde Horst Teltschik, Berater des damaligen Kanzlers Kohl und Mann der Industrie (BMW/Quandt/Bertelsmann/Boing). Passend zu seinem Einstieg erfolgte kurz nach der Konferenz das Ultimatum an Jugoslawien mit dem anschließenden Bombenkrieg. Parallel zur wachsenden militärischen Rolle Deutschlands nahm auch die Bedeutung der Konferenz zu! Und: Die Konferenz wurde genutzt, um diese neue Rolle durchzusetzen. Insbesondere der Berufsdiplomate und jetzige Konferenzleiter, Wolfgang Ischinger, gibt mit seinen Formulierungen gerade in dieser Funktion den Stichwortgeber. Der Auftritt von Gauck und Co. 2014 kann man als eine weitere Steigerung der Funktion der Konferenz betrachten, öffentlichkeitswirksam die atlantische Machtpolitik und den deutschen Beitrag dabei zu forcieren.

Bevor ich im Folgenden einige subjektive Höhepunkte und Anekdoten aus den Jahren 2001 bis heute samt gelegentlich versuchter politischer Einordnung kurz und knapp darstelle, möchte ich noch etwas zur Bezeichnung der Konferenz sagen. Ich benutze den Begriff „NATO-Sicherheitskonferenz“ mit und ohne Anführungszeichen deshalb so gerne, weil er ein seltenes Phänomen zeigt: In den ersten Jahren der Siko-Proteste war nämlich diese Bezeichnung auf einmal auch in den Medien angekommen – nicht immer oder überall, aber doch bemerkenswert oft. Die gemeinte Konferenz hieß aber gar nie offiziell so. Für mich war diese Erfahrung – eine erfolgreiche „dynamische“ Umbenennung durch die Proteste – ausgesprochen sympathisch und ich habe dann gelegentliche Versuche von anderen engagierten Menschen, uns über unseren vermeintlichen Fehler aufzuklären, gerne ausgehalten. Mittlerweile ist dieser Effekt etwas in den Hintergrund geraten, weil es doch auch lästig ist, wie sehr diese Konferenz behauptet, sich für „unsere Sicherheit“ einzusetzen – um wessen Sicherheit und wessen Interessen es dabei wirklich geht, müssen wir laufend thematisieren.

Anfänge des Protests

Zunächst war es 2001 relativ kurzfristig die Idee von Claus Schreer gewesen, zur Siko zu demonstrieren – schon die neue Globalisierungskritik im Auge. Da war es dann tatsächlich möglich, während der Konferenz vor den Bayerischen Hof zu ziehen, und etwas Presseresonanz gab es auch. Die Kurzfristigkeit brachte da ein eher kleines Bündnis zustande, Regina Hagen kam als Hauptrednerin nach München, ich fand es gelungen.

Wir waren da etwa 100 Protestierende. Es war das letzte Jahr, in dem die Tram zur Siko noch ungehindert beim Bayerischen Hof durchfahren konnte. In den Jahrzehnten davor war es zwar gelegentlich zu Mahnwachen oder kritischen Veranstaltungen gekommen, aber jetzt wurde es wirklich anders.

Zur Erinnerung: Es gab damals mit der globalisierungskritischen Bewegung einen ungekannten Aufschwung, auch zum Weltwirtschaftsgipfel 2001 gab es in Genua eine enorme internationale Mobilisierung – aber auch lange nicht gesehene Repression und Gewaltexzesse bis hin zur Erschießung von Carlo Giuliani durch die Polizei. Das führte zu dem Slogan 2002 „Von Genua nach München“, um so an die neue Mobilisierung anzuknüpfen. Die damit zugleich angestoßene Auseinandersetzung mit Repression war weder selbstverständlich noch einfach. Jedenfalls finde ich, dass eine Grafik von ATTAC (2003) eine passende Illustration für das Klima dieser Zeit ist, gerade mit dem Hinweis auf Weltsozialforum und Europäisches Sozialforum, die einen Schub in der Bewegung sowohl zeigten und auch bewirkten. Die Gruppen in München starteten damals die Demovorbereitungen noch ohne Friedensbündnis, aber mit beträchtlicher Resonanz – ein Vielfaches der heutigen Aktivist_innen. Beim Friedensbündnis – bei mir einschließlich – waren Erinnerungen an frühere Bündnisse gemischt, ich selbst hatte auch sehr skeptische Gefühle. Aber die Dynamik überwog und mit eigenständigem Aufruf wurde mitmobilisiert.

Demonstrationsverbot

Es kam aber anders. Während der Konferenz 2002 wurde für die gesamte Innenstadt ein Demonstrationsverbot verhängt. Das hatte sich zuvor kaum jemand vorstellen können. Dazu

kamen die neueren Schikanen, wie Polizeieinsätze im Convergence-Center usw. Der Effekt bestand jedoch darin, dass die Repression dann erst recht zu gemeinsamer Anstrengung motivierte. Konferenzleiter Teltschik hatte für das Verbot agitiert, indem er die Behauptung verbreitete, die Protestierenden hätten die Entglasung der Altstadt angekündigt. Claus Schreer z.B. hat sich bei Gesprächen mit den Behörden um Beweise für diese Behauptung bemüht – man blieb sie natürlich schuldig. Eine interessante Erfahrung war, wie mit dem Verbot die vorherigen bündnispolitischen Reibungspunkte erst mal völlig uninteressant wurden – so habe ich es zumindest in Erinnerung. Die Behörden verstärkten das quasi, indem auch keinerlei Ersatzveranstaltungen unter freiem Himmel geduldet wurden.

Die Saalveranstaltungen – auch die vom Friedensbündnis, boten dann eine Orientierung, damit die Anreise nach München trotz Demonstrations-Verbots nicht pauschal unterbunden werden konnte – was natürlich weitere Repression nicht verhinderte. Für mich war es ein vorher schwer vorstellbarer Erfolg, dass trotz Verbot 10.000 Menschen im Stadtzentrum demonstrierten. Es gab hunderte Festnahmen. Ich habe bis dahin wenig mit dem Begriff „Ermittlungsausschuss“ anfangen können – das hat sich



2001, Foto: Bifa

geändert. Die speziell für Friedensbewegte eher ungewohnte Repression – Wackersdorf war weit weg – wurde eine deutliche Lektion. Dabei griff die Polizei bei ihren Verhaftungen gezielt die Jüngeren heraus – mit der erklärten Absicht der Einschüchterung und Abschreckung, wie später ganz offen ausgesprochen wurde. Ich konnte damals meinen Zorn über die Repression in mehreren Presseerklärungen für das Friedensbündnis ausdrücken – sichtlich mit heißer Nadel – zusätzlich zu den Aktionsbündnis-Statements. Auf der Konferenz selbst war 2002 die Einstimmung für den Angriff auf den Irak im folgenden Jahr bereits in vollem Gange.

2001/2002 fing es allmählich an mit immer mehr Aktivitäten der politischen Szene im Internet, und manches ist deshalb jetzt noch online nachlesbar. Im Rückblick fällt mir erneut auf, welche große Rolle speziell dieses Demoverbot für die spätere Entwicklung des Aktionsbündnisses gespielt hat. Das Fronttransparent von 2003 zeigte dann die sich neu etablierende Zusammenarbeit vom (damals) Bündnis gg. die NATO-Sicherheitskonferenz, ATTAC und Friedensbündnis.

2003 Thema Irak

Auch wenn ein Verbot der Demonstration in den Folgejahren nicht nochmal versucht wurde, blieb die harte Ablehnung der Demonstration in weiten Teilen des Establishments. Es gab Ankündigungen in den Medien, aber immer mit Hinweis auf anreisende Chaoten, gerne mit Horrorfotos von anderswo eskalierten Demos garniert.

Im Vorfeld der Konferenz von 2003 trommelten die USA mit den bekannten Lügen gegen den Irak und Saddam Hussein. Es gab zugleich eine wachsende Mobilisierung gegen diese Kriegsdrohung, die bekanntlich auch Rot/Grün im Wahlkampf erreichte. Sie wollten den Protest nicht dem Siko-Bündnis überlassen. Also veranstalteten SPD, Grüne und Teile der Gewerkschaften

in München eine quasiparallele Konkurrenzkundgebung – gegen den Irakkrieg, aber ausdrücklich nicht gegen die Siko! Die eine – „unsere“ – startete vor dem Rathaus, die andere der „Rathausparteien“ dagegen etwas früher auf dem Odeonsplatz hinter dem Rathaus.

Für mich war es damals höchst spannend, dann aber ebenso erfolgreich, dass die Unterstützung für die eigentlich Anti-Siko-Demo dadurch keinesfalls zurückging. Einzelgewerkschaften wie ver.di, bei denen bestimmte politische Abhängigkeiten unterstellt werden können, haben dann beide Demos unterstützt. Faktisch war es vom Ablauf dann so, dass von der Kundgebung am Odeonsplatz, die ja etwas früher anfang, sich ein großer Teil binnen kurzem vor das Rathaus begab und mit der Demo des Aktionsbündnisses fusionierte. Das war bisher die größte Demo gegen die Sicherheitskonferenz. Eine Woche später, am 15. Februar 2003, fand der berühmte weltweite Aktionstag gegen den Irakkrieg mit einer Großdemonstration in Berlin statt.

In diesem Jahr startete auch als Begleitveranstaltung die „Internationale Friedenskonferenz“. Darauf kann ich heute nicht extra eingehen, mein Schwerpunkt hier ist das Aktionsbündnis. Von der Siko 2003 ist vor allem die Ablehnung des Irakkriegs durch Außenminister Fischer im Bewusstsein geblieben. Ich erinnere mich, dass ich in den Monaten davor davon ausging, dass Deutschland trotz allem den US-Krieg unterstützen wird. Es erfolgte dann doch die prominente Ablehnung durch Schröder und Fischer – wobei es sich um einen wohlkalkulierten Schachzug für den Wahlkampf gehandelt hat. Hier hat der Druck der öffentlichen Meinung wohl Wirkung gezeigt, obwohl es natürlich trotzdem konkrete praktische Kriegsunterstützung – Stationierungsorte, Überflugrechte, etc. – von deutscher Seite gegeben hat. Aber der Maßstab im Jahr nach dem Verbot war gesetzt. Gleichzeitig unterstrich die Irakdiskussion auch die gewachsene Bedeutung der Konferenz seit der Umbenennung und der Leitung durch Teltschik.



Demonstration 2012, Foto: Werner Rauch

Mehr als eine Friedensdemo

2004 bis heute ging es in Variationen weiter. Natürlich lassen sich Rekord-Teilnehmerzahlen nicht halten – aber es blieb über die Jahre vermutlich die größte regelmäßige Friedens- und Antikriegsdemonstration in Deutschland. Wichtiger Punkt dabei ist der „spektrübergreifende Charakter“ – weder sind Friedensinitiativen unter sich, noch sind andere linkere Gruppen alleine. Es gab so wiederholt den Effekt, dass die Aktionen in den Szenen unterschiedlichen Stellenwert hatten, Kommunikationsspannen eingeschlossen. So wurden an einem Freitag zwar rund um die Sperrzone Kundgebungen angemeldet und von einer Menschenkette gesprochen – aber nur ein Teil der Beteiligten konnte sich vorstellen, ernsthaft eine Blockade zu probieren.

Es bleibt natürlich kritisch, dass dies immer wieder mal zu Stress führt und auch zu zugespitzten Kontroversen, die auch mir manchmal ziemlich zu schaffen machten. Das alles anzuführen wäre eine längere Geschichte, die auch keinesfalls abgeschlossen ist. Bemerkenswert war aber stets, wie selbstverständlich die kritische politische Szene das Weitermachen sieht – Aufgeben ist keine Option, wie es so schön heißt! Das Aktionsbündnis hat sich 2007 mit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm ausdrücklich verbunden gesehen, erst recht später beim NATO-Gipfel 2009 in Straßburg. Ähnliches gilt nun für den G7-Gipfel in Elmau (s.u.).

Auch in den Jahren nach dem Verbot blieb die üble Repression der Polizei ein Dauerthema. Schikanöse Durchsuchungen auf dem Weg zur Demo, willkürliche Festnahmen einschließlich Verletzungen, vor allem wenn keine Zeugen dabei waren. Insbesondere beim Friedensbündnis wurde versucht, einiges davon zu dokumentieren (vor allem 2006 und 2007), die Debatte schaffte es bis in einen Landtagsausschuss. Besonders übel war lange Jahre ein regelrechter Wanderkessel aus mehreren Polizeireihen. Inzwischen ist es meist etwas besser geworden, zu offensichtlich erschien wohl das missbräuchliche Verhalten der Polizei.

Auf der anderen Seite setzte auch die SIKO-Demo ganz andere Maßstäbe. Im generellen „Demo-Werkzeugkasten“ ist mittlerweile die „satirische Demonstration“ wohl etabliert – und die sogenannte „Jubeldemo“ hat dazu beigetragen, die in wechselnder Gestalt häufiger zum Vorprogramm des SIKO- Wochenendes gehörte. Noch vor der eigentlichen Siko konnten wir uns unbehelligt den Promenadeplatz aneignen und schon mal unseren Spott vorführen. Die Kontinuität als große Demonstration mit entsprechender Aufmerksamkeit wurde auch zum erfolgreichen Hintergrund für künstlerische Projekte und Interventionen. Bei einem Projekt von Studierenden der Ethnologie für das Stadtmuseum kam die Sikodemo sogar zu Museumsehren – Transparente, Objekte, Audiomitschnitte usw. wurden vorgeführt! Die Demo selbst ist natürlich nicht museal – sie lebt!

Auch die frühere aufgeregte Medien-Schreibe über die Demo hat deutlich nachgelassen und ist kaum noch zu finden. Die SIKO-Protestdemo gehört mittlerweile für die Medien wie selbstverständlich zum „Rahmenprogramm“ der Konferenz – „business as usual“ –, und über die Stellungnahmen bei der Pressekonferenz wird zumindest in den lokalen Ausgaben relativ vernünftig berichtet. Natürlich können es manche Journalisten nicht lassen, die Demo schlecht zu schreiben, aber besonders glaubwürdig kommt das nicht rüber.

Auch 2014 wurde kreativ mit den Einschränkungen des Demonstrationsrechts umgegangen. Es gibt in München eine Regel der Aufsichtsbehörde, nach der Demonstrationen durch die „Fußgängerzone“ grundsätzlich untersagt werden. Das wollte man genauer wissen und meldete eine „Picket-Line“ an, also keine normale Demo, sondern eher eine „verdünnte“ Aktion mit weniger Leuten, die jeweils Schilder hochhalten, wie das in den USA recht üblich ist. Ich hätte es nicht für möglich gehalten – aber es gab tatsächlich ein Verhandlungsergebnis, das die geplante Aktion ermöglichte.



Grafik: attac

Funktion der Siko

Inhaltlich geprägt war die Konferenz 2014 vom wohlkalkulierten Auftritt des „Trio infernal“ Gauck/Steinmeier/von der Leyen. Zur Erinnerung: Die Ukraine-Konfrontation war damals bereits in vollem Gange, auch wenn die wenigsten akzeptieren wollten, wie weit die Eskalation noch gehen würde, und dass die Toten auf dem Platz in Kiew nur ein kleines Vorspiel im Vergleich zu den folgenden Massakern im Osten sein würden. Den Auftritt von Gauck und Co. kann man als eine weitere Steigerung der Funktion der Konferenz betrachten, öffentlichkeitswirksam die atlantische Machtpolitik und den deutschen Beitrag dabei zu forcieren. Das widerspricht sich nicht mit der Öffnung für „kontroverse Teilnehmer“ unter Teltschik als Organisator. Putin nutzte 2007 die Konferenz für seine Grundsatzrede und illustrierte damit deutlicher denn je ihre gewachsene Bedeutung. Bis heute sind weite Teile des Establishments konsterniert, wie Putin es damals wagen konnte, die eigenständigen Interessen Russlands so unmissverständlich, aber eben auch glaubwürdig und legitim vorzustellen. Die Vorstellung, dass die Führungsrolle des Westens nicht überall unwidersprochen bleibt, wird bis heute nicht akzeptiert – wie inzwischen die Ukraine-Konfrontation überdeutlich machte.

2009 wurde Wolfgang Ischinger Teltschiks Nachfolger. Als Karrierediplomat, der bis heute auf seine Rolle im Kosovo stolz ist, mischt er noch stärker als Horst Teltschik in der Öffentlichkeitsarbeit von NATO und Bundesregierung mit. Ischinger hat den propagandistischen Charakter der Konferenz weiter ausgefeilt. So betreibt er eine einullende Rhetorik, die sich u.a. in intimen Gesprächskreisen von bestimmten Friedensleuten zeigt, die anscheinend solche Gesprächstaktiken mit politischem Fortschritt verwechseln – das muss ich nicht verstehen.

Die SIKO in der Ischinger-Variante spielt besonders perfekt auf der hässlichen Klaviatur der Propaganda. Kein Krieg ist zu blutig, kein Regime ist zu korrupt – die NATO und die EU stehen angeblich für Menschenrechte und Demokratie. Insofern gefiel es mir natürlich gut, als das Aktionsbündnis 2012 Ischinger als Wolf im Schafspelz zeigte. Auch 2013 sah sich Ischinger genötigt, auf diese Kritik einzugehen. Er versuchte dann den Protest in eine Ecke zu schieben, wo er ihn besonders leicht zu entwerten glauben zu können, insbesondere holt er dann seine „alternativen“ nichtmilitärischen Gesprächspartner_innen hervor.

Was Ischingers Stil weiter ausmacht: Er nutzt die Vernetzung der Konferenz verstärkt für weltweite „Unter- und Nebenkongressen“, teils regionaler Art (z.B. in Indien oder für Afrika),



Demonstration 2014, Foto: Aktionsbündnis

teils zu „speziellen“ Themen wie „Cybersecurity“. Dazu pflegt er in Zusammenarbeit mit der Körber-Stiftung mit der Konferenz verbundene Karrierenetze. Es ist deshalb durchaus passend, dass sowohl in wissenschaftlichen Arbeiten wie im Kabarett („Die Anstalt“) die Siko mittlerweile beispielhaft für eine NATO-nahe Vernetzung der Medienelite steht.

Die Konferenz 2015

Die Vorbereitungen zu den Siko-Protesten 2015 verzögerten sich, bis die Konstituierung des Stop-G7-Elmau-Aktionsbündnisses in die Wege geleitet worden war. Der Zusammenhang zwischen beiden wurde auf der Demo dann mit einer großen G7-Krake an der „bunten Spitze“ der SIKO-Demo unübersehbar klar gemacht – Beifall!

Der eingangs erwähnte Auftritt von Gauck und Umgebung im Vorjahr mit seinen provokanten Forderungen hatte für 2015 erhöhte Erwartungen geschürt. Die laufende Eskalation in der Ukraine-Konfrontation mit unzähligen Todesopfern, ein direkter Konflikt zwischen NATO und Russland musste aber erst recht alle Augen auf München lenken. Die andere Eskalation in Nahost rückte da schon an die zweite Stelle. Die Überraschung der Konferenz war in meinen Augen dann doch, wie sehr der Kontrast zwischen Merkel und der US-Delegation beim Ukraine-Thema war. Zugespielt zu sehen in Merkels Satz bei der Diskussion: „Das ist militärisch nicht zu gewinnen, das ist die bittere Wahrheit“. Gleichzeitig wurde das frühere Bild von „Ischinger im Schafspelz“ endgültig überholt – nach seinen Rechtfertigungen für die Waffenlieferungen nach Nahost machte er im Vorfeld der Konferenz 2015 nochmal den Scharfmacher für Waffenlieferungen an die Ukraine.

Noch etwas war neu, der „Munich Security Report“, ein eigens angefertigter Bericht, der im Vorfeld der Konferenz publiziert wurde und Ischingers Ansprüche bei der Formulierung der aktuellen Politik erneut unterstreicht. Auffällig ist dabei, welchen Stellenwert Meinungsumfragen zur „Sicherheitspolitik“ darin einnehmen – das verrät umgekehrt, wie sehr Ischinger die Beeinflussung der Öffentlichkeit ausdrücklich als Auftrag der Sicherheitskonferenz sieht! Ischinger hat eigene Umfragen in Auftrag gegeben und musste im Ergebnis konstatieren, dass trotz Gauck-Auftritt die Zustimmung zu einer offensiveren Außenpolitik eher abnimmt.

Wenn das keine Ermunterung für uns ist?

Protest gegen die Königsbronner Gespräche

von Marcel Kalwass

Bisher fanden die Königsbronner Gespräche, eine militaristische Konferenz auf der Ostalb, bereits drei Mal statt. Getragen wird die Veranstaltung vom Reservistenverband, dem Bundeswehrbildungswerk und der Bundesakademie für Sicherheit. Der örtliche Initiator ist Herr Roderich Kiesewetter, Vorsitzender des Reservistenverbandes, ehemaliger Generalstabsoffizier und zurzeit Obmann für Auswärtige Politik in der CDU/CSU-Fraktion des Bundestags.

Die Königsbronner Gespräche sind nicht nur ihrem Selbstverständnis nach, sondern auch objektiv betrachtet vergleichbar mit der „Sicherheitskonferenz“, die jedes Jahr im Februar in München stattfindet. So war die militaristische Konferenz in Königsbrunn – der Ort an dem Georg Elser aufwuchs – in der Vergangenheit ein Anlaufpunkt für hochrangige Militär- und Regierungsvertreter*innen. Neben dem ehemaligen Kriegsminister de Maizière (2013) hat im letzten Jahr die derzeit amtierende Kriegsministerin Ursula von der Leyen als Hauptrednerin fungiert. Dieses Jahr ist der Organisator der Münchner Sicherheitskonferenz, Herr Ischinger, als Hauptredner für die Konferenz vorgesehen.

Interessant ist auch die eigene Inszenierung der Militärkonferenz als bürgernahe Veranstaltung. Tatsächlich können ungefähr 400 Gäste zuschauen und -hören, wie die Militärs diskutieren. Allerdings müssen sich die Gäste vorher anmelden und werden von den Organisator*innen vorsortiert. Manche bekommen Plätze in einem anderen Gebäude zugewiesen, in dem es eine Live-Übertragung der Konferenz gibt. Am Freitag, den 28. März 2014, wurden exklusiv für den Besuch der Kriegsministerin Von der Leyen drei Schulklassen mit Bussen aus der Umgebung hergefahren. Die Schüler*innen hatten die „Ehre“, Fragen zu stellen. Davon wurden die angenehmen ausgewählt und an die Ministerin gestellt. Und so wird aus einer „bürgernahen“ Hülle der Veranstaltung ein große Verarsche der Bevölkerung.

Inhaltlich wurden unterschiedliche Themen rund um „Sicherheit“ diskutiert. Unter diesem Deckmantel euphemistischer Rhetorik soll vor allem eines vorangetrieben werden: die Vorbereitung und politische Legitimierung militärischer Operationen im Dienste expansiver imperialistischer Außenpolitik Deutschlands. 2013 hieß das Thema: „Moderne Sicherheitspolitik für Deutschland – Herausforderungen, Ressourcen, Instrumente“. De Maizière und Erzbischoff Zollitsch diskutierten über die Frage: „Dienen als ethische Grundhaltung – antiquiert oder entbehrlich?“. Eingeladen war auch Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender bei der Bundesagentur für Arbeit und Vorsitzender der Bundeswehr-Strukturkommission im Jahr 2010. Bereits seit Jahren besteht eine enge Kooperation zwischen Bundeswehr und Arbeitsagentur. So stellt die Arbeitsagentur der Bundeswehr für ihre Propaganda kostenlos Räume zur Verfügung.

2014 stand die militaristische Konferenz unter dem Motto der „Cybersicherheit“. Für die amtierende Kriegsministerin Von der Leyen stand auch das Thema Bundeswehr als attraktive Arbeitgeberin auf der Tagesordnung. Sie meinte u.a., dass die Bundeswehr

als Arbeitgeberin bei der Nachwuchsrekrutierung in einem gesunden Wettbewerb mit mittelständischen Unternehmen stünde. Von der Leyen kündigte an, dass sie für die Vereinbarkeit von Dienst und Familie sorgen wolle, um den Wettbewerb um Nachwuchs für die Bundeswehr zu entscheiden. Die derzeitigen Gesetzesänderungen im Militärischen zeigen, dass solche Ankündigungen durchaus ernst zu nehmen sind. So wurde ganz aktuell das „Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr“ im Bundestag verabschiedet. In diesem Gesetz sind bessere Arbeitsbedingungen (mehr Lohn, flexiblere Arbeitszeiten und bessere soziale Absicherung) für Soldat*innen festgeschrieben. An sich sind Verbesserungen in Arbeitsbedingungen zu begrüßen. Es macht allerdings stutzig, wenn diese Verbesserungen ohne Protest der Soldat*innen von der Regierung geschenkt werden. Der Hintergrund ist der, dass für die Bundeswehr motivierte, qualifizierte und belastbare Soldat*innen benötigt. Und: Wie können Menschen zu funktionierenden Marionetten der Regierung motiviert werden? Und: Wie können Menschen motiviert werden, unschuldige Menschen im Auftrag des Staates umzubringen oder indirekt dazu beizutragen?

2014 war das erste Jahr, in dem ein breites antimilitaristisches Bündnis gegen die Königsbronner Gespräche öffentlich wahrnehmbar protestiert hat. Das Motto der parallel zur Kriegskonferenz stattfindenden Demo war: „Eure Sicherheit bedeutet Krieg“. Auf dem Fronttransparent war neben dem Motto das Konterfei von Georg Elser abgebildet. Der Bezug des Bündnisses auf Georg Elser macht aus mehreren Gründen Sinn. Zum einen ist Königsbrunn der Ort, an welchem Georg Elser sich eine lange Zeit seines Lebens aufgehalten hat. Er hat durch einen – leider gescheiterten – Anschlag auf Adolf Hitler am 8. November 1939 Berühmtheit erlangt. Er wurde von den Faschisten gefangen genommen und vernommen. Dabei beschrieb Elser, wie sich die Arbeitsbedingungen (Löhne, Arbeitsdruck) seit der Machtübertragung an die Faschisten (1933) verschlechtert haben. Mit dem Anschlag auf Hitler hatte er „den Krieg verhindern wollen“. Aus dieser historischen Betrachtung ist es daher völlig absurd, wenn auch die Organisator*innen der Königsbronner Gespräche Georg Elser für ihre Zwecke instrumentalisieren. So wurde in der Ankündigung für die Konferenz 2014 geschrieben, dass Königsbrunn „bewusst als Tagungsort gewählt“ wurde, um auf Elser Bezug zu nehmen. Das mutige Attentat eines einzelnen linksoffenen Menschen (bei seiner Gefangennahme durch die Faschisten wurde das Abzeichen des Rotfrontkämpferbundes gefunden) gegen Faschismus wird mit dem aggressiven Handeln des bürgerlich-kapitalistischen Staates gleichgesetzt. Am aktuellen Beispiel der Ukraine wird deutlich, dass es für die Herrschenden aus Deutschland auch kein Problem mehr ist, mit Faschisten zu kooperieren und diese zu unterstützen.

Insgesamt war es dann am Samstag, dem 29. März 2014, ein breites Bündnis aus linksautonomen Gruppen, Gewerkschaften, Friedensgruppen, linken Parteien und Jugendverbänden, welches die Demonstration gegen die Königsbronner Gespräche unter-



Demonstrationen in Königsbronn und das Sicherheitsaufgebot. Foto: www.beobachternews.de

stützte. Über die Informationsstelle Militarisierung wurden im Vorfeld der Demonstration zwei Veranstaltungen in Schwäbisch Gmünd und in Aalen zum Thema Militarismus organisiert. Die Demonstration wurde umrahmt von jeweils zwei Reden. U.a. sprach Tobias Pflüger direkt gegenüber dem Veranstaltungsort der Königsbronner Gespräche. Die Demoroute verlief zentral durch das Dorf vom Bahnhof bis zum Georg-Elser-Museum, das direkt gegenüber der Hammerschmiede, dem Veranstaltungsort der Königsbronner Gespräche, liegt. Damit war die Demo gut wahrnehmbar für die Anwohner*innen und Gäste in Königsbronn. Zudem wurden Flyer verteilt, auf denen die inhaltliche Begründung für die Demonstration zusammengefasst wurde. Insgesamt waren es am diesem Samstag etwa 120 Menschen, die gegen die militärische Konferenz auf die Straße gegangen sind. Die Demo wurde von einem Militärfahrzeug begleitet, von dem aus mit einem aufmontierten Kameraobjektiv gefilmt wurde. Einige Feldjäger haben den Veranstaltungsort von der Abschlusskundgebung abgeschirmt, u.a. auch mit „Hamburger Gittern“. Medial wurde sehr positiv über den Protest berichtet: überregional u.a. in der Jungen Welt, Neues Deutschland, German Foreign Policy, regional berichtete v.a. die Südwestpresse. Die Schwäbische Post und die Aalener Nachrichten erwähnten die Demonstration nur in einem Satz.

Alles in allem ein gelungener Auftakt für weitere Proteste gegen weitere Königsbronner Gespräche. Am 27. und 28. März 2015 wird u.a. Herr Ischinger zum Thema „Herausforderung Gleichzeitigkeit von Krisen – Bessere Krisenbewältigung durch einen vernetzten Ansatz“ reden. Bei diesem Thema handelt es sich allerdings nicht um eine solidarische Unterstützung und Vernetzung derjenigen, die überall auf der Welt unter wirtschaftlichen oder militärischen Krisen leiden. Vielmehr ist diese „Krisenbewältigung“ im Kontext der neuen Rolle Deutschlands im internationalen Zusammenhang zu verstehen. „Krisenbewältigung“ – oder um es mit Joachim Gaucks Worten zu sagen, „Verant-

wortung“ – bedeutet im Klartext: mehr deutsche Kriegsplanung, mehr deutsche Waffen in den Export und mehr deutsche Soldaten in Auslandseinsätzen. Die Demonstration wird am Samstag, dem 28. März, um 12 Uhr am Bahnhof beginnen. Es sind alle aufgerufen, die Konferenz als das zu entlarven, was sie ist: eine Bühne für die Bundeswehr und ihre Vertreter*innen, ein Forum, in dem Kriege vorbereitet und gerechtfertigt und die Militarisierung der Gesellschaft vorangetrieben wird. Außerdem wird am 12. März 2015 um 19 Uhr eine Podiumsdiskussion im Evangelischen Gemeindehaus Königsbronn, u.a. mit der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen und der Informationsstelle Militarisierung stattfinden.

Alle Informationen zu den kommenden Protesten sind auch auf der Internetseite des Bündnisses zu finden: <http://demokoenigsbronn.blogspot.de/>



Foto: www.beobachternews.de

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de



**Informationsstelle
Militarisierung e.V.**